

Naturschutz als Schwelle zur nachhaltigen Regionalentwicklung.

**Eine Studie über zwei Naturschutzgroßprojekte und ihren Beitrag
zur Aufwertung des Naturschutzes in den Regionen.**

Von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
– Fakultät Fakultät II Informatik, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften –
zur Erlangung des Grades einer Doktorin der Wirtschaftswissenschaften (Dr. rer. Pol.)
genehmigte Dissertation von Frau Silke Neumeyer
geboren am 27.05.1980 in Iserlohn

Erster Gutachter: Prof. Dr. Bernd Siebenhüner (C. v. O. Universität Oldenburg)

Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Ingo Mose (C. v. O. Universität Oldenburg)

Dritter Gutachter: Prof. Dr. Ulrich Harteisen (HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen)

Tag der mündlichen Prüfung: 07. September 2015

Danksagung

Die Arbeit konnte ich fertigstellen, da ich wertvolle Unterstützung erfuhr. Für diese möchte ich mich ausdrücklich bedanken:

Prof. Dr. Ingo Mose (Universität Oldenburg), möchte ich sehr herzlich dafür danken, dass er mir durch die Überwindung formaler Hürden die Möglichkeit eröffnet hat, dieses Vorhaben anzugehen. Für sein Interesse an meiner Arbeit, sein wertvolles Feedback und die persönliche Unterstützung auf dem (langen) Weg bin ich ihm sehr dankbar. Prof. Dr. Bernd Siebenhüner (Universität Oldenburg), danke ich für die Bereitschaft, diese Arbeit zu begutachten. Prof. Dr. Ulrich Harteisen (HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen) danke ich, weil er mir durch die Mitarbeit in einem Forschungsprojekt an der HAWK die Chance zur Promotion gab. Für die fachliche Unterstützung danke ich ihm.

Meiner Familie und meinen Freunden danke ich sehr für unterstützende Worte, wenn ich sie brauchte, und geduldiges Abwarten, das mir immer die Gewissheit gab, dass sie an die Fertigstellung glaubten.

Andreas, danke! Vor allem auch du hast dafür gesorgt, dass ich die Arbeit fertig geschrieben habe und ich danke dir und uns für das gemeinsame Durchhalten!

Tabellenverzeichnis.....	VI
Abbildungsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	VIII
Vorwort	IX
 1 Einleitung	 1
1.1 Ziele und Ansatz der Arbeit.....	5
1.2 Aufbau der Arbeit	7
 2 Theoretischer Hintergrund und Herleitung der Forschungsfragen	 9
2.1 Aktuelles Paradigma der nachhaltigen Regionalentwicklung.....	10
2.1.1 Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung.....	10
2.1.2 Nachhaltige Regionalentwicklung.....	13
2.1.2.1 Handlungsraum Region.....	16
2.1.2.2 Regionale Governance: Ermöglichungsräume für Nachhaltigkeit.....	20
2.1.3 Zwischenfazit.....	24
2.2 Politikfeld Naturschutz	26
2.2.1 Verständniswandel entlang der Leitvorstellung Nachhaltigkeit.....	26
2.2.2 Großschutzgebiete (GSG) als Kulisse nachhaltiger Regionalentwicklung	31
2.2.3 Synergie oder Konflikt: Naturschutz und Regionalentwicklung.....	36
2.2.3.1 Naturschutz und Tourismus	37
2.2.3.2 Naturschutz und Landwirtschaft	38
2.2.3.3 Naturschutz und Forstwirtschaft	41
2.2.4 Synthese identifizierter Erfolgsfaktoren für Naturschutzprojekte.....	43
2.2.5 Naturschutzgroßprojekte (NGP).....	46
2.2.5.1 Projektprofil	46
2.2.5.2 Governance-Strukturen in Naturschutzgroßprojekten	50
2.3 Schlussfolgerungen und Ableitung der Forschungsfragen.....	53
 3 Material und Methoden	 57
3.1 Auswahl der Untersuchungsregionen.....	57
3.2 Untersuchungsdesign.....	58
3.2.1 Methodendesign.....	59
3.2.2 Erhebung und Analyse projektbezogener Kommunikationsstrukturen.....	61
3.2.3 Qualitative Sozialforschung: Begründung, Durchführung, Auswertung	65
3.2.3.1 Moderierte Workshops in den Regionen.....	65
3.2.3.2 Leitfadengestützte Experteninterviews	66
3.2.3.3 Analyse der Projektdokumente	68
3.2.3.4 Presseanalyse.....	69
3.3 Datenbasis	70

4	Naturschutzgroßprojekt Schaalsee-Landschaft	75
4.1	Profil des Naturschutzgroßprojekts „Schaalsee-Landschaft“ (NGP SL)	75
4.2	Regionales Interessengefüge im Wandel	78
4.3	Zweckverbandsgründung: Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken	82
4.4	Antragsprozedere und erste Projektphase	84
4.5	Fortgang der länderübergreifenden Vision im Schatten des Föderalismus	89
4.6	Kooperation und Vernetzung im Projektverlauf	94
4.6.1	Vernetzung und Netzwerkarbeit	94
4.6.2	Zugänglichkeit des Projekts	99
4.6.3	Verhandlung und Vertrauen im Projekt	102
4.6.4	Rollen des Zweckverbands Schaalsee-Landschaft	104
4.7	Chancen und Hürden der Akzeptanz	107
4.8	Kommunikation und Verständigung	111
4.8.1	Förderziele und ihr Nutzen im regionalen Diskurs	111
4.8.2	Freiwilligkeit im Naturschutz	114
4.8.3	Öffentlichkeitsarbeit	118
4.9	Zusammenfassung der zentralen Erkenntnisse	120
5	Naturschutzgroßprojekt Grünes Band Eichsfeld-Werratal	125
5.1	Profil des NGP Grünes Band Eichsfeld-Werratal (NGP EW)	125
5.2	Regionaler Erfahrungsschatz zum Zusammenspiel von Schutz- und Nutzinteressen	128
5.3	Projektprozess	135
5.3.1	Phase der Antragstellung – Weichenstellung für die NGP-Akzeptanz	135
5.3.1.1	Naturschutz in der Region	138
5.3.1.2	Vernetzung und Beteiligung	140
5.3.1.3	Projektregion „Grünes Band“	148
5.3.2	Förderphase I	152
5.3.2.1	Kommunikation über das Projekt	152
5.3.2.2	Konfliktmotor im Inneren?	159
5.4	Projektstrukturen: Anforderung und Leistungsfähigkeit	162
5.4.1	Projektträger Heinz Sielmann Stiftung	162
5.4.2	Projektgremien	164
5.4.2.1	Projektbegleitende Arbeitsgruppe	165
5.4.2.2	Arbeitskreise	166
5.4.2.3	Regionale Verankerung: Strukturen und Ressourcen	170
5.5	Zusammenfassung der zentralen Erkenntnisse	171

6	Fallübergreifende Betrachtung und Erkenntnisse	174
6.1	Regionale Governance und gesellschaftlicher Wandel im Kontext der NGP	174
6.1.1	Ausgangssituation für Naturschutzvorhaben	175
6.1.2	Projektdesign	179
6.1.2.1	Impuls des Vorhabens	180
6.1.2.2	Räumlicher Projektzuschnitt	180
6.1.2.3	Verhandlungsarenen für inhaltliche Orientierung und Lernprozesse	181
6.1.3	Umgang mit Zielgruppen.....	184
6.1.3.1	Primäre Zielgruppe.....	185
6.1.3.2	Sekundäre Zielgruppen	186
6.2	Voraussetzungen der Umsetzung regionalbedeutsamer Naturschutzförderung ..	187
6.2.1	Vorhabenbezogene Voraussetzungen.....	188
6.2.1.1	Selbstreflexion.....	188
6.2.1.2	Gewinnung der Landbewirtschafter als Partner	188
6.2.1.3	Gewinnung der Gemeinden und Bewohner als Partner	190
6.2.1.4	Gewinnung der sekundären Zielgruppen	192
6.2.1.5	Gestalt der Projektkulissen.....	194
6.2.1.6	Netzwerkarbeit und neue Allianzen	195
6.2.1.7	Policy windows für den Naturschutz	197
6.2.2	Rahmengebende politische Verantwortung.....	198
6.2.2.1	Lokal- und regionalpolitische Verantwortung	198
6.2.2.2	Förder- und landespolitische Verantwortung	200
7	Zusammenfassung und Ergebnisdiskussion	203
	Literaturverzeichnis	210
	Anhang	IX

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Merkmale konsens- und innovationsorientierter Verhandlungen.....	23
Tab. 2: Das neue Paradigma für den ländlichen Raum.....	40
Tab. 3: Synthese von Erfolgsfaktoren für Naturschutzprojekte.....	45
Tab. 4: Zusammenfassende Übersicht der Merkmale von Naturschutzgroßprojekten	50
Tab. 5: Gegenüberstellung der Merkmale von sozialen und Projekt-Netzwerken	51
Tab. 6: Ableitung der Forschungsfragen aus Aspekten naturschutzpolitischer Erfolge	55
Tab. 7: Darstellung der methodischen Triangulation.....	60
Tab. 8: Kriterien zur Auswahl der Interviewpartner und ihre Begründung	67
Tab. 9: Übersicht der analysierten Presseartikel	70
Tab. 10: Übersicht der Befragungen und Rückläufe zur Netzwerkerhebung	70
Tab. 11: Dokumentation der Auswahl der Interviewpartner in der Region SL	72
Tab. 12: Dokumentation der Auswahl der Interviewpartner in der Region EW.....	73
Tab. 13: Einwohnerdichte in den Ämtern des Projektgebietes NGP SL	76
Tab. 14: Gästeankünfte und Übernachtungen in 1996 und 2010 in der Region SL	77
Tab. 15: Übersicht des policy window „politische Wende“ der DDR für den Naturschutz	80
Tab. 16: Chancen und Hürden der Projektumsetzung im Handlungsraum Schaalsee	93
Tab. 17: Indegrees der wichtigen Akteure im NGP SL	95
Tab. 18: Maßzahlen der häufig kontaktierten Akteure im NGP SL.....	97
Tab. 19: Maßzahlen der zentralen Akteure im NGP SL	98
Tab. 20: Wahrnehmung der Beteiligungsstrategie und -möglichkeiten im NGP SL.....	101
Tab. 21: Wechselwirkungen von Verhandlung und Vertrauen im Projektverlauf des NGP SL.....	103
Tab. 22: Soziale Hürden der regionalen Integration der Naturschutzziele des NGP SL	108
Tab. 23: Wahrnehmung der Förderziele und Strategien des NGP SL durch Akteure	111
Tab. 24: Nutzen des NGP SL für die Region.....	112
Tab. 25: Zusammenspiel von Schutz und Nutzung - Erfahrungen und Schlussfolgerungen, 134	
Tab. 26: Resonanzen auf mehrjährige Antragsphase in Region EW	136
Tab. 27: Einschätzung regionaler Perspektiven im Kontext des NGP EW	139
Tab. 28: Indegrees der wichtigen Akteure im NGP EW	142
Tab. 29: Kontaktintensität der Vernetzung um das NGP EW.....	144
Tab. 30: Maßzahlen der zentralen Akteure im NGP EW.....	145
Tab. 31: Dokumentierte Argumentationen der Projektverantwortlichen des NGP EW	158
Tab. 32: Fallübergreifende Erkenntnissynthese	175
Tab. 33: Leistungsträger im ländlichen Raum - potenzielle Partner für den Naturschutz	196
Tab. 34: Hürden der Aufwertung des Naturschutzes in Regionen.....	207

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Übersicht zur theoretischen Einbettung des Forschungsthemas	9
Abb. 2: Übersicht zur nachhaltigen Regionalentwicklung und zu ihren Herausforderungen..	25
Abb. 3: Anspruchsgruppen an die Wälder	42
Abb. 4: Einordnung des Untersuchungsgegenstands	53
Abb. 5: Forschungsprozess im zeitlichen Verlauf	61
Abb. 6: Interessenzugehörigkeit der Befragungsteilnehmer	71
Abb. 7: Interessenzugehörigkeit der Teilnehmer der Auftaktworkshops	72
Abb. 8: Interessenzugehörigkeit der Teilnehmer des Reflexionsworkshops NGP EW	73
Abb. 9: Projektgebiet des NGP SL.....	75
Abb. 10: Vernetzung der Akteure im NGP SL	94
Abb. 11: Vernetzungsimpulse des NGP SL (Interessen)	96
Abb. 12: Vernetzungsimpulse des NGP SL (administrative Grenzen).....	97
Abb. 13: Visualisierung der Kontaktintensität im NGP SL	97
Abb. 14: Zufriedenheit der Befragten mit Einbindung in das NGP SL	99
Abb. 15: Übersicht der zentralen Hemmnisse für die Überwindung der dichotomen Wahrnehmung von Schutz und Nutzung von Natur und Landschaft (NGP SL)...	121
Abb. 16: Projektgebiet des NGP EW	125
Abb. 17: Übersicht bedeutender Etappen und Ereignisse des Projektverlaufs des NGP EW	128
Abb. 18: Vernetzung von Akteuren zum NGP EW	141
Abb. 19: Vernetzungsimpulse des NGP EW (Interessen).....	142
Abb. 20: Vernetzungsimpulse des NGP EW (administrative Grenzen)	143
Abb. 21: Zufriedenheit der Befragten mit Einbindung in das NGP EW.....	146
Abb. 22: Auszug aus Präsentation der Heinz Sielmann Stiftung	153
Abb. 23: Formale und reale Zusammensetzung der PAG-Sitzungen des NGP EW auf Basis der NGP-Protokolle.....	166
Abb. 24: Teilnehmer der Arbeitskreis-Sitzungen im NGP EW	169
Abb. 25: Übersicht der zentralen Hemmnisse für die Überwindung der dichotomen Wahrnehmung von Schutz und Nutzung von Natur und Landschaft (NGP EW).	172
Abb. 26: Aspekte der Ausgangssituation von Naturschutzvorhaben und ihre Bedeutung	176
Abb. 27: Verhandlungsgefüge im Kontext von NGP	183
Abb. 28: Reaktionsgefüge der Informationsarbeit im Kontext von Naturschutzvorhaben....	185
Abb. 29: Mögliche Ausrichtungen der Verhandlung von Naturschutzzielen	199
Abb. 30: Naturschutzvorhaben im Prozess der Aneignung von Natur und Landschaft	205

Abkürzungsverzeichnis

AK	Arbeitskreis
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BR	Biosphärenreservat
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EG	Europäische Gemeinschaft
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EU	Europäische Union
EW	Eichsfeld-Werratal
GAK	Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz
GAP	Gemeinsame Europäische Agrarpolitik
GEK	Gemeinsames Entwicklungskonzept
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Wirtschaftsstruktur“
GSG	Großschutzgebiet
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
LEADER	Deutsche Übersetzung: Verbindung zwischen Akteuren zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft
LSE	Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NGP	Naturschutzgroßprojekt
NGP EW	Naturschutzgroßprojekt Grünes Band Eichsfeld-Werratal
NGP SL	Naturschutzgroßprojekt Schaalsee-Landschaft
NRO	Nicht-Regierungsorganisation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
o. V.	Ohne Verfasser
PAG	Projektbegleitende Arbeitsgruppe
PEPI	Pflege- und Entwicklungsplan
POI	Point of Interest
SH	Schleswig-Holstein
SL	Schaalsee-Landschaft

Vorwort

Die vorliegende Studie knüpft an die Forschungsarbeit der HAWK im Rahmen des BMBF-Forschungsvorhabens „Grünes Band – Modellregion für Nachhaltigkeit“ (FKZ 0330 383, 2007 bis 2010) an. Dieses hat die Bundesnaturschutzförderung am Beispiel zweier Initiativen, den Naturschutzgroßprojekten und dem Entwicklung- und Erprobungsvorhaben „Erlebnis Grünes Band“, zum Forschungsgegenstand erhoben, um den Beitrag der geförderten Maßnahmen zur regionalen Nachhaltigkeit (Universität Göttingen) und den darauf bezogenen Beitrag der Projektnetzwerke (HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen) zu untersuchen. Die HAWK hat mittels deduktiver Vorgehensweise die Ausprägung Erfolg versprechender Netzwerk- und Prozessmerkmale von Naturschutzförderprojekten des Bundesumweltministeriums erfasst und analysiert. Die vorliegende Arbeit unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht von deren Untersuchungsperspektive. Zum einen löst sie sich von deren Fokus auf die deduktiv definierten Merkmale. Der erwartete Erkenntnisgewinn gegenüber dem BMBF-Projekt liegt in dem induktiven Analyseansatz, der die gewonnenen Daten in ihrer Vollständigkeit betrachtet und analysiert sowie weitere hinzuzieht und somit nicht genutzte Erkenntnispotenziale ausgeschöpft werden. Mit dieser analytischen Offenheit soll ein Beitrag zum besseren Verständnis der Herausforderung, landschaftsbezogene Schutz- und Nutzinteressen in Einklang zu bringen, geleistet werden. Zum anderen fokussiert sie sich auf die Naturschutzgroßprojekte. Dies begründet sich in den Beobachtungen im Zuge und Nachgang des BMBF-Projekts, die ein besonderes Interesse an der Einbettung expliziter Naturschutzziele in Prozesse regionaler Entwicklung geweckt haben.

1 Einleitung

Eine „positive Lebensphilosophie“¹ erzeugt Ängste², Freiwilligkeit wird als Entmündigung³ empfunden, ein regionalbedeutsames Naturschutzvorhaben als „kaiserliche Werft“⁴ ohne Verbindung mit der Region wahrgenommen. Die viel zitierte Vision „Vom Todesstreifen zur Lebenslinie“ erweist sich in ihrer Umsetzung entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze konfliktbehaftet. Die Förderinitiative „Naturschutzgroßprojekt“ des Bundesministeriums für Umwelt (BMU) entlang dem „Grünen Band“ scheint vermintes Terrain zu sein, und das nicht allein wegen der Anti-Personen-Sprengminen aus Zeiten der deutsch-deutschen Teilung.

Im Schatten der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze entwickelte sich ein aus Naturschutzsicht höchst wertvoller Biotopverbund, das sogenannte „Grüne Band“. Als Rückzugsraum eroberten ihn bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Diese ökologische Lebenslinie ist das eine Gesicht der deutsch-deutschen Geschichte. Das andere halten Zeitzeugen in ebenso lebendiger Erinnerung. Es ist von Vertreibung aus dem Heimatdorf, Grenzanlagen mit Metallzäunen, Minen und Grenzpatrouillen geprägt.

Flora und Fauna sind Nutznießer leidvoller deutsch-deutscher Geschichte. Die Bewahrung des Nationalen Naturerbes, zu welchem die Bundesregierung das „Grüne Band“ im Jahre 2005⁵ erklärt, ist unmittelbar mit dem geschichtlichen Erbe und Kulturgut „Deutsch-deutsche Grenze“ verknüpft. Genau darin werden die Chancen für die Entwicklung der ehemaligen Grenzgebiete gesehen. So folgt in der politischen Rhetorik der Betonung der ökologischen Bedeutung des „Grünen Bandes“ für den Biotopverbund in Deutschland stets der Hinweis auf die besonderen Entwicklungschancen, die sich daraus für die Regionen in diesem Gebiet ergeben:

¹ Heinz Sielmann Stiftung o. J.

² Vgl. Mahnkopf 2012

³ Vgl. Backhaus 2011

⁴ „Naja, das ist ja das Mitnehmen der Menschen hier vor Ort, das inhaltliche. Und wenn Sie die nicht mitnehmen, da entfernen sie sich immer weiter, und das wird eine kaiserliche Werft irgendwo in unserer Region, die wie gesagt, keine Verbindung mehr hat“. (Interviewzitat Kommunalpolitik SH NGP SL)

⁵ Bundesamt für Naturschutz. 2014a

„Aus dem Todesstreifen durch Deutschland ist eine Lebenslinie geworden - der längste Biotopverbund Deutschlands, ein Band der Erinnerung an die schmerzhaften Erfahrungen des geteilten Deutschlands und jetzt auch eine Chance für Tourismus und Naherholung in den früheren Grenzregionen“,

so Jochen Flasbarth, damaliger Abteilungsleiter Naturschutz im BMU, anlässlich einer internationalen Veranstaltung zum 20-jährigen Jubiläum des Mauerfalls in Lenzen an der Elbe⁶. Die Chancen für nachhaltige Regionalentwicklung, die den Einklang sozialer und wirtschaftlicher Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Erfordernissen realisiert⁷, erscheinen offensichtlich und nutzbar.

Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, dass sich entlang dem „Grünen Band“ Entwicklungschancen und -hemmnisse gegenüberstehen. Naturräumliche Potenziale und kultur(landschafts)historische Werte treffen auf die Herausforderungen des demografischen Wandels, des landwirtschaftlichen Strukturwandels und einen zunehmenden interregionalwirtschaftlichen Wettbewerb um bspw. Touristen sowie die Verschiebung der politischen Aufmerksamkeit hin zu Wachstumszentren⁸ und generell prekäre öffentliche Haushaltslagen. Diese Beobachtung trifft auf viele ländliche, insbesondere strukturschwächere Räume zu und lässt die einhergehende Sprengkraft, die den regionalen Entwicklungsprozessen innewohnt, erahnen. Am „Grünen Band“ sind darüber hinaus die Entwicklungsprozesse durch das geschichtliche Erbe geprägt. Die historische Hypothek der Grenzerfahrung wirkt sich auf die Aneignung von Raum und Landschaft durch die dort lebenden Menschen aus, d. h. das „Wechselspiel von individuellen Interessen, Fähigkeiten und Fertigkeiten auf der einen und physischen und sozialen Umweltgegebenheiten auf der anderen Seite“⁹. Der (erneute) Verzicht auf die Landnutzung zugunsten ökologischer Ziele steht damit hinter besonderen Vorzeichen. Ehrgeizige Naturschutzziele am „Grünen Band“ zu realisieren, d. h. die Schaffung großflächiger und funktionsfähiger Biotopverbundsysteme und die Umstellung der die Natur betreffenden Nutzungen auf naturschonende Verfahren, ist folglich kein leichtes Manöver.

Ob die Inwertsetzung des natürlichen Kapitals, d. h. die Entfaltung der rhetorisch oft bemühten Synergiepotenziale von Naturschutz und anderen regionalbedeutsamen Handlungsfeldern (Tourismus, ökologische Landwirtschaft, Direktvermarktung), eine reale Chance und einen Unterstützungsfaktor für die Naturschutzvorhaben darstellen, stellt diese Arbeit infrage. Die

⁶ Vgl. Bundesumweltministerium (BMU) 30.04.2009

⁷ Vgl. Bergmann 2000: 216

⁸ Vgl. Knieling 2004, Franzen et al. 2008

⁹ Vgl. Kruse-Graumann 2002: 4

Auflösung der einhergehenden Spannungsverhältnisse, die sich aus einerseits ökologischen und andererseits ökonomischen Erfordernissen und Abhängigkeiten, aber auch sozialen Bedürfnissen, ergeben, stellt die Akteure vor Ort sowie die rahmengebende Förderpolitik vor komplexe Fragen. Die Vermutung liegt nahe, dass gerade auch in den ostdeutschen Regionen, die bis heute von einer nachholenden Entwicklung¹⁰ geprägt sind, das oftmals als dichotomisch wahrgenommene Verhältnis von Regionalentwicklung (i. S. der Naturnutzung) und Naturschutz¹¹ dabei eine zentrale Hürde darstellt. In diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung erwähnenswert. Sie erkennen in ländlichen Regionen einen „sorgloseren“ Umgang mit der Ressource Umwelt¹². Das Vorhandensein schützenswerter Landschaft deckt sich augenscheinlich nicht mit entsprechenden Ambitionen, diese zu schützen.

Nicht ohne Grund widmen sich also zahlreiche Forschungsbeiträge der Frage, unter welchen Bedingungen die Integration des Naturschutzes in regionalen Gemengelagen von verschiedenen sektoralen Ansprüchen und Bedürfnissen gelingen kann. Aus normativer Perspektive der nachhaltigen Entwicklung werden vor allem die als integrativ deklarierten Förderinitiativen der Regionalentwicklung¹³ untersucht, die explizit den sektoralen Interessenausgleich zugunsten einer sozialen, ökologischen sowie ökonomisch zukunftsfähigen Entwicklung anstreben. Den lokal-regionalen kooperativen und kommunikativen Fähigkeiten und Kapazitäten, die in den regionalen Governance-Strukturen – hier zunächst verstanden als „Formen und Mechanismen der Koordinierung zwischen mehr oder weniger autonomen Akteuren, deren Handlungen interdependent sind“¹⁴ – zu verorten sind, wird hohe Bedeutung für diese Integrationsleistung zugesprochen. Dies begründet sich darin, dass gemeinwohlorientierte Lösungen der nachhaltigen Regionalentwicklung kollektives Handeln voraussetzen¹⁵. Diese Handlungsfähigkeit wird regionalen Governance-Strukturen zugesprochen, denn sie können auf soziales Kapital, das aus den sozialen und emotionalen Beziehungen und Interaktionen zwischen den Akteuren hervorgeht, zugreifen. Die Relevanz dieses Kapitals für die Aushandlung von landschaftsbezogenen Nutz- und Schutzinteressen liegt in den Lösungen, die in der Regel der

¹⁰ Nölting 2009: 126

¹¹ Vgl. Behrendt et al. 2007: 68, 69

¹² Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2011: 14

¹³ EU-Programm: LEADER; deutsche Programme: Regionen aktiv, diverse Modellvorhaben der Bundes- und Landesministerien

¹⁴ Benz et al. 2007: 9, s. auch Mayntz 2009: 8 über die weite Begriffsvariante von Governance

¹⁵ Vgl. Fürst et al. 2006: 38

Überwindung sektoraler Wertedifferenzen, des Verzichts, der Veränderung traditioneller Verhaltensweisen und Gewohnheiten bedürfen.

Die vorliegende Arbeit erhebt das Anreizprogramm¹⁶ „Naturschutzgroßprojekt“ des BMU anhand zweier Regionen am „Grünen Band“ zum Forschungsgegenstand. Folgende Beobachtungen haben dazu angeregt. Erstens: Das Naturschutzgroßprojekt Schaalsee-Landschaft (NGP SL) zieht nach zwei Projektphasen eine zufriedenstellende Bilanz bezüglich der fachlichen Förderziele¹⁷. Hinsichtlich der regionalen Integration und Wahrnehmung des Politikfelds Naturschutz sind jedoch Defizite („kaiserliche Werft“) erkennbar. Zweitens: Das Naturschutzgroßprojekt Grünes Band Eichsfeld-Werratal (NGP EW) wird in der ersten Projektphase trotz vorhandener sektorenübergreifender Vernetzung mit hohem Wahrscheinlichkeitspotenzial für integrative Lösungen von „klassischen Konfliktlinien“ und Konfrontationen eingeholt. Daraus leiten sich zwei Annahmen ab:

(1) Das Vorhandensein von Netzwerk- und Prozessmerkmalen, die die Forschung zu regionalen Entwicklungsprozessen als erfolversprechend definiert, ist im Kontext des Politikfeldes Naturschutz nicht ausreichend, um Naturschutzbelange aufzuwerten und in regionale Entwicklungsprozesse einzubetten. Erkenntnisleitende Annahme ist, dass Förderinitiativen des Naturschutzes andere Impulse und Wirkungszusammenhänge in den lokal-regionalen Governance-Strukturen entfalten und die Wahrscheinlichkeit für Verhandlungslösungen im Sinne der Integration von landschaftsbezogenen Schutz- und Nutzinteressen von weiteren Faktoren abhängt.

(2) Die fachlich erfolgreiche Umsetzung von Naturschutzprojekten ist nur bedingt ein Indiz für die regionale Integration des Politikfelds Naturschutz, welches ein elementarer Baustein nachhaltiger Regionalentwicklung ist. Die langfristige und konfliktarme Sicherung der Naturschutzziele hängt unmittelbar mit der Akzeptanz und Unterstützung durch die Menschen vor Ort zusammen.

Das Interesse dieser Arbeit liegt folglich auf den gesellschaftlichen bzw. naturschutzpolitischen Komponenten des Naturschutzes, die dessen langfristigen Erfolg bestimmen.

¹⁶ Vgl. Gawron 2010: 26

¹⁷ Vgl. Anders und Reichle 2009: 537–544

1.1 Ziele und Ansatz der Arbeit

Die Arbeit verfolgt das Ziel, am Beispiel von NGP regionale Resonanzen auf sektorale Naturschutzförderung zu erfassen und zu analysieren, um Möglichkeiten der gezielten Einflussnahme der Vorhabenbeteiligten auf den naturschutzpolitischen Erfolg aufzuzeigen. Als Vorhabenbeteiligte werden in erster Linie der Projektträger und der/die Fördermittelgeber betrachtet, wobei auch regionale Rahmenbedingungen in die Betrachtung aufgenommen werden.

Erstes Ziel: Am Beispiel von Naturschutzgroßprojekten werden die Resonanzen in den Regionen auf sektorale Naturschutzförderung erfasst, und der Bezug zu regionalen Governance-Prozessen mit Fokus auf den naturschutzpolitischen Erfolg wird herausgearbeitet.

Naturschutzgroßprojekte verfolgen das Ziel, Regionen dafür zu gewinnen, dem Schutz der Natur eine Vorrangstellung gegenüber anderen Nutzinteressen einzuräumen. Die von der sektoralpolitischen Förderinitiative verfolgten Ziele sind dabei als ein lokal-regionales gesellschaftliches Interesse unter vielen anderen einzuordnen, das wie jedes andere als Vereinbarung aus einer demokratischen pluralistischen Gesellschaft hervorgehen muss¹⁸. Damit die Förderinitiative einen Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung leisten kann - dieser Anspruch wird im Kontext der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie allen sektoralen Politikinitiativen unterstellt -, muss ein klares Verständnis von den Resonanzen in den Regionen vorhanden sein. Dessen Schärfung strebt diese Arbeit an. Die Arbeit knüpft an das Erkenntnisinteresse der analytischen Governance-Perspektive an. Sie geht der Frage nach, unter welchen Bedingungen, mit welchen Strukturen und Mechanismen individuelle, kollektive sowie korporative Akteure die Interdependenzen zwischen ihnen bewältigen können¹⁹. Der Fokus dieser Arbeit liegt auf der Bewältigung der Interdependenzen i. S. von Lösungen zugunsten des gemeinwohlorientierten Sachverhalts Naturschutz. Vor dem Hintergrund des Konzepts der Nachhaltigkeit erscheint diese Perspektive als besonders fruchtbar, da sie explizit den Möglichkeiten gemeinschaftlichen Handelns in einer zunehmend fragmentierten und sektoralisierten Welt nachgeht²⁰ und dabei die Bedeutung kollektiver Lernprozesse für die

¹⁸ Vgl. Böcher et al. 2009: 222

¹⁹ Vgl. Benz et al. 2007: 18

²⁰ Vgl. Fürst 2006: 44

Veränderung von Einstellungen und Denkmustern²¹ betont. Die gezielte Herausarbeitung der kommunikativen Dynamiken und Verhandlungen um die Naturschutzförderung, ihrer Ziele und Maßnahmen in den Regionen ist der erste Schritt dieser Arbeit. Ist dieser gelungen, werden Erkenntnisse darüber erwartet, in welchem Bezug die Verhandlungen zu regionalen Governance-Prozessen stehen bspw. ob sie deren Entstehung fördern oder eher hemmen, ob sie bestehende unterstützen oder nicht. Der Erfolg der Naturschutzförderung, einen Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel hin zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten, wird in direkter Abhängigkeit von ihrer Fähigkeit gesehen, ebensolche Governance-Prozesse zu stützen. Die Aufwertung des Naturschutzes als kollektives Anliegen und damit seine langfristige Sicherung ist daran geknüpft.

Zweites Ziel: Es wird abgeleitet, welche Voraussetzungen für die Integration von Naturschutzziele auf regionaler Ebene seitens der sektoralen Förderinitiativen, Projektträger und ggf. der Region erfüllt sein müssen.

Öffentlich-sektorale Förderung wird es auch in Zukunft für Politikfelder mit Kollektivgutcharakter geben müssen. Um diese im Sinne des Paradigmas der nachhaltigen Regionalentwicklung umzusetzen, müssen die Leistungspotenziale in Regionen und die Spielräume zur entsprechenden Einflussnahme bzw. Unterstützung durch die Förderpolitik ausgeschöpft und verknüpft werden. Diese Arbeit strebt an, Empfehlungen zur Verbesserung der Integration der ökologischen Dimension in regionale Entwicklungsprozesse für beide Ebenen abzuleiten.

Der Forschungsbeitrag ist vor allem als Transferleistung zu begreifen, indem Wissen und Erfahrung aus der Praxis in die Wissenschaft übertragen werden, um die Diskrepanz von theoretischem Wissen und praktischer Umsetzung im Kontext des Nachhaltigkeitsanspruchs zu verringern. Gütekriterium der Arbeit ist ein transparenter, in der Alltagswelt verankerter Forschungsprozess, der theoretisch reflektierte, jedoch in der Praxis verankerte Erkenntnisse hervorbringt. Aus diesen Anforderungen ergibt sich, dass der hier gewählte Forschungsprozess den Charakter eines „transdisziplinären, dialogisch-partizipativen Wissenschaftsmodells“²² aufweist. Der angestrebte Erkenntnisgewinn kann nur durch einen offenen, induktiven und in der Praxis verankerten Forschungsansatz erzielt werden, weshalb der Fallstudienansatz als geeignet erscheint.

²¹ Ebd.: 43

²² Brand 2000: 18

Des Weiteren wird ein qualitatives Methodendesign gewählt, da das hier formulierte Erkenntnisinteresse nicht mittels quantitativer Datenerhebung und -analyse erreicht werden kann. Die Ermittlung der Stärke von (bekannten) Zusammenhängen oder theoretischen Erklärungen in Grundgesamtheiten (Häufigkeit, Verteilung, Lage, Streuung) ist ungeeignet, um die Erfahrungen und Einschätzungen, Haltungen, Intentionen etc. der Akteure, die die interessierenden Governance-Strukturen gestalten, zu erfassen²³. Die wissenschaftliche Haltung sei an dieser Stelle mithilfe Abels²⁴ beschrieben:

„Statt uns auf immer abstraktere Generalisierungen zu konzentrieren, die wir mit immer größeren Datenerhebungen zu finden hoffen, sollten wir versuchen, in intensiven Fallstudien Material zu sammeln, das Aussagen über konkrete Wirklichkeit²⁵ und Wahrnehmungen dieser Wirklichkeit durch konkrete Personen zulässt.“

1.2 Aufbau der Arbeit

Nach der thematischen Einleitung durch die Skizzierung des Problemfeldes und der Erläuterung der Ziele der Arbeit in **Kapitel 1**, erfolgt in **Kapitel 2** die Herleitung der Forschungsfragen auf Basis des theoretischen Hintergrundes bzw. des Standes des wissenschaftlichen Diskurses über den gewählten Untersuchungsgegenstand. Der Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung wird, fokussiert auf seine wesentlichen Elemente und kritischen Facetten, herausgearbeitet. Anschließend werden das Politikfeld Naturschutz betrachtet sowie die hier untersuchte Förderinitiative. In **Kapitel 3** werden das Forschungsdesign und die gewählten Methoden dargestellt und wird ebenso die Auswahl der Untersuchungsregionen begründet. **Kapitel 4** widmet sich der Fallstudie „Naturschutzgroßprojekt Schaalsee-Landschaft“ und **Kapitel 5** der Fallstudie „Naturschutzgroßprojekt Grünes Band Eichsfeld-Werratal“. Die übergreifenden Erkenntnisse der Fallstudien zur Umsetzung regionalbedeutsamer Förderprojekte des Naturschutzes werden in **Kapitel 6** dargelegt. Im Anschluss werden die abgeleiteten Voraussetzungen zu deren Umsetzung, mit dem Ziel den gesellschaftlichen Wandel hin zur nachhaltigen Entwicklung zu fördern, präsentiert. Die Arbeit schließt mit der Zusammenfassung und der Ergebnisdiskussion in **Kapitel 7** ab.

²³ Vgl. Kiefl und Lamnek 1984: 474; vgl. Lamnek 2005: 4

²⁴ Abels 1975: 230 (zitiert in Lamnek 2005: 693)

²⁵ Hier gemäß sozialwissenschaftlicher Hermeneutik verstanden als durch handelnde Subjekte konstruierte Wirklichkeit, sodass diese nur verstehend angemessen beschrieben werden kann (vgl. Schröder 1997: 109).

2 Theoretischer Hintergrund und Herleitung der Forschungsfragen

In diesem Kapitel wird der für die hier angestrebten Untersuchungen relevante Kontext herausgearbeitet, um das notwendige Verständnis für den Untersuchungsgegenstand zu entwickeln. Dieses Verständnis bzw. Vorwissen dient als heuristisch-analytischer Rahmen, der Anknüpfungspunkte für die empirische Forschung liefert.

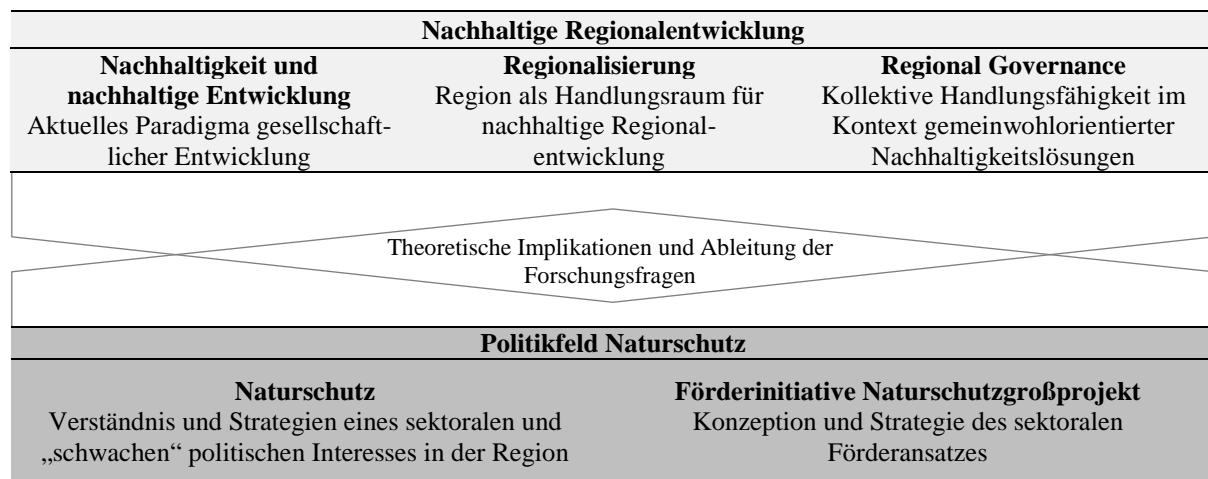


Abb. 1: Übersicht zur theoretischen Einbettung des Forschungsthemas, eigene Darstellung

Zunächst wird das aktuelle Paradigma der nachhaltigen Regionalentwicklung betrachtet, da dieses den normativen Rahmen für politisches und gesellschaftliches Handeln auf regionaler Ebene darstellt. Nach der Begriffsklärung von „Nachhaltigkeit“ und „nachhaltiger Entwicklung“ wird der Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung mit seinen räumlichen (Regionalisierung) und strukturellen (regionale Governance) Implikationen und Herausforderungen herausgearbeitet. Das den Zielen des Ansatzes innewohnende Spannungsverhältnis wird herausgestellt und auf die besondere Stellung der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit abgehoben. Es wird ersichtlich, wie voraussetzungsvoll die „Übersetzung“ dieses Spannungsverhältnisses in regionale Nachhaltigkeitslösungen ist.

Vor diesem Kontext wird im Anschluss das Politikfeld Naturschutz beleuchtet. Der Wandel im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte und die für die vorliegende Arbeit relevante instrumentelle Weiterentwicklung werden zu Beginn betrachtet, um der empirischen und analytischen Arbeit ein Verständnis für die Strategien und Positionen des Naturschutzes zugrun-

de zu legen. Anhand des Instrumentes der Großschutzgebiete²⁶ (GSG) wird anschließend der Stand der Forschung zur Akzeptanz regionalbedeutsamer Naturschutzvorhaben dargelegt. Großschutzgebiete sind durch das Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009²⁷ ordnungsrechtlich verankerte Instrumente (§ 24 - § 27), während NGP in erster Linie auf regionalen Bottom-up-Initiativen aufbauen und in ihrer Umsetzung auf die Kooperation der Landeigentümer und landnutzenden Akteure in der Region angewiesen sind. Sie unterscheiden sich auch in der Reduzierung der NGP auf Naturschutzziele, während die regionalwirtschaftlichen Impulse von GSG deren Image prägen. Insofern sind andere Bedingungen bspw. bezüglich der Akzeptanzschaffung zu vermuten. Die Bezugnahme auf dieses Instrument begründet sich darin, dass die betrachteten NGP in sehr ähnlicher Weise regionalbedeutsam sind. Beide Instrumente verfolgen einen flächenbezogenen Ansatz und wirken in intensiver Weise auf die Landnutzung ein, denn sie streben Extensivierungen oder Null-Nutzungen an (in bestimmten Zonen ihres Gebietes).

Die in der politischen Rhetorik häufig benannten Synergien zwischen Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft sowie Tourismus werden ebenfalls betrachtet, da sie, wie bereits eingangs geschildert, oftmals in Argumentationen des Naturschutzes bemüht werden und in ihnen auch Potenziale für das „Grüne Band“ erkannt werden. Hierbei geht es um die Entwicklung eines Verständnisses über die aktuelle Beziehung zwischen den Sektoren hinsichtlich der Potenziale, aber auch der Hürden und Anforderungen, diese zu nutzen.

Eine abschließende Synthese der Erfolgsfaktoren von Naturschutzprojekten konkretisiert diese Anforderungen und legt das bereits umfassende Wissen über diese dar.

Zuletzt wird die Förderinitiative „Naturschutzgroßprojekt“ vorgestellt und in die vorstehenden Ausarbeitungen eingeordnet, die Forschungsfragen werden abschließend präzisiert.

2.1 Aktuelles Paradigma der nachhaltigen Regionalentwicklung

2.1.1 Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung

Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung stehen heute als normative Konzepte hinter nahezu allen gesellschaftlichen und politischen Debatten. Es handelt sich nicht um wissenschaft-

²⁶ Nationalpark, Biosphärenreservat, Landschaftsschutzgebiet, Naturpark

²⁷ BNatschG 2009

liche Begriffe²⁸, weshalb eine wissenschaftlich-analytische Definition vor großen Schwierigkeiten steht, die an anderen Stellen²⁹ ausführlich bearbeitet werden. Für diese Arbeit gilt es, die Bedeutung der Begriffe und eine Arbeitsdefinition herauszuarbeiten, um den Standpunkt, aus dem heraus die hier verfolgten Forschungsziele bearbeitet werden, klarzustellen.

Der Ursprung des Konzepts der Nachhaltigkeit ist in der deutschen Forstwirtschaft zu verorten. Im Jahr 1713³⁰ stellt H.C. v. Carlowitz in einer forstwissenschaftlichen Veröffentlichung die „nachhaltende Nutzung“ der Wälder, nämlich den Erhalt und Wiederaufbau ertragreicher Wirtschaftswälder zur Abwendung der wegen unkoordinierter Nutzung entstandenen regionalen Engpässe in der Holzversorgung sowie zur Sicherung der zukünftigen Holzversorgung in den Fokus der Waldnutzungsdebatte³¹. Die ökologische Dimension nachhaltiger Waldbewirtschaftung (ausgehend von zunehmender ökologischer Wahrnehmungssensibilität seit dem 14. Jahrhundert) ergänzt spätestens mit der Waldfunktionslehre Dieterichs³² den Begriff der „nachhaltenden Nutzung“ im forstlichen Kontext³³. Eine abschließende Definition der nachhaltenden Nutzung der Wälder ist jedoch nicht erfolgt. Bis heute liegt kein allgemeingültiges Verständnis über nachhaltige Pflege, Entwicklung und Nutzung des Waldes vor³⁴. Unterschiedlichste Waldbausysteme³⁵ beanspruchen den Nachhaltigkeitsgrundsatz für sich. Die Argumentationsvielfalt wird durch das Fehlen einer kriterienbasierten Einbeziehung aller Funktionen des Waldes, der Natur-, Schutz-, Produktions- und Kulturfunktion³⁶, verschärft. Vielmehr setzt sich in der forstlichen Nachhaltigkeitsdebatte das Verständnis von Nachhaltigkeit als Leitprinzip und gesellschaftlicher Aushandlungsprozess durch, der vor dem Hintergrund sich stetig verändernder Interessen und Nutzungsansprüche, Werte- und Normensysteme zu führen ist³⁷.

²⁸ World Commission on Environment and Development 1987b: 54 ff.

²⁹ S. Grunwald und Kopfmüller 2006; Hardtke 2001; Kreibich und Atmatzidis 1996

³⁰ Von dieser weit verbreiteten zeitlichen Einordnung der Entstehung des Nachhaltigkeitsprinzips weichen andere ab, die besagen, dass die Wurzeln des Prinzips in das 16. Jahrhundert zurückreichen: Verordnung der Saline Reichenhall verkündete den Grundsatz des „ewigen Waldes“ (Radkau 1996: 34).

³¹ Vgl. Plachter et al. 2000: 19

³² S. dazu Dieterich 1953

³³ Vgl. Plachter et al. 2000: 19 ff.

³⁴ Vgl. Peters und Wiebecke 1983: 172

³⁵ S. dazu Niederwald, Mittelwald, Hochwald (mit Plenterwald), „Naturgemäße Waldwirtschaft“ in Röhrig et al. 2006

³⁶ Vgl. Weihs 1999: 9 ff.

³⁷ Vgl. Schmidt 2002: 9 ff.

274 Jahre nach der Veröffentlichung von v. Carlowitz erlangt die Idee des Nachhaltens gesellschaftspolitische Relevanz auf globaler Ebene, da der Begriff der „Nachhaltigkeit“ und der „nachhaltigen Entwicklung“ Eingang in den Perspektivbericht „Our common future“, auch Brundtland³⁸-Bericht genannt, der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED) fand. Angesichts der weltweiten Umweltbelastungen, Ressourcenverknappung und wachsenden Armutsprobleme entwickelte sich eine neue, globale Problemsicht. Der Bericht zeichnet sich durch seine Konsensorientierung aus und ist v. a. als Ergebnis von Kompromissen hinsichtlich der Analyse von Ursachen und Formulierung von Lösungsstrategien zu begreifen. Daraus resultieren die unzureichend konkrete Benennung des Problemkomplexes und die ebenso unzureichende Herausstellung der Reformnotwendigkeit des konventionellen Entwicklungsmodells, das auf Wachstum und Konsum beruht³⁹. Die Leistung des Berichts liegt vielmehr darin, dass die zur damaligen Zeit vorherrschenden heterogenen entwicklungspolitischen Positionen zusammengeführt wurden, die konsensverhaftete Erarbeitung eine breite Akzeptanz der Ergebnisse förderte und der Leitidee dadurch bis heute eine ‚große Wirkmächtigkeit‘ zuteilwird⁴⁰. Nachhaltigkeit wird im Brundtland-Bericht wie folgt definiert:

„Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“⁴¹.

Nachhaltige Entwicklung steht folglich für einen zeitlich und räumlich ausgeweiteten Verantwortungsbegriff, nämlich inter- und intragenerative Gerechtigkeit, die den Erhalt der zukünftigen Reproduktions- und Entwicklungsfähigkeit der Gesellschaft und ihrer natürlichen und sozialen Lebensgrundlage verfolgt⁴².

Die vorliegende Arbeit folgt dem Verständnis, das aus dem Brundtland-Bericht abgeleitet werden kann und auch dem forstlichen Verständnis entspricht: Nachhaltige Entwicklung ist ein Prozess, der sich in Abhängigkeit von externen Einflüssen (Werte, Wissen etc.) laufend verändert, und „Nachhaltigkeit“ wird als von allen gesellschaftlichen Akteuren getragenes⁴³

³⁸ Benennung nach der Vorsitzenden der World Commission on Environment and Development (WCED), Gro Harlem Brundtland (frühere Umweltministerin und damalige norwegische Ministerpräsidentin), die den Bericht erstellte (vgl. Kopfmüller et al. 2007: 14).

³⁹ Vgl. Michalowski 2011: 55, 56; vgl. Kopfmüller et al. 2007: 14

⁴⁰ Vgl. Kopfmüller et al. 2007

⁴¹ World Commission on Environment and Development 1987a: 43

⁴² Vgl. Scheer 2006: 5

⁴³ Vgl. Karger 2000: 165

Ziel verfolgt. Das Ziel ist dabei jedoch nicht klar definiert⁴⁴. Dem Verständnis von Kant folgend, wird Nachhaltigkeit als „regulative Idee“ kommuniziert, die „Orientierung darüber vermittelt, in welcher Richtung nach Problemlösungen gesucht werden sollte“⁴⁵. Nachstehendes Zitat fasst das Verständnis zusammen und dient zugleich als Arbeitsdefinition der beiden Begriffe:

“Sustainability is a form of ongoing inquiry. This perspective treats sustainability as a provisional goal. Action is important not just for furthering the goal, but also for informing the (re)interpretation of the goal. Sustainability development is a process of learning in which action is shaped by goals and goals are revised in the light of experience. This commitment to sustainability is understood as a commitment to this process, rather than to a fixed conception of the goal”⁴⁶.

Die Aufgabe der Forschung wird darin gesehen, Wissen für konkrete Nachhaltigkeitslösungen zugänglich zu machen bzw. Perspektiven für diese aufzuzeigen, um so einen Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel hin zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

2.1.2 Nachhaltige Regionalentwicklung

Der Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung ist aus dem Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung hervorgegangen. Letzteres entwickelte sich in Europa im Kontext konjunktureller Krisen der 1970er- und 1980er-Jahre, wachsender Probleme in ländlichen Räumen sowie dem Erfordernis handlungsfähiger Regionen im Kontext europäischer Strukturpolitik⁴⁷. Die Politik eröffnete der regionalen Ebene mittels Dezentralisierung ausgeweitete Entscheidungsspielräume, die zur Ausschöpfung endogener Potenziale, z. B. Landschaft, Rohstoffe, kulturelle Güter, Fähigkeiten der Bevölkerung u. m.⁴⁸, genutzt werden sollten. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in Entscheidungsprozesse und die daraus resultierende Akzeptanz und Motivation zur aktiven Mitgestaltung der regionalen Entwicklung bilden die Schlüsselgrößen dieses Konzepts⁴⁹. Das Konzept der Nachhaltigkeit findet sich bereits in der Betonung der Eigenständigkeit, d. h. der Fokussierung auf die regional

⁴⁴ Diese liberale Betrachtung von Nachhaltigkeit wird jedoch auch kritisiert, als eine aus der Not heraus geborene Tugend (vgl. Haan et al. 2008: 38) oder weil eine substanzielle Nachhaltigkeitskonzeption mit normativ gesetzten und qualitativen Zielen auf Basis der über drei Jahrhunderte alten Diskussion und währenddessen erarbeiteten Konzepte, Beschlüsse und Vereinbarungen auf globaler bis hin zur lokalen Ebene als möglich erachtet wird (vgl. Spangenberg 2005: 336).

⁴⁵ Meister 2002: 53

⁴⁶ Laws et al. 2004: 252

⁴⁷ Vgl. Kleinfeld et al. 2006: 37

⁴⁸ Vgl. Schliebe 1985: 56

⁴⁹ Vgl. Adamowicz 2009: 30 f.

vorhandenen Ressourcen und Potenziale⁵⁰, und Aufwertung ökologischer Aspekte als wesentliches Merkmal der eigenständigen Regionalentwicklung⁵¹ wieder. Die Eigenständigkeit impliziert die zentrale Anforderung an nachhaltige Systeme, so auch Regionen. Nur wenn sie auf Basis geschlossener Kreisläufe, des Prinzips der Energieeffizienz, rechtzeitiger Selbstbegrenzung und Vielfalt dauerhaft für ihre Versorgung (Rohstoffe) und Entsorgung (Abfälle) selbst Sorge tragen können⁵², entwickeln sie sich nachhaltig.

Der Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung betont das Gleichgewichtsprinzip regionaler Entwicklungsprozesse und den Anspruch des ganzheitlichen Denkens, welches die gleichwertige Berücksichtigung und Vernetzung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Belange sowie die langfristige Sicherung der Ressourcenverfügbarkeit fordert. Es dient der politischen Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung, „die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen führt“ (§ 1 (2) Raumordnungsgesetz 2008). Als wirtschaftliche und ökologische Strukturpolitik sucht diese Leitvorstellung den Ausgleich und die Entwicklung in und zwischen den Regionen innerhalb „ökologischer Leitplanken“ zu gestalten⁵³.

Die Aufwertung der Region als Umsetzungsebene für regionale Entwicklung ist zugleich Merkmal des fundamentalen Wandels des staatlichen Politikverständnisses im Kontext der Herausforderungen von Globalisierung, Europäisierung⁵⁴ und Wettbewerbsintensivierung bei steigender Bedeutung von Innovationen^{55, 56}. Tatsächlich dient die Regionalisierung der staatlichen Modernisierung, um der seit den 1960/70er-Jahren schwächer gewordenen staatlichen Regelungs- und Steuerungskapazität zu begegnen. Sie schlägt sich seit den 1980er-Jahren in den Programmen der regionalisierten europäischen und deutschen Politik nieder. Diese Pro-

⁵⁰ Vgl. Kern 1999: 41

⁵¹ Vgl. Mose 1993: 158

⁵² Vgl. Kern 1999: 38 f.

⁵³ Vgl. Bergmann 2000: 223

⁵⁴ i. S. einer Erweiterung des für die Gestaltung von Politik relevanten Handlungsraums aller Akteure, welche auch die subnationale Ebene erreicht hat; i. S. der Integration regionaler Akteure in transnationale Entscheidungsprozesse und deren Fähigkeit, ihre Interessen im erweiterten Raum des europäischen Systems zu vertreten (vgl. Kohler-Koch 1998a: 13)

⁵⁵ Sie „ist die planvolle, zielgerichtete Erneuerung und auch Neugestaltung von Teilbereichen, Funktionselementen oder Verhaltensweisen im Rahmen eines bereits bestehenden Funktionszusammenhangs (soziale oder wirtschaftliche Organisation) mit dem Ziel, entweder bereits bestehende Verfahrensweisen zu optimieren oder neu auftretenden und veränderten Funktionsanforderungen besser zu entsprechen“ (Brockhaus-Enzyklopädie 1986: 522).

⁵⁶ Vgl. Kohler-Koch 1998b: 13 ff.

gramme machen die Regionen zu Adressaten und damit zu eigenständigen Akteuren in der Gestaltung der Regionalentwicklung⁵⁷. Mit dem Begriff Governance⁵⁸ wird die heutige politische Wirklichkeit beschrieben. Diese ist ein Zusammenwirken des „kooperativen Staates“ mit privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren in netzwerkartigen Strukturen und Verhandlungssystemen, die sich um die Bewältigung kollektiver Sachverhalte bemühen. Die traditionellen, hierarchischen Steuerungsinstrumente werden dadurch ergänzt⁵⁹. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, geeignete politische Rahmenbedingungen für die Bearbeitung dieser Sachverhalte zu schaffen⁶⁰. Im regionalen Kontext kommt ihm v. a. die Aufgabe der Unterstützung und Mobilisierung der Bevölkerung bzw. regionalen Akteure und Leistungsträger zur Aktivierung, d. h. Identifizierung und Inwertsetzung, der regionalen und endogenen Potenziale zu. Die europäische und die nationale Politik haben dazu ein weitgefächertes System von Steuerungsinstrumenten, in erster Linie positive finanzielle Anreize der Regionalförderung, entwickelt.

Anknüpfend an Abschnitt 2.1.1 ist in Prozessen nachhaltiger Regionalentwicklung nicht Nachhaltigkeit das Ziel, aber über die Fokussierung auf die Dimensionen der Nachhaltigkeit können regionalspezifische Zielkataloge aufgestellt werden, die eine Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit erlauben. Als weitreichender Verantwortungsbegriff verstanden, fordert der Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung die im jeweiligen regionalen Kontext relevanten Akteure auf, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse⁶¹ so zu gestalten, dass die gesellschaftlichen Lebensprozesse mit guter Qualität und intergenerativ fortgesetzt werden können. Dazu bedarf es der Wahl und Gestaltung geeigneter Verhandlungssysteme bzw. Governance-Strukturen und -Prozesse. Beides, die Wahl und Gestaltung, wird als Aushandlung verstanden: die Definition guter Qualität der Lebensprozesse sowie die Entscheidung darüber, wie

⁵⁷ Vgl. Huszák 2010: 240

⁵⁸ Nach der vielzitierten Definition von Governance durch die Commission on Global Governance beschreibt Governance „[...] die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden“ (Gettkant und Ellerbrock 1995).

⁵⁹ Vgl. Mayntz 2004: 39, 40

⁶⁰ Vgl. Benz und Dose 2010: 40

⁶¹ Verstanden als dauerhaft zu regulierendes „Geflecht der vermittelnden Beziehungen und Verhaltensformen zwischen Individuen, Gesellschaft und Natur sowie die sich darin herausbildenden Muster“ (Becker 2003: 167).

diese reguliert werden⁶². Die Schlüsselrolle, die den Akteuren in den Regionen zukommt, liegt genau darin: Sie stehen vor der Herausforderung, beides zu leisten.

2.1.2.1 Handlungsraum Region

Der Regionsbegriff selbst ist von definitorischer Unschärfe betroffen, da seine Definition entlang unterschiedlichen Kriterien erfolgen kann, etwa einem arbeitsteiligen Funktionszusammenhang, politisch-administrativen Grenzen, landschaftlicher Ähnlichkeit, kulturellen oder sprachlichen Gemeinsamkeiten oder wirtschaftlicher Vernetzung⁶³. Die vorliegende Arbeit versteht eine „Region“ als einen Handlungsbedarfsraum, der sich aufgrund funktionaler Zusammengehörigkeit und Erfordernisse abseits politisch-administrativer Grenzen bildet und eine Größe unterhalb der Bundesländer- sowie über der Kommunalebene umfasst⁶⁴.

Die Regionalisierung, das heißt die politische Aufwertung der Region als Gestaltungsebene für Entwicklung und Anerkennung als Akteur und Adressat im politischen System, bietet dieser Ebene Entwicklungschancen und stellt sie zugleich vor komplexe Herausforderungen. Nachstehendes Zitat legt die Potenziale dar, die der regionalen Ebene im Kontext der Debatte um nachhaltige Regionalentwicklung (in ländlichen Räumen) zugesprochen werden:

„Die Region stellt dabei eine potenzialreiche Handlungsebene zur Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen dar, denn hier sind Ursache/-Wirkungszusammenhänge menschlichen Handelns eng aneinandergelockt [...]“⁶⁵.

Die Erfahrbarkeit von Ursache und Wirkung wird als belastbarer Anker für eine nachhaltige Regionalentwicklung erachtet. Obwohl das regionale Lebensumfeld bereits abstrakter als die örtliche Ebene wahrgenommen wird, überwiegt die Notwendigkeit, die kommunale Ebene zu überwinden, da sie für viele Themen nachhaltiger Regionalentwicklung zu begrenzt ist⁶⁶. Die Eignung dieser Ebene für die Gestaltung nachhaltiger Entwicklungsprozesse wird weithin bestätigt, allerdings zeigen sich in der Praxis relevante Schwierigkeiten bei der Ausschöpfung o. g. Potenzials. Kritische Facetten werden nachstehend herausgearbeitet, um die Komplexität der Herausforderungen zu verdeutlichen.

⁶² Vgl. Baranek et al. 2005: 38

⁶³ Vgl. Kleinfeld et al. 2006: 19

⁶⁴ Vgl. Mose und Nischwitz 2009: 1, 9

⁶⁵ Böcher 2009: 127

⁶⁶ Vgl. Greif 2000: 55; vgl. Böhm und Hilligardt 1999: 9

Die **Regionsbildung** folgt in der hier gewählten Perspektive nicht administrativ vorgegebenen Kriterien, sondern der Zusammengehörigkeit, die sich funktionell und eben auch naturräumlich ergibt⁶⁷. Dieser freien Regionsabgrenzung wird die Fähigkeit zugesprochen, jenes endogene regionale Potenzial zu mobilisieren, wozu sich die stark institutionalisierten administrativen Gebietskörperschaften als ungeeignet erweisen⁶⁸. Dieses Verständnis hat sich bis in die regionalpolitischen Fördergrundsätze durchgesetzt, so heißt es in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK): „Unter einer Region ist ein Gebiet mit räumlichem und funktionalem Zusammenhang zu verstehen“⁶⁹. In der Praxis fallen die traditionellen Ansätze und geschaffenen Strukturen der Regionalplanung und die Prinzipien der modernen Regionalentwicklung, auch wenn sie sprachlich in entsprechende Politikprogramme eingearbeitet sind, jedoch oftmals weit auseinander.

Die nach dem Zentrale-Orte-Konzept geschaffene **regionale und kommunale Verwaltungsgliederung** erschwert, trotz paradigmatischer Erneuerungen⁷⁰, in mehrfacher Hinsicht die Herausbildung „offener Regionen“ und damit die Ausschöpfung endogener Potenziale. Ein wesentlicher Punkt ist der „institutionalisierte Lokalismus“. Die Orientierung von Politik, Verwaltung und Bürgern an den administrativen und politischen Grenzen resultiert unmittelbar aus dem kommunalen Wahl- und Finanzsystem⁷¹ und wird durch eine entsprechend fragmentierte Zeitungslandschaft und Berichterstattung manifestiert. Die Hürden für das Aufgreifen regionaler Themen oder die angemessene räumliche Verankerung regionaler Entwicklungsprojekte stellen sich entsprechend groß dar⁷².

Aus **Perspektive von Politik und Verwaltung** enden ihre Legitimation und Zuständigkeit an administrativen Regionsgrenzen⁷³, und sie müssen Eingeständnisse hinsichtlich des geringeren Prestiges grenzübergreifender Initiativen machen, einen erhöhten Zeitaufwand und einen eingeschränkten Entscheidungsspielraum akzeptieren⁷⁴. Der höhere Zeitaufwand ist oftmals mit einem allgemein höheren Ressourceneinsatz (personell, finanziell) gleichzusetzen, da die i. d. R. divergierenden Rahmenbedingungen für konkrete Projektumsetzungen zu antizipieren

⁶⁷ Vgl. Kleinfeld et al. 2006: 20

⁶⁸ Vgl. Giessen 2010: 6

⁶⁹ Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 2013: 13

⁷⁰ Vgl. Blotevogel 2004

⁷¹ Vgl. Knieling 2003: 472

⁷² Vgl. Sondershaus 2008: 21

⁷³ Vgl. Fürst 2006: 38

⁷⁴ Vgl. Sondershaus 2008: 21

und in Einklang zu bringen sind. Herrscht zudem eine wettbewerbsorientierte politische Kultur vor, die auf Verteilungsaspekte fokussiert, fehlt die Motivation, die benannten Hürden zu überwinden⁷⁵.

Seitens der **Bevölkerung** wird fehlendes Regionsbewusstsein als zentrales Hindernis für gemeinsames Handeln auf regionaler Ebene erkannt. Erschwert wird dies oftmals dadurch, dass regionale Themenfelder von einem höheren Abstraktionsgrad geprägt und für direkte Bürgerbeteiligung nur eingeschränkt geeignet sind⁷⁶.

Des Weiteren schlägt sich das eingangs problematisierte **sektorale politische System** auf regionaler und kommunaler Ebene in gleicher Weise nieder. Kommunenübergreifende Politik ist ebenso in eine Vielzahl von Sektoren zergliedert (Verkehrs-, Ansiedlungs-, Energiepolitik, Regional-/Stadtmarketing etc.), sodass die Herausforderung der Integration verlagert, jedoch nicht unbedingt einfacher herzustellen ist⁷⁷. Die Integration wird durch eine Vielzahl regionaler Leistungswettbewerbe im Rahmen der europäischen Regionalförderung sowie der Regionalförderprogramme der deutschen Bundes- und Landesregierungen gefördert⁷⁸. Diese positiven finanziellen Anreize des Staates als alternative Steuerungsinstrumente⁷⁹ unterstützen Akteure auf der regionalen Ebene bei der im Kern eigenständigen Mobilisierung und Ausschöpfung von Potenzialen für nachhaltige Entwicklung. Der Übertragung (eines bedeutenden Teils) der Verantwortung auf die regionale Ebene für die Realisierung von nachhaltiger Entwicklung wird so ein flankierendes Instrumentarium zur Seite gestellt. Hinsichtlich des integrativen Impulses aus der (Förder-)Politik lassen sich jedoch kritische Aspekte anführen: Diejenigen Initiativen, die sich dem integrativen Ansatz zuwenden wollen, können ihre **Sektoralität auf der Maßnahmenebene** oft nicht überwinden. So erweisen sich die Regionalmanagement-Modelle des deutschen Wirtschaftsministeriums (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und EU-Strukturfonds), die deutsche Agrarverwaltung mit Initiativen wie „Regionen aktiv“ und die europäische LEADER-Initiative mit ihrer Kopplung an die Agrarpolitik schlussendlich doch als Sektorpolitiken⁸⁰, die ihre positiven Beiträge zur nachhaltigen Regionalentwicklung aufgrund mangelnder innovativ-

⁷⁵ Vgl. Knieling 2003: 473

⁷⁶ Vgl. Greif 2000: 115

⁷⁷ Vgl. Gsänger 2000: 102

⁷⁸ Vgl. Benz und Dose 2004: 4 ff.

⁷⁹ Vgl. Mayntz 2004: 38

⁸⁰ Vgl. Fürst 2010: 52

integrativer Spielräume kaum leisten. Für die europäische Förderperiode 2000 bis 2006 wird konstatiert, dass das Integrationsziel nicht erreicht wurde, da die Förderfähigkeit tatsächlich sektorenübergreifender Maßnahmen eher die Ausnahme bildete⁸¹. Dies wird, auch seitens geförderter Regionen, auf das auf Länder- und Bundesebene nicht überwundene Ressortdenken und -handeln zurückgeführt, woraus sich wiederum Spannungen zwischen den Ebenen ableiten⁸². Auch für die Förderperiode 2007 bis 2013 auf Basis der Verordnung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (EG) Nr. 1698/2005 wird ein kritisches Resümee gezogen. So wird das „ländliche Potenzial“ vor allem abseits der Landwirtschaft betont, nämlich in der sozialen, kulturellen und ökologischen Vielfalt. Seine Ausschöpfung gerät jedoch aufgrund der fehlenden sektorenübergreifenden Politik, der Integration der ländlichen Entwicklungspolitik in die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) sowie des Widerstands des Agrarsektors, Mittel für nicht-agrarische Bereiche einzusetzen, ins Hintertreffen⁸³. In den einschlägigen wissenschaftlichen Studien besteht Einigkeit darüber, dass die Überwindung der Sektoralität in der Förderpolitik und Praxis zugunsten integrativer Problemwahrnehmung und entsprechend integrativer Lösungen nach wie vor die zentrale Herausforderung darstellt und auf Ebene der Politik sowie der Umsetzungsebene vor Ort nur in Ansätzen gelingt.

Eine weitere Problematik stellen die **Überlappungen unterschiedlicher Regionskonzepte**, oftmals initiiert durch sich in der Fläche überlappende Förderimpulse, dar. Die sich überlagernden Regionszuschnitte ziehen eine erhebliche Komplexitätszunahme für die involvierten – oftmals sind es dieselben⁸⁴ – regionalen Akteure nach sich. Wenn es nicht gelingt, die Vielfalt von Kommunikationsstrukturen und Akteursperspektiven abzustimmen oder zu integrieren, sind ungenutzte Potenziale und Konflikte unvermeidbar⁸⁵. Hinzu kommt, dass der **zeitliche Horizont von Förderinitiativen** die Regionen vor die kontinuierliche Herausforderung stellt, Netzwerke und Initiativen zu verstetigen sowie sich auf die endogenen Entwicklungsimpulse und -potenziale zu fokussieren.

In der wissenschaftlichen Debatte und so auch in der hier angestrebten empirischen Untersuchung kann es nicht um eine Abkehr von dem einen (administrativ geleiteten) oder anderen

⁸¹ Vgl. Häger und Kirsche 2007: 277, 278

⁸² Vgl. Böcher 2009: 130

⁸³ Vgl. Strahl und Dax 2010: 60

⁸⁴ Vgl. Fürst 2010: 52

⁸⁵ Vgl. Sondershaus 2008: 36

Ansatz (offenen) des Regionsverständnisses gehen. Ziel muss es sein, Wege aufzuzeigen, wie die gesellschaftspolitische Realität in Einklang mit den Anforderungen einer nachhaltigen Regionalentwicklung gebracht werden kann. Es interessiert, welche räumlichen Impulse und Resonanzen die betrachtete Förderinitiative bewirkt und wie sie sich hinsichtlich des naturschutzpolitischen Erfolgs auswirken. Die Unterstützung der Herausbildung entsprechend flexibler Handlungsräume abseits administrativer Grenzen durch Förderkulissen erscheint gerade auch im Kontext naturschutzrelevanter Kriterien und großräumiger Naturschutzprojekte als ein notwendiges Anliegen.

2.1.2.2 Regionale Governance: Ermöglichungsräume für Nachhaltigkeit

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit Verhandlungssystemen auf regionaler Ebene und damit mit regionaler Governance. Der Begriff umfasst Steuerungs- und Reglungsstrukturen, die die von der Regionalisierung betroffenen Akteure der Gesellschaft, Wirtschaft und des Staates zur Bewältigung gemeinsamer Anliegen zusammenführen. Es handelt sich um nicht-hierarchische Koordination, die durch freiwillige Teilhabe der Akteure gekennzeichnet ist. Die Merkmale dieser netzwerkartigen Verhandlungssysteme sind so vielfältig, wie die Akteurskonstellationen, Handlungsbedarfe und situativen Rahmenbedingungen⁸⁶. Die Beschäftigung mit Governance-Mustern ist in Konsequenz unmittelbar an die Auseinandersetzung mit Netzwerken geknüpft. Der Netzwerkbegriff wird sehr unterschiedlich verwendet, sodass eine Begriffsklärung notwendig ist. Das hier gültige Begriffsverständnis geht zunächst von der sozialwissenschaftlichen Definition aus. Netzwerke werden als „[...] eine durch Beziehungen bestimmten Typs verbundene Menge von sozialen Einheiten wie Personen, Positionen oder Organisationen“⁸⁷ verstanden. Die Kernelemente eines Netzwerks sind folglich Akteure und deren Beziehungen untereinander.

In der wissenschaftlichen Literatur zur Regionalentwicklung wird netzwerkartigen Strukturen, an denen viele Akteure teilhaben und die von horizontaler Kommunikation geprägt sind, die Fähigkeit zugesprochen, regionale Kooperationen zu fördern. Diese wiederum tragen zur Nutzung endogener Potenziale bei, da sie regionales Wissen und Informationen durchlässiger und notwendige Ressourcen verfügbar machen. Die nachhaltige Regionalentwicklung kann dadurch vorangebracht werden.

⁸⁶ Vgl. Fürst 2010: 53

⁸⁷ Pappi 1987: 13

Die spezifischen oder emergenten Leistungspotenziale der Netzwerke im Kontext von kollektiv zu lösenden regionalen Aufgaben und Herausforderungen werden vielfach diskutiert. Benz und Meinke⁸⁸ beschreiben die Vorteile von Netzwerken und halten fest, dass sich regionale Netzwerke dadurch auszeichnen, dass sie zu einer **selektiven Verdichtung** des Informationsaustauschs beitragen. Darin wird das Potenzial von regionalen Netzwerken deutlich, denn diese selektive Verdichtung ist zugleich eine notwendige Voraussetzung für die (selektive) Integration von Politikbereichen in Bezug auf spezifische, regionalräumliche Problemlagen und Potenziale durch unmittelbare Erfassung, Diskussion und Aushandlung.

Regionale Netzwerke zeichnen sich zweitens dadurch aus, dass sie die **Koordination erleichtern**, da Akteure in dauerhaften Beziehungen stehen und Vertrauen aufbauen. Vertrauen schafft Verhaltenssicherheit und ist gerade im Kontext von übersektoraler Kooperation und Verhandlung unverzichtbar, weil es die damit verbundenen Unsicherheiten „auffangen“ kann. Die Forums- und Identifikationsfunktion, die sich aus dem Kennenlernen und der Interaktion der Akteure untereinander ergibt⁸⁹, ermöglicht in Kombination mit der Vertrauensbildung die Entstehung von sozialem Kapital. Dieses, hier im Sinne Putnams⁹⁰ als gemeinwohlorientiertes Handlungspotenzial verstanden, beschreibt die positiven Effekte der strukturellen Einbettung (Kooperationsbereitschaft, Senkung von Transaktionskosten in Form von Informations- und Koordinationskosten, Erhöhung der Qualität von Informationen, effizientere Informationsverarbeitung, Vertrauen, geteilte Normen und Verhaltenserwartungen)⁹¹. Nur Netzwerke können soziales Kapital durch die sozialen und emotionalen Beziehungen zwischen den beteiligten Akteuren aufbauen und kollektiv nutzen⁹², die wiederum o. g. positive Effekte hervorbringen. Als kollektive Ressource⁹³ spielt dieses Kapital eine zentrale Rolle bei der Aushandlung und Herstellung gemeinwohlorientierter Ziele und Güter, da es bspw. die Überwindung sektoraler Wertedifferenzen ermöglicht.

Regionale Netzwerke zeichnen sich drittens dadurch aus, dass sie **flexibel** sind, wodurch sowohl die internen Beziehungen als auch die Beteiligung von neuen Akteuren leicht an neue

⁸⁸ Vgl. Benz und Meincke 2007: 17

⁸⁹ Vgl. Diller 2005: 21

⁹⁰ „By „social capital“ I mean features of social life - networks, norms, and trust - that enable participants to act together more effectively to pursue shared objectives. [...] Social capital, in short, refers to social connections and the attendant norms and trust“ (Putnam 1995: 664).

⁹¹ Vgl. Wald und Jansen 2007: 102; Wald 2003: 21

⁹² Vgl. Fürst et al. 2006: 11 ff.

⁹³ Vgl. Benz et al. 2007: 102

Erfordernisse angepasst werden können. Diese besondere Flexibilität und Dynamik, die Netzwerke aufweisen, werden als Antwort auf die Dynamisierung und Komplexitätszunahme von Entwicklungsprozessen durch die Globalisierung, Europäisierung und das Nachhaltigkeitsgebot diskutiert, denn sie erleichtern regionale Lernprozesse. Die Gefahr der Verkrustung oder des „lock-in“, d. h. die Abschottung nach außen hin durch eingeschränkte Wahrnehmung der Entwicklungen im Umfeld⁹⁴, wird durch das „loose-coupling“ in dynamischen Netzwerken gebannt⁹⁵.

Zwei unterschiedliche „Arbeitsweisen“ der Governance-Strukturen können jedoch entstehen, die gerade auch die Chancen von Prozessen der nachhaltigen Entwicklung in Regionen beeinflussen. Entweder werden Lösungen für Interessenkonflikte bei feststehenden Akteursinteressen mittels Verhandlungen (bargaining) herbeigeführt. Diese Lösungen erscheinen dann in Form von Kompromissen oder Konzessionen. Zum anderen kann die Herausbildung gemeinsamer Interessen und, damit verbunden, die Veränderungen von Einzelinteressen über nicht-manipulative Verständigungs- und Überzeugungsprozesse (arguing) erfolgen⁹⁶. Aus der einschlägigen Literatur lässt sich die Annahme ableiten, dass informelle Verhandlungssysteme bzw. Netzwerke solche Verständigungs- und Überzeugungsprozesse unterstützen, weshalb ihnen wiederum eine besondere Problemlösungsfähigkeit zugesprochen wird^{97, 98}.

Als „political opportunity structure“, die eine „gesellschaftliche „Nachfrage“ nach solchen Verhandlungssystemen weckt, wird vor allem der politisch-administrative Rahmen diskutiert. Neben weiteren Faktoren werden Anreize über die Förderpolitik als bedeutend erachtet⁹⁹. Es besteht ein breiter wissenschaftlicher Konsens, dass ohne externe Anreize die Hindernisse übersektoraler und freiwilliger Kooperation (Handlungslogiken, Aufwand-Nutzen-Zuteilung) kaum überwunden werden. Auf folgenden Sachverhalten begründet sich diese Erkenntnis:

Zunächst ist die Fähigkeit der Regionen zur diskursiven Aushandlung der Art und Weise, wie Probleme zu lösen und Aufgaben zu erfüllen sind, relevant. Da „nachhaltige Entwicklung (...) auf Partizipation und Teilhabe“¹⁰⁰ beruht, bedarf es folglich einer ausgeprägten gesellschafts-

⁹⁴ Vgl. Grabher 1993: 262

⁹⁵ Lo 2001: 138

⁹⁶ Vgl. Benz 1994: 119–127

⁹⁷ Vgl. Benz in Windhoff-Héritier 1993: 76–77

⁹⁸ Vgl. Kohler-Koch und Eising 1999: 6

⁹⁹ Vgl. Fürst 2001: 375

¹⁰⁰ Die Bundesregierung 2008: 34

politischen **Dialogkultur**, für die es jedoch keine Tradition in Deutschland gibt¹⁰¹. Hier erlangt die Nachhaltigkeitsidee Bedeutung:

„Nachhaltigkeit könnte somit zum Ausgangspunkt einer neuen ‚Dialogkultur‘ werden, die es ermöglicht, dass unterschiedliche Interessen artikuliert werden, gemeinsame Problemdefinitionen gefunden und schließlich mit Hilfe von innovationsfördernden Maßnahmen Problemlösungen gefunden werden“¹⁰².

Die Herausforderung spitzt sich jedoch noch zu, wenn das **Dilemma von Konsens und Innovation** unter Berücksichtigung der Motivationsstruktur, die dem Nachhaltigkeitsdreieck zugrunde liegt, beachtet wird. Lösungen der nachhaltigen Regionalentwicklung können stets als Innovationen eingeordnet werden, da ihnen (i. d. R.) bedeutende Veränderungen der regionalen Problembearbeitung, v. a. durch veränderte Akteurskonstellationen verbunden mit Machtverschiebungen, vorausgehen. Konsensorientierte Prozesse der Regionalentwicklung sind hingegen auf Sicherheit, Vertrauen und Verengung des Entscheidungsspielraums ausgerichtet, die solch innovativen Veränderungen entgegenstehen. Fürst und Knieling¹⁰³ diskutieren dieses Dilemma im Kontext der kooperativen Regionalentwicklung und zeigen die sich konträr gegenüberstehenden Prozessbedingungen für Konsens und Innovation auf. Sie resümieren, dass insbesondere die Phase der Definition des Veränderungs- bzw. Innovationsbedarfs, die treibenden (fachlichen und machbezogenen) Promotoren und deren Strategie sowie die regionalen Resonanzstrukturen, die die Impulse der Promotoren verarbeiten, die Erfolgsaussicht regionaler Aushandlungsprozesse für Lösungen nachhaltiger Regionalentwicklung bestimmen.

Tab. 1: Merkmale konsens- und innovationsorientierter Verhandlungen,
eigene Darstellung nach Fürst und Knieling 2004: 283 f.

Merkmal der Verhandlung	Konsens	Innovation
Bandbreite von Problemlösungen	Verengung	Erweiterung
Akteure: Zahl und Vielfalt	Exklusiv	Inklusiv
Zeitliche Dimension	Langfristig und kontinuierlich	Punktuell und kurzfristig
Ausrichtung des Prozesses	Sicherheit	Unsicherheit
Struktur	Institutionalisierte Struktur	Lose, „regelfreie“ Netzwerke

Verschneidet man dieses Dilemma mit der Motivationsstruktur, die das Nachhaltigkeitsdreieck prägt, kommen weitere Hürden hinzu. Da die ökologischen und sozialen, d. h. gesellschaftspolitischen, Ziele von qualitativem Charakter sind, während die ökonomischen Ziele

¹⁰¹ Vgl. Plachter 2002: 21

¹⁰² Fresner 2005: 10

¹⁰³ Vgl. Fürst und Knieling 2004

quantitativen Charakter aufweisen¹⁰⁴, leitet sich zunächst eine schwierigere Messbarkeit ab. Relevanter ist jedoch die Problematik der schwächeren Motivationswirkung der eher allgemeinwohlorientierten Qualität der sozialen und ökologischen Ziele, da der zu erwartende individuelle Nutzen einer Kooperation weniger greifbar ist und den Kooperationswillen schwächt – umso mehr wenn finanzielle Einbußen oder der Verzicht auf politische Erfolge einhergehen¹⁰⁵.

Den zahlreichen förderpolitischen Impulsen des Bundes und der Länder auf regionaler Ebene kann das Ziel der Förderung regionaler Kooperation unterstellt werden. Als problematisch erweist sich jedoch auch hier die sektorale Trennung der impulsgebenden Politikbereiche, aus der ressourcenintensive Überlappungen regionaler Initiativen und Konzeptentwicklungen resultieren. Das integrative Innovationspotenzial der Regionen wird damit abermals beschnitten¹⁰⁶.

Das hier verfolgte Untersuchungsinteresse an einer sektoralen Förderinitiative und ihrer Beeinflussung und Ausbildung von regionalen Governance-Strukturen und -Prozessen leitet sich aus der Tatsache ab, dass die sektorale Segmentierung deutscher Politik auch zukünftig als prägende politische Rahmenbedingung eingeschätzt wird. Die Spielräume und Hürden, durch sektorale Impulse integrative, am normativen Konzept der Nachhaltigkeit ausgerichtete, regionale Kooperationen und Entwicklungen anzustoßen, sind auszuleuchten.

2.1.3 Zwischenfazit

Abschnitt. 2.1 legt das vielschichtige Gefüge von Herausforderungen der Förderung und Umsetzung von Prozessen der nachhaltigen Regionalentwicklung dar, das Abb. 2 zur Übersicht zusammenfassend visualisiert. Es lässt sich schlussfolgern, dass insbesondere auch sektoralen Förderinitiativen auf regionaler Ebene eine **Impuls- und Unterstützungsfunktion** zukommt. Die Schlüsselrolle der regionalen Netzwerke, in denen sich politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure vernetzen, ist deutlich geworden. Aber auch, dass sie auf unterstützende Rahmenbedingungen angewiesen sind, um ihr Potenzial, über die Bildung von sozialem Kapital sektorale Wertedifferenzen zugunsten gemeinwohlorientierter Entscheidungen zu überwinden, zu entfalten. Im hier interessierenden Kontext der Aushandlung einer Aufwer-

¹⁰⁴ Bachinger et al. 2011: 5

¹⁰⁵ Vgl. Adrian 2003: 42

¹⁰⁶ Vgl. Diller 2005: 29

tung und Vorrangstellung von ökologischen Zielen im regionalen Interessengefüge ist dies eine unverzichtbare Leistung. Ein Interesse an den projektbezogenen Vernetzungen und Kommunikationsweisen leitet sich logisch ab. Diese Arbeit wird der Frage nachgehen, welche Verhandlungen und Regulationsmuster im Kontext der NGP entstehen bzw. gewählt wurden. Es wird ein Zusammenspiel regionalspezifischer und förderpolitischer Faktoren erwartet, die über die Integration der Naturschutzvorhaben und ihrer Ziele in den Regionen entscheiden.

Die nun folgende Betrachtung des Politikfeldes Naturschutz konkretisiert diese Fragestellung, indem den spezifischen Herausforderungen, die mit der Einbettung von Zielen des Naturschutzes in regionale Interessengefüge verbunden sind, nachgegangen wird.

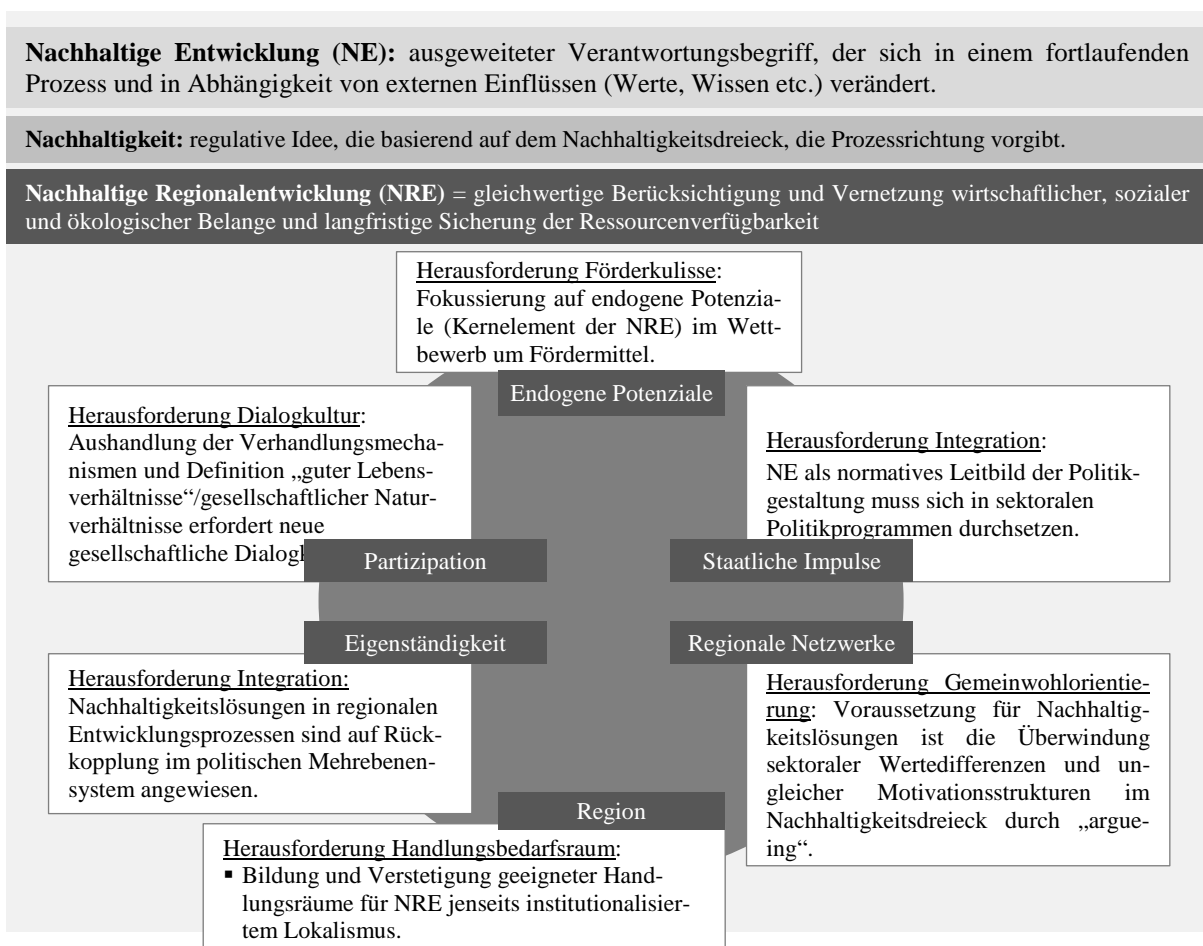


Abb. 2: Übersicht zur nachhaltigen Regionalentwicklung und zu ihren Herausforderungen, eigene Darstellung

2.2 Politikfeld Naturschutz

Im Folgenden wird zunächst der Verständniswandel im Politikfeld Naturschutz betrachtet. Eng daran geknüpft ist die Entstehung des Instruments „Großschutzgebiet“ (GSG). Die in einschlägigen empirischen Studien dokumentierten Erfahrungen und Erkenntnisse aus regionalen Prozessen entlang der Ausweisung von Gebietskulissen für Großschutzgebiete werden herangezogen, wobei zunächst auf die Aspekte der Naturschutzakzeptanz und anschließend die des Interessenausgleichs durch Synergien zwischen anderen Landnutzungsinteressen fokussiert wird. An diese Ausarbeitung knüpfen die Betrachtung der Förderinitiative „Naturschutzgroßprojekt“ und die Ableitung der Schlussfolgerungen für das betrachtete Problemfeld an. Die Konkretisierung der Forschungsfragen ist dann möglich.

2.2.1 Verständniswandel entlang der Leitvorstellung Nachhaltigkeit

Der Begriff „Naturschutz“ etablierte sich in Deutschland zum Ende des 19. Jahrhunderts und begründete sich auf der Besorgnis um die Zerstörung der vertrauten Kulturlandschaft, die für eine bedachtsame Nutzung der Natur und Landschaft¹⁰⁷ stand. Im Mittelpunkt befand sich folglich nicht die unberührte Wildnis, sondern die gewachsene und gestaltete Kulturlandschaft als die „zunehmend bedrohte Heimat“. Die enge Bindung von Mensch und Raum war Fokus dieser emotional besetzten Heimatideologie, die sich in die konservative Zivilisationskritik an der „Moderne“ einordnen ließ¹⁰⁸. Die rassistische Uminterpretation von Landschaft und Heimat bot die Argumentationsbasis für imperiale Ansprüche, die in den Zweiten Weltkrieg führten. Aus dieser Anfälligkeit des Heimatbegriffs für undemokratische Wertvorstellungen und Gesellschaftskonzepte resultierte eine strikte Distanzierung durch den Naturschutz in den 1970er-Jahren. Das Grundverständnis des heutigen Naturschutzes in Deutschland liegt in dem Wandel, den er dann vollzogen hat. Seine Ökologisierung und Verwissenschaftlichung wurden konsequent vollzogen, um im Sinne demokratischer Systeme auf Basis von Sachentscheidungen zu argumentieren und zu handeln. Bis heute wird darin eine Ursache für die andauernden Konflikte und Akzeptanzprobleme des Naturschutzes gesehen, denn diese Ausrich-

¹⁰⁷ Die Begriffe „Natur“ und Landschaft“ können unterschiedlich betrachtet werden. Hier wird der Begriff „Natur“ mit dem Bewusstsein über seine Unschärfe als Reflexionsbegriff verwendet, mit dem die Menschen ihre Verhältnisse zu ihrer Umgebung immer wieder hinterfragen und neu definieren (vgl. Piechocki 2010: 21). Zwei unterschiedliche Naturverständnisse prägen die Moderne. Natur wird „als rational abstrahiertes System“ oder als „emotional erfassbare Landschaft“ (Piechocki 2010: 28 verstanden, wobei ein breiter Konsens darüber herrscht, dass Natur „ein historisch bedingtes, mentales Konzept“ (Piechocki 2010: 28) ist.

¹⁰⁸ Vgl. Piechocki 2005: 57; Reusswig 2003: 30

tung gibt durch mangelnde Reflexion kultureller Inhalte der Annahme Vorschub, dass ästhetisch schöne Landschaften zugleich ökologisch intakt seien¹⁰⁹.

Der Naturschutz durchschritt seit den 1970er-Jahren, begleitet und beeinflusst durch die Nachhaltigkeitsdebatte, unterschiedliche Phasen des gesellschaftlichen Rückhalts. Brand et al.¹¹⁰ erkennen seit dieser Zeit bis zum Ende der 1990er-Jahre vier Phasen mit unterschiedlichen Verwirklichungschancen für umwelt- und naturschutzpolitische Ziele: den „Umwelt-Reformdiskurs“ mit breitem umweltpolischem Konsens (1969-1974), den „polarisierten Diskurs: Ökonomie versus Ökologie“ mit verschärfter Wahrnehmung von Umweltproblemen auf der einen, Zurücknahme der umweltpolitischen Reformprogrammatik auf der anderen Seite (1975-1982), die „Institutionalisierung des ökologischen Diskurses“ mit breiter Diffusion umweltpolitischer Inhalte in politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Handlungsfelder (1983-1991) sowie die „Krise und Reorientierung der Umweltpolitik“, bei der die Umweltthematik aufgrund der deutschen Vereinigung und zunehmender Arbeitslosigkeit erneut in die Defensive geriet (1992 bis Ende der 1990er-Jahre). Zum Ende des 20. Jahrhunderts stellte sich die Lage des Naturschutzes verfahren dar, da zwar einerseits bestätigt werden kann, dass der Schutz der abiotischen und biotischen Bestandteile der Umwelt zu einem gesellschaftlichen Wert avanciert¹¹¹ und sozial erwünscht sei¹¹², sein Stellenwert jedoch zugleich als zu gering bewertet wird, um (ökologische) Nachhaltigkeit und damit Verhaltensänderungen im Sinne von Verzicht und Unterlassung in das Mensch-Umwelt-System einzubringen¹¹³. Auf konzeptioneller Ebene ist ein Dissens über Handlungsprioritäten und Entscheidungskriterien, auf operativer Ebene sind Konflikte über Art und Reichweite der Maßnahmen zu konstatieren, die oftmals in Entscheidungen zulasten des Naturschutzes gehen¹¹⁴.

Die Verantwortung dafür wird im Rahmen kritischer Selbstbetrachtung auch den eigenen Zielverfehlungen aufgrund der vorherrschenden konservierenden und sektoralen Instrumente zugewiesen¹¹⁵. Wirft man einen Blick in die Veröffentlichungen der sozialwissenschaftlichen Naturschutzforschung oder politikwissenschaftlichen Studien zur Umwelt- und Naturschutz-

¹⁰⁹ Vgl. Piechocki 2005: 65, 66

¹¹⁰ Vgl. Brand 1997: 18 f.

¹¹¹ Vgl. Karger 2000: 165

¹¹² Vgl. Kleinhüchelkotten 2010: 15

¹¹³ Vgl. Erdmann und Spandau 1997: 9; Volkery 2001: 136

¹¹⁴ Vgl. Karger 2000: 165

¹¹⁵ Vgl. ebd.; vgl. Mose 2009b: 12

politik, stechen sogleich die Probleme und Defizite des über lange Zeit praktizierten hierarchischen Top-down-Steuerungsansatzes hervor¹¹⁶. Eine Vielzahl weiterer Gründe für die Durchsetzungsdefizite naturschutzpolitischer Ziele kann benannt werden. Diese reicht von Schwächen bei den Institutionen und Akteuren des Naturschutzes¹¹⁷ bis hin zum mangelndem Vertrauen gegenüber der Naturschutzpolitik im Allgemeinen¹¹⁸. Die Wahrnehmung des Naturschutzes als „Verhinderer“ auf einer „Defensivposition“¹¹⁹ wirkt bis heute. Es lässt sich resümieren, dass für den Naturschutz die allgemeine Beobachtung, sektorale Interessendurchsetzung mittels ebenso sektoral aufgestellter Politiknetzwerke sei durchsetzungsfähiger als integrativ angelegte Konzepte¹²⁰, nicht bzw. nur eingeschränkt gilt.

Der paradigmatische Wandel im Naturschutz, begleitend zur inhaltlichen Weiterentwicklung, ist die logische Konsequenz. Der Fokus des Naturschutzes auf die klassischen Schutzgüter (Tiere, Pflanzen und Landschaftsbild) hat sich auf Boden, Wasser, Luft und Klima ausgeweitet und versteht sich heute als „Naturhaushaltsschutz“, der einen großräumig orientierten Naturschutzanspruch vertritt¹²¹. Angetrieben durch das Konzept der Nachhaltigkeit als „visionäre Leitvorstellung“, gilt es, eine bestmögliche Annäherung von ökonomischen und sozialen Aspekten innerhalb der durch die Ökologie gesetzten Grenzen zu erreichen¹²². Das wachsende Interesse an dem Instrument des Großschutzgebiets¹²³ leitet sich daraus ab. An diesem wird der paradigmatische Wandel besonders sichtbar, und es ist das zentrale Beispiel für einen integrativen Naturschutzansatz. Plakativ mit dem Slogan „Schutz durch Nutzung“ beschrieben, zielt es auf die Schaffung einer Naturwirtschaft im ländlichen Raum, die auf einer

¹¹⁶ Vgl. Mayntz et al. 1978

¹¹⁷ „Schlechtes Image, ungenügende Effizienz, diffuse interne und externe Positionen, unklare Ziele und Zerstrittenheit sind Aspekte, die in Befragungen immer wieder von gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen genannt werden, wenn es um die Außenwahrnehmung des Naturschutzes geht. Daher stehen viele Menschen dem Naturschutz grundsätzlich positiv, den Naturschützern aber eher ablehnend gegenüber“ (Deutscher Rat für Landespflege 2003: 19).

¹¹⁸ Vgl. Hebenstreit und Barkmann 2014

¹¹⁹ Vgl. Böcher und Krott 2002: 169

¹²⁰ Vgl. Osthorst 2008: 289

¹²¹ Vgl. Heiland 1999: 47

¹²² Vgl. Jessel 2008: 5

¹²³ Großschutzgebiete gibt es in Deutschland seit fast 100 Jahren (erster Nationalpark: Bayrischer Wald 1970, erstes deutsches Biosphärenreservat: Biosphärenreservat Vessertal-Thüringer Wald 1979, erster Naturpark: Lüneburger Heide 1921), wobei sich eine Vielfalt von Schutzgebietskategorien entwickelt hat, die sich auf nationales und europäisches Recht sowie internationale Konventionen begründet (vgl. Revermann und Petermann 2003: 26).

zukunftsfähigen Landwirtschaft, biologischen Vielfalt und artenreichen Kulturlandschaft basiert¹²⁴.

Die gemäß Bundesnaturschutzgesetz unter dem Begriff Großschutzgebiet verstandenen Kategorien Nationalpark (§ 24), Biosphärenreservat (§ 25) und Naturpark (§ 27) werden als multifunktionale, weil auch regionalpolitische, Instrumente diskutiert. Sie gelten als (die) zentrale(n) Instrumente des modernen Naturschutzes¹²⁵. Die Synergien mit anderen Handlungsfeldern rücken ins Blickfeld, und mit den Großschutzgebieten beschreitet der Naturschutz, geleitet von einem dynamisch-innovativen Verständnis, neue Wege der Integration von Schutz und Nutzung in der Landschaft¹²⁶. Zu berücksichtigen ist hier der Wertewandel, der die inhaltlichen und strategischen Weiterentwicklungen antreibt. So zeigt sich, dass die Ökologisierung des Naturschutzes in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts einen Vorrang von ökologischen (Physio- und Biozentrik) gegenüber kulturellen Werten (Heimat, Erfahrung der Historie) hervorgebracht hat. Als weitere explizite sekundäre Werte des Naturschutzes kommen heute ökonomische Werte (Regionalentwicklung, Strukturpolitik u. a.) hinzu¹²⁷. Diese dynamische Werteüberlagerung gilt es, auch in den Großschutzgebietskulissen zu antizipieren, da sie die Realisierbarkeit von „mehr“ oder „weniger“ Naturschutz bestimmen.

Der Schutz von Natur und Landschaft bleibt jedoch trotz der instrumentellen Entwicklung weiterhin ein schwieriges Handlungsfeld der Umweltpolitik, denn dessen Interessengebundenheit sorgt bis heute dafür, dass Interessenallianzen auf jeder Ebene zu seiner strategischen Beschaffenheit gehören müssen¹²⁸. Dies begründet sich in seinen Zielen, die auf das Allgemeinwohl ausgerichtet sind, wie bspw. auf die Sicherung des „ökonomischen Kapitals“ der Ökologie in Regionen und die Bewahrung intakter Landschaften (= Lebensgrundlage). Die Schwierigkeit, Netzwerke für diese Ziele zu mobilisieren, liegt in der bereits benannten schwachen Motivationswirkung: Je mehr sie auf das Allgemeinwohl hin wirken, desto impliziter ist der individuelle Nutzen der Akteure. Die Entstehung kooperativer Zusammenschlüsse wird dadurch erschwert¹²⁹.

¹²⁴ Vgl. Revermann und Petermann 2003: 101

¹²⁵ Vgl. Mose 2009a: 11

¹²⁶ Vgl. Mose und Nischwitz 2009: 12

¹²⁷ Vgl. Demuth et al. 2012: 36

¹²⁸ Vgl. Radkau 1996: 37 f., Volkery 2001: 135

¹²⁹ Vgl. Adrian 2003: 42

Seitens des Naturschutzes erscheint es umso notwendiger, kooperative, dialogorientierte Instrumente einzusetzen, auch um das Image aus der Vergangenheit abzubauen. Im Eigeninteresse ist die Aufforderung zur Kooperation mit anderen Interessen aus der Nachhaltigkeitsdebatte aufzugreifen, um die Naturschutzziele auch gesellschaftlich besser realisieren und langfristig sichern zu können. Gesellschaftlich meint hier naturschutzpolitischen Erfolg, der aus politikwissenschaftlicher Perspektive als Aufbau zusätzlicher Handlungskapazitäten (capacity building) für den Naturschutz verstanden wird. Deren Merkmale können bspw. die Entstehung neuer Kooperationen zwischen den Interessengruppen, Lerneffekte i. S. der Annäherung der Positionen, eine positive Einschätzung des Naturschutzes sowie neue Institutionen, die Ziele des Naturschutzes verfolgen, und auch die Etablierung des Naturschutzes als öffentliches Thema sein¹³⁰. Vor diesem Hintergrund bewegen sich der Naturschutz und seine Akteure in einem Spannungsfeld. Dieses Spannungsfeld bezieht sich auf die Balance zwischen der Selbstaufgabe für kooperative Lösungen und dem Streben nach Maximallösungen¹³¹ sowie dem naturschutzfachlichen Handlungsbedarf angesichts des fortschreitenden Verbrauchs von Naturpotenzialen und den nur begrenzt dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die effektive Investition gerade dieser knappen Ressourcen bekommt angesichts der dargelegten allgemeinen und am Beispiel der Fallstudien konkreten Situation des Naturschutzes besondere Bedeutung¹³² und soll auch durch diese Studie unterstützt werden.

Als bedeutende Hürde erweist sich hier das Ordnungsrecht, das nach wie vor ein zentrales Instrument des Naturschutzes ist. Behörden, die über Ordnungsrecht arbeiten, scheinen Kooperationen aufgrund von befürchteten Zugeständnissen besonders schwer zu fallen. Wenn eine starke Ablehnung der Naturschutzziele erwartet, Machtverlust befürchtet wird und geringe Kenntnisse und Erfahrungen mit partizipativen Ansätzen vorliegen, schmälert dies die allgemeine Akzeptanz und Unterstützung für eben solche Prozesse seitens des Naturschutzes¹³³. Die Erfolge des Naturschutzes stehen jedoch in unmittelbarer Abhängigkeit von seiner politischen Strategiefähigkeit, die ihn letztlich befähigt, sich im sektorenübergreifenden Verhandlungsfeld gegenüber anderen gesellschaftlichen Interessen durchzusetzen bzw. eine Einigung mit diesen zu finden¹³⁴. Die Frage danach, mit welchen Mitteln und Zielen diese Durchset-

¹³⁰ Vgl. Brendle 1999: 21

¹³¹ Vgl. Heiland 1999: 68, 132

¹³² Vgl. Karger 2000: 166; vgl. Lichtenberg 2003: 36

¹³³ Stoll-Kleemann 2002: 61 ff.

¹³⁴ Vgl. Böcher et al. 2009: 26 ff.

zung im Prozess einer nachhaltigen Entwicklung gelingen kann, erscheint jedoch unbeantwortet.

Der integrative Ansatz im Naturschutz hat sich zwar als Ergänzung zum segregativen Ansatz, der sich auf bestimmte Gebiete konzentriert, etabliert. Dessen Behauptung als integraler Bestandteil regionaler Entwicklungsprozesse bedarf jedoch fortwährender Aufmerksamkeit, um nicht zum schmückenden Beiwerk degradiert zu werden¹³⁵.

2.2.2 Großschutzgebiete (GSG) als Kulisse nachhaltiger Regionalentwicklung

Im Miteinander von Schutz und naturschonender Nutzung wird insbesondere für ländliche Regionen eine große Chance für nachhaltige Entwicklung gesehen. Naturschonende Landnutzung in Kombination mit bspw. touristischen Erlebnisangeboten wird als einkommenssichernde Strategie diskutiert, und in zahlreichen Studien werden positive regionalökonomischer Effekte beschrieben¹³⁶. Die Chancen einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler Ebene werden im betrachteten Kontext als hoch eingeschätzt:

„Im unmittelbaren Lebensumfeld lassen sich Verluste an Naturgütern und Umweltbeeinträchtigungen direkt erfahren und aufgrund einer individuellen Verbundenheit mit der Region und deren Überschaubarkeit zugleich Potenziale für verändertes Handeln der in einer Region lebenden Menschen wecken“¹³⁷.

Vor welchen Herausforderungen die Potenzialentfaltung steht, wurde bereits unter 2.1.2.1 deutlich. Angesichts der kontroversen Debatten im Zuge der Ausweisung neuer GSG¹³⁸, der Konflikte in der weiteren Entwicklung¹³⁹ sowie der Tatsache, dass die Entstehung der bereits vielfach analysierten, oftmals harten Konfliktlinien zwischen den Schutz- und Nutzinteressen hinsichtlich der Natur und Landschaft bis heute häufig nicht verhindert werden können, rückt die Frage nach der Realisierbarkeit des erwarteten Potenzials in den Vordergrund. Als eine Ursache können die unterschiedlichen Perspektiven und damit verbundenen Erwartungen gegenüber dem Instrument des GSG angeführt werden. So zeigt sich, dass bei den räumlich betroffenen Akteursgruppen die Einschätzung dieser als regionalpolitisches Instrument über-

¹³⁵ Vgl. Adamowicz 2009: 12

¹³⁶ Vgl. Revermann und Petermann 2003: 100; Job et al. 2009; Engels und Job-Hoben 2009b

¹³⁷ Vgl. Böcher 2009: 127

¹³⁸ Vgl. Mose und Nischwitz 2009: 9; Stoll 1999

¹³⁹ Vgl. Revermann und Petermann 2003: 82 ff.

wiegt, während es für den Gesetzgeber ein Natur- und Landschaftsaufwertungs-Instrument darstellt¹⁴⁰.

Seit Ende der 1980er-Jahre legt die sozialwissenschaftliche Naturschutzforschung einschlägige Studien vor, in denen Fragen der gesellschaftlichen Akzeptanz von raumbedeutsamen Naturschutzmaßnahmen behandelt werden. Nach Trommer und Stelzig¹⁴¹ kann mittels eines abgestuften Polaritätsprofils die Naturschutzakzeptanz differenziert werden. Sie reicht von der Nichtakzeptanz (Interessen-, Wertedivergenz, Gruppenzugehörigkeit), Duldung (Gleichgültigkeit, Nichtbetroffenheit), Toleranz (Einsicht, Übereinstimmung, kritische Toleranz) bis hin zur Unterstützung (aktive Zustimmung, übereinstimmende Wertekonstellation). Diesem Begriffsverständnis folgend, erscheint es im Kontext nachhaltigen Regionalentwicklung notwendig, Toleranz als Mindestziel, Unterstützung als optimales Ziel zu verfolgen, da die bewusste Toleranz und aktive Zustimmung als Voraussetzungen und tragfähige Basis für eine dauerhafte Aufwertung, Berücksichtigung und Unterstützung der Naturschutzziele in regionalen Entwicklungsprozessen eingeordnet werden. Gerade auch die Mobilisierung von Synergiepotenzialen erscheint dann möglich, während lediglich Duldung fragil bzw. für nachhaltige Entwicklungsimpulse nicht ausreichend erscheint.

Jedoch dürfen Synergien nicht das eigentliche Ziel aushebeln: Der Schutz, d. h. die Nicht-Nutzung von Natur und Landschaft, soll sich als eine Facette nachhaltiger Regionalentwicklung etablieren. Die Betonung der Entwicklungsperspektive bzw. der Fokus auf nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten droht, das eigentliche Schutzziel und dessen Akzeptanz in den Hintergrund zu drängen, da damit stets auf die nutzenabhängigen Werte der Natur und Biodiversität in Prozessen regionaler Entwicklung fokussiert wird. Zwar geht es auch um die Nutzbarkeit der zu schützenden Ressourcen in der Zukunft, jedoch ist diese nicht direkt erfahrbare und erhält damit eine wertorientierte, nutzenunabhängige Prägung. Eine stärkere Betonung und Auseinandersetzung mit der Zukunft und dem (nutzenunabhängigen) Vorhalt natürlicher Ressourcen sind also unverzichtbar, um die naturschutzpolitischen Erfolgsaussichten zu verbessern.

¹⁴⁰ Vgl. Hammer 2011: 1

¹⁴¹ Vgl. Trommer und Stelzig 2000: 10

In der einschlägigen Studie „Akzeptanzprobleme bei der Ausweisung von Großschutzgebieten“ von Stoll¹⁴² wurde ein Strukturmodell zur Erklärung von Akzeptanzproblemen entwickelt. Ihm wird bis heute Gültigkeit zugesprochen, indem es als Bezugspunkt anknüpfender Forschungsarbeiten genutzt wird¹⁴³. Von der Gültigkeit des Erklärungsmodells bzgl. der Entstehung von Akzeptanzproblemen im Zuge der Ausweisung von GSG für die Umsetzung von Naturschutzgroßprojekten wird ausgegangen. Die Ausprägung der akzeptanzbestimmenden Aspekte wird tatsächlich als noch deutlicher vermutet, zum einen, da im Rahmen eines NGP die Entwicklungsperspektiven im Hintergrund stehen und nicht, wie mit den Marken Nationalpark oder Biosphärenreservat, explizit transportiert werden, und zum anderen Veränderungen der Eigentumsstrukturen zugunsten des Naturschutzes angestrebt werden.

Die regionale Akzeptanz und der regionale Interessenausgleich gelten als entscheidende Schlüsselgrößen für die erfolgreiche Umsetzung von regionalbedeutsamen Schutzziele¹⁴⁴. Das Modell differenziert vier Ursachenebenen: emotionale Aspekte, kulturelle Aspekte, Wahrnehmungsbarrieren und Kommunikationsbarrieren in Kombination mit Gruppenprozessen. Sie werden als Regeln des menschlichen Verhaltens eingeordnet, die in einem unmittelbaren Wirkungsgefüge miteinander verflochten sind. Das Gefüge wird hier mit Bezug auf Stolls Ausführungen in den wesentlichen Zügen, unter Bezug auf ergänzende Studien, dargelegt.

Die emotionale Seite der Akzeptanz speist sich aus der These der raumorientierten Betroffenheit, die besagt, dass je größer die räumliche und die zeitliche Nähe sind und sie etablierte Interessen berühren¹⁴⁵, desto intensiver wird das Wirken des Naturschutzes wahrgenommen und desto eher setzt sich ein negatives Betroffenheits- oder gar Bedrohungsempfinden durch¹⁴⁶. Die Chancen der rationalen Verarbeitung werden unterlaufen¹⁴⁷, was durch die oftmals empfundene Freiheitseinengung im Zusammenhang mit der Ausweisung von Schutzgebieten und der daraus resultierenden psychologischen Reaktanz¹⁴⁸ unterstützt wird: Durch die

¹⁴² Vgl. Stoll 1999

¹⁴³ Vgl. Schieber, Blatt, Schaal in Mose 2009b

¹⁴⁴ Vgl. Schaal 2009: 1999

¹⁴⁵ Vgl. Karger 2000: 166

¹⁴⁶ Vgl. Rentsch 1988: 17

¹⁴⁷ Vgl. Lucke 1995: 363

¹⁴⁸ „Phänomen des Widerstands gegen wahrgenommenen beeinflussungsdruck. R. tritt auf, wenn ein Individuum sich in seiner Meinungs- und Verhaltensfreiheit bedroht fühlt. Dir. R. wird umso intensiver, je größer der wahrgenommene Beeinflussungsdruck ist, je höher die erlebte Bedeutung der Erlebens- und Verhaltensweise ist, die eingeschränkt werden und je Einschränkung reicht [...]“ (Gabler Wirtschafts-Lexikon 2005: 2581); Zusammen-

Ausweisung erwarten die Bewohner des Gebiets die Einschränkung oder gar Verhinderung ihrer gewohnten Verhaltensweisen. Daraus resultiert die psychologische Reaktanz, die bestrebt ist, die Freiheit der Verhaltensweisen wieder herzustellen. Wenn Probleme auf der Beziehungsebene hinzukommen, sind gar „Trotzreaktionen“ ein häufiger Ausdruck von Akzeptanzproblemen¹⁴⁹. Die beschriebene Reaktanz steht mit dem dritten emotionalen Aspekt in unmittelbarer Verbindung: unzureichende Partizipationsstrukturen. Das Für (Beteiligung schafft Akzeptanz) und das Wider (Aufwand der Beteiligung und Gefahr der Verwässerung)¹⁵⁰ sind zu berücksichtigen, die Bedeutung angemessener Partizipationsstrukturen kristallisiert sich jedoch als Erfolg bestimmender Aspekt für den Naturschutz heraus. Wenn partizipatorische Routineakzeptanz hergestellt wird, werden sogar Entscheidungen akzeptiert, mit denen Betroffene inhaltlich nicht zufrieden sind¹⁵¹. Einen durch die Betroffenen von Beginn an als gerecht und wertschätzend empfundenen Verhandlungsprozess im Kontext von Großschutzgebietsausweisungen und Naturschutzmaßnahmen zu gestalten, sollte sich der Naturschutz zur Strategie machen¹⁵².

Die zweite Ursachenebene ist die der kulturellen Aspekte von Akzeptanz. Grundsätzlich speisen sich Akzeptanzprobleme im vorliegenden Kontext aus der Befürchtung erzwungener Verhaltensveränderungen, die von Verzicht ohne entsprechenden Nutzen geprägt sind¹⁵³. Die divergenten Wertesysteme des Naturschutzes und der betroffenen Interessengruppen (Bewohner, Landwirte, Forstwirte, Besucher etc.) treffen aufeinander und werden im Kontext der Veränderung des Landschaftsbildes, der Landnutzung und des dem Naturschutz zugewiesenen Werts sichtbar: Die Veränderung des traditionellen Bildes der Kulturlandschaft schürt Ängste und Widerstände, da damit die Heimat, die zugleich Identifikations- und Schutzraumfunktion erfüllt, verändert wird. Der Verzicht auf Nutzung stößt mit der kulturell verfestigten und zentralen Verhaltensgewohnheit einer ökonomischen und damit kurzfristigen, nutzenmaximierenden Landnutzung zusammen. Verhaltensregeln des Naturschutzes haben stets weni-

hang zwischen Ablehnung von GSG und der Erwartung persönlicher Einschränkungen, insbesondere in Landwirtschaft und Freizeitnutzung, durch europäische Fallstudien in Mose 2009b belegt.

¹⁴⁹ Vgl. Heiland 2002: 140 f.

¹⁵⁰ Vgl. ebd.: 141

¹⁵¹ Vgl. Lucke 1995: 365

¹⁵² Vgl. Stoll-Kleemann 2002: 161

¹⁵³ Vgl. Gessner und Kaufmann-Hayoz 1995: 16

ger Aussicht auf Durchsetzung, wenn dem Naturschutz in der Gesellschaft im Vergleich zu anderen Nutzungen und Nutzen kein zentraler Wert zugewiesen wird¹⁵⁴.

Die beiden dargestellten Ursachenebenen hängen insofern zusammen, als dass sie die Informationsaufnahme und deren Verarbeitung selektiv steuern und dafür sorgen, dass die vorhandenen Emotionen und Wertvorstellungen bestätigt werden. Die positive Vermittlung von Schutzgebieten hat somit kaum eine Chance. Dieser Zusammenhang ist eng verknüpft mit der dritten Ursachenebene, nämlich den Wahrnehmungsbarrieren, die sich daraus ergeben. Neben der Selektion von Informationen im Sinne einer Bestätigungs- und Stabilisierungsstrategie der eigenen Einstellungen und Positionen ist der Naturschutz mit weiteren Barrieren konfrontiert.

Aus den Wahrnehmungsbarrieren können sich, viertens, Kommunikationsbarrieren aufbauen, die sich mittels defizitärer inhaltlicher (Wissens-)Vermittlung, Perspektivendivergenzen sowie Prozessen in und zwischen Gruppen erklären lassen. Das Problem der Vermittlung des notwendigen Wissens, damit Sinn und Zweck von Maßnahmen des Naturschutzes nachvollziehbar werden, liegt zum einen in der Komplexität ökologischer Zusammenhänge, zum anderen in der defizitären Vermittlung naturschutzrelevanter Themen durch die einschlägigen Institutionen (Schule, Familie, Medien), aber insbesondere auch in der fehlenden kommunikativen bzw. sprachlichen Sensibilität von Naturschutzakteuren¹⁵⁵. Die Perspektivendivergenzen schlagen sich in einer sozialen Distanz zwischen Naturschutz und Bevölkerung nieder, die ebenfalls auf unterschiedlichen Wertmaßstäben (biologische Diversität vs. Nutzungsinteressen) beruht. Prozesse, die zur Polarisierung zwischen den einzelnen Interessengruppen führen, können anhand der Theorie der sozialen Identität nach Tajfel und Turner erklärt werden. Sie stellt nicht das Individuum zur Erklärung seines Verhaltens in den Fokus, sondern Annahmen über Eigenschaften von Strukturen und Dynamiken seines sozialen Kontexts. Diesen Kontext bilden vielfältige soziale Gruppen, die in definierten Beziehungen zueinander stehen¹⁵⁶. Die differenzierende Wahrnehmung der Eigen- und Fremdgruppe dient der Orientierung und Ordnung des Individuums. Der Fremdgruppe werden negative Eigenschaften zugewiesen, um daraus wiederum positive Identität abzuleiten. Die sich dadurch konstruierenden Stereotypen sind ein zentraler Faktor der leistungsschwachen Kommunikationsstrukturen in den entsprechenden Gebieten. Die gruppeninternen Prozesse verstärken diese Tendenz, indem sie über

¹⁵⁴ Vgl. Heiland 1999: 168

¹⁵⁵ Vgl. Heiland 1999: 143 f.

¹⁵⁶ Vgl. Mummendey 1985: 187

Konformitätsdruck einzelne, von der Gruppenmeinung abweichende Meinungen einfangen. Durch die aufgezeigten Aspekte entstehen Kommunikationsstörungen, die wiederum auf die ersten beiden Ursachenebenen zurückwirken. Das Akzeptanzproblem wird somit zirkulär verstärkt. Heilands Erkenntnisse stützen und erweitern die Perspektive auf die involvierten Gruppen bzw. kollektiven Akteure, die die Handlungsspielräume Einzelner aufgrund der (unterstellten) Erwartungshaltung des Kollektivs einschränken und realistische Kooperationslösungen verhindern¹⁵⁷.

Die Vorteile der Region als Handlungsebene nachhaltiger Regionalentwicklung relativieren sich in dieser Betrachtung. Die oben formulierte Annahme, dass aufgrund einer individuellen Verbundenheit mit der Region und ihren Naturgütern Potenziale für verändertes, d. h. naturschutzunterstützendes, Handeln freigesetzt würden, unterliegt offenkundig Voraussetzungen und Anforderungen seitens der Strategien und Instrumente des Naturschutzes.

2.2.3 Synergie oder Konflikt: Naturschutz und Regionalentwicklung

Die Strategie des Naturschutzes, Akzeptanz im Allgemeinen sowie für seine konkreten Maßnahmen durch das Aufzeigen von möglichen Synergieeffekten zwischen seinen Belangen und weiteren landschaftsbezogenen Nutzinteressen zu schaffen, ist in den vergangenen Jahren, insbesondere wenn es um Entwicklungsperspektiven in ländlichen Räumen – so auch am „Grünen Band“ – geht, intensiv eingesetzt worden. In ländlichen Räumen bieten der Tourismus und die Landwirtschaft für den Naturschutz diverse Anknüpfungspunkte, da eine extensiv genutzte Kulturlandschaft bedeutende Beiträge zum Naturschutz leisten kann¹⁵⁸. Das Synergiepotenzial ihrer Kooperation wird jedoch seit Jahren intensiv diskutiert und erforscht, was sogleich darauf hinweist, dass die Entstehung von Synergien keinen Automatismus darstellt, denn hinter den Bemühungen um Synergien¹⁵⁹ zwischen Tourismus, Land- und Forstwirtschaft und Naturschutz stehen grundsätzlich konkurrierende Flächenansprüche. Ham-

¹⁵⁷ Vgl. Heiland 2002: 144

¹⁵⁸ Vgl. Bruns 1993: 53

¹⁵⁹ Synergie „beschreibt das Zusammenwirken verschiedener Kräfte zu einer Gesamtleistung. Häufig wird erwartet, dass diese Gesamtleistung höher liegt als die Summe der Einzelleistungen“ (Gabler Wirtschafts-Lexikon 2005: 2944)

mer¹⁶⁰ spricht von Konfliktarenen, insbesondere im Kontext von GSG, die in gegenseitigen Beeinträchtigungen, aber eben auch Interessenübereinstimmungen münden können¹⁶¹.

Tatsächlich ist aber zu erwarten, dass Win-win-Situationen eher Ausnahmecharakter behalten¹⁶². Die Handlungsspielräume seitens des Naturschutzes sowie die Handlungsmöglichkeiten anderer Landnutzer, die oftmals ökonomischen Anforderungen ausgesetzt sind, sind in den Blick zu nehmen. Nachfolgend werden die Synergiebereiche „Naturschutz und Tourismus“, „Naturschutz und Landwirtschaft“ sowie „Naturschutz und Forstwirtschaft“ betrachtet. Die Literaturanalyse erlaubt eine Zusammenstellung von Synergiepotenzialen. Die Darstellung dient dazu, die Aufmerksamkeit während der Untersuchungen auf die Frage zu lenken, ob die Auseinandersetzung mit diesen Potenzialen im Zuge der NGP-Anbahnung und -Umsetzung einen Raum findet oder nicht.

2.2.3.1 Naturschutz und Tourismus

Die Chancen des Naturschutzes, sich in einer strategischen Partnerschaft mit dem Tourismus (hier: landschafts-/naturbezogener Tourismus im ländlichen Raum) zu positionieren, stehen theoretischen Überlegungen zufolge gut. So ist der Tourismus unmittelbar abhängig von einer intakten Natur (d. h. Biodiversität) und attraktiven (d. h. vielfältigen, sauberen) Landschaft, denn die touristischen Produkte brauchen eine entsprechende Kulisse, Erlebnis- oder Aktivitätsräume¹⁶³. Die naheliegende Übereinstimmung von Naturraum und touristischer Destination stärkt das Potenzial.

Mit dem Blick in die Praxis zeigt sich jedoch, wie schwierig es ist, einen solchen gemeinsamen Aktionsraum zu realisieren, der verwaltungspolitische und branchenspezifische Grenzen zugunsten eines integrativen Produkts überwindet¹⁶⁴. Die Realisierung echter Synergien im Sinne eines symbiotischen Verhältnisses¹⁶⁵ bzw. inhaltlicher Balance zwischen Schutz und (regionalwirtschaftlich effektiver) Nutzung erweist sich als schwierig. Der Nutzungsdruck führt gerade in Gebieten mit hohem Naturschutzwert zu einer Übernutzung der Natur¹⁶⁶.

¹⁶⁰ Vgl. Hammer 2003: 1

¹⁶¹ S. auch Pollermann 2004; Mose 2007

¹⁶² Vgl. Revermann und Petermann 2003: 99

¹⁶³ Vgl. Engels und Job-Hoben 2009a: 7

¹⁶⁴ Vgl. Bähre und Fergen 2013

¹⁶⁵ Vgl. Adamowicz 2009: 24

¹⁶⁶ Vgl. Job-Hoben et al. 2009: 305

In der Literatur finden sich Beispiele für Win-win-Lösungen zwischen Naturschutz und Tourismus:

-
- Zonierung von Schutz und Nutzung und Besucherlenkung¹⁶⁷
 - Materielle Infrastruktur (Wege, Lehrpfade, Aussichtstürme u. m.)¹⁶⁸
 - Schutzgebiet als „ökonomisches Zugpferd“ fördert sozio-ökonomische Entwicklung¹⁶⁹
 - Umweltbildung (Sensibilisierung für Natur(schutz) ist touristisches Erlebnisangebot)
 - Finanzieller Beiträge zum Erhalt von Kulturlandschaften¹⁷⁰
 - Steigerung der Wertschätzung von lokaler Natur/Umgebung und Kultur durch Bewohner¹⁷¹
-

Die inhaltlich-fachliche Verständigung und Aushandlung der Interessen beider Bereiche sind Voraussetzung für Schnittstellen und Synergieeffekte. Den Mitteln des Ordnungsrechts wird dabei mittlerweile nicht mehr die nötige Konfliktregulierungskompetenz zugesprochen, schon gar nicht die Fähigkeit, Synergien zu fördern. So rücken auch hier kooperative Lösungen in den Vordergrund¹⁷². Die Überwindung gegenseitiger Vorbehalte bzgl. möglicher Beeinträchtigung der eigenen Ziele und Entfaltungsmöglichkeiten ist dabei die erste Hürde¹⁷³. Genau hier scheitern die Bemühungen jedoch häufig. Die Kooperationspotenziale rücken trotz der längst nicht mehr jungen und zahlreichen Versuche, das Verhältnis kooperativ und produktiv zu gestalten, und angesichts der Präsenz der nicht selten emotional aufgeladenen Konflikte oft in den Hintergrund. Das Verhältnis wird als polarisiert beschrieben. Einen Ausgleich zwischen der „Anbetung“ der Natur einerseits und deren „Ausbeutung“ andererseits zu realisieren, ist trotz des Abhängigkeitsverhältnisses eine selten gelöste Herausforderung¹⁷⁴.

2.2.3.2 Naturschutz und Landwirtschaft

Die partnerschaftliche Vernetzung von Naturschutz und Landwirtschaft stellt sich angesichts einer vielschichtigen Gemengelage politischer und ökonomischer sowie nicht-ökonomischer, d. h. kultureller, sozialer und ökologischer, Bedürfnisse und Rahmenbedingungen kompliziert dar.

¹⁶⁷ Vgl. Pechlaner 2006: 7

¹⁶⁸ Vgl. Adamowicz 2009: 24

¹⁶⁹ Hammer zitiert in Leng 2009: 36

¹⁷⁰ Vgl. ebd.

¹⁷¹ Vgl. Eagles et al. 2002: 24

¹⁷² Job-Hoben et al. 2009: 312

¹⁷³ Vgl. Schmitz-Veltin 2005: 115 ff.

¹⁷⁴ Vgl. Frohn 2009: 7 ff.

„Während gemeinhin versucht wird, regional und global die Risiken des Klimawandels, zum Beispiel für die landwirtschaftliche Produktion abzuschätzen, sind Hypothesen für synergistische Effekte von Landwirtschaft und Naturschutz rar“¹⁷⁵.

Kern der Problematik ist die enge Wechselbeziehung der beiden Handlungsfelder, die von Einschränkung bzw. Negativeffekten geprägt ist. Aus ihr resultiert, dass Bemühungen um Synergien kaum an der Debatte über die von der Landwirtschaft verursachten Umweltprobleme vorbeikommen. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Förder- und Gesetzesinitiativen, diese beiden Politikfelder in harmonische Verhältnisse zu rücken, sehen sich konfrontiert mit einem marginalisierten Naturschutz, der auf eine mächtige Agrarlobby trifft. Die Politikerergebnisse spiegeln dieses Ungleichgewicht (noch) wider.

Als Grundlage des aktuellen Ansatzes der multifunktionalen Landwirtschaft der Europäischen Union kann das analytische Konzept zur Multifunktionalität der OECD von 2001 betrachtet werden, wobei der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) bereits 1996 auf deutscher Ebene in die gleiche Richtung argumentierte¹⁷⁶ und einen ökologischen Finanzausgleich forderte. Die OECD untersuchte die Koppelproduktion wirtschaftlicher (d. h. marktfähiger) und nicht-wirtschaftlicher (nicht-marktfähiger) Güter in der Landwirtschaft sowie deren außer-landwirtschaftliche Bereitstellung mit Fokus auf Externalitäts- und Gemeingutsaspekte. In Kürze zusammengefasst, erklärt sie ein staatliches, begrenztes Eingreifen für sinnvoll, wenn die landwirtschaftliche Produktion Güter für das Gemeinwesen produziert, für die der Markt keine angemessene Belohnung bietet¹⁷⁷. Volkswirtschaftliche Werte wie die Stärkung der Standortfaktoren und die Berücksichtigung nicht-warenbezogener Güter, d. h. ökologische, soziale und kulturelle Leistungen der Landwirtschaft, ziehen damit in agrarumweltpolitische Überlegungen ein¹⁷⁸. Deren Honorierung durch Agrarumweltmaßnahmen in der ländlichen Politik der EU muss jedoch gravierende methodische und praktische Probleme¹⁷⁹ überwinden¹⁸⁰. Die Reform der GAP zu Beginn dieses Jahrhunderts, deren Hauptanliegen (auch im Kontext der Agenda 2000¹⁸¹) die Überwindung der isoliert-sektoralen Betrachtung

¹⁷⁵ Schnug et al. 2008: 267

¹⁷⁶ Rat von Sachverständigen für Umweltfragen 1996: 35

¹⁷⁷ Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 2001: 125 ff.

¹⁷⁸ Bens et al. 2008: 206

¹⁷⁹ Missbrauch aufgrund marktverzerrender Wirkung, Berechnungsgrundlage, Voraussetzung der öffentlichen Wertschätzung der nicht-marktgängigen Güter, Nutzenverteilung der Güter

¹⁸⁰ Vgl. Holm-Müller 2003: 353

¹⁸¹ „Mit der Verabschiedung von rund 20 Legislativmaßnahmen hat die Union 1999 ihr Projekt „Agenda 2000“ abgeschlossen. Die ursprüngliche Mitteilung der Kommission, auf dessen Grundlage das Projekt „Agenda 2000: Eine stärkere und erweiterte Union“ basiert, hatte einen einzigen, umfassenden Rahmen entworfen, der ein klares

tung der ländlichen Politikbereiche zugunsten einer integrierten Politik für die ländlichen Räume war, strebte die Lösung dieser Probleme an. Noch für die Förderperiode 2000 bis 2006 wurde jedoch eine Zielverfehlung diagnostiziert, da die Förderfähigkeit tatsächlich sektorenübergreifender Maßnahmen eher die Ausnahme bildete¹⁸² (s. Abschnitt 2.1.2.1).

Seit 2006 steht ein weiterer Bericht der OECD, „Das neue Paradigma für den ländlichen Raum“, im Hintergrund der europäischen Politik für den ländlichen Raum. In diesem werden die deutliche Aufwertung ländlicher (natur- und kulturräumliche) Attraktivitätsfaktoren und das Synergiepotenzial zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus sowie die Honorierung der Bereitstellung öffentlicher Güter durch die Landwirtschaft betont. Die Abkehr von sektorenfokussierten Subventionen zugunsten raumbezogener Investitionen wird gefordert, und es wird diagnostiziert, dass die jüngsten Politikstrategien und Programme für den ländlichen Raum beginnen, eine Kultur der sektorübergreifenden Zusammenarbeit auf allen Verwaltungsebenen zu entwickeln¹⁸³.

Tab. 2: Das neue Paradigma für den ländlichen Raum,
Quelle: (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2006))

	Altes Konzept	Neues Konzept
Zielsetzungen	Ausgleich, Agrareinkommen, Agrarwettbewerb	Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Räume, Valorisierung lokaler Aktiva, Ausschöpfung ungenutzter Ressourcen
Wichtigster Zielsektor	Landwirtschaft	Verschiedene Sektoren ländlicher Volkswirtschaften (z. B. ländlicher Tourismus, Verarbeitendes Gewerbe, IKT-Industrie usw.)
Wichtigste Instrumente	Subventionen	Investitionen
Wichtigste Akteure	Nationale Regierungen, Landwirte	Alle Regierungsebenen (supranational, national, regional und lokal), verschiedene lokale Stakeholder (öffentlich, privat, NRO)

Die Budgetansätze der europäischen Förderperiode von 2007 bis 2013 schwächen jedoch diese Neuausrichtung, da sie einen klaren Schwerpunkt auf die 1. Säule der GAP, d. h. (betriebs- bzw. flächenbezogene) Direktzahlungen an die Landwirte, legen. Dies setzt sich auf deutscher

und zusammenhängendes Bild von der Union an der Schwelle zum 21. Jahrhundert gab. Hauptziel war es, die Union für ihre größten Herausforderungen, d. h. die Verstärkung ihrer Politiken und den Beitritt neuer Mitgliedstaaten, innerhalb eines strikten Finanzrahmens zu rüsten.[...] (Das) Legislativpaket umfasst vier große Bereiche, die eng miteinander verknüpft sind: die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Reform der Strukturpolitik, die Instrumente zur Heranführung an den Beitritt und den neuen Finanzrahmen“ (Europäische Union 2013).

¹⁸² Vgl. Häger und Kirsche 2007: 277, 278

¹⁸³ Vgl. Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 2006: 60, 75 f.

Ebene fort. So wird konstatiert, dass Bund und Länder die von der EU eingeräumten Gestaltungschancen für eine umweltorientierte Neuausrichtung der Agrarpolitik auf Grundlage der 2. Säule der GAP, abgebildet durch den ELER-Fonds¹⁸⁴, der seit 2005 die rechtliche Grundlage der europäischen Politik für den ländlichen Raum ist, kaum genutzt haben. Die Herausforderungen auf regionaler Ebene Innovationen und Lösungen für nachhaltige Regionalentwicklung hervorzubringen, sind somit kaum verringert. Chancen für Synergien werden jedoch auch hier erkannt:

-
- Lerneffekte (fachliche und ideelle) für beide Seiten durch kooperative Zusammenarbeit¹⁸⁵
 - Maßnahmen im Kontext Klimawandel (Biodiversität durch vielfältigere Fruchtfolgen, Bodenschutz, Hochwasserschutz)¹⁸⁶
-

2.2.3.3 Naturschutz und Forstwirtschaft

Auch die Beziehung zwischen den Handlungsfeldern Naturschutz und Forstwirtschaft ist zu betrachten, da großflächige und regionalbedeutsame Naturschutzvorhaben – so auch NGP – oftmals auch Veränderungen in Waldgebieten anstreben.

Drei zentrale Aspekte scheinen besonders relevant, um die Beziehung der beiden Handlungsfelder in ihrem aktuellen Stadium zu verstehen: Zum einen erschwert die Vielfalt der forstlichen Begriffsverwendung für Waldbausysteme, die dem Nachhaltigkeitsprinzip entsprechen, die Auseinandersetzung zum Thema Naturschutz im Wald¹⁸⁷. Zum anderen hemmt die Komplexität der Kriterien, anhand derer die naturschutzfachliche Bedeutung des Waldes bzw. der Waldbewirtschaftung bewertet werden kann, die Auseinandersetzung¹⁸⁸. Dritter Aspekt sind die unterschiedlichen Kontexte, aus denen heraus die naturschutzfachliche Bedeutung und Bewertung der Wälder diskutiert wird. Während die Akteure der forstlichen Praxis neben dem

¹⁸⁴ Ziel: 1) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft; 2) Verbesserung der Umwelt und der Landschaft; 3) Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und 4) das (seit 2007 zum ELER gehörende) Programm LEADER (frz. » Liaison entre actions de développement de l'économie rurale «): Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

¹⁸⁵ Vgl. Goßler 2009: 73, 109

¹⁸⁶ Vgl. Schnug et al. 2008: 267

¹⁸⁷ Nachhaltige Forstwirtschaft des Deutschen Forstwirtschaftsrates, naturnahe Waldwirtschaft der Landesforstverwaltungen, naturgemäße Waldwirtschaft der ANW, naturverträgliche Waldnutzung bzw. ökologische Waldnutzung des BUND, GP, WWF, Robin Wood (vgl. Häusler und Scherer-Lorenzen 2002: 25 ff.)

¹⁸⁸ Vgl. Plachter et al. 2000: 57 ff.

traditionellen Anspruch der Nachhaltigkeit auch von betriebswirtschaftlichen Anforderungen und Argumentationen geleitet werden, argumentieren die Vertreter des Naturschutzes aus gänzlich anderen Rahmenbedingungen und Motivationen heraus (s. Abb. 3).

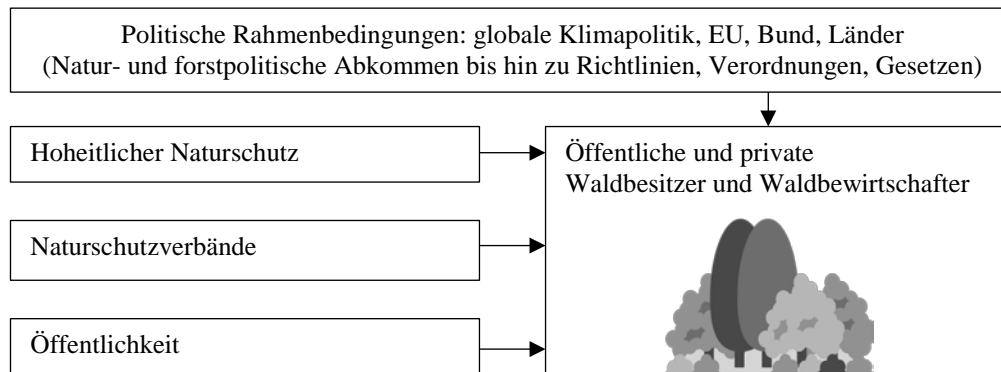


Abb. 3: Anspruchsgruppen an die Wälder, eigene Darstellung

Während die ersten beiden Faktoren bereits in den Abschnitten 2.1.1 bzw. 2.2.1 angesprochen wurden, sei hier auf letztgenannten Aspekt eingegangen, da dieser die Aushandlung eines Vorrangs von Naturschutzziele im Wald grundsätzlich vor besondere Herausforderungen stellt.

Zu berücksichtigen ist zunächst, dass sich die Situation der öffentlichen und privaten Waldbesitzenden aufgrund der auf europäischer Ebene beschlossenen gesetzlichen Regelungen zum Naturschutz, auch zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen im Rahmen der Biodiversitätskonvention, grundlegend geändert hat. Insbesondere die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (kurz: FFH-Richtlinie, 92/43/EWG) von 1992 sowie die Vogelschutzrichtlinie von 1979 (79/409/EWG) haben die Eigenständigkeit der forstlichen Bewirtschaftung deutlich eingeschränkt¹⁸⁹, da rund 800.000 ha Wald als FFH-Gebiete registriert sind¹⁹⁰. Allein durch diese hoheitliche Einwirkung auf die forstliche Wirtschaftsweise unter dem Siegel des Naturschutzes und im Sinne der Gemeinwohlfunktion von Natur und (Wald-)Landschaft, stellt sich die hier betrachtete Beziehung belastet dar. Es wird zwischen zwei Polen diskutiert, dem öffentlichen Anspruch am Wald (Sozialbindung des Eigentums, Waldgesetze) einerseits sowie dem Anspruch des Eigentümers, den Wald den eigenen Interessen nach zu bewirtschaften. Die Debatte wird gefüttert mit der Frage nach den individuellen Kosten (im Sinne betriebswirt-

¹⁸⁹ Vgl. Schmack et al. 2013: 2

¹⁹⁰ Vgl. Bundesamt für Naturschutz. 2014b

schaftlichen Verlusts), die den Waldbesitzenden aufgrund der Naturschutzleistungen für die Allgemeinheit entstehen können¹⁹¹.

In der Literatur finden sich folgende Synergiepotenziale zwischen Naturschutz und Forstwirtschaft:

-
- Entwaldungsvermeidung als Mechanismus des Klimaschutzes
 - Segregative Waldnaturschutzansätze in Kombination mit Intensivierung der Nutzung¹⁹²
-

2.2.4 Synthese identifizierter Erfolgsfaktoren für Naturschutzprojekte

Der Realisierung der beschriebenen Synergien muss eine Annäherung der Perspektiven und Sektoren vorweggehen, die sich in der Praxis – wie oben bereits geschildert – als äußerst schwierig erweist. Die Erfahrung der praktischen Projektarbeit des Naturschutzes soll in Ergänzung zu den bereits betrachteten Akzeptanzproblemen berücksichtigt werden. Die Suche nach Erfolgsfaktoren für konfliktvermeidende und akzeptanzfördernde Projektprozesse ist vielfach unternommen und soll im folgenden Abschnitt mithilfe einschlägiger Studien¹⁹³ zusammengefasst werden, um für die hier geplante Untersuchung eine Sensibilisierung und angemessene Anknüpfung an den aktuellen Wissensstand zu gewährleisten.

Während sich Heiland den Erfolgsfaktoren von kooperativen Naturschutzprojekten im Allgemeinen widmet, leitet Jedicke diese aus Erfahrungen dreier Naturschutzprojekte unterschiedlicher Thematik (Artenschutz, Biotopverbund, Grünlandnutzung) ab. Baranek und Günther (aus Perspektive der Moderation) sowie Hubo und Krott (2012) beziehen sich explizit auf Naturschutzgroßprojekte, letztgenannte unter Bezugnahme auf die von Brendle (1999) entwickelten Erfolgsfaktoren für naturschutzorientierte Regionalentwicklung.

¹⁹¹ Vgl. Schmack et al. 2013

¹⁹² Vgl. Ibisch 2006: 78 f.

¹⁹³ Heiland 2002; Baranek und Günther 2005; Jedicke 2007; Hubo und Krott 2012

Tab. 3 orientiert sich an der von Heiland entwickelten Gliederung der Erfolgsfaktoren mit einer Ergänzung um verfahrensbezogene Erfolgsfaktoren, die aus den anderen Studien stammen. Auf eine jeweils detaillierte Beschreibung und Diskussion der Faktoren wird verzichtet, da die einzelnen Faktoren einerseits trotz schlagwortartiger Formulierung präzise und klar verständlich, andererseits an anderen Stellen ausführlich dargestellt sind. Aufgabe der hier angestrebten Untersuchung ist es nicht, die einzelnen Faktoren zu hinterfragen. Ihre Relevanz wird nicht infrage gestellt. Es geht vielmehr darum, mit dem Bewusstsein über die vorhandenen detaillierten und empirischen Erkenntnisse in die eigenen Untersuchungen einzusteigen.

Die Vielzahl der identifizierten Erfolgsfaktoren bestätigt die komplexen und vielschichtigen Anforderungen, mit denen die Umsetzung von Vorhaben des Naturschutzes konfrontiert wird. Es lässt sich schlussfolgern, erstens, dass entsprechend hohe Anforderungen an die Konzeption der Projekte, folglich auch Förderinitiativen, gestellt werden, sowie zweitens, dass regionalbedeutsame Naturschutzvorhaben von einem konstruktiven Zusammenspiel von Projektträgern, regionalen Promotoren/Partnern sowie rahmengebender Politik abhängig sind, das das notwendige (Erfahrungs-)Wissen, die notwendigen Kompetenzen und Zugänge in regionale Strukturen in die Prozesse einbringen kann.

Tab. 3: Synthese von Erfolgsfaktoren für Naturschutzprojekte, eigene Zusammenstellung nach (Heiland 2002, Baranek und Günther 2005, Jedicke 2007, Hubo und Krott 2012)

Erfolgsfaktoren im Umgang mit Individuen
Kommunikationsbedingte Erfolgsfaktoren
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zielgruppengerechte Kommunikation (entsprechende Medien und Orte nutzen; zeitliche Möglichkeiten und Präferenzen beachten) / verständliche Planungsunterlagen / ansprechende Darstellung mit Alltagsbezug und Nutzen betonen ▪ Wertschätzung für faire, partnerschaftliche Kommunikation, fachlich-inhaltliche sowie strategische Zusammenarbeit (Vermeidung von Reaktanz) ▪ Information und Kompromiss steht vor Strategie ▪ Negativverfahren mit Naturschutz antizipieren / Vor-Belastungen, Vor-Urteile ▪ Soziale Distanz zw. Naturschutz und Adressaten durch „Vermittler“ und verständliche Sprache überwinden
Individualspezifische Erfolgsfaktoren
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unaufwendige Annahme von Angeboten des Naturschutzes ermöglichen ▪ Interessen der Adressaten offenlegen und wahren / Nutzenerwartungen kollektiver Akteure erfüllen / persönlichen – insbesondere nicht monetären – Nutzen ermöglichen ▪ Suche nach Win-win-Lösungen/ Ernsthaftes Interesse der Beteiligten an Lösungen (Gewinnerkoalitionen) ▪ Erfolge darstellen / Akzeptanz durch Erfolge ▪ Zeit und Bereitschaft für Verhandlungen (Verfügbarkeit von Arbeitszeit und Geld)
Soziale Erfolgsfaktoren
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Individuelle Handlungsspielräume in sozialen Rollen berücksichtigen ▪ „Traditionelle gegens. Ablehnung“ von Landwirtschaft und Naturschutz durch Einzelgespräche überprüfen ▪ Wichtige Akteure/Schlüsselpersonen nehmen teil / Politische Einbindung beachten – Multiplikatoren vernetzen / Fürsprecher gewinnen (starke Akteure/engagierte Personen) ▪ Soziale Dilemma-Situationen in Projektplanung berücksichtigen (Tragik der Allmende) ▪ Beteiligung in Wechselwirkung mit Politik und Verwaltungshandeln ▪ Infrastrukturelle Erfolgsfaktoren ▪ Handlungsanreize durch Verhaltensrückmeldung schaffen (Förderung/Wettbewerbe/Pressearbeit) ▪ Tatsächliche Mitwirkungs- oder Handlungsmöglichkeiten
Verfahrensspezifische Erfolgsfaktoren
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Frühzeitige Beteiligung aller relevanten Akteure (aktives Umweltmanagement) ▪ Vorbereitung, zielgerichtete Moderation, Mediation (Prozesskompetenz), transparente Rollen- und Auftragsklärung, funktionierende Informationsflüsse, Nachvollziehbarkeit der Arbeitsschritte, klare Entscheidungen, flexible Lösungen, Ergebnisse der Beteiligung finden Berücksichtigung, positive Erfahrungen aus Beteiligung für deren Verstetigung nutzen ▪ Problemdruck nutzen (Problemlagen u. Lösungswille), Konflikte konstruktiv nutzen, Barrieren akzeptieren ▪ Finanziell-personelle Ausstattung (Verfügbarkeit von Arbeitszeit und Geld)
Erfolgsfaktoren im Umgang mit kollektiven Akteuren
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Interesse und Nutzenerwartung antizipieren ▪ Zuständigkeit geeignetster Stelle zuweisen (Ressourcen, Akzeptanz)
Erfolgsfaktoren innerhalb des politischen Systems
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Negative machtpolitische Relevanz (Interessenkollisionen) in positive umwandeln (Naturschutzthemen zu öffentlichen Anliegen machen) ▪ Ideologische und parteipolitische Aufladung zugunsten sachlich eng begrenzter Anliegen vermeiden ▪ „policy windows“ nutzen ▪ Anschlussfähigkeit

2.2.5 Naturschutzgroßprojekte (NGP)

Der Bund unterstützt die Länder seit 1979 im Rahmen von NGP bei der Erfüllung nationaler und supranationaler Naturschutzvereinbarungen. Zur Bearbeitung der Forschungsziele wird diese Naturschutzförderinitiative betrachtet, da ihre Ziele und Projektkulissen folgende Kriterien erfüllen:

Die Förderinitiative ist erstens von rein sektoraler Ausrichtung und vertritt die „ecology-first“-Perspektive, die strikt die Dominanz ökologischer Ziele priorisiert¹⁹⁴. Die Diskussion der NGP als Beförderer naturschutzorientierter Regionalentwicklung weist aber darauf hin, dass übersektorale positive Impulse erwartet werden¹⁹⁵ bzw. diese als offensichtliche Nebeneffekte kommuniziert werden. So heißt es: „Schließlich tragen die Bundesfördergelder in den Projektgebieten, z. B. durch Verbesserung der Umwelt- und damit der Standortqualität sowie durch Erhaltung und Erhöhung des Erholungswerts der Fördergebiete, zu einer gesteigerten Wertschöpfung und einer naturverträglichen Regionalentwicklung bei“¹⁹⁶.

Sie weisen zweitens einen flächenbezogenen Ansatz auf, aus dem sich entsprechende Herausforderungen hinsichtlich der Integration für die Region ableiten. Je großräumiger die Naturschutzinteressen wirken, desto vielfältiger sind die beteiligten und betroffenen Interessen und desto größer stellen sich die Anforderungen an die Verhandlungsarenen dar, in denen sich diese Interessen treffen. Genau darauf liegt das Augenmerk dieser Arbeit. Als Auswahlkriterien sind Großräumigkeit und Interessenvielfalt definiert.

2.2.5.1 Projektprofil

Ziel und Umsetzungsprinzip

Ziele des Förderprogramms sind der „Schutz und die langfristige Sicherung national bedeutender und repräsentativer Naturräume mit gesamtstaatlicher Bedeutung“. NGP sind für den Schutz von Gebieten, „die im nationalen und internationalen Interesse für den Naturschutz außerordentlich wertvoll und für den betreffenden Lebensraumtyp in Deutschland besonders

¹⁹⁴ Vgl. Stoll-Kleemann 2002: 153, 154

¹⁹⁵ Vgl. Harteisen 2006: 117, 118

¹⁹⁶ Bruker 2004: 393

charakteristisch und repräsentativ sind“ angelegt worden. Sie zeichnen sich durch „Repräsentanz“, „Großflächigkeit“, „Naturnähe“, „Gefährdung“ und „Beispielhaftigkeit“ aus¹⁹⁷.

Zentrales Merkmal des Förderprogramms ist die Umsetzung auf Grundlage des Freiwilligkeitsprinzips. Dies begründet sich in der Tatsache, dass das Projekt regionale Flächeneigenumsstrukturen und -nutzungen zu ändern sucht, und erklärt sich des Weiteren anhand dessen Eigenart als Initiativ-Vorhaben¹⁹⁸. Diese Vorhaben zeichnen sich dadurch aus, dass sie auf die Bereitschaft und aktive Mitarbeit der Adressaten angewiesen sind und damit die Wahl einer konsens- bzw. kooperationsorientierten Umsetzungsstrategie naheliegt¹⁹⁹. Die Ziele der NGP können nur durch Kooperation mit den privaten und öffentlichen Flächeneigentümern und einem Konsens zwischen dem Naturschutz und anderen Nutzungsinteressen erreicht werden. Die Relevanz lokal-regionaler Verhandlungsstrukturen wird deutlich.

Instrumente und Finanzierung der Projektumsetzung (förderfähige Maßnahmen)

Das Schutzziel wird durch die langfristige Flächengewinnung durch Kauf verfolgt. Damit verbunden ist die grundsätzliche Veränderung der Landnutzungsform. Die Kerngebiete der Projektflächen sollen bis zum Ende der Projektlaufzeit als Naturschutzgebiete ausgewiesen und damit unter rechtlich verbindlichen Schutz gestellt werden²⁰⁰.

Fördermittel werden für

- die Pflege- und Entwicklungsplanung,
- die begleitende Moderation,
- den Flächenkauf und Einsatz alternativer Instrumente zum Flächenkauf (langfristige Pacht und Ausgleichszahlungen),
- die Durchführung biotopeinrichtender und -lenkender Maßnahmen,
- projektbegleitende Informationsmaßnahmen zur transparenten und nachhaltigen Vermittlung der Projektziele und Maßnahmenerfolge sowie zur

¹⁹⁷ Deutscher Bundestag 19.12.2014

¹⁹⁸ Vgl. Heiland 2002: 133

¹⁹⁹ Vgl. Heiland 1999: 36

²⁰⁰ „Das beteiligte Land und der Zuwendungsempfänger stellen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten die dauerhafte naturschutzgerechte Sicherung der Projektziele sicher. [...] Vorrang hat die Ausweisung von Naturschutzgebieten. [...] Das Fördergebiet soll weitgehend als Naturschutzgebiet [...] gesichert werden“ (Deutscher Bundestag 19.12.2014: 6).

- öffentlichkeitswirksame Unterstützung der Planung und Durchführung von Naturschutzgroßprojekten und
- Evaluationen, um die naturschutz-fachliche Wirksamkeit der Maßnahmen, deren Wirtschaftlichkeit und die sozioökonomischen Auswirkungen im Projektgebiet zu erfassen, sowie für
- Personal- und Sachkosten

bereitgestellt.

Die Förderung bzw. Finanzierung der Projekte übernehmen der Bund (75 %) und die beteiligten Länder mit dem jeweiligen Projektträger (25 %) gemeinsam. Die Förderung kann sich über dreizehn Jahre erstrecken.

Initiative und Projektträgerschaft

Die Initiative für ein NGP kommt aus den Gebieten selbst, ggf. werden Empfehlungen seitens des Bundesamts für Naturschutz (BfN) ausgesprochen. Voraussetzung für die Förderfähigkeit ist die Übernahme der Projektverantwortung durch eine natürliche und juristische Person mit Sitz und Geschäftsbetrieb in der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme der Länder. In der Praxis finden sich vier unterschiedliche Trägerstrukturen (Stiftung, Zweckverband, Verein, Landkreis), wobei der Zweckverband die häufigste ist und eigens für die Trägerschaft eines NGP gegründet wird.

Projektumsetzung und Optimierungen

Das Programm hat seit Inkrafttreten der Richtlinien Anpassungen und Optimierungen erfahren, so wurde 1989 es um das Gewässerrandstreifenprogramm ergänzt, welches u. a. in der hier betrachteten Region Schaalsee-Landschaft Anwendung fand. Es strebt die Verbesserung der ökologischen Qualität der Fließgewässer durch den Erhalt und die Wiederherstellung ihrer Eigendynamik an.

In den Förderrichtlinien von 1993 sind keine Auflagen hinsichtlich der Abstimmung und Beteiligung regionaler Interessen enthalten, weder in der Phase der Beantragung noch in der Projektphase. Mit der Optimierungsphase ab dem 01.09.2003 kommt eine Auflage in Form der Förderphase I (PEPI und Moderationsphase) hinzu: „Eine zentrale Aufgabe dieser Planung ist die Prüfung und frühzeitige Sicherung der faktischen Realisierbarkeit der projektbe-

zogenen Ziele und Maßnahmen u. a. durch gezielte sozio-ökonomische Erhebungen“²⁰¹. Die Ausrichtung des Projekts hat sich insofern in Richtung integrativer Strategie bewegt, als dass drohenden Konflikten bei der Projektumsetzung ein flankierendes Instrument beiseite gestellt wird. Eine klare Integrationsstrategie kann dem Ansatz jedoch nicht zugesprochen werden, da der Fokus auf der Konfliktregulierung liegt: „In jedem Einzelfall ist gesondert zu prüfen und zu begründen, ob und in welchem Umfang die Anwendung einer Moderation erforderlich ist. Dabei orientiert sich der Umfang der erforderlichen Moderation an dem jeweils bestehenden Konfliktpotenzial“²⁰².

Seit 2005 werden die Projekte zweiphasig realisiert. Begonnen wird mit der Planungs- bzw. Moderationsphase, und nach einvernehmlichem Beschluss des sogenannten Pflege- und Entwicklungsplans durch Projektträger, Land und BfN erfolgt die Umsetzungsphase. Resultat der Optimierungsphase ist folglich die Betonung der Kommunikation und Kooperation im Zuge der Projektvorbereitung. Die Berücksichtigung der weiteren sektoralen Interessen im Sinne der Akzeptanzförderung in den geförderten Regionen wird damit angestrebt.

In der ersten Projektphase wird der Pflege- und Entwicklungsplan (PEPI) erarbeitet, der die zur Zielerreichung fachlich notwendigen Maßnahmen bestimmt sowie im Sinne einer Machbarkeitsstudie deren Umsetzungschancen abschätzt. Zentrale Bedeutung in der ersten Projektphase hat die Projektbegleitende Arbeitsgruppe (PAG), mit der der Projektträger den Plan auszuhandeln hat. Mitglieder der PAG sind die formal zu beteiligenden Behörden und Träger raumrelevanter Aufgaben sowie der betroffenen Eigentümer, oftmals organisiert in entsprechenden Verbänden oder Vereinen. Es handelt sich um eine sektorenübergreifende Gruppe von Personen in zentralen Funktionen regionaler Institutionen (Öffentliche Verwaltung, Politik, Interessenverbände, Vereine). Aufgrund des steigenden Bewusstseins für die Bedeutung der gesellschaftlichen Akzeptanz und des übersektoralen Einklangs von regionalen Interessen im Kontext der Großprojekte finden parallel zur ökologischen Bestandsaufnahme auch sozio-ökonomische Untersuchungen statt, um die Interessen- und Akzeptanzsituation sowie ggf. das Konfliktpotenzial zu erfassen und Lösungswege aufzuzeigen. In der zweiten Projektphase erfolgt die Umsetzung der geplanten Maßnahmen, die begleitend zu evaluieren sind.

²⁰¹ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) 2008: 2

²⁰² Ebd.

Tab. 4: Zusammenfassende Übersicht der Merkmale von Naturschutzgroßprojekten, eigene Darstellung

Merkmale von Naturschutzgroßprojekten	
Projektziel	▪ Ausweisung von Naturschutzgebieten in Kerngebiet und Realisierung naturschutzgerechter Landnutzung / Biotopverbundsystem
Initiative	▪ Bottom-up
Ausrichtung	▪ Sektoral, Berücksichtigung anderer Interessen bei Umsetzung des Naturschutzes (sozio-ökonomische Analyse)
Räumliche Ausdehnung	▪ Kriterium: Großflächigkeit und von gesamtstaatlicher Bedeutung
Geförderte Maßnahmen und Instrumente zur Zielerreichung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Phase I: Pflege- und Entwicklungsplanung (inkl. sozio-ökonomischer Analyse und – sofern erforderlich – Moderation) ▪ Phase II: Ankauf von Grundstücken (auch: langfristige Pacht und Ausgleichszahlungen), Durchführung biotopeinrichtender und -lenkender Maßnahmen, projektbegleitende Informationsmaßnahmen und Evaluierungen, Personal- und Sachkosten
Empfänger	▪ Natürliche und juristische Personen mit Sitz und Geschäftsbetrieb in der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme der Länder
Organisation	▪ Träger, Projektbegleitende Arbeitsgruppe, ggf. Arbeitskreise
Strategie/Prinzip	▪ Freiwilligkeit / formale Beteiligung
Laufzeit	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Phase I: bis zu drei Jahren ▪ Phase II: bis zu zehn Jahren

2.2.5.2 Governance-Strukturen in Naturschutzgroßprojekten

Anknüpfend an die Ausarbeitung zur nachhaltigen Regionalentwicklung ist das Förderprogramm NGP hinsichtlich seiner regionalen Vernetzungs- und Kommunikationsimpulsen zu betrachten. Hier sind mehrere Besonderheiten auszumachen, die in den Fallstudien von Interesse sein werden.

Zunächst sei auf den Habitus der NGP als Projektnetzwerke eingegangen. Projektnetzwerke dienen der Durchführung zeitlich befristeter Aufgaben²⁰³ (hier: Umsetzung des NGP gemäß Förderrichtlinie) und lösen sich nach Erreichung der Projektziele planmäßig auf²⁰⁴. Projektnetzwerke der NGP finden sich demzufolge in einem Gefüge aus in den Regionen bestehenden, sich bildenden und verändernden sozialen Netzwerken sowie ggf. bestehenden Governance-Arrangements wieder und sind damit als temporäre Erscheinung in diesem Gefüge zu begreifen (s. Tab. 5).

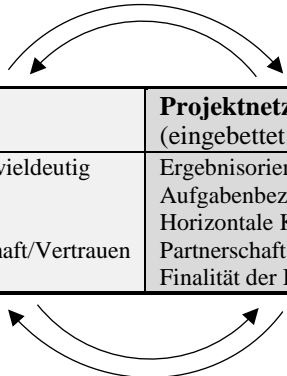
Dies hat wechselseitige Auswirkung insofern, als dass das Projekt auf bestehende regionale Strukturen und Akteurskonstellationen trifft und einwirkt, das Projekt wiederum aber auch

²⁰³ Vgl. Sydow und Windeler 1999: 217

²⁰⁴ Vgl. Bachinger und Pechlaner 2011: 8

durch diese geprägt wird. Das Augenmerk dieser Arbeit liegt auf dem Wechselspiel der Projekte und den Reaktionen aus den Regionen auf diese. Die anstehenden Untersuchungen gehen von der Annahme aus, dass aus förderpolitischer Perspektive auch das Ziel verfolgt wird, durch Projektnetzwerke die regionalen Strukturen dahingehend zu verändern, dass den Förderzielen auch langfristig (mehr) Raum gegeben wird, bspw. durch die positive Aufwertung der Förderziele oder neue Kooperationen zwischen den verschiedenen Interessengruppen.

Tab. 5: Gegenüberstellung der Merkmale von sozialen und Projekt-Netzwerken,
eigene Darstellung nach Payer 2008: 12 ff.



Soziale Netzwerke	Projektnetzwerke (eingebettet in soziale Netzwerke)
Nicht ergebnisorientiert: diffus / vieldeutig	Ergebnisorientiert
Lose gekoppelt	Aufgabenbezogen gekoppelt
Horizontale Kommunikation	Horizontale Kommunikation
Motivation/Steuerung: Partnerschaft/Vertrauen	Partnerschaft (abhängige)
Dauerhafte Beziehungen	Finalität der Beziehungen

Die Chance, dass die Ziele der NGP von den Regionen als gemeinsames Anliegen angenommen werden, erscheint aus nachstehend erläuterten Perspektiven unterschiedlich ausgeprägt, obgleich NGP als Bottom-up-Initiativen einzuordnen sind, da aus der Region heraus die Aufnahme in das Programm beantragt wird.

Schon mit der Wahl der Institution „Zweckverband“ als Trägerstruktur kann eine politische Legitimation des Naturschutzinteresses herbeigeführt werden. Durch ihn werden die politischen Instanzen der Region eingebunden. Andere Trägerstrukturen können auf dieses Potenzial nicht unmittelbar zugreifen, sodass deren Interessengebundenheit die Legitimation des Vorhabens aus regionaler Perspektive möglicherweise erschwert. Diese Annahme gilt umso mehr, da nicht offensichtliche Umweltprobleme Anstoß für die hier betrachteten Schutzbemühungen sind, in denen die Naturschützer als Problemlöser agieren können, sondern das Vorhandensein wertvoller Biotope, Strukturen und Landschaften. Der Naturschutz muss sich als politischer Akteur begreifen und darauf hinwirken, dass eine gesellschaftliche Nachfrage

nach „mehr Naturschutz“ formuliert wird. Strategische Allianzen zu bilden, erscheint als unverzichtbar²⁰⁵.

Des Weiteren ist mit Abgabe und Bewilligung des Projektantrags über die Projektkulisse entschieden. Die Gefahr, dass die moderierte Verhandlung im Rahmen der Förderphase I auf Interessenkonflikte und feststehenden Akteursinteressen trifft, erscheint groß, da es sich nicht um eine ergebnisoffene Verhandlungssituation handelt, sondern um die Zustimmung zur vorbereiteten Planung geworben wird. Die Prägung der Vorhaben durch das Prinzip der Freiwilligkeit hingegen lässt kaum eine andere Strategie als freiwillige Kooperation basierend auf Verständigungs- und Überzeugungsprozessen zu. Auch die Entfaltung von Synergien erscheint ohnedies kaum realisierbar. Solange die Verteilung des Nutzens (Biodiversität, Erlebbarkeit der verbesserten Landschaftsqualität, ökonomische Einkommenschancen durch alternative Bewirtschaftungsformen) und der Kosten (Nutzungs- und Erlebnisverzicht) im Mittelpunkt stehen, kann sich ein NGP bzw. die Aufwertung des Naturschutzes nicht in einen Prozess nachhaltiger Regionalentwicklung einfügen.

Der räumliche, aber gerade auch inhaltliche Wirkungsradius der Projekte beeinflusst die Netzbildung, d. h. die Aktivierung von Akteuren. Aktivierung wird an dieser Stelle als das mögliche Spektrum der Reaktionen auf das Vorhaben verstanden (allgemeine Aufmerksamkeit und Interesse, Akzeptanz oder Ablehnung, Unterstützung oder Gegenwehr u. Ä.). NGP haben aufgrund des Interesses an der Bildung von Flächeneigentum und Veränderung der Landschaftsnutzung mit einer i. d. R. hohen Zahl unmittelbar „Betroffener“ umzugehen. Diese gehören jedoch wenigen Sektoren der Landnutzung (Forst- und Landwirtschaft) an, die, wenn sie keine Pächter sind, zugleich private und öffentliche Flächeneigentümer sind. Ebenso hoch, jedoch vielfältiger ist die Zahl der mittelbar Betroffenen einzuschätzen, d. h. der Gemeinden und ihrer Bewohner, die aufgrund des Landnutzungswandels Auswirkungen in ihrem Lebensumfeld zu erwarten haben. Die sekundär Betroffenen (Tourismusverbände, touristische Leistungsträger) werden ebenfalls mit Änderungen in ihrem Gestaltungsumfeld konfrontiert. Wie diese Aktivierung aufgegriffen wird, bestimmt die Projektkonzeption. Beteiligungsorientierte, offene Konzeptionen nutzen die Aktivierung, während Closed-job-Projekte dies nicht anstreben. NGP sind in diesem Punkt nicht eindeutig zuzuordnen, da sie zwar einen offenen, beteiligungsorientierten Umsetzungsprozess anbieten, jedoch den mittel-

²⁰⁵ Vgl. Böcher 2008: 217, 213

bar sowie sekundär involvierten Akteuren keine explizite Plattform bieten, um ihre Perspektiven auf die Auswirkungen der NGP-Maßnahmen zu bearbeiten.

Die Komplexität der Verhandlungen im Kontext eines NGP liegt darin, dass nicht nur mit Einzelakteuren (Flächeneigentümern) und Nutzern (Bewohner, Besucher) zu verhandeln ist, sondern ebenso mit kollektiv organisierten Interessenvertretungen (Bauernverbände, Naturschutzverbände, Tourismusverbände etc.). Die Herstellung einer partizipatorischen Routineakzeptanz, die insbesondere zum Perspektivwechsel der beteiligten Verhandlungspartner befähigt, erscheint als zentrale Herausforderungen im Kontext der Umsetzung von NGP.

Als ein besonderes Merkmal der um die NGP zu erwartenden Governance-Strukturen, dem zugleich die Chance besonderer Leistungsfähigkeit unterstellt wird, ist die ebenenübergreifende Projektbearbeitung. Von dem Fördermittelgeber über die beteiligten Bundesländer mit ihren Fachressorts, die zu beteiligenden Behörden und Verbände bis hin zum Projektträger mit seinem lokal-regionalen Netzwerk wird ein enormes Wissens- und Erfahrungsspektrum in die Projektbearbeitung eingebracht. Die Chance der Vereinbarungen von Lösungen im Kontext der landschaftsbezogenen Nutz- und Schutzinteressen ist als gut zu beurteilen. Die Herausforderung der Governance-Strukturen wird darin gesehen, die benannten Potenziale für das Projekt verfügbar zu machen.

2.3 Schlussfolgerungen und Ableitung der Forschungsfragen

Das Problemfeld, in das sich der Untersuchungsgegenstand und das Erkenntnisinteresse einbetten, ist in Abb. 4 visualisiert.

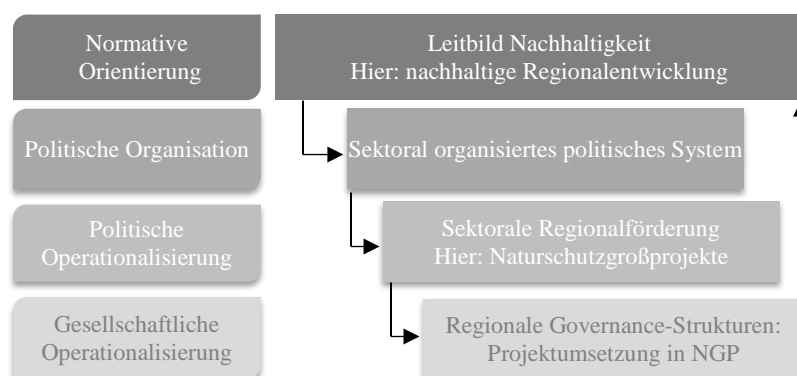


Abb. 4: Einordnung des Untersuchungsgegenstands, eigene Darstellung

Die Legitimation der sektoralen Naturschutzförderung begründet sich in der schwachen gesellschaftlichen Motivation, Naturschutzziele durchzusetzen. Die Motivation für deren Durchsetzung gerät angesichts ihrer Gemeinwohlorientierung im Nachhaltigkeitsdreieck stets ins Hintertreffen. Ohne politische Einflussnahme ist sie nicht zu erwarten, da der Umgang mit der Natur auf Nutzung und kurzfristige Wohlstandsmaximierung ausgerichtet ist.

Die Chancen der Durchsetzungsfähigkeit (im Sinne der Einigung) stehen in unmittelbarer Abhängigkeit von der Fähigkeit der Naturschutzakteure, durch Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Sektoren und Interessen gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Akzeptanz herzustellen. Auch NGP sind auf den Aufbau kooperative Verhandlungssysteme angewiesen, die Akteursvielfalt (Sektoren und Ebenen) ermöglichen und koordinieren, hohe Beziehungsqualität und anspruchsvolle Funktionen (Vertrauen, Koordination und Integration von Wissen und Erfahrung) aufweisen, die sie durch Verständigungs- und Überzeugungsprozesse erreichen.

Die beiden Ziele dieser Arbeit lassen sich vor dem Hintergrund des erarbeiteten theoretischen Hintergrunds konkretisieren bzw. durch Forschungsfragen operationalisieren.

Erstes Ziel: Am Beispiel von Naturschutzgroßprojekten werden die Resonanzen in den Regionen auf sektorale Naturschutzförderung erfasst, und der Bezug zu regionalen Governance-Prozessen mit Fokus auf den naturschutzpolitischen Erfolg wird herausgearbeitet.

Es wird ein Beitrag zur Governance-Forschung geleistet, indem die Erfassung, Beschreibung und Interpretation kausaler Verbindungen zwischen Netzwerkstrukturen, Interessen und Interaktionen²⁰⁶, die den naturschutzpolitischen Erfolg bestimmen, angestrebt werden. Basierend auf den Ausarbeitungen in Kapitel 2 kann das Ziel mit Forschungsfragen operationalisiert werden (s. Tab. 6).

²⁰⁶ Vgl. Kooimann 2003 zitiert in Benz et al. 2007: 14

Tab. 6: Ableitung der Forschungsfragen aus Aspekten naturschutzpolitischer Erfolge,
eigene Darstellung nach Brendle (1999: 21)

Entstehung neuer Kooperationen zwischen verschiedenen Interessengruppen	Welche Netzwerke haben sich gebildet (Struktur-, Akteurs- und Beziehungsfokus)? Wie vernetzt sich das als tendenziell schwach identifizierte politische Naturschutzinteresse in personeller sowie inhaltlicher bzw. kommunikativer Hinsicht?
Lerneffekte auf beiden Seiten, die die Annäherung der Positionen und Verhaltensänderungen unterstützen	Welche Diskurse und Verhandlung sind in den Regionen entstanden und wie wirken sie auf die Wahrnehmung des Naturschutzes ein? Welche Haltungen, Wahrnehmungen und Relevanzsetzungen bringen die Naturschutzakteure einerseits sowie die involvierten Akteure anderer Sektoren in die Projekte ein bzw. haben sie im Projektverlauf entwickelt bzw. wurden in dessen Zuge verändert?
Positive Einschätzung des Naturschutzes	Wie werden die Ziele der Förderinitiative wahrgenommen/aufgenommen/verarbeitet? Welche Perspektiven werden in den Naturschutzzielen erkannt?
Neue Institutionen, die Ziele des Naturschutzes verfolgen	Verändert sich das regionale institutionelle Gefüge im Bereich des Naturschutzes bzw. hinsichtlich dessen Verknüpfung mit anderen Sektoren?
Etablierung des Naturschutzes als öffentliches Thema	Wie wird das Naturschutzvorhaben in öffentlichen Medien aufgegriffen?

An die Bearbeitung der gelisteten Forschungsfragen ist die Erwartung geknüpft, die Faktoren zu identifizieren, die sich förderlich oder hinderlich bezüglich der Herausbildung oder Unterstützung regionaler Governance-Prozesse und des naturschutzpolitischen Erfolgs der Förderinitiativen auswirken.

Zweites Ziel: Es wird abgeleitet, welche Voraussetzungen für die Integration von Naturschutzzielen auf regionaler Ebene seitens der sektoralen Förderinitiativen, Projektträger und ggf. der Region erfüllt sein müssen.

Der Schutz von Natur und Landschaft wird als eine Facette einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler Ebene betrachtet. Am Beispiel von NGP liegt der Fokus auf den Möglichkeiten, die Zielrealisierung in einer Weise zu gestalten, dass das Spannungsfeld der Nachhaltigkeit in regionalen Lösungen aufgeht. Was muss seitens Fördermittelgeber und Projektträger geleistet werden, um die Wahrscheinlichkeit des naturschutzpolitischen Erfolgs der Projekte zu erhöhen und welche Voraussetzungen müssen dafür erfüllt sein? Welche Rolle und welche Verantwortungen kommen der regionalen Ebene zu?

3 Material und Methoden

Dieses Kapitel legt das methodische Vorgehen und Instrumentarium für die anstehende Untersuchung dar. Die Datenauswahl und deren Erhebung werden begründet, die Datenlage wird beschrieben und deren Auswertung erläutert.

3.1 Auswahl der Untersuchungsregionen

Die konkrete Auswahl der zu untersuchenden NGP orientiert sich an drei Kriterien:

Die Fälle sollen ein breites Spektrum an Erfahrungen hinsichtlich der Projektumsetzung aufweisen und sich in diesem Kriterium vor allem ergänzen.

Die Initiative der Bundesregierung, das „Grüne Band“ im Jahr 2005 zum „Nationalen Naturerbe“ zu erklären, beeinflusst die Auswahl. Für den Bundesnaturschutz eröffnet sich durch das „Grüne Band“ die Chance, das bislang nicht annähernd erreichte Ziel der Schaffung eines großflächigen Biotopverbundsystems mit 10 bis 15% der Bundesfläche zu realisieren. Dieses Ziel ist mit derzeit 3 bis 5% aus verschiedenen Gründen²⁰⁷ nicht annähernd erreicht, sodass der erfolgreichen Umsetzung der Förderprojekte auch aus dieser Perspektive ein hoher Stellenwert beizumessen ist. In der politischen Rhetorik wird die ökologische Bedeutung aufgrund des jahrzehntelangen Ausschlusses der Nutzung betont, ebenso wie die Entwicklungschancen, die sich daraus für die Regionen in diesem Gebiet ergeben. Entwicklungspotenziale und -hemmnisse stehen sich jedoch in besonderer Prägnanz gegenüber, sodass sie eine kontroverse Dynamik in den Verhandlungen erwarten lassen.

Der grenzübergreifende Handlungskontext der ausgewählten NGP ist ebenfalls ein Kriterium, welches die Fallauswahl geleitet hat, da hier in exemplarischer Weise die Bildung von Handlungs(bedarfs)räumen für nachhaltige Regionalentwicklung untersucht werden kann. Nicht verwaltungspolitische Grenzen, sondern Handlungszusammenhänge, die sich aus dem Naturraum ableiten, stehen im Fokus.

Die Wahl fiel den Kriterien entsprechend auf das NGP Schaalsee-Landschaft, dessen Förderung 1991 startete und 2009 abschloss, sowie das NGP Grünes Band Eichsfeld-Werratal, welches 2009 startete und somit in dessen Anbahnungsphase untersucht werden konnte.

²⁰⁷ Fehlende Finanzmittel, mangelnde Verkaufsbereitschaft der Eigentümer, mangelnde Bereitschaft der Bewirtschaftungsumstellung, unattraktive Naturschutzförderprogramme (Laufzeiten)

3.2 Untersuchungsdesign

Um den naturschutzpolitischen Erfolg von Naturschutzgroßprojekten zu erfassen und zu erklären, wird die Arbeit unter das Dach der qualitativen Sozialforschung gestellt, da sich sozialempirische Erhebungen wenig eignen würden. Die trotz zahlreich vorliegenden Studien und Handlungsempfehlungen vielfach zu beobachtenden Konfliktlinien zwischen Interessen des Naturschutzes und der Naturnutzung legen nahe, dass der angestrebte Erkenntnisgewinn nicht in statistisch-generalisierbaren Daten und Aussagen zu erwarten ist. Die Hinwendung zum qualitativen Paradigma begründet sich in der Überzeugung, dass nur ein analytisch-induktiver Forschungsprozess auf Basis qualitativer Methoden die nötige Offenheit für neue oder unterschätzte Phänomene und den Zugang zu den Akteuren, ihren Haltungen, Denkweisen und Meinungen sowie Handlungslogiken ermöglicht. Die Datenerhebung folgt dieser Überzeugung und wählt demzufolge v. a. kommunikative Erhebungstechniken.

Als Untersuchungsdesign fällt die Wahl auf den Fallstudienansatz, da er die besagte Offenheit und methodische Flexibilität bietet. Die gebräuchliche Fallstudiendefinition nach Yin wird hier zugrunde gelegt:

„A case study is an empirical inquiry that investigates a contemporary phenomenon within its real-life context; when the boundaries between phenomenon and context are not clearly evident; and in which multiple sources of evidence are used“²⁰⁸.

Folglich ist der Ansatz zur Erfassung und Analyse komplexer sozialer Phänomene innerhalb eines organisatorischen Kontextes geeignet²⁰⁹ und passt damit zum hier gewählten Untersuchungsgegenstand.

Aus den verschiedenen möglichen Fallstudiendesigns wird die Mehrfall-Studie gewählt. Dabei sind die konkreten NGP die Fälle, den Kontext bildet nicht nur die Förderkulisse, sondern auch der jeweilige regionalspezifische Rahmen. Die empirische Forschungsarbeit knüpft unmittelbar an den regionalen Akteuren und deren, durch sie selbst gestalteten Umsetzungsarenen für die Förderprojekte, den Projektnetzwerken, an. Die Fallstudien betrachten demzufolge soziale Aggregate²¹⁰. Die Mehrfall-Studie ermöglicht es, Muster oder Phänomene in diesen zu erkennen. Das zentrale Qualitätskriterium für die Fallstudien ist die Reliabilität der Untersu-

²⁰⁸ Yin 1984: 23

²⁰⁹ Vgl. Schmidt 2006: 99

²¹⁰ Vgl. Lamnek 2005: 321

chung, die durch eine nachvollziehbare und transparente Dokumentation des Vorgehens hergestellt wird.

3.2.1 Methodendesign

Das Methodendesign muss dem in Kapitel 2 dargelegten Vorwissen gerecht werden, um einen Erkenntnisgewinn zu erlangen. Deswegen wurde ein mehrstufiges Methodendesign konzipiert, dessen Datenerhebung sich durch Triangulation auszeichnet. Einer unerforschten Einheit nähert man sich dabei von verschiedenen Messpunkten mithilfe variierender Messmethoden, um ein präziseres Ergebnis durch geringere Wahrnehmungsverzerrung zu erzielen. Die Triangulation dient der Validierung, d. h. Sicherstellung der Gültigkeit der Interpretationen durch plausible Argumentation. Bei der hier gewählten Form der Triangulation handelt es sich um eine Datentriangulation, da zur Analyse der projektbezogenen Governance-Strukturen unterschiedlichen Daten aus unterschiedlichen Quellen (Perspektive der Einzelakteuren, Gruppendiskussion, Presse; Projektdokumente) gewonnen und zu demselben Phänomen kombiniert werden²¹¹ (s. Tab. 7).

²¹¹ Vgl. Lamnek 2005: 158

Tab. 7: Darstellung der methodischen Triangulation, eigene Darstellung

Forschungsziel	Triangulation in den Fallstudien		
	Methode der Datenerhebung	Ziel der Datenerhebung	Analysemethode
1a) Beschreibung der Verarbeitung sektoraler Naturschutzförderung von regionaler Tragweite in lokal-regionalen Kommunikationsstrukturen	▪ Standardisierter Fragebogen	▪ Erfassung der Netzwerke: Akteure und ihre Beziehungen	▪ Analyse und Visualisierung mittels <i>visone</i> : graphentheoretische Konzepte
	▪ Moderierte ermittelnde Gruppendiskussion (Auftakt- und Reflexionsworkshops) ▪ Protokollierung	▪ Datenerhebung ▪ Reflexion und Verifizierung der Erkenntnisse ▪ Ergänzende Datenerhebung	▪ Qualitative Inhaltsanalyse
	▪ Leitfadengestützte Experteninterviews	▪ Vertiefende und erklärende Erkenntnisse über Akteure und ihre Perspektiven, Strukturen: Erfassung überindividueller Phänomene	
	▪ Sichtung relevanter Presseartikel / öffentlicher Protokolle und Konzepte in den Regionen	▪ Ergänzende Datenerhebung	
1b) Analyse der Probleme (Hürden und Grenzen) und Potenziale (Möglichkeiten) hinsichtlich der Integrationsleistung			▪ Fallübergreifende Synthese mit Bezug zu theoretischem Hintergrund
2) Ableitung der Voraussetzungen für die Integration des Naturschutzes auf regionaler Ebene im Kontext sektoralpolitischer und regionalbedeutsamer Förderinitiativen			

Qualitativ-subjektive Daten und Informationen werden mit strukturbezogenen Netzwerkinformationen kombiniert und durch weitere Informationen (Presseartikel, Projektdokumente) ergänzt. Die gewählten Methoden beleuchten die interessierenden Aspekte der Beziehungen, Themen, Konflikte etc. in den Projektstrukturen und setzen dicht an den Akteuren, deren individueller Wahrnehmung und deren Deutungen an. Damit wird unmittelbar bei dem für die Fragestellung relevanten Erfahrungswissen und den Perspektiven der regionalen Akteure angeknüpft.

Die Repräsentativität liegt, wie grundsätzlich in der qualitativen Forschung, in der inhaltlichen Relevanz der zur Erforschung auszuwählenden Untersuchungseinheiten, genauer deren inhaltlicher Repräsentation²¹². Im Nachfolgenden werden die einzelnen Einheiten und Perspektiven, aus denen heraus der Untersuchungsgegenstand erfasst wird, erläutert. Zur Übersicht wird nachstehend der gesamte Forschungsprozess in zeitlicher Hinsicht in Abb. 5 dargestellt:

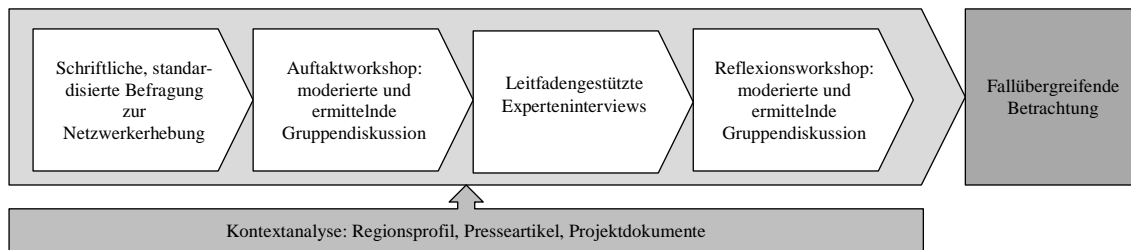


Abb. 5: Forschungsprozess im zeitlichen Verlauf, eigene Darstellung

3.2.2 Erhebung und Analyse projektbezogener Kommunikationsstrukturen

Die projektbezogene Vernetzung in der Region wird mittels standardisierter schriftlicher Befragungen von Einzelakteuren erhoben. Aus der Dynamik in sozialen Strukturen folgt, dass die strukturelle Netzwerkanalyse als Momentaufnahme zu begreifen ist. Die Projekte befinden sich in dem Bezugszeitraum der Befragung (im Jahr 2007) in unterschiedlichen Stadien, sodass nicht der Vergleich angestrebt wird. Ziel ist es, die spezifische Vernetzung in den jeweiligen Stadien zu erheben, um Informationen über die beteiligten Akteure und ihre Akteurskonstellationen in die Interpretation mit einfließen zu lassen. Diese sind durch Interviews nur schwierig erfassbar und kaum darzustellen.

Eine möglichst vollständige Erfassung der Netzwerke wird angestrebt, wobei diese Vollständigkeit nicht klar definiert werden kann. Zunächst ist die territoriale Begrenzung des Untersuchungsraums (bzw. „Netzwerkraums“) nicht mit dem funktionalen Projektraum kongruent, da sich Netzwerke als soziales Konstrukt nicht durch bspw. Förderprojektgebiete begrenzen lassen. Des Weiteren ist es aufgrund der vielfältigen unmittelbaren, aber auch mittelbaren Betroffenheit regionaler Akteure und Institutionen durch die Förderung nicht möglich, das Gesamtnetzwerk zu definieren. Damit liegt der Schluss nahe, egozentrierte Netzwerke durch realistische Abgrenzung zu erheben, d. h. aus der Perspektive des Einzelakteurs, der die tat-

²¹² Vgl. Mayer 2012: 39

sächlich relevanten Akteure identifizieren kann. Beginnend bei den Mitgliedern der zentralen Beteiligungsstruktur der NGP wird mit einer besonderen Form der realistischen Abgrenzung, dem Schneeballverfahren, das Netzwerk erfasst. Die Perspektiven der Befragten bestimmen in Summe dann die Netzwerkgrenzen. Die Netzwerkanalyse basiert schlussendlich aufgrund des unvollständigen Rücklaufs noch immer auf einem Ausschnitt des Netzwerks. Die Aussagekraft ist jedoch durch die Kombination mit den weiteren Daten als belastbar einzuschätzen. Die strukturelle Datenauswertung wird aus datenschutzrechtlichen Gründen anonymisiert vorgenommen.

Die erste Frage knüpft an den zehn wichtigsten Bezugspersonen an, die hier diejenigen Akteure darstellen, denen die jeweils befragte Person für die Initiierung, Planung und Umsetzung des betrachteten Projekts besondere Wichtigkeit zuweist. Damit wird die Beantwortung des Fragebogens auf ein handhabbares Maß beschränkt sowie sichergestellt, dass die Befragten den Fokus auf das interessierende Projekt wahren. Im Anschluss werden die Beziehungen der Bezugspersonen erfragt²¹³, wobei sich die entsprechenden Fragen auf die Netzwerkarbeit eines ganzen Jahres beziehen. Dadurch wird der Befragte dazu angehalten, seine Beziehungen im Netzwerk über einen längeren und zugleich überschaubaren Zeitraum hinweg zu reflektieren. Konkret werden folgende Kriterien in die Analyse einbezogen:

- Größe, Zusammensetzung und zentrale Akteure des Netzwerks (Frage 1)
- Wirkung der Förderung auf regionale Vernetzung: neue und alte Kontakte (Frage 2)
- Netzwerkarbeit: Intensität der Kontakte (Frage 3); Art und Zweck der Kontakte (Frage 4+5)
- Wertschätzung der Kontakte (Frage 6–8)
- Netzwerkklima: Defizite im Netzwerk (Frage 9)
- Selbsteinschätzung der Befragten (Fragen 10–12)
- Akteursbezogene Attribute: Sektor, institutionelle Verankerung, demografische Daten

Bezüglich des Rücklaufs wird zwischen positivem Rücklauf (ausgefüllter Fragebogen), negativem Rücklauf (begründete Absage) und Ausfall (keine Rückmeldung) differenziert. Zur Netzwerkanalyse können nur die positiven Rückläufe herangezogen werden.

²¹³ Vgl. Trappmann et al. 2011: 223 f.

Die durch die Befragung gewonnenen Daten werden als Sozio- bzw. Adjazenzmatrix dargestellt. Jede Matrix stellt dichotome Beziehungen dar, d. h. die Beziehung zwischen zwei Akteuren kann nur zwei Ausprägungen haben, d. h., dass die „1“ die Beziehung zwischen Sender (Zeile) und Empfänger (Spalte) bestätigt, während die „0“ aussagt, dass der Sender nicht mit dem potenziellen Empfänger verbunden ist²¹⁴. Die Matrizen sind die Datenbasis für die interaktionsanalytische Netzwerkanalyse. Die computergestützte Analyse mit der Software *visone*²¹⁵ zeichnet sich dadurch aus, „dass sie zur Untersuchung von Relationen und nicht von Attributen“²¹⁶, wie beispielsweise dem Alter oder Geschlecht, herangezogen wird. Nicht der einzelne Akteur steht im Vordergrund, „sondern seine Einbettung in eine reale Struktur“²¹⁷. Die Attribute werden zur Beschreibung und Interpretation der Relationen herangezogen.

Die Analyse der Gesamtnetzwerke basiert auf deren Darstellung als Graph und der Verwendung graphentheoretischer Konzepte. Graphen setzen sich aus Knoten (Akteuren) und Kanten (Beziehungen) zusammen, sodass die Grundeinheit des Graphen folglich ein Knotenpaar verbunden durch eine Kante ist, und ein Netzwerk folglich aus einer spezifischen Menge von Knoten und Kanten besteht. Die Kanten können als ungerichtet oder gerichtet betrachtet werden. Bei der Analyse ungerichteter, symmetrischer Graphen wird auf die Frage fokussiert, ob ein Kontakt zwischen zwei Akteuren besteht oder nicht. Bei gerichteten Graphen steht die Frage, welcher Akteur diesen Kontakt initiiert hat, im Fokus²¹⁸. Die Konzepte basieren auf der Annahme, dass diejenigen Akteure, die an vielen Beziehungen im Netzwerk beteiligt sind („Kontaktvolumen“²¹⁹) und infolgedessen gut „sichtbar“ sind, zentrale Rollen und Positionen innehaben. Die Relevanz der Sichtbarkeit liegt darin, dass die Akteure aus ihren jeweiligen Positionen mehr oder weniger in der Lage sind, soziales Kapital (s. Abschnitt 2.1.2.2) aus diesen zu schöpfen und im Netzwerk gestalterisch zu agieren²²⁰.

Drei Zentralitätskonzepte werden auf die „Knoten“, d. h. die einzelnen Akteure in den untersuchten ungerichteten Netzwerken, angewendet. Die Gradzentralität (degree centrality) gibt an, welcher Akteur sich durch die Beteiligung an vielen direkten Beziehungen im Netzwerk Kommunikationsvorteile verschafft hat (Kommunikationsaktivität). Die Nähezentralität

²¹⁴ Vgl. Trappmann et al. 2011: 18; vgl. Jansen 2006: 59

²¹⁵ Vgl. visone 2011

²¹⁶ Franke und Wald 2006: 154

²¹⁷ Wellmann zitiert in Zahl 2004: 9

²¹⁸ Vgl. Jansen 2006: 60, 75

²¹⁹ Trappmann et al. 2011: 28

²²⁰ Vgl. Jansen 2006: 127, 128

(closeness) gibt die Nähe eines Akteurs zu allen anderen an und somit dessen Zugang zu effektiven, schnellen und unabhängigen Kontakten (Kommunikationseffektivität)²²¹. Die wiederum bestimmen die Reichweite und Mobilisierungsfähigkeit von Akteuren im Netzwerk. Die Intermediationszentralität (betweenness) gibt an, welche Akteure aufgrund ihrer Position zwischen Paaren im Netzwerk eine besondere Maklerposition innehaben (Kommunikationskontrolle). Informelle Hierarchien, Macht und Einflussmöglichkeiten werden sichtbar²²². Sie wird von der Zahl der empfangenen Werte eines Akteurs sowie der Stellung der ihn nominierenden Akteure bestimmt²²³. Eine hohe Gradzentralität spiegelt sich oftmals in einem ebenso hohen Wert der Intermediationszentralität wider²²⁴. Plausibilität der Ergebnisse ist gegeben, wenn mindestens zwei der Konzepte miteinander korrespondieren.

Ein weiteres graphentheoretisches Konzept wird herangezogen, um die soziale Einbettung von einer anderen Perspektive heraus zu erfassen: das Prestige. Hier wird die Differenzierung und Ungleichheit zwischen den Akteuren erfasst²²⁵. Die Akteure mit dem meisten Prestige im Netzwerk werden mit drei Fragen ermittelt. Die Fragen 6 und 7 fragen nach Abhängigkeiten (Rat) und Wichtigkeit bzw. Wertschätzung der Kontakte. Frage 8 fragt direkt nach den Schlüsselpersonen im Projekt und/oder in der Region. Die indegree centrality auf Basis der gerichteten Beziehungen im Netzwerk ermöglicht es, die prestige-reichen Akteure zu identifizieren.

Die Analyse erfolgt jeweils standardisiert, um den Größeneffekt zu neutralisieren und eine Vergleichbarkeit herzustellen. Die Werte liegen folglich zwischen 0,0 (niedrigster Wert) und 1,0 (höchster Wert). Die Interpretation der Werte hinsichtlich ihrer Aussagekraft kann nur im Vergleich miteinander erfolgen²²⁶.

Durch die Zuweisung bestimmter Merkmale zu den Knoten bzw. Akteuren wird die Netzwerkanalyse ergänzt. So erfolgt die Zuweisung von Sektoren, der Art der Interessengruppen

²²¹ Da dieses Maß nur mit aussagekräftigem Ergebnis berechnet werden kann, wenn alle Akteure eines Netzwerks direkt oder indirekt miteinander verknüpft sind, wurden die Netzwerk-Matrizen für die Berechnung um die nicht verbundenen Akteure bereinigt.

²²² Vgl. Lang und Leifeld 2008: 231

²²³ Trappmann et al. 2011: 27

²²⁴ Vgl. Serdült 2002: 133

²²⁵ Ebd.

²²⁶ „We propose a different normalization independent of graph size and applicable to all types of graphs, namely dividing by the sum of all scores. The resulting indices are non-negative and have unit sums, i. e., they can be viewed as percentage values and interpreted as the share of importance of a vertex in its graph“ (Baur 2008: 36).

(Vertreter der öffentlichen Verwaltung/ Behörden, Politik, Vereine/Verbände, privatwirtschaftliche Unternehmen, private Akteure) sowie die Vernetzung der Akteure über administrative Grenzen hinweg.

Die **Visualisierung der Projektnetzwerke** ist als netzwerkartige Visualisierung der Beziehungsdaten einzuordnen. Genau in diesem visualisierten Beziehungsgeflecht, die in den Soziomatrizen visuell verloren gehen, liegt der Mehrwert dieser Methode. Wahrnehmungs-, Deutungs- und Handlungsmuster der Akteure können auf diese bezogen werden²²⁷. Als Teil der Auswertungsstrategie verdichtet sie die unterschiedlichen Analyseaspekte und ermöglicht eine entsprechende Interpretation. Die Visualisierung dient demnach als Link zwischen den strukturbezogenen Netzwerkinformationen und den qualitativ-subjektiven Netzwerkdaten.

3.2.3 Qualitative Sozialforschung: Begründung, Durchführung, Auswertung

Die nachfolgend beschriebenen Daten werden zur Analyse des interessierenden regionalen Verhandlungsfeldes NGP erhoben und mittels qualitativer Inhaltsanalyse analysiert. Sie baut auf dem in Kapitel 2 entwickelten Kontextwissen auf und zielt darauf ab, durch interpretative Verknüpfung der in den verschiedenen Datenbausteinen enthaltenen Informationen bestimmte Strukturen bezogen auf das benannte Verhandlungsfeld auf regionaler/örtlicher Ebene zu erkennen. Diese Interpretationsarbeit ist stark subjektgebunden, weswegen das entwickelte Methodendesign, d. h. die Triangulation, vor allem auch der Validierung der Interpretationen und Schlussfolgerungen dient²²⁸.

3.2.3.1 Moderierte Workshops in den Regionen

Nach der strukturellen Netzwerkanalyse finden die jeweiligen regionalen Auftaktworkshops statt, ein Reflexionsworkshop folgt zum Abschluss der empirischen Phase. Diese sind methodisch als ermittelnde Gruppendiskussion angelegt. Ziel der Methode ist es, durch ein moderiertes Gespräch mit Untersuchungspersonen über das interessierende Thema Gruppenmeinungen sowie kollektive Orientierungsmuster oder Motivationsstrukturen zu erfassen. Innerhalb des Forschungsprozesses kommen den Workshops zwei Funktionen zu, wobei sich deren Gewichtung bei den beiden Workshops unterscheidet. Zum einen erfüllen sie eine Datenerhebungsfunktion. Durch die Moderation der Diskussion zwischen den projektrelevanten

²²⁷ Vgl. Jütte 2006

²²⁸ Vgl. Mayring 1997: 76, 97

Akteuren wird diese thematisch auf ausgewählte Aspekte und Fragen fokussiert (Projektnetzwerke, länderübergreifende Zusammenarbeit, regionale Nachhaltigkeit, Verknüpfung mit regionaler Förderkulisse, Maßnahmenbeispiele). Zweite Funktion ist die eines Korrektivs, da die Gruppendiskussion zur Ergänzung und Reflexion der gewonnen Daten und Erkenntnissen dient²²⁹. Während bei dem Auftaktworkshop die erste Funktion von besonderer Bedeutung ist, ist es beim Reflexionsworkshop die Korrektivfunktion, da erste Forschungsergebnisse zur Diskussion gestellt werden.

Die Ergebnisprotokolle der Workshops, die einer Korrekturschleife durch die Teilnehmer unterzogen werden, um sicherzustellen, dass die Diskussion aus Forscher- sowie Akteurssicht korrekt dokumentiert wurden, bilden die gewonnene Datenquelle.

3.2.3.2 Leitfadengestützte Experteninterviews

Um das Ziel der Arbeit, die projektprägenden Verhandlungen, Positionen und Interessen, Wahrnehmungen und Relevanzsetzungen zu erfassen, reichen strukturbezogene Daten allein nicht aus. Es ist notwendig, in Dialog mit Akteuren des Projekts zu treten, die aufgrund ihrer Position, Perspektive und Erfahrung Zugang zu den notwendigen Informationen haben. Das leitfadengestützte Experteninterview ist das geeignete Instrument, um konkrete und erklärende Aussagen über den Forschungsgegenstand, der als klar definierter Wirklichkeitsausschnitt eingeordnet wird, zu gewinnen²³⁰. Die auszuwählenden regionalen Akteure fungieren als Experten in der Weise, als dass sie über privilegierten Zugriff auf umfassende regionale und projektbezogene Informationen (Entscheidungsprozesse, Umsetzungsstrategie, Auswirkungen) verfügen. Dieser Zugriff erfolgt in unterschiedlicher Weise und bildet ebenfalls einen jeweils klar definierten Wirklichkeitsausschnitt.

Die Auswahl der Interviewpartner erfolgt in Konsequenz mittels Vorabfestlegung²³¹, wobei der besagte Zugriff auf Informationen ein zentrales Auswahlkriterium ist und sich in erster Linie in einer hohen Präsenz der Akteure in den Kommunikationsstrukturen des Projekts niederschlägt. Ihre Präsenz in den Kommunikationsstrukturen belegt ihre gestalterische Rolle und hohe Involviertheit, weswegen ein großer Wissens- und Erfahrungsschatz zu erwarten ist. Die Präsenz kann wiederum unterschiedliche Triebfedern haben, so projektbezogene und/oder

²²⁹ Vgl. Lamnek 2005: 413

²³⁰ Vgl. Mayer 2012: 38; vgl. Meuser und Nagel 1991: 444

²³¹ Vgl. Mayer 2012: 38

regionale Verantwortung und/oder machtbefugten oder betroffenenheitsbefugten Einfluss gegenüber dem Forschungsgegenstand, die bei der Auswahl zu berücksichtigen sind. Weitere Faktoren bestimmen die Auswahl der Interviewpartner, die inhaltlichen sowie praktischen Charakter haben. In Tab. 8 sind die Kriterien aufgezählt und erläutert.

Tab. 8: Kriterien zur Auswahl der Interviewpartner und ihre Begründung, eigene Darstellung

Kriterium	Begründung
▪ Bedeutende Positionen im Netzwerk: hohe Maßzahlen	▪ Inhaltlich: Gestalterische Rolle und hohe Involviertheit legt großen Wissens- und Erfahrungsschatz nahe.
▪ Bereitschaft zur Teilnahme am Dialog im Kontext des Forschungsvorhabens	▪ Praktisch: Die Bereitschaft der Akteure, an Workshops des Forschungsvorhabens teilzunehmen und als Interviewpartner zu fungieren, bestimmt die Auswahl.
▪ Vertretung aller relevanten Sektoren in der Region	▪ Inhaltlich: Die Erfassung der unterschiedlichen sektoralen Perspektiven, die das regionale Interessengefüge bilden, soll durch ihre Kombination bzw. gegenseitige Ergänzung in der Analyse ein möglichst vollständiges Bild von dem Untersuchungsgegenstand hervorbringen.
▪ Besonderes Wissen über das Projekt und dessen Verlauf	▪ Inhaltlich: Einzelakteure zeichnen sich durch besonderes Wissen aus, beispielsweise aufgrund ihrer langjährigen Aktivität in der Untersuchungsregion oder aufgrund mehrerer Funktionen.
▪ Relevanz für Projektumsetzung/Einbettung in Region, ohne im Netzwerk präsent zu sein: Betroffenheit (Landeigentümer), Synergiepotenziale (Tourismus, Wirtschaftsförderung)	▪ Inhaltlich: Die Strukturdaten des Netzwerks können Lücken aufweisen, die die Einbettung des NGP in die Region erschweren. Diese Akteure gilt es, mittels Kontextanalyse zu identifizieren, um deren Perspektive einzuholen. Hier sind relevante Erkenntnisse für die Wahrnehmung der NGP zu erwarten, die wiederum den Grad der Einbettung des NGP in die Region und die regionale Entwicklung erklären können.
▪ Handhabbare Anzahl von Akteuren	▪ Praktisch: Die Begrenzung der zu interviewenden Akteure erfolgt anhand der zu berücksichtigenden Sektoren und Kreisen/Ländern.

Die Fragen der Interviewleitfäden (s. Anhang) dienen der Rückkopplung, Vertiefung und zusätzlichen Erfassung von Ausprägungen der Vernetzung und Kommunikation, Haltungen und Wahrnehmungen im Projekt. Dabei wird je ein regionalspezifischer Leitfaden erstellt, um den unterschiedlichen Phasen der Projektumsetzung gerecht zu werden. Während in den Interviews in der Schaalsee-Landschaft eine retrospektive Position eingenommen wird und die Geschichte und der Verlauf des Projekts im Fokus stehen, wird in der Region Eichsfeld-Werratal das regionale Erfahrungswissen an der Schnittstelle von Naturschutz und Landschaftsnutzung in den Mittelpunkt gestellt. Die Interviewleitfäden wurden zudem für ver-

schiedene Akteurstypen angepasst, so für den Projektträger und die Schlüsselakteure im Projekt und insbesondere die fehlenden Akteure.

Die Interviews werden digital aufgenommen und für die nachfolgende Analyse transkribiert. Transkriptionsstandards gibt es nicht, jedoch Regeln, die sicherstellen, dass die Transkription dem Ziel und Zweck der Analyse entsprechend erfolgt und der kaum vermeidbare Informationsverlust akzeptabel ausfällt²³². Somit erfolgt die Übertragung der Audiodateien wörtlich und in normales Schriftdeutsch, wobei der Text geglättet wird²³³. Die Transkriptionsregel wird als „so fein wie nötig“ beschrieben²³⁴.

Die qualitative Inhaltsanalyse der Interviews erfolgt induktiv und strebt eine möglichst gegenstandsnahe Abbildung und Interpretation des Materials an. Die Forschungsfragen der Arbeit bestimmen über inhaltstragende Interviewpassagen und Unwesentliches. Die Interviews werden Zeile für Zeile durchgearbeitet, um die inhaltstragenden Passagen herauszufiltern und mit Schlagwörtern zur inhaltlichen Strukturierung zu versehen. Erst anschließend, bei der querschnittsorientierten Analyse aller inhaltlich zusammengehörigen bzw. sich ergänzenden Aussagen in den Interviews, werden Kategorien in Form von Kurzsätzen formuliert, die der weiteren Interpretationsarbeit zugrunde gelegt werden²³⁵. Diese Arbeit am Textmaterial wird mithilfe der Textanalysesoftware MaxQDA vorgenommen.

3.2.3.3 Analyse der Projektdokumente

Das NGP Eichsfeld-Werratal veröffentlicht die Sitzungsprotokolle der PAG und Arbeitskreise auf der Projekthomepage, sodass sie für die Analyse zur Verfügung stehen. Die Protokolle werden, geleitet durch die Forschungsfragen, gesichtet, um ergänzende Informationen zu den Interviewaussagen zu gewinnen. Im Sinne der Kontextanalyse (da nicht eigene Datenerhebung) werden die Protokolle nicht, wie die Interviews, der qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen, da die Entstehung des Materials zum einen nicht nachvollzogen werden kann, zum anderen sich die Struktur/der Charakter des Materials (Bericht des Projektträgers) dafür nicht anbietet. Der Fokus liegt auf dem Suchen und Finden inhaltlich erklärender Hintergrundin-

²³² Vgl. Kuckartz 2010: 41

²³³ Vgl. Mayring 2002: 91

²³⁴ Knoblauch 2006: 160

²³⁵ Vgl. Mayring 1997: 1999

formationen zu den in den Interviews auf Basis der Inhaltsanalyse entdeckten Phänomenen in Form von bspw. Konflikten, Haltungen, Lösungen.

3.2.3.4 Presseanalyse

Einen ergänzenden Datenbaustein im Sinne der Kontextanalyse bilden Presseartikel aus den beiden Projektregionen. Deren Analyse zielt auf die Erfassung der in der öffentlichen Debatte vertretenen Haltungen und Positionen sowie der angeführten Argumente und Meinungen gegenüber dem Naturschutzvorhaben. Die Sichtung der Artikel soll, wie die Analyse der Projektdokumente, im Sinne einer Kontextanalyse die Einordnung und Reflexion der durch die Interviews gewonnen qualitativ-subjektiven Daten unterstützen.

Die Beschaffung der Artikel wird in beiden Regionen durch die vorhandenen Strukturen unterstützt. In der Region Schaalsee kann auf eine umfangreiche Sammlung von Presseartikeln zugegriffen werden, die die Kreisverwaltungen aufgrund der Einbettung des Projektträgers in genau diese projektbegleitend aufgebaut haben. In der Region Eichsfeld-Werratal stellt der Projektträger eine ebenso umfangreiche Sammlung von Presseartikeln auf der Projekthomepage für die Öffentlichkeit bereit.

Die Sichtung der Artikel kommt in beiden Regionen zu dem Schluss, dass die beiden Sammlungen für die Forschungszwecke geeignet sind. Die Kriterien, die für diese Bewertung relevant sind, sind die räumliche Repräsentanz der Projektgebiete sowie die zeitlichen Spannen, die dokumentiert sind. In der Region Schaalsee beginnt die Artikelsammlung in der Vor-Wende-Zeit im Jahr 1985, da hier die ersten Visionen eines grenzüberschreitenden Naturschutzes in der öffentlichen Debatte auf west-deutscher Seite beginnen. Sie schließt im Jahr 2008 ab. Für die Presseanalyse werden folglich für den Zeitraum vom 04.05.1985 bis zum 29.08.2008 insgesamt 188 Zeitschriftenartikel gesichtet. In der Region Eichsfeld-Werratal liegen 92 Presseartikel aus den regionalen Zeitschriften vor und decken den Zeitraum vom 20.08.2009 bis zum 07.08.2013 ab.

Tab. 9: Übersicht der analysierten Presseartikel, eigene Darstellung

Presseanalyse Region Schaalsee-Landschaft		Presseanalyse Eichsfeld-Werratal	
Anzahl Artikel	Zeitung	Anzahl Artikel	Zeitung
83	Lübecker Nachrichten	29	Eichsfelder/Göttinger Tageblatt
49	Schweriner Volkszeitung	21	Thüringer Allgemeine
23	Lauenburgische Landeszeitung	18	Thüringische Landeszeitung
26	Markt Anzeigenblatt für Ratzeburg und Mölln	9	Hessisch/Niedersächsische Allgemeine Zeitung
4	Kieler Nachrichten	3	Ostthüringer Zeitung
3	Lauenburgische Nachrichten	3	Kyffhäuser Nachrichten
		2	Hallo Eichsfeld
		2	Werra Rundschau
		1	Deutschlandfunk
		1	Mitteldeutsche Zeitung
		1	Neue Nordhäuser Zeitung
		1	RegJo Südniedersachsen
		1	ddp direct
188	Summe	92	Summe

3.3 Datenbasis

Die für die Analysen gewonnenen und herangezogenen Daten werden dargestellt, um Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten. Die beiden Fallstudien werden gemeinsam betrachtet, um ein Verständnis für deren Profile zu entwickeln. Tab. 10 legt zunächst dar, welcher Rücklauf jeweils erzielt wurde. Die Netzwerkanalyse mit *visone* basiert auf einem auswertbaren Rücklauf von 25 bzw. 38 Fragebögen²³⁶.

Tab. 10: Übersicht der Befragungen und Rückläufe zur Netzwerkerhebung, eigene Darstellung

NGP	Befragte Personen	Anzahl der Befragten	Rücklauf insgesamt	Rücklauf positiv	Rücklauf in % (gesamt/positiv)
NGP EW	PAG	86	50	29	58 %/34 %
	neu erfasst + befragt	56	15	9	26 %/16 %
	Summe	142	65	38	46 %/27 %
NGP SL	PAG	73	34	18	47 %/23 %
	neu erfasst + befragt:	52	15	7	29 %/18 %
	Summe	125	49	25	39 %/20 %

Abb. 6 legt dar, wie sich der Rücklauf jeweils interessenbezogen zusammensetzt. Die Dominanz der Naturschutzakteure sticht hervor. Die Forstwirtschaft ist das zweitstärkste Interesse im Rücklauf aus der Region Eichsfeld-Werratal, in der Region Schaalsee ist es der Bereich

²³⁶ Zwei Akteure haben ihn lediglich ab Frage 9 beantwortet.

Landnutzung (Forst-, Landwirtschaft und Kombination aus beiden). Wenn auch jeweils schwach, weist der Rücklauf der Region Eichsfeld-Werratal eine größere Vielfalt von Interessen auf als der Rücklauf der Region Schaalsee. Als Defizit erweist sich in der Region Schaalsee insbesondere das Fehlen von Vertretern des Tourismus als natürlicher Partner des Naturschutzes.

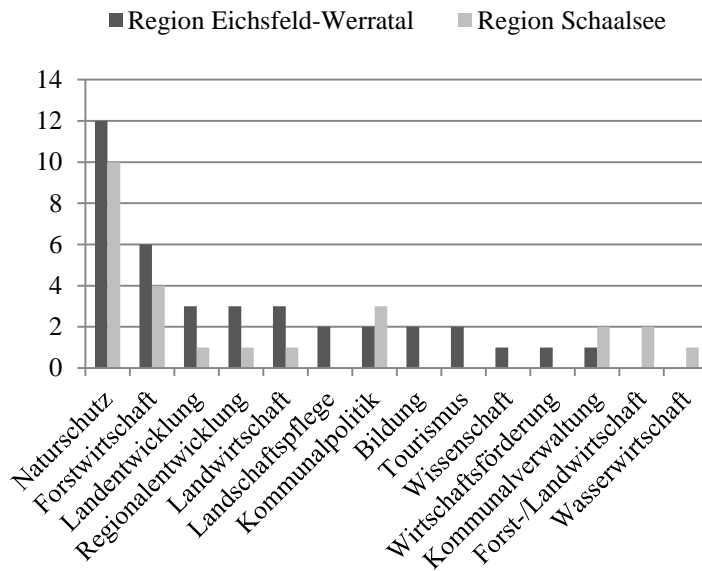


Abb. 6: Interessenzugehörigkeit der Befragungsteilnehmer,
eigene Darstellung

Eine Erklärung für diesen Rücklauf findet sich in der Art der Interessenvertretung. Der Rücklauf setzt sich im Vergleich Eichsfeld-Werratal/Schaalsee wie folgt zusammen: Verwaltung 60 %/ 37 %, Vereine bzw. Verbände 32%/29 %, Politik 12%/4 %, private Akteure 0 %/4 %. Die Mehrheit der Befragungsteilnehmer gehört folglich den Fachverwaltungen und Behörden, aber auch organisierten Interessenverbänden der primären Zielgruppe des Naturschutzes, d.h. der Land- und Forstwirtschaft, an.

Der Auftaktworkshop in der Region Eichsfeld-Werratal, zu dem 66 Akteure eingeladen wurden, fand mit 21 Akteuren statt. An dem entsprechenden Workshop in der Region Schaalsee nahmen 10 von 47 eingeladenen Akteuren teil. Die geringere Teilnahme in der Region Schaalsee kann auf die Projektphase zurückgeführt werden, da in der Endphase des NGP ein geringeres Interesse nachvollziehbar ist. Die Präsenz der Interessen gleicht der des Fragebogenrücklaufs. Der Workshop in der Region Eichsfeld-Werratal weist auch hier im Vergleich

eine größere sektorale Vielfalt auf, allerdings fehlen Vertreter der lokalen Politik. Der Projektträger nahm in der Region Schaalsee teil, während er im Eichsfeld-Werratal fehlte.

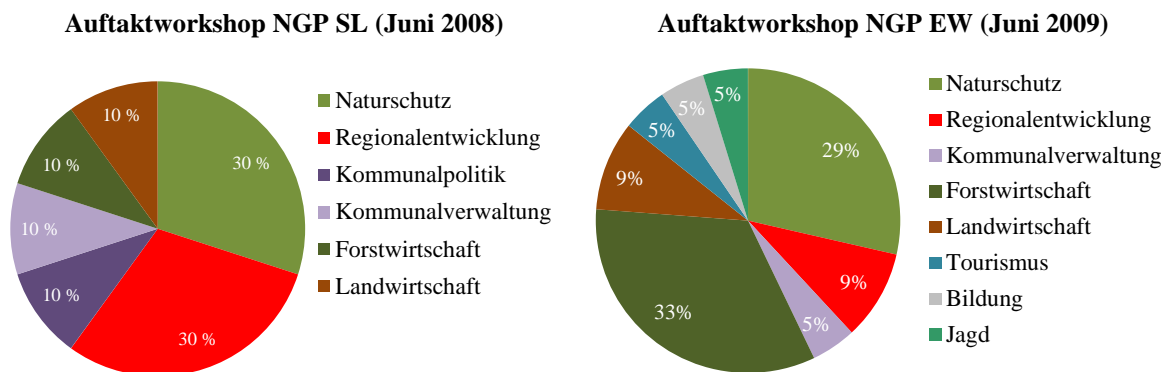


Abb. 7: Interessenzugehörigkeit der Teilnehmer der Auftaktworkshops (in %),
eigene Darstellung

Die Interessenvertretung stellt sich im Vergleich Region Schaalsee/Region Eichsfeld Werratal wie folgt dar: Öffentliche Verwaltung 45 %/57 %, Vereine bzw. Verbände 22 %/38 %, Politik 11 %/0 %, Projektträger 22 %/0 %, private Akteure 0 %/5 %.

Die Auswahl der insgesamt 22 Interviewpartner erfolgt im Anschluss an die Auftaktworkshops, die anhand der Tab. 11 und der Tab. 12 dokumentiert ist.

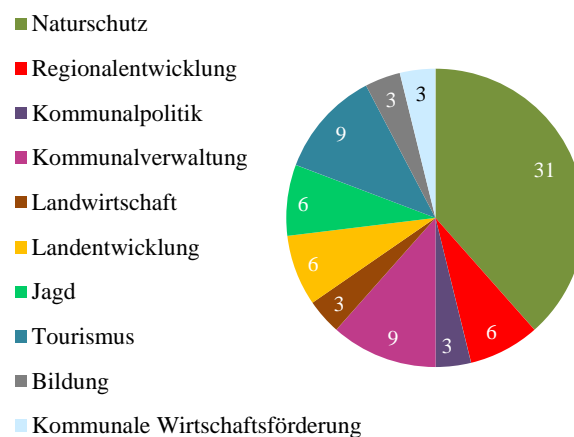
Tab. 11: Dokumentation der Auswahl der Interviewpartner in der Region SL,
eigene Darstellung

NGP Schaalsee-Landschaft			
Sektor	Auswahlkriterien		
	Hohe Maßzahl	Workshop	Perspektive/Spezielles Wissen
Naturschutz	+++	+	Projektträger
Forstwirtschaft/GSG: SH	++	+	Forstwirtschaft und GSG (Naturschutz/Tourismus/Naherholung)
Naturschutz/GSG: MV	+++	-	GSG ist Teil des NGP / BR vertritt integrativen Ansatz des Naturschutzes / Tourismus und Wirtschaftsförderung werden in diesem Teil des Projektgebiets durch BR bedient
Naturschutz: SH	+++	+	Projektträger / Projekthistorie
Politik: SH	+	-	Gemeinde in Projektgebiet / von Projektbeginn an beteiligt
Politik: MV	+	+	Gemeinde in Projektgebiet
Regionalmanagement: MV	-	-	Wissen über Projektgebiet und Einbettung des NGP / Vernetzung Schutz und Nutzung
Landnutzung : SH	-	-	Landeigentümer und -nutzer in Projektgebiet / touristischer Leistungsträger
Landnutzung: MV	-	-	Landeigentümer / Landnutzer in Projektgebiet
Wirtschaftsförderung: SH	-	-	Extern: relevant für Integration des NGP
Tourismusverband: SH	-	-	Extern: relevant für Integration des NGP

Tab. 12: Dokumentation der Auswahl der Interviewpartner in der Region EW, eigene Darstellung

NGP Grünes Band Eichsfeld-Werratal			
Sektor	Auswahlkriterien		
	Hohe Maßzahl	Workshop	Perspektive/Spezielles Wissen
Naturschutz	+++	-	Projektträger
Naturschutz/GSG (Eichsfeld)	++	+	GSG ist Teil des NGP / GSG vertritt integrativen Ansatz des Naturschutzes / Tourismus: Erfahrung
Wissenschaft (Göttingen)	+++	+	Mitinitiator / Wissenschaftliche Expertise
Tourismus (Eichsfeld)	++	-	Relevanz als „natürlicher Partner“ des Naturschutzes
Tourismus (Werra-Meißner-Kreis)	-	-	
Landschaftspflege (Göttingen)	++	-	Expertise und Erfahrung an der Schnittstelle von Naturschutz und Landwirtschaft, große Netzwerkkenntnis
Regionalentwicklung (Göttingen)		+	Expertise und Erfahrung mit Projekten der ländlichen Regionalentwicklung, Fördermittelmanagement, Netzwerkwissen
Regionalentwicklung (Eichsfeld)		+	
Bildung (Eichsfeld)		+	Touristischer Leistungsträger am „Grünen Band“
Ortsbürgermeister (Eichsfeld)			Politische Meinungsträger und Meinungsbildung
Kommunalpolitiker (Werra-Meißner-Kreis)			

Der Reflexionsworkshop in der Region Eichsfeld-Werratal fand mit 32 von 56 eingeladenen Akteuren statt, deren Interessenzugehörigkeit in Abb. 8 zu sehen ist. Die Teilnehmerzahl, die zugleich eine größere Vielfalt aufweist, lässt ein gesteigertes Interesse aufgrund der im August 2009 erfolgten Projektbewilligung vermuten. Die Art der Interessenvertretung stellt sich wie folgt dar: Verwaltung/ Behörden 47 %, Vereine und Verbände 47 %, Politik 3 %.

**Abb. 8: Interessenzugehörigkeit der Teilnehmer des Reflexionsworkshops NGP EW (in %), eigene Darstellung**

Der Workshop in der Region Schaalsee (März 2009) fand erneut mit 10 von 30 eingeladenen Akteuren statt. Drei Interessen waren vertreten (Naturschutz: 20 %, Landwirtschaft: 30 %, Forstwirtschaft: 50 %). Die Interessenvertretung gliederte sich wie folgt: Verwaltung/Behörden 30 %, Projektträger 30 %, Vereine bzw. Verbände 30 %, private Akteure 10 %. Hier zeigen sich ein geringeres Interesse sowie eine Beteiligung der primär involvierten Interessengruppen.

4 Naturschutzgroßprojekt Schaalsee-Landschaft

Nach der Skizzierung des Projekts und der Region folgt die Darstellung der Fallstudien-ergebnisse. Deren Gliederung ergibt sich aus den Themen, die sich während der inhaltsanalytischen Auswertung der Daten als bedeutend herauskristallisiert haben. Eine chronologische Reihenfolge ist erkennbar, jedoch nicht die maßgebliche, da Vor- und Rückgriffe für die Einordnung und Interpretation sinnvoller erscheinen.

4.1 Profil des Naturschutzgroßprojekts „Schaalsee-Landschaft“ (NGP SL)

Die Projektregion des Naturschutzgroßprojekts Schaalsee-Landschaft ist ein länderübergreifender Naturraum im südöstlichen Schleswig-Holstein und südwestlichen Mecklenburg-Vorpommern. Sie liegt zwischen Hamburg und Schwerin bzw. Lübeck/Schwerin und dem Wendland. Das Projektgebiet zeichnet sich als „vielgestaltige Landschaft mit nährstoffarmen Seen und Mooren, natürlichen Verlandungszonen, mesophilen und bodensauerem Laubwäldern mit hohem Altholzanteil“ aus, wobei das Kernstück der Schaalsee mit seiner Größe von 2300 ha und einer Tiefe von 72 m ist²³⁷. Auf mecklenburgischer Seite liegt die Projektregion in der Planungsregion Westmecklenburg, erstreckt sich über die Landkreise Nordwestmecklenburg (Ämter Rehna und Gadebusch) und die nördlichen Teile des Landkreises Ludwigslust (Ämter Wittenburg und Zarrentin). Sie erstreckt sich nahezu deckend über das Gebiet des UNESCO-Biosphärenreservats (BR)

Schaalsee und damit auch in die Großlandschaft „Südwestliches Altmoränen- und Sandergebiet“²³⁸. Seitens Schleswig-Holsteins ist der Kreis Herzogtum Lauenburg (Planungsraum I), genauer dessen Amt Lauenburgische Seen, Teil der Projektregion. Das Gebiet deckt weite Teile des Naturparks Lauenburgische Seen ab.



Abb. 9: Projektgebiet des NGP SL,
Quelle: World Wide Fund For Nature 2011: 3

²³⁷ Zweckverband Schaalsee-Landschaft 2003: 1

²³⁸ Vgl. Ahlmeyer und Göbel 2008: 2

Gemäß dem OECD-Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume von 2007 ist die Projektregion hinsichtlich der Einwohnerzahl auf der OECD-Territorialebene 3 als intermediär (Kreis HL Lauenburg) bzw. vorwiegend ländlich einzuordnen (Kreise NWM und LWL). Auf Kreisebene fällt die Einordnung differenzierter aus. So profitiert der Kreis HL von der Nähe Hamburgs als „ländlicher Raum in der Nähe von Agglomerationen“, während der Kreis Nordwestmecklenburg als „dicht besiedelter peripherer Kreis“ und der Kreis Ludwigslust als „dünn besiedelter peripherer Kreis“ kategorisiert werden²³⁹.

Tab. 13: Einwohnerdichte in den Ämtern des Projektgebietes NGP SL,
Quellen: Kreis Herzogtum Lauenburg²⁴⁰ und Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern²⁴¹

	Amt Lauenburgische Seen (31.03.2010)	Amt Zarrentin 31.12.2010	Amt Wittenburg 31.12.2010	Amt Rhena 31.12.2010	Amt Gadebusch 31.12.2010
Fläche in km ²	237,27 km ²	275,27 km ²	184,37 km ²	220,11 km ²	221,91 km ²
Einwohner	12924	9110	8917	6816	9586
EW/km ²	54	35	49	42	47

Die Flächennutzung in der Projektregion ist stark von landwirtschaftlicher Nutzung geprägt. Die Landwirtschaftsfläche beträgt im Vergleich in den Jahren 1996 und 2010 im Kreis Nordwestmecklenburg 74,74 %/72,35 %, die beträgt Waldfläche 12,61 %/13,55 %, im Kreis Ludwigslust 60,80 %/59,16 % und 29,33 %/29,71 %. Im Kreis Herzogtum-Lauenburg nimmt die Landwirtschaftsfläche 60,97 %/58,38 % der Fläche ein, die Waldfläche 24,53 %/25,61 %²⁴².

Die Tourismuswirtschaft stellt für die gesamte Region Schaalsee einen wichtigen Wirtschaftssektor dar, wie die Ankünfte und Übernachtungszahlen belegen (s. Tab. 14). Im Kreis Herzogtum Lauenburg zeichnet sie sich durch den Naturpark Lauenburgische Seenplatte mit den Fremdenverkehrszentren Ratzeburg und Mölln aus und wird durch die Herzogtum Lauenburg Marketing und Service GmbH vertreten. Auf mecklenburgischer Seite ist das BR Schaalsee als touristischer Magnet einzuordnen. Hier ist der Tourismusverband Mecklenburg-Schwerin e.V. zuständig. Die Region profitiert im Besonderen von der guten Anbindung an die Metropolen Hamburg und Berlin.

²³⁹ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2007: 37

²⁴⁰ Kreis Herzogtum Lauenburg 2010

²⁴¹ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

²⁴² Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015b

Tab. 14: Gästeankünfte und Übernachtungen in 1996 und 2010 in der Region SL,
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015c

Kreis	Ankünfte		Übernachtungen	
	1996	2010	1996	2010
Kreis Herzogtum Lauenburg	157 245	167 925	589 173	575 432
Kreis Ludwigslust	64 624	108 491	129 433	219 177
Kreis Nordwestmecklenburg	134 261	384 204	673 958	1 719 451

1992 startete das NGP SL und befindet sich seit Beginn der Förderung in der Trägerschaft des zu diesem Anlass gegründeten Zweckverbands Schaalsee-Landschaft mit Sitz in Ratzeburg, Schleswig-Holstein. Mitglieder des Verbandes sind die beteiligten Landkreise²⁴³ und die Umweltstiftung WWF Deutschland. Die erste Fördertranche erstreckte sich vom 20. November 1992 bis zum 31. Dezember 2003, die zweite vom 11. Februar 2005 bis zum 31. Dezember 2009. Die zweite Tranche wurde im Kontext der Optimierung der Förderrichtlinie unter veränderten Rahmenbedingungen durchgeführt, sodass das Projekt mit einer Moderationsphase beginnt. Das NGP SL gehört mit einem Investitionsvolumen von rund 26 Millionen Euro zu den fünf größten Projekten dieser Art in Deutschland. Das Projektgebiet umfasst 33 500 ha. Die Kerngebietsfläche verteilt sich mit 10 004 ha in MV und mit 4 691 ha in SH²⁴⁴.

Die naturschutzfachliche Bewertung des Projektstands im Jahr 2009 zieht eine positive Bilanz hinsichtlich des primären Projektziels der Eigentumsbildung (4 500 ha im Kerngebiet, Stand Dez. 2008), der Vereinbarung entgeltlicher sowie unentgeltlicher Nutzungsverzichte (820 ha), der unentgeltlichen Flächenbereitstellung durch die öffentliche Hand (2 619 ha), der Ausweisung von Schutzgebieten (7 614 ha), zahlreicher Wasserstandsanhebungen, Nutzungsaufgaben in den Seen des Kerngebietes (601 ha), der Etablierung extensiver Grünlandnutzung mit regionaler Fleischvermarktung (1 100 ha) sowie der Bestandsstabilisierung und -vergrößerung von störungsempfindlichen Arten (Seeadler, Kranich)²⁴⁵.

²⁴³ Der schleswig-holsteinische Kreis Herzogtum Lauenburg, genauer dessen Amt Lauenburgische Seen (seit 01.01.2011, zur Zeit der Gründung: Ämter Ratzeburg Land und Gudow-Sterely), und auf mecklenburgischer Seite die Landkreise Nordwestmecklenburg (zur Zeit der Gründung Kreis Gadebusch) und Ludwigslust (zur Zeit der Gründung Kreis Hagenow)

²⁴⁴ Bundesamt für Naturschutz. 2015b

²⁴⁵ Vgl. Anders und Reichle 2009: 537 ff.

4.2 Regionales Interessengefüge im Wandel: Naturschutz ist Gewinner politischer Wende

Die Phase der Definition des Veränderungs- bzw. Innovationsbedarfs bezüglich des Naturschutzes in der Region bettet sich in die politische Wende der DDR in den 1980er-Jahren und die deutsch-deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1990 ein. Die Phase der politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen und Orientierung in der DDR eröffnete Gestaltungsspielräume, insbesondere auch dem Naturschutz. Seinen Akteuren kann auf mehreren Ebenen (lokal, Landkreise, Land, Bund) zunächst erfolgreiches strategisches Vorgehen zugeschrieben werden. Allerdings lassen sich ebensolche strategischen Defizite bei der Ausschöpfung der potenzialreichen Rahmenbedingungen für die Durchsetzung der Naturschutzziele während der Anbahnungs- und Startphase des NGP erkennen. Um das zu belegen, werden zunächst die durch die politischen Rahmenbedingungen geprägte Tradition des Naturschutzes in der DDR, die Dynamik während der politischen Wende sowie die grenznahen Bemühungen um Naturschutz auf schleswig-holsteinischer Seite betrachtet.

Unter dem Primat der Erhöhung des Wohlstands wird der Naturschutz im Kontext der Industrialisierung und Kollektivierung der Landschaft in der DDR marginalisiert. Mit der Gründung des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz im Jahr 1953 wird der Naturschutz aufgewertet, wobei der Schutz der Natur für den Menschen, den Erholungssuchenden, erfolgt. Zunehmender Ressourcenverbrauch, fortschreitende Verstädterung und produktionstechnische Konzentration sorgen für weitere Zerstörung und Belastung von Landschaftsteilen, Boden, Wasser und Luft führen zu dem Erlass des Landeskulturgesetzes im Jahr 1970. Das Primat der Landwirtschaft und Industrialisierung wird jedoch auch durch dieses weiterreichende Rahmengesetz nicht eingeschränkt. In Reaktion darauf nehmen in den 1970er/1980er-Jahren gesellschaftliche Naturschutzaktivitäten zu, die wachsendes Umwelt- und Naturbewusstsein angesichts der landschaftskonsumierenden und umweltbelastenden Maßnahmen der staatlich geförderten Industrialisierung (Chemie, Landwirtschaft) belegen. Zugleich können diese Aktivitäten als Symptome der politischen Reformzeit eingeordnet werden. Die staatlichen Bemühungen, diese Aktivitäten durch die Gründung der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund zu kanalisieren, schlugen fehl²⁴⁶. Zur Wendezeit im Spätherbst 1989 erfuhr der Umwelt- und Naturschutz eine breite Zustimmung in der Bürgerbewegung, und die Verfüg-

²⁴⁶ Vgl. Marquardt et al. 1990: 11 ff.

barkeit von Flächen ehemaliger Truppenübungsplätze und Staatsjagden bot eine historisch einmalige Chance für den Naturschutz. Lokale Diskussionen über die Einrichtung von Nationalparks entstanden an der Müritz, auf dem Darß und auf Rügen, im Harz und in der Sächsischen Schweiz und mobilisierten Volksbewegungen. Naturschutzakteure erkennen in der sich anbahnenden Wiedervereinigung Deutschlands die Chance, durch großflächige Unterschutzstellung ehrgeizige Naturschutzziele zu erreichen. Als im Januar 1990 der Volkskammerabgeordnete Michael Succow zum stellvertretenden Umweltminister ernannt wird, beginnt die Erarbeitung des „Nationalpark-Programms“, dessen Ziel insbesondere auch die Unterschutzstellung der „grünen Grenze“ war. Der erste Schritt zum Ziel ist die einstweilige Unterschutzstellung von 23 Großgebieten durch Beschluss der Ministerratssitzung der Übergangsregierung am 16.03.1990, der zweite Schritt deren Bestätigung sowie die Verordnungen über fünf Nationalparke (Jasmund, Müritz, Oberharz, Sächsische Schweiz, Vorpommersche Boddenlandschaft), sechs Biosphärenreservate (Mittlere Elbe, Vessertal, Schorfheide, Spreewald, Rhön, Südost-Rügen) und drei Naturparke (Schaalsee²⁴⁷, Märkische Schweiz, Drömling) durch die letzte Ministerratssitzung der DDR am 12.09.1990²⁴⁸.

Die Zeit der Wende lässt sich auf Basis der zeitgenössischen Literatur sowie ergänzender Belege aus den geführten Interviews als einzigartiges „policy window“²⁴⁹ und struktureller Auslöser²⁵⁰ für den Naturschutz einordnen. Die führenden Naturschutzpromotoren der DDR erkannten die Chancen für anspruchsvolle, flächenbezogene Naturschutzmaßnahmen. Naturschutz wird durch gesellschaftlich-soziale Interessengruppen und Bewegungen auf die innenpolitische Agenda gesetzt. Die Aufwertung des im DDR-System vernachlässigten Politikfelds erfolgt binnen kurzer Zeit. Die bestehenden bzw. zügig intensivierten grenzüberschreitenden Netzwerke im Naturschutz sowie die ebenso zügig mobilisierten Unterstützungsstrukturen von Behörden, Ämtern und Verbänden ermöglichten eine effektive Ausgestaltung des „policy window“. Die Tatsache, dass dies während der politischen Über-

²⁴⁷ Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz 12.09.1990

²⁴⁸ Dass diese Beschlüsse in so kurzer Zeit gefasst werden konnten, ist auch mit der Flankierung des Prozesses durch den WWF Deutschland, die Stiftung Europäisches Naturerbe (heute Euronatur), den Verein der Freunde des ersten dt. Nationalparks Bay. Wald sowie das BMU und die Landesbehörden NRW, BY, HB, HH, SH zu erklären (vgl. Knapp 2012: 53 ff.).

²⁴⁹ Politikfenster definiert Kingdon als zeitlich limitierte Gelegenheiten für politische Akteure, ihre Problemwahrnehmung und ihre Politikideen in Entscheidungen einzubringen (vgl. Feindt 2008: 83).

²⁵⁰ Vgl. Schneider und Janning 2006: 55

gangsphase²⁵¹ gelang, zeigt die Leistungs- und insbesondere Strategiefähigkeit der Naturschutzakteure, die die Lücken des staatlichen Systems für ihre Ziele nutzten.

Tab. 15: Übersicht des policy window „politische Wende“ der DDR für den Naturschutz,
eigene Darstellung

Zeitpunkt	Ereignis	Merkmalsdimensionen des Politikthemas ²⁵²
1970er/1980er Spätherbst 1989	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Steigendes Interesse und kritisches Bewusstsein für Umwelt- und Naturschutz ▪ Bürgerbewegungen werten Umwelt-/Naturschutz zu Reform-Thema auf 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Konkretheit ist gegeben: Umweltbelastungen direkt erfahrbar ▪ Gesellschaftliche Relevanz ist gegeben: starke soziale Betroffenheit durch eingeschränkte Lebensqualität und Bedrohung der Gesundheit ▪ Temporale Relevanz ist gegeben: dringender Handlungsbedarf zum Schutz des „Tafelsilbers“ der DDR ▪ Komplexität und Wertgeladenheit sind gegeben: Umweltbelastungen symbolisieren Leistungsdefizite des DDR-Systems und bieten konkrete Anknüpfungspunkte für soziale Bewegung gegen das System. ▪ Novität ist gegeben, da vernachlässigtes Politikfeld seitens Gesellschaft auf die politische Agenda gesetzt wurde und es damit zu Reformthema aufstieg [staatliche Versuche Naturschutzaktivitäten zu kanalisieren (Gründung der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund) schlugen fehl (Marquardt et al. 1990: 29 ff.)]
Januar 1990	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ernennung des Naturschutzexperten Succow zum Umweltminister: Erarbeitung des Nationalpark-Programms 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Naturschutznetzwerke nutzen „window of opportunity“ während politischer Übergangszeit durch Besetzung strategischer Posten ▪ Phase der Programmformulierung profitiert von funktionierendem Netzwerk der örtlichen Naturschutzinitiativen sowie der Allianz zwischen Verbänden/Vereinen und Behörden, wodurch das notwendige Wissen zur Programmformulierung und die Kompetenz zur Durchsetzung verfügbar werden.
16. März 1990	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einstweilige Unterschutzstellung von 23 Großgebieten 	
12. September 1990	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verordnung des Nationalpark-Programms mit 14 Großschutzgebieten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterschutzstellung von Gebieten ist weltweit wichtigstes Instrument des Naturschutzes und wird als Ziel formuliert, um rechtliche Absicherung des Schutzes vor Kommerzialisierung/Besiedelung/Fragmentierung der Landschaft zu erreichen²⁵³.

In der schleswig-holsteinischen Region Schaalsee lässt sich als Vorläufer des NGP auf westlicher Seite das 1985 begründete „Landesprogramm zum Schutz der Natur und zur Verbesserung der Struktur an der schleswig-holsteinisch-mecklenburgischen Landesgrenze“²⁵⁴ einordnen, welches den naturschutzfachlichen Wert der Grenzzone auf die politische Agenda setzte. Erste Flächenankäufe durch den im Lauenburgischen verankerten WWF und Naturschutzgebietsausweisungen durch das Land Schleswig-Holstein werden ermöglicht. Länderübergrei-

²⁵¹ „Das heißt diese Unterschutzstellung, die ist ja wie gesagt zum 12., am 12.09.1990 erfolgt, und da gab es keine demokratischen Strukturen“ (Naturschutzverband/Projekträger).

²⁵² Vgl. Schneider und Janning 2006

²⁵³ Vgl. Garrelts et al. 2005: 65; 69f

²⁵⁴ Vgl. Zweckverband Schaalsee-Landschaft 2015, Landesregierung Schleswig-Holstein 1985

fende Bestrebungen, die Region Schaalsee als zusammengehörigen Naturraum zu schützen, werden in diesem Kontext bereits diskutiert:

„Auf inoffiziellen Kanälen sind mir [MP Dr. Uwe Barschel] Informationen zugegangen, dass die DDR durchaus bereit sein könnte, unabhängig von Schwierigkeiten auf anderen politischen Feldern, über konkrete Einzelfragen im grenznahen Umweltschutz zu verhandeln“. (Kieler Nachrichten, 04.05.1985, Nr. 103, S. 5²⁵⁵)

Die zur und nach der Wende funktionierenden Netzwerke und die regionale Verankerung der NGP-Initiative werden seitens des Naturschutzes so beschrieben:

„Das ist so die Geschichte, also nichts spontan irgendwie, das da von Ferne was beschlossen wurde, sondern durch die Brückenköpfe, durch die kleinen Stützpunkte vor Ort und diese einmalige historische Chance, dass gute DDR-Leute, unabhängige DDR-Leute damals in dieser Nachwendzeit auch mal für den Naturschutz Glück hatten.“ (Naturschutzverband/Projektträger)

Mit der Ausweisung des Naturparks Schaalsee auf der Seite Mecklenburg-Vorpommerns sind einheitliche Rahmenbedingungen für ein abgestimmtes Vorhaben des Naturschutzes in der länderübergreifenden Region Schaalsee geschaffen, da auf schleswig-holsteinischer Seite der bereits 1960 ausgewiesene Naturpark Lauenburgische Seen eine etablierte Gebietskulisse für den Naturschutz ist. Von der Eröffnung der Informationsausstellung in der Verwaltung des Naturparks Schaalsee, der „Stintenburg“, lässt sich Walter Thiel, damaliger Abt.-Leiter Naturschutz im Landesamt Schwerin, wie folgt zitieren:

„Wir stehen hier an einem Wendepunkt, [...] das was hier durch Stacheldraht und Maschinenpistolen, Wachhunde und Minenfelder gegen die Menschen an Artenvielfalt und Ursprünglichkeit erhalten geblieben ist, das gilt es jetzt, beispielgebend mit den hier lebenden Menschen, mit Fachverstand, hohem naturschützerischen Engagement und sozialverträglich zu bewahren und möglichst noch zu mehr.“ (Markt zum Sonntag (Mölln), 19.01.1991²⁵⁶)

Regionaler Leitgedanke ist die Realisierung eines, dem Naturraum entsprechenden, abgestimmten Natur- und Landschaftsschutzes in den beiden benachbarten Naturparks Schaalsee (MV) und Lauenburgische Seen (SH):

„In Zusammenwirken mit dem Naturpark Lauenburgische Seen ist hier eine Region zusammengehöriger Landschaft von besonderem Reiz geschaffen worden.“ (Markt zum Sonntag Mölln, 19. Januar 1991²⁵⁷)
 „Zielsetzung ist [...] Schutz und Pflege des Naturraumes „Schaalsee Landschaft“ und dauerhafte Sicherung der ökologischen Vielfalt.“ (Markt Mölln, 23.01.1991²⁵⁸)

In einem Interview wird die gesellschaftliche Haltung gegenüber der Initiative beschrieben:

²⁵⁵ o.V. 1985

²⁵⁶ o.V. 1991a

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ o.V. 1991b

„Es ist damals nach der Wende auf relativ fruchtbaren Boden gefallen, weil das einfach genau die Klammer dafür war, die Wiedervereinigung und dieses grenzübergreifende Modell des Vorhabens, das ist relativ gut angekommen.“ (Forstwirtschaft)

Der Naturschutz in der Region Schaalsee profitiert folglich von der politischen Wende als Impuls für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Der zusammengehörige Naturraum wird als gemeinsamer Gestaltungsraum entdeckt. In der Presse heißt eine Schlagzeile dazu:

„Naturpark Schaalsee – Ein Gemeinschaftswerk der drei Landkreise“
(Markt zum Sonntag, 19.01.1990²⁵⁹)

4.3 Zweckverbandsgründung: Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken

Im Sommer 1990 beginnen die Landräte und Kreistage sowie der WWF, über die Schaffung der administrativen Voraussetzungen für die Förderung der Region Schaalsee als NGP zu beraten. Der politische Wille, den Naturschutz in der Region Schaalsee zu fördern, drückt sich in den zügigen Beschlüssen der Kreistage aus (Kreis Gadebusch am 18.09.1990, Kreis Hagenow am 22.11.1990, Kreis Herzogtum Lauenburg am 08.11.1990²⁶⁰). Flankiert durch die Empfehlung des Fördermittelgebers folgt die zügige Gründung des Zweckverbands Schaalsee-Landschaft am 01.01.1991. Am 18.01.1991 findet die Gründungsversammlung des Zweckverbands als Körperschaft des öffentlichen Rechts statt, der seinerzeit erste deutsche Naturschutzzweckverband. Mitglieder sind die Landkreise und die Umweltstiftung WWF Deutschland.

Die politisch-administrative Leistung so kurz nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung die Voraussetzungen für das länderübergreifende Vorhaben durch die Gründung des Zweckverbands Schaalsee-Landschaft zu schaffen, ist hervorzuheben, wobei die nachdrückliche Befürwortung und Beratung bei der Schaffung der administrativen Voraussetzungen durch das BMU bzw. BfN in diesem Kontext als wesentlicher Impuls- und Unterstützungsfaktor zu benennen sind.

Akzeptanz

Mit der Gründung des Zweckverbands Schaalsee-Landschaft ist die Verankerung des NGP im politischen Raum geschaffen und wird aus mehreren Perspektiven als wertvoll eingeschätzt, wie nachstehende Interviewzitate belegen:

²⁵⁹ o.V. 1991a

²⁶⁰ o.V. 1990

„Das ist schon eine sehr gute Form der **Akzeptanzgrundlage**, anders als wenn der WWF es als Verein versucht hätte. Wir hätten das nie wuppen können, [...] so hatten wir die Landräte, auch wenn das nicht unbedingt 100 % Naturschützer waren, aber von einem guten Verwaltungschef erwarten wir, wenn ein Projekt grundsätzlich bejaht wurde, dass er sich für das Projekt einsetzt und das hat der damalige Landrat des Kreis Herzogtum Lauenburg ganz hervorragend gemacht.“ (Naturschutzverband, Projektträger)

Des Weiteren heißt es:

„Es ist sicherlich auch deshalb gut angekommen, weil es auch im politischen Raum gut verankert war. Sofort mit diesen **demokratischen Strukturen** eines Zweckverbandes, manchmal etwas holprig, manchmal schwierig für die Akteure damit klar zu kommen. Aber es dient letztlich dazu, diese politische Verankerung zu finden, was andere Projekte eben nicht so haben, dadurch in dem Raum auch wieder kritisch beäugt werden, das muss man vielleicht auch dazu sagen.“ (Forstwirtschaft)

Die regionale Aufmerksamkeit für das NGP wurde zugleich durch die Trägerstruktur geweckt bzw. verstärkt, da deren politische Verankerung im Vergleich zu anderen Projekten ein Alleinstellungsmerkmal darstellt. Das vorstehende Zitat weist auf die damit verbundene Sensibilität für die regionalen Auswirkungen des Vorhabens hin.

Eine Rolle, die in der öffentlichen Wahrnehmung gemäß der weiteren Analyse nur wenig zur Geltung kommt, wird im folgenden Zitat beschrieben:

„Selbstverständlich kann man mit dem Zweckverband [...] ja Kompromisse finden oder wenn man sagt: „So, ich biete das als Tauschfläche an“. Also da, das finde ich schon ein gutes, ein gutes ... so eine Vermittlerrolle zwischen Landwirten und Naturschutz, das läuft auf freiwilliger Basis.“ (Landnutzung SH)

Das Potenzial der vermittelnden Position des NGP im Interessengefüge von Schutz und Nutzung wird erkannt, jedoch zeigen die weiteren Abschnitte, wie schwierig es angesichts projektinterner sowie rahmengebender Bedingungen ist, diese konstruktive Rolle auszufüllen.

Professionalität

Die Anbindung des Projekts an die Kreispolitik und -verwaltung sowie die Landespolitik und -verwaltungen aufgrund der Förderstruktur wird als erfolgsfördernd eingeschätzt, da damit zugleich ein Rückgriff auf professionelle Beratungsstrukturen verbunden wird:

„Dass er so verhandelt und das Flächenmanagement und diese Dinge betreibt, das finde ich schon in Ordnung, und ich sage mal, er hat ja eben diese Strukturen, dass er eben auch von Leuten beraten wird, die sich im Naturschutz auskennen oder im Wald [...]“. (Forstwirtschaft/GSG SH)

Erschließung des Handlungsbedarfsraums

Die Wahl der Trägerstruktur erklärt sich vor dem Hintergrund der politischen Ambitionen der Zeit und spiegelt sich auch die Erwartungen hinsichtlich der kommunen- bzw. länderübergreifenden Zusammenarbeit wider:

„[...] dann diese Trägerschaft gebildet wurde mit WWF und Landkreisen, sehr gute Konstruktion, muss man so sagen. Weil wir haben uns natürlich auch erhofft, es ist einfach auch gut, wenn die kommunale Ebene auf diese Art und Weise in Zusammenarbeit kommt.“ (Großschutzgebiet MV)

Personelle Funktionsvielfalt

Die Tatsache, dass der zentrale Naturschutzakteur im Zweckverband seit über 25 Jahren als Kreis-Naturschutzbeauftragter in der schleswig-holsteinischen Region Schaalsee fungiert und über Gestaltungsmöglichkeiten über das NGP-Freiwilligkeitsprinzip hinaus verfügt, beförderte eine mangelnde Differenzierung der Naturschutzinstrumente bzw. Schwächung des Freiwilligkeitsprinzips aus Sicht betroffener Landeigentümer, wie sich an folgendem Beispielzitat zeigt:

„[...] wenn dann, wirklich aufgrund eines, einer einzelnen Person solche Entscheidungen getroffen werden, die wirklich so weitreichend sind und wo es um so viel Geld geht [...] und auch noch diese Zeichnung am Schreibtisch mit einem roten Stift auf einer Karte gemacht werden, wo es denn heißt: So. Dies ist Naturschutzgebiet.“ (Landnutzung SH)

4.4 Antragsprozedere und erste Projektphase

Der zeitliche und finanzielle Aufwand für die Bewilligung der Förderung wirkt der zuvor großen Dynamik entgegen und sorgt für kritische Haltungen gegenüber dem Vorhaben. Aufgrund der Vorleistungen der drei Landkreise (Einrichtung des Zweckverbands und Beschäftigung des Geschäftsführers), die trotz der parallel sich anbahnenden Neugründung von Bundesländern im ehemaligen DDR-Gebiet und den damit verbundenen Unsicherheiten bezüglich der finanziellen Ausstattung gelang, sorgen das komplizierte Antragsprozedere sowie die folgende mehrjährige Antragsphase für erhebliche Kritik.

„Das Umweltministerium kann nicht die Kreise zu Vorleistungen bewegen und dann die Sache vergessen.“ (Zitat des FDP-Bundestagsabgeordneten Zywietz, Lauenburgische Landeszeitung, 20.11.1991²⁶¹).

Auch seitens des Projektträgers hat sich im Zuge der Verbandsgründung die Erwartung einer zügigen Aufnahme der Projektarbeit eingestellt, sodass lediglich reaktiv agiert werden konnte:

„[...] also das war kein Problem, die formellen Voraussetzungen zu schaffen. Aber was das Projekt insgesamt bedeutete, von der naturschutzfachlichen Seite her und wie das ablief, da waren wir auf gewisse Informationen von dritter Seite, von Landesseite angewiesen.“ (Projektträger)

²⁶¹ o.V. 1991c

Die Schlagzeilen in der Presse heißen dazu:

„Statt Geld gab's Hausaufgaben – Zweckverband „Schaalsee“ muss viele Unterlagen in Bonn nachreichen.“ (Lübecker Nachrichten 20./21.11.1991²⁶²)

„Schaalsee-Zweckverband tritt noch auf der Stelle – Warten um Anerkennung als Modellvorhaben durch den Bund.“ (Lübecker Nachrichten, 08.05.1992²⁶³)

Im Sommer folgt eine erste positive Meldung:

„Geldsegen aus Bonn für das Schaalsee-Projekt – Staatssekretär verkündet bei Besuch im Kreis die frohe Botschaft.“ (Lübecker Nachrichten, 24.07.1992²⁶⁴)

Allerdings dauert es ein weiteres halbes Jahr, bis die tatsächliche Anerkennung erfolgt. Dazu heißt es

„Eine frohe Botschaft aus Bonn – „Schaalsee-Landschaft“ ist jetzt „Projekt von gesamtstaatlicher Bedeutung.“ (Lübecker Nachrichten, 24.12.1992²⁶⁵)

Erste Zuschüsse des Bundes folgen. Ein weiteres Jahr später folgt die Nachricht

„Erst Pläne, dann die Zuschüsse.“ (Lauenburgische Landeszeitung, 07.02.1994²⁶⁶)

Damit ist die Umsetzung weiterreichender Naturschutzmaßnahmen erneut vertagt. Der ZV beauftragt ein Umweltplanungsbüro mit der Biotop- und Nutzungskartierung sowie der Erarbeitung des Pflege- und Entwicklungsplanes (PEPl). Gut ein Jahr später präsentiert der Zweckverband Schaalsee-Landschaft als planerische Vorstufe das Rahmenkonzept, das im Vergleich zum eigentlichen PEPl großräumiger auf zusammenhängende Flächen ausgerichtet ist. Die Bearbeitungszeit des parzellenscharfen PEPl ist mit ca. fünf Jahren angesetzt²⁶⁷.

Die Zeit bis zum eigentlichen Projektstart im Jahr 1996 auf Basis des PEPl wird begleitet von kontroversen Debatten, die den Fortgang der NGP-Umsetzung und dessen Wahrnehmung in der Region dauerhaft prägen. Zunächst zeigt sich, dass der aufgrund der Verbandsstruktur zu erwartende politische Rückhalt durch die Mitglieder, d. h. die Kreise und Länder, unter finanzwirtschaftlichen Restriktionen leidet. Die zum Verkauf angebotenen Waldflächen im Projektgebiet durch das Land MV zu Beginn der 1990er-Jahre, stellen die Projektunterstützung seitens des Landes infrage. Die Unterstützung der Naturschutzziele gerät angesichts der Chance, durch den Flächenverkauf den öffentlichen Haushalt zu entlasten, ins Wanken. Die Verhandlungen darüber, an der der Zweckverband Schaalsee-Landschaft, die Kreise und Län-

²⁶² Ebd.

²⁶³ Harmann 1992c

²⁶⁴ o.V. 1992a

²⁶⁵ o.V. 1992d

²⁶⁶ Gerkens-Harmann 1994

²⁶⁷ Vgl. Harmann 1995

der sowie der Bund beteiligt sind, schaffen in der Öffentlichkeit ein Bild von einer ungünstigen Akzeptanzlage seitens der Projektträger. Bis Ende 1994 dauern die Verhandlungen an, die auch auf regionaler Ebene heftige politische Auseinandersetzungen fordern. Während die Naturschützer vor dem „Ausverkauf der Landschaft“ warnen²⁶⁸, sorgt die Klärung des Ankaufs durch öffentliche Gelder, d. h. Kreis oder Land SH²⁶⁹, für heftige – vor allem parteipolitische²⁷⁰ – Auseinandersetzungen, die am Ende durch den Kauf durch das Land SH beendet werden²⁷¹.

Parallel zu der beschriebenen Debatte keimt im Kreis Herzogtum Lauenburg ebenfalls im Jahr 1994 eine Debatte über die Kosten des NGP hinsichtlich des forstlichen Nutzungsverzichts auf.

„Kreisforsten: Naturschutz im Schaalseegebiet könnte Kreisforsten teuer zu stehen kommen: Verlust bis zu 20 Millionen?“ (Lübecker Nachrichten, 14.04.1994²⁷²)

Der Richtungswechsel in der forstlichen Nutzung des Waldes stößt in der Forstwirtschaft, aber auch in der Öffentlichkeit auf Ablehnung. Kulturelle Aspekte kommen hier zum Tragen, da die in der Landschaft bzw. Heimat verorteten Werte und ihre Geschichte zugunsten der Schutzziele verändert und in der Einschätzung der Betroffenen „zerstört“ werden.

„Um das noch mal zu sagen, am Mechower Wald, da stehen hervorragende Bäume. Also das ist ein Vermögen ohnegleichen, und das wissen die Leute hier und schütteln nur den Kopf, bei der Vermögenslage des Bundes, des Kreises und des Landes, die so ein Projekt unterstützen und letztlich diese Bäume aufgrund ihrer Ideologie und ihrer Planung verkommen lassen. Das ist mal von vielen Förstern und Waldarbeitern aufgebaut worden.“ (Kommunalpolitik SH)

Der Naturschutz, der den Nutzungsverzicht geschaffener Werte in der Landschaft, konkret im Wald, fordert, findet in der öffentlichen Diskussion wenig Akzeptanz. Der Mangel an Akzeptanz resultiert aus dem Fokus auf die ökonomische Bewertung des Nutzungsverzichtes sowie aus der Wertschätzung der lokal-regionalen forstwirtschaftlichen Leistung.

Der Nutzungsverzicht hat eine weitere Dimension, denn die regionale Erwartungshaltung bezüglich der Entwicklungsimpulse nach dem Fall der Mauer ist groß. Die ersten Jahre nach der

²⁶⁸ „Angst vor einem Ausverkauf. Schaalsee-Verband will Flächen vor zahlungskräftigen Kunden sichern.“ (Harmann 1992a)

²⁶⁹ „Projekt in Gefahr? Probleme bereitet noch das bislang ungelöste Verhältnis, wie die mecklenburgischen Forst- und Agrarflächen eingebracht werden können, denn aus den Projektmitteln dürfen keine im öffentlichen Besitz befindlichen Grundstücke erworben werden.“ (Lübecker Nachrichten 16.12.1993, Harmann 1993)

²⁷⁰ „Waldkauf ist unnötig“ – CDU-Kreistagsfraktion kritisiert rechtswidrige Beschlüsse.“ (Lübecker Nachrichten, 15.07.1994, Harmann 1994b)

²⁷¹ „Land stoppt Forstkauf des Kreises.“ (Lübecker Nachrichten, 05.08.1994, Harmann 1994c); „Kiel kauft Mischwald für 5,4 Millionen.“ (o.V. 1994b)

²⁷² Harmann 1994a

deutsch-deutschen Wiedervereinigung bewegt die Gemeinden in den ehemaligen Grenzkreisen auf mecklenburgischer Seite, insbesondere denen im ehemaligen Sperrgebiet, die Frage des Wiederaufbaues von Dörfern. Daran knüpfen sich Emotionen der historischen Wiedergutmachung sowie die Hoffnung auf eine Trendumkehr der anhaltenden Abwanderung von vor allem jungen Menschen ²⁷³ und eine allgemeine Wiederbelebung und positive Entwicklung der Region. Nachstehendes Zitat belegt beispielhaft die Stimmung der Zeit:

„Aber als es dann losging, dass dann Grundstücke verkauft worden sind, kamen natürlich Leute in die Gemeinde, die natürlich bewusst hier sich angesiedelt haben und die sich dann auch engagieren, genauso wie Alteingesessene, die nur darauf gewartet haben, dass endlich etwas passiert, dass etwas losgeht, und durch diese Zusammensetzung hat es sich halt ergeben, dass wir sehr viel diskutiert haben.“ (Kommunalpolitik MV)

Die Aneignung der Grenzregion erfolgt durch Menschen, die sich bewusst für ein Leben in der ländlichen Region entschieden haben, sowie Bewohner, die nach der Wende Veränderungen anstrebten. Die Wahrnehmung des Naturschutzes im Kontext der Bemühungen um regionale Entwicklung, die bis heute nicht an Intensität angesichts der Herausforderungen im ländlichen/peripheren Raum verloren haben, wird anhand folgender Rückmeldung zum Reflexionsworkshop-Protokoll beispielhaft deutlich:

„Auf kein Verständnis stößt die Sperrung von Wegen, was für die Bürger eine Einschränkung der Lebensqualität bedeutet.“ (Kommunalpolitik MV)

Naturschutzmaßnahmen, die unmittelbaren Einfluss auf das Verhalten bzw. die Bewegungsfreiheit der Bewohner bzw. Besucher der Landschaft ausüben, werden (hier: seitens der Politik) mit einem Mangel an Lebensqualität gleichgesetzt. Die Anerkennung des Schutzanliegens als Element einer nachhaltigen Regionalentwicklung lässt sich folglich nicht belegen. Zwei Beobachtungen können zur Erklärung angeführt werden.

Erstens: Die Konkurrenzsituation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft (sowie anderen Flächeninteressenten) verschärft sich unmittelbar nach der Wende durch die Handlungsvorteile des Naturschutzes, die er nutzt:

„Und ... sofern kann ich sagen, was für ein Glück, dass wir doch am Anfang einen Teil der Dinge im Grenzgebiet kaufen konnten, weil es viele noch nicht interessierte, und heute wäre das zum Teil überhaupt nicht mehr machbar gewesen.“ (Naturschutzverband/Projektträger)

Der Flächenankauf durch den Naturschutz erfolgt in einer Phase des politischen, gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Umbruchs. Die Naturschutzakteure, die die Chancen der Flä-

²⁷³ Mett 1992

chengewinnung bereits erkannten, befinden sich in einer Vorteilssituation. Käufe können unmittelbar nach der Wende vorbereitet und getätigt werden.

Zweitens: Folgender beispielhafter Titel von Presseartikeln beschreibt die Wahrnehmung des Naturschutzes während der Anbahnung des NGP:

„Neue „Volkspolizei“ an der Grenze – Schlagabtausch über Naturschutz und Bauernland beim Schaalsee-Verband.“ (03.03.1992, Lüneburger Nachrichten²⁷⁴)

Die Sensibilität im Nachgang der politischen Wende bezüglich der Beobachtung und Kontrolle an der ehemaligen Grenze zeigt sich hier exemplarisch und zieht sich durch eine Vielzahl von Presseartikeln. Die Konfrontation wirkt langfristig in den Beziehungen zwischen den Sektoren nach. Die regionalen Konflikte regen lokale Institutionen zur Förderung des Dialogs zwischen den Interessengruppen an, so die Freie Lauenburgische Akademie für Wissenschaft und Kultur e.V., die ein Seminar über die Schaalsee-Landschaft „Schaalsee-Landschaft, Exkursion, Interessenkonflikte, Aussprache“²⁷⁵ durchführt. Es zeigt sich, dass ein größerer Bedarf an Austausch über die fachlichen Fragen besteht, als die Projektstrukturen auffangen (können).

Die Debatte über Erlebnis- und Nutzungsmöglichkeiten in den Schaalsee-Gemeinden begleitet das Projekt über die gesamte Laufzeit und prägt die Wahrnehmung des NGP in der Öffentlichkeit. Ein Interviewpartner schildert:

„Wir haben heute Abend auch noch Gemeinderatsitzung, und auf der TO steht auch die Bildung eines Ausschusses oder Unterausschusses "Reit- und Wanderwege". Weil es hier wirklich akuten Handlungsbedarf gibt und es in letzter Zeit auch zu sehr starken Aufeinanderprallen von unterschiedlichen Nutzern gegeben hat, hier.“ (Kommunalpolitik MV)

Die Strategie des NGP ist letztlich als Ursache dafür zu identifizieren, dass Reibungs- und Konfliktpunkte mit dem lokal-regionalen Interesse der Naherholung und der touristischen Entwicklung fortbestehen und die Verankerung der Schutzziele erschweren.

„[...] im Rahmen des Zuwendungsbescheides [...], wo es knallhart heißt: Ihr habt die angekauften Flächen unter Naturschutz zu stellen, ihr habt die Jagd zurückzudrängen, ihr habt die Fischerei zu ... das steht hier ja alles drin. Wenn ich jetzt diese Phase hinter mich gebracht habe, dann kann ich sagen, passt mal auf Leute, wir haben jetzt Spielraum.“ (Naturschutzverband/Projekträger)

Die Projektstrategie setzt auf die Schaffung von Eigentumsvorteilen und einer nachgelagerten Beteiligung weiterer Interessen. Die „ecology-first“-Strategie wirkt sich in mehrfacher Hinsicht schwächend auf die regionale Integration des NGP aus, wie sich in den nachstehenden

²⁷⁴ Harmann 1992b

²⁷⁵ o.V. 1992b

Abschnitten zeigt. Sie erklärt sich seitens des Naturschutzes jedoch aus folgender Wahrnehmung und Haltung:

„[...] die wenigen Naturschutzmittel, die ich habe, [...] und das Oberziel Naturschutz muss eigentlich heißen, zu allererst Grundlagen zu schaffen, dass die Natur um ihrer selbst willen leben kann. Ich will's mal ganz plakativ sagen, wenn einerseits die Flurbereinigung die schönsten Wanderwege an der offenen Feldlandschaft, die so genannten Redder, die doppelreihigen Knicks, gerodet hat, damit der Bauer noch mal zwei Meter dort und zwei Meter dort subventionierten Weizen ernten kann, dann kann man nicht vom Naturschutz erwarten, dass wir jetzt auf unserer Fläche die doppelreihigen Redder anlegen, damit da jetzt die Leute laufen. Und so wird es natürlich am liebsten gesehen. Das machen wir nicht [...].“ (Naturschutzverband/Projektträger)

Die Haltung und Projektstrategie erscheinen hier vergangenheitsorientiert in der Weise, als dass negative Eindrücke und Verluste in der Vergangenheit das Verhalten in der aktuellen Projektumsetzung, insbesondere die Kompromissbereitschaft, prägen.

4.5 Fortgang der länderübergreifenden Vision im Schatten des Föderalismus

„In besonderer Weise stellt gerade der Naturschutz ein länderübergreifendes Bindeglied zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein dar.“ (Markt Ratzeburg: 14.04.1993²⁷⁶)

Die Vision von einer Region Schaalsee, deren Schutz und Entwicklung entlang der naturräumlichen Zusammengehörigkeit gestaltet wird, gerät im Zuge divergierender Entwicklungen in den Verbandskreisen in den Hintergrund. Im Besonderen erklärt sich dies anhand der unterschiedlichen Entwicklung der GSG in den beiden Ländern.

Der Naturpark Schaalsee unternimmt 1994 die erste Initiative zur Anerkennung als Biosphärenreservat und reicht einen entsprechenden Antrag ein, woraufhin das Deutsche UNESCO-Nationalkomitee die Empfehlung ausspricht, einen Antrag für ein länderübergreifendes BR in der Region Schaalsee zu stellen und verwies damit auf die früheren länderübergreifenden Bestrebungen. Auf schleswig-holsteinischer Seite wurde diese Empfehlung diskutiert und seitens der rot-grünen Landesregierung 1996 in der Regierungserklärung der MPin²⁷⁷ unterstützt, fand jedoch keinen politischen Rückhalt in der CDU-geprägten Region²⁷⁸. In einem Interview wird die Problematik geschildert:

„[...] während man in Schleswig-Holstein nichts gemacht hat, außer, dass der grüne Umweltminister in die Region gefahren ist und auf einer Pressefahrt verkündet hat, dass er hier ein Biosphärenreservat ausweisen wird. [...] Und das heißt, die Gemeinden haben, also, es wurden Riesen-Proteste organisiert, mit Treckern und Transparenten und "Wir lassen uns hier nicht enteignen"

²⁷⁶ Fischer 1993

²⁷⁷ Vgl. Schleswig-Holsteinischer Landtag 14. Wahlperiode 1996: 12, 13

²⁷⁸ Eine weitere Begründung ist die Ablehnung der vorgeschriebenen Landesbehörde für die Verwaltung von Biosphärenreservaten vor dem Hintergrund der „Lauenburgischen Tradition“, s. dazu Heintze 1909.

[...]. Eine Riesen-Welle und die meisten Gemeinden haben sofort in Sondersitzungen der Gemeindevertretung ablehnende Beschlüsse gefasst dazu.“ (Großschutzgebiet MV)

1998 wies der Regionalplan zwar das potenzielle BR-Gebiet aus, aber eine ländergemeinsame BR-Initiative konnte sich nicht durchsetzen²⁷⁹. Die Potenziale der Einheit des Naturraums geraten somit ins Hintertreffen.

Der Naturpark Schaalsee verfolgt die BR-Idee selbstständig und wird durch das 1998 verabschiedete Landesnaturschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommerns als BR ausgewiesen. 1999 stellt das Landeskabinett den zweiten Antrag auf Anerkennung durch die UNESCO, die im Jahr 2000 erfolgt²⁸⁰. Damit hat die mecklenburgische Seite der Region Schaalsee eine neue Schutzgebietskategorie erhalten und übernimmt damit neben dem Schutzauftrag (Beitrag zur Erhaltung von Landschaften, Ökosystemen, Arten und genetischer Vielfalt) eine Entwicklungsfunktion (Förderung einer wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung, die sozialkulturell und ökologisch nachhaltig ist) und logistische Unterstützung (Förderung von Demonstrationsprojekten, Umweltbildung und -ausbildung, Forschung und Umweltbeobachtung im Rahmen lokaler, regionaler, nationaler und weltweiter Themen des Schutzes und der nachhaltigen Entwicklung)²⁸¹. Das internationale Prädikat entfaltet in der Region besondere Entwicklungsimpulse. Als wesentlicher Meilenstein kann die Gründung des sektorenübergreifend besetzten Kuratoriums (12.01.2000) benannt werden, dessen erste Leistung die Initiierung und Begleitung der Erstellung des Rahmenkonzepts für das BR war. Von 2000 bis 2003 fand ein partizipativ angelegter Agenda-Prozess statt. Während des Prozesses erfolgte der Kuratoriumsbeschluss eine Leader-LAG (Lokale Aktionsgruppe) zu gründen und die Anerkennung als Leader-plus-Region zu beantragen. Deren Bewilligung erfolgt 2002, sodass das BR eine Förderung bis 2007 erhält und als einzige landkreisübergreifende Leader-Region ein Alleinstellungsmerkmal genoss. 2006 wurde die Fortschreibung beschlossen, und der Bewilligung folgt eine weitere Förderperiode von 2007 bis 2013. Naturschutz und regionale Entwicklung

²⁷⁹ Auch die Weiterentwicklung des Schutzstatus der Landschaft innerhalb des Naturparks Lauenburgische Seen gestaltet sich schwierig. Das geplante LSG Lauenburgische Seen wurde am 23.02.1994 per Gerichtsurteil für nichtig erklärt, wobei am 23.09.1996 eine Kreisverordnung zur einstweiligen Sicherstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Naturpark Lauenburgische Seen“ (Kreisentwicklungskonzept und -plan) beschlossen wurde. Eine Ausweisung ist bis heute jedoch nicht erfolgt, da sich die kreispolitischen Debatten fortsetzen. Zuletzt kam es im Mai/Juni 2003 zur erneuten öffentlichen Auslegung des Entwurfs der Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Naturpark Lauenburgische Seen“ gemäß § 53 Abs. 2 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG). Eine Entscheidung ist bis heute nicht getroffen.

²⁸⁰ Vgl. Jarmatz und Mönke 2012: 177ff.

²⁸¹ Unesco 1995

werden somit unter dem Prädikat des BR unter ein Dach gezogen. Seitens der Akteure beschreibt nachstehendes Zitat diese Phase exemplarisch aus Beteiligtenperspektive:

„[...] das ist wirklich über den Agenda-21-Prozess gelaufen, also weil das wirklich eine aktive Phase war, wo sehr, sehr, sehr viele Akteure aus den unterschiedlichsten Bereichen mit einbezogen worden sind und das war wirklich eine heiße und spannende Phase hier in der Region. Und so, als das Ergebnis nachher fertig war, das Rahmenkonzept erstellt wurde, das war wirklich ein Gemeinschaftswerk von Nord bis Süd, sag ich mal, hier im Biosphärenreservat. Das ist leider so im Rahmen des Großschutzprojekts nicht gewesen.“ (Kommunalpolitik MV)

Die Region Schaalsee, ein zusammengehöriger Naturraum, teilt sich in zwei unterschiedliche Großschutzgebietskategorien auf, die sich an den Landesgrenzen oftmals sinnvoll ergänzen. Während jedoch auf schleswig-holsteinischer Seite der Schaalsee als Naturschutzgebiet ausgewiesen ist, ist dies auf mecklenburg-vorpommerischer Seite nicht der Fall, sodass bspw. die Nutzung durch Boote entlang einer neuen Grenze erfolgt.

Das Naturschutzgroßprojekt bildet bis heute die naturschutzfachliche Klammer für beide GSG und wird seitens des BR insbesondere „als ein Instrument zur Unterstützung der Schutzfunktion“ (Großschutzgebiet) eingeordnet. Die Klammerfunktion, die dem Vorhaben zu Beginn zugesprochen wurde (s. Abschnitt 4.3), erweist sich in der Diskussion unter den Akteuren als ein nicht ausgeschöpftes Potenzial. Während des Auftaktworkshops wurde dies deutlich formuliert und der Bedarf an einer regionalen Organisationsstruktur für die Region Schaalsee jenseits der administrativen Grenzen und Einbettung in die eine oder andere Schutzgebietskategorie geäußert. Dieser Bedarf leitet sich aus der Erwartung ab, dass die Aufgabenerfüllung und Zielverfolgung im Bereich Schutz und insbesondere der Entwicklung am besten gelingen, wenn die naturräumliche Zusammengehörigkeit in den Vorhaben und Maßnahmen betont wird.

„[...] und der Handlungsbedarfsraum wäre rund um den See. So, aber das ist wie gesagt, nicht machbar, dann kommen die politischen Dinge dazu.“ (Großschutzgebiet MV)

In der Gruppendiskussion, den Interviews und Rückmeldungen zum Protokoll des Auftaktworkshops wird die unterschiedliche Wahrnehmung bestehender Strukturen hinsichtlich ihrer Klammerfunktion deutlich. Während das Kuratorium des BR seitens BR als Integrationsstruktur für die Region Schaalsee wahrgenommen wird, wird ihm seitens schleswig-holsteinischer Akteure diese Funktion nicht zugesprochen²⁸².

²⁸² „Nein, absolut nicht. Absolut nicht. Durch Zufall ist eben der Zweckverband darin vertreten, weil ich mich da quasi mit reingedrängt habe. Denn die Wirkungen unseres Großprojekts sind ja natürlich auch im BR spürbar. Nicht, auf der anderen Seite ist das schon vom Wunsch der beherrschenden Figuren zu viel.“ (Projektträger);

Die räumliche Aneignung der Region Schaalsee durch Akteure, bspw. des Tourismus, belegt des Weiteren die Orientierung entlang den administrativen Grenzen und formalen Zuständigkeiten:

„Der Schaalsee ist einfach ein Grenzsee und so behandeln wir ihn [...] das ist ein Landschaftsraum für uns. Schaalsee ist Teil, das hören die nicht so gerne, aber ist Teil der Lauenburgische Seen in der Vermarktung.“ (Tourismus SH)

Die Problematik, die sich aus der Zergliederung des zusammengehörigen Naturraums durch Organisationen entlang ihrem Zuständigkeitsbereich ergibt, schildert folgendes Zitat:

„Da ist eine Konkurrenz aufgebaut worden oder kann sich aufbauen, die nicht förderlich ist. Das würde sicherlich sonst auch etwas leichter gewesen sein, wenn das von vornherein geregelt wird, wie Staat und Zweckverband zusammen zu arbeiten haben, dass diese Reibungsverluste mit der Biosphäre dann auch nicht so wären. Da ist was im, das ist, das ist wirklich im Argen.“ (Naturschutzverband/Projektträger)

„Der Wille müsste da sein in beiden Ländern, ganz oben, in der Politik, das man hier auf Dauer etwas gemeinsam macht und das grenzüberschreitende Organisationsstrukturen geschaffen werden, ja. Wo dann diese rechtlichen Dinge zumindest mal außer Kraft gesetzt werden bzw. zumindest so harmonisiert werden, dass sie tragbar sind.“ (Forstwirtschaft/GSG)

Mit der Gründung des BR Schaalsee im Jahr 2000 lässt sich zudem eine wachsende Distanz zwischen den mecklenburg-vorpommerischen Verbandsmitgliedern zum NGP ablesen, da mit dem Prädikat des BR deutliche Entwicklungspotenziale verbunden werden, während die Maßnahmen des NGP eher als schwierige Verhandlungen wahrgenommen werden und damit weniger politischer Attraktivität aufweisen²⁸³.

Die Entwicklung der Region Schaalsee als ein gemeinsamer Aktionsraum prallt auf mehrere Hürden, die in Tab. 16 zusammenfassend dargestellt werden:

„Und so fehlt es eben weiterhin an der Integrations- ich sag mal, -organisation oder -personen. Die sind nicht da. Alle Personen, die hier auftreten, die werden sofort in eine Ecke gestellt, der [-] ist für das BR, der Herr soundso ist für dieses und jenes, aber nie fürs Integrative da. Diese Person haben wir nicht, ist nicht vorhanden, die Organisation haben wir nicht. Lauter schlechte Voraussetzungen und insofern ist es schon so, dass da gewaltige Hemmnisse sind, da muss man weiterhin verhandeln. Und das ist nicht zu lösen, das wird auch das Projekt nicht schaffen.“ (Forstwirtschaft/GSG)

²⁸³ „Die Landräte machen keinen Hehl daraus, sie haben gesagt, sie wollen hier auch keine ... sie wollen hier einen für den Bürger klar verständlichen und ansprechbaren Naturschutz und das ist das Biosphärenreservat, mit seinen modernen Inhalten.“ (Großschutzgebiet MV)

Tab. 16: Chancen und Hürden der Projektumsetzung im Handlungsraum Schaalsee, eigene Erhebung

Sektor	Zitat	Einordnung
Tourismus	„Ich halte auch eine Naturschutzbotschaft für nicht vermarktbar im Tourismus, definitiv nicht. Gewisse Schutzgebietskategorien, ja. Also Naturpark, auch ein BR.“	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Naturschutz erlangt erst durch Schutzgebiete, die touristisches Destinationspotenzial aufweisen, Attraktivität.
Großschutzgebiet	„Politik ist nun mal Politik, das musste ich auch erst lernen. Fakt ist, es sind zwei verschiedene Länder und Föderalismus ist in dieser Bundesrepublik ein unwahrscheinlich großes Hemmnis in der Zusammenarbeit. Glück haben Sie, wenn gleichfarbige Landesregierungen es wenigstens gibt. Wenn es die nicht gibt, geht gar nichts. Wenn es die gibt, ist es aber immer noch genauso schwierig.“	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aneignung von naturräumlich zusammengehörigem Handlungsraum wird durch ▪ administrative Strukturen und
Kommunalpolitik	„Ja also schon, wir versuchen ja gerade hier in Dechow ja schon über den Tellerrand hinauszugucken, weil wir uns da als Brückenfunktion verstehen, auch aus geschichtlichen Gründen halt und das, was wir immer wieder bedauern ist, tatsächlich, dass oftmals Prozesse an den Landesgrenzen oder hier ganz konkret an der Landesgrenze aufhören. Das ist sicherlich oftmals so gewollt durch die Förderpolitik ja sicherlich auch, manchmal liegt es aber auch ganz einfach an den Akteuren selbst“.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ förderpolitische Gebietskulissen-gehemmt. ▪ Spielraum für Aneignung durch regionale Akteure wird erkannt und deren Nicht-Nutzung kritisiert.
Unternehmerin	„Also wenn man die Akteure an sich nimmt, mit denen funktioniert es ja, ob wir das hier sind mit dem, unseren Standort, ob das der Standort in Dargow ist mit dem Schaalseehof. Ob das [...] drüben ist mit Stintenburg, ob es [...] ist in Zarrentin, der das Boot da hat. Die Akteure an sich, die sind sich ja einig und, was heißt einig, also die wollen ja mit einander kooperieren und machen gegenseitig Werbung.“	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Differenzierung der Nutzung des Spielraums für grenzüberschreitende Raumaneignung hinsichtlich privat(wirtschaftlich)er Akteure und öffentlicher Verwaltung und Politik
Kommunalpolitik	„Also ist wahrscheinlich schon wirklich so, dass die Bevölkerung die Zusammenarbeit vielleicht eher praktiziert, als die Ebenen, die Verwaltungsebenen, da drüber.“	

Auch während des Auftaktworkshops wird die länderübergreifende Kooperation als Problemfeld beschrieben und auf die unterschiedlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen auf schleswig-holsteinischer und mecklenburgischer Seite abgehoben. Kreisgebiete und Förderkulissen dominieren in der räumlichen Orientierung. Der gemeinsame Auftritt als „Schaalsee-Region“ gelinge nur selten (Bsp.: Gemeinsames Kartenprojekt des Naturparks Lauenburgische Seen und BR Schaalsee) und scheitere zumeist an der praktischen Umsetzung (Bsp.: Radwegnetz)²⁸⁴.

²⁸⁴ Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 13.06.2008

Tab. 17: Indegrees der wichtigen Akteure im NGP SL,
eigene Erhebung

Legende zur Knotenbezeichnung in Abb. 110 und Abb. 121	
Kürzel	Interesse
N	Naturschutz
F	Forstwirtschaft
L	Landwirtschaft
Re	Regionalentwicklung
T	Tourismus
B	Bildung
Wa	Wasserwirtschaft
KP	Kommunalpolitik
KV	Kommunalverwaltung
F/L	Forst-/Landwirtschaft
HF	Heimatsforschung
Pl	Planung
Kürzel	Sonstige Kennung
PT	Projektträger
GSG	Großschutzgebiet

Frage 1: Wichtige Akteure	
Akteur	indegree
N:PT1	0.212
N:GSG1	0.188
N:PT2	0.129
P:PT1	0.106
N:PT3	0.094
N:GSG3	0.082
N:GSG2	0.071
N1	0.059
P:PT2	
P:PT3	

Basierend auf den indegrees (s. Tab. 17) lässt sich festhalten, dass das Netzwerk auf die Akteure konzentriert ist, die dem Projektträger zuzuordnen sind. Diese umfassen neben den eigentlichen Projektbearbeitern vor allem die politischen Vertreter, d. h. die involvierten Landkreise bzw. amtierenden Landräte. Überdies erlangen in dieser Betrachtung ausschließlich Naturschutzakteure zentrale Bedeutung, v. a. Akteure des Schutzgebiets auf mecklenburgischer Seite sowie Akteure des Naturschutzes in der Region und auf Landesebene. Sekundär involvierte Sektoren sind lediglich durch Einzelakteure, die wiederum selbst oftmals nur wenige Wahlen aus dem Kern des Netzwerks empfangen, mit dem Netzwerk verbunden.

Die Wirkung des NGP auf die regionale Vernetzung interessiert hinsichtlich der sektorenübergreifenden sowie der Verwaltungsgrenzen überschreitenden Vernetzung. 38 % der Kontakte (51 von 133 nachgewiesenen) wurden im Kontext des NGP neu geknüpft, wobei sich bei genauerer Betrachtung zeigt, dass 37 % der neuen Kontakte (18) auf die projektbearbeitenden Personen des Projektträgers entfallen. Trotzdem lässt sich ein Impuls für neue Kontakte dokumentieren. Dieser erweist sich jedoch als deutlich auf die Vernetzung zwischen Akteuren des Naturschutzes fokussiert, während nur wenige Vernetzungsimpulse zu anderen Interessen erfasst wurden (s. Abb. 11). Die Vernetzung über administrative Grenzen hinweg lässt sich mit 10 von 51 erfassten Kontakten belegen. Damit sind Chancen für die Ableitung von Entwicklungsimpulsen für die Region verbunden, wobei sich zuvor bereits zeigte, dass sich diese nicht, wie erhofft, entfalten haben.

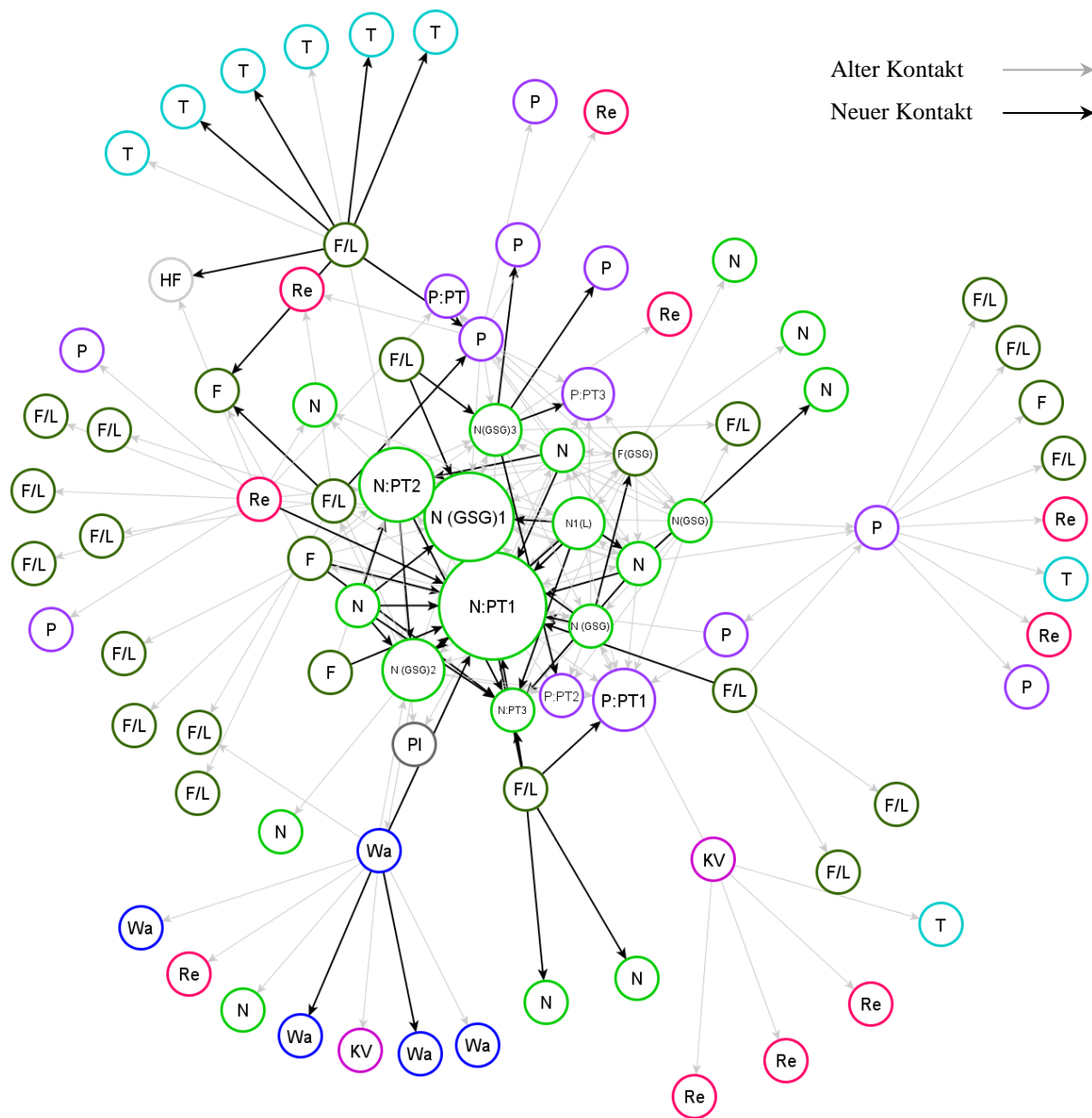


Abb. 11: Vernetzungsimpulse des NGP SL (Interessen), eigene Erhebung

Legende zur Knoten in Abb. 12	
■	Kreis Herzogtum-Lauenburg
■	Schleswig-Holstein
■	Kreis Ludwigslust
■	Kreis Nordwestmecklenburg
■	Mecklenburg-Vorpommern
■	Bund/Fördermittelgeber
■	Projektträger

Die Frage zur Intensität der Kommunikation im Netzwerk (Frage 3) bestätigt die Ergebnisse der ersten beiden Fragen insofern, als dass sich die Kommunikation auf die Projektbearbeiter des NGP sowie die Vertreter des GSG konzentriert. Die politischen Vertreter des NGP spielen im Hinblick auf die Kontaktintensität keine Rolle. Dies ist angesichts ihres integrierenden Einflusspotenzials als Defizit zu werten. Ebenso fehlen Vertreter der Sektoren, die für die Ableitung von regionalen Entwicklungsimpulsen aus dem Naturschutzvorhaben sorgen können.

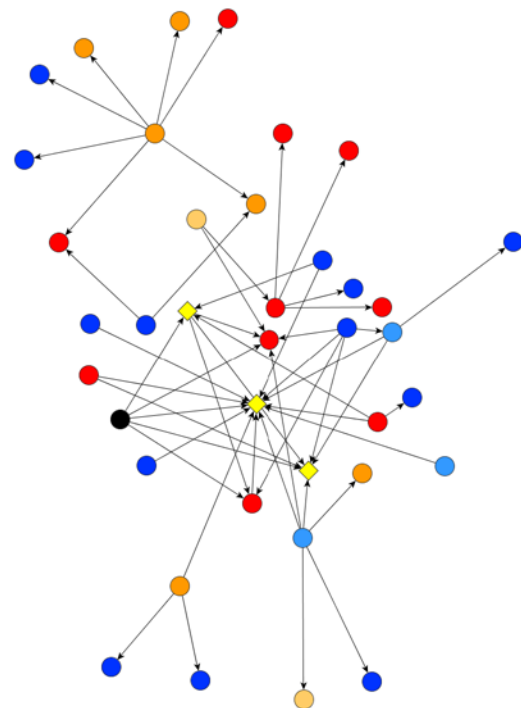
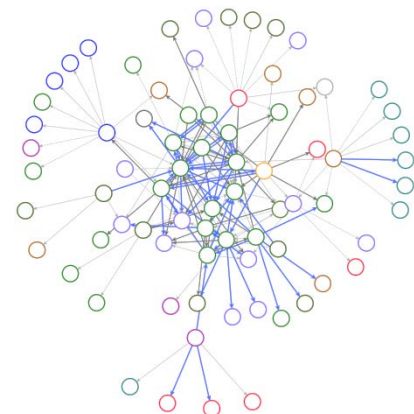


Abb. 12: Vernetzungsimpulse des NGP SL (administrative Grenzen), eigene Erhebung

Tab. 18: Maßzahlen der häufig kontaktierten Akteure im NGP SL, eigene Erhebung

Frage 3: Häufige Kontakte					
Akteur	degree	Akteur	closeness	Akteur	betweenness
N:PT1	0.471	N:GSG3	0.287	N:PT1	0.143
N:GSG2	0.265	F2	0.272	N:GSG3	0.129
N:GSG3	0.235	LE	0.272	N:GSG2	0.093
N:PT2		N:PT1	0.265	N:GSG4	0.041
F2	0.176	N:GSG2	0.212	N:GSG5	0.025
N2		N:PT2	0.204	N1(L)	0.014
N:GSG1	0.147	N:GSG4	0.203	N:PT2	0.013
N1(L)		N3(B)	0.203	N2	0.009
N:GSG5		N2	0.2	N4	0.001
N:PT3		N1(L)	0.197		



Häufiger Kontakt →
Andere: gelegentlich/selten →

Abb. 13: Visualisierung der Kontaktintensität im NGP SL, eigene Erhebung

Kommunikationsvorteile können zum Befragungszeitpunkt für keinen der politischen Akteure, die zugleich Projektträger sind, bestätigt werden, obwohl ihnen eine wichtige Rolle im Projekt zugesprochen wird. Deren Wertschätzung und Wichtigkeit aus Sicht der Befragungsteilnehmer wird anhand der indegree-Werte zu den Fragen 6–8 ersichtlich, s. Tab. 19. Es lässt sich schlussfolgern, dass sie ihr Potenzial an Einflussnahme im Netzwerk nicht ausschöpfen. Die Zurückhaltung bzw. Passivität der politischen Akteure stellt folglich eine Schwäche dar, da gerade ihnen eine integrierende Funktion zukäme.

Tab. 19: Maßzahlen der zentralen Akteure im NGP SL, eigene Erhebung

NGP Schaalsee-Landschaft						
Frage 6: Rat			Frage 7: Sehr wichtiger Kontakt		Frage 8: Schlüsselakteur in Projekt und Region	
	Akteur	indegree	Akteur	indegree	Akteur	indegree
1	N:PT1	0.259	N:PT1	0.286	N(GSG)1	0.361
2	N (GSG)1	0.19	N(GSG)1	0.214	N:PT1	0.25
3	N:PT2	0.155	N:PT2	0.167	N:PT2	0.194
4	N:PT3	0.103	P:PT2	0.095	P:PT1	0.139
5	N(GSG)2		N:PT3	0.071	N(GSG)2	0.111
6	P:PT1		P:PT3		P:PT2	0.083
7	P:PT2	0.086	N(GSG)4	0.048	P:PT3	
8	P:PT3	0.069	N(GSG)3		N(GSG)	
9	N1		N1		F(GSG)	0.056
10	N3	0.052	N3		N(GSG)5	

An dieser Stelle sei auf ein Diskussionsergebnis des Auftaktworkshops verwiesen, das eine differenzierte Einschätzung der Vernetzung der Akteure nahelegt. „Auf Kreis- und Gemeindeebene hat das NGP einen wesentlichen Beitrag zur Vernetzung geleistet und sich über die Projektlaufzeit eine Schlüsselposition in der Region erarbeitet. „[...] „Die Netzwerke vor Ort funktionieren“, waren sich die Teilnehmer einig, und länderübergreifende Kooperation wird hier nicht mehr als Hürde wahrgenommen. In den regionalen Netzwerken erkennen die Akteure die wichtigste Kraft für die Entwicklung der Region Schaalsee durch Ausschöpfung ihrer Potenziale“. Diese Wahrnehmung unterscheidet sich von der zuvor geschilderten. Dass sich auf der operativen Verhandlungsebene zwischen den Akteuren vertraute Beziehungen entwickelt haben, legen auch die Ergebnisse der strukturellen Befragung nahe. 64 % der Befragten arbeiten mehr als 10 Jahre in ihren aktuellen Positionen, die weiteren 36 % ebenfalls mehrere Jahre. Die Einschätzung, ob und wie die Vernetzung die Überwindung institutioneller Abgrenzung und administrativer Grenzen unterstützt, erscheint heterogen.

Die Zufriedenheit mit der Einbindung in das Projektnetzwerk kann für die 25 Befragungsteilnehmer dargestellt werden, s. Abb. 14. Es zeigt sich, dass eine sektorenübergreifende Mehrheit sehr zufrieden/zufrieden ist. Dies lässt sich auch dahingehend einordnen, als dass die Bereitschaft zur Teilnahme an der Befragung mit einer grundsätzlich positiven Haltung zum Projekt in Verbindung stehen mag.

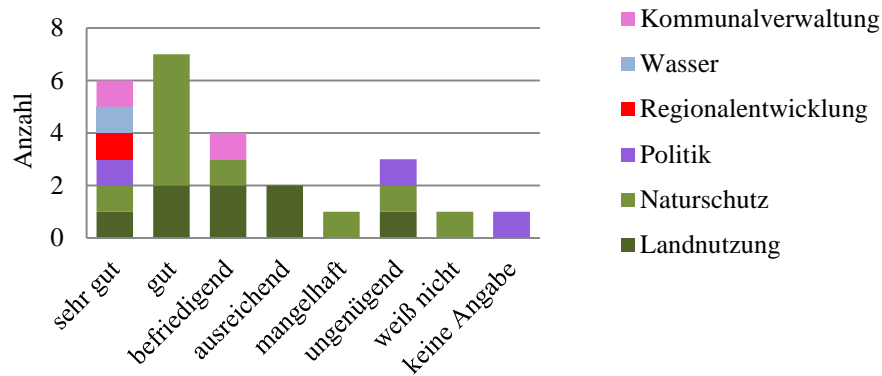


Abb. 14: Zufriedenheit der Befragten mit Einbindung in das NGP SL, eigene Erhebung

Hinsichtlich des Anlasses für die Einbindung in das Projektnetzwerk zeigt sich, dass der berufliche Kontext mit 64 % deutlich dominiert. Der Schluss, dass die Kommunikation zum NGP von fachlicher Expertise geprägt ist, liegt somit nahe. Ehrenamtlich engagieren sich 26 %, aus privatem Interesse 16 %²⁸⁵.

4.6.2 Zugänglichkeit des Projekts

In der Presse findet das NGP in der Zeit seiner Anbahnung kontinuierliche Resonanz, jedoch wird es auf unterschiedliche Weisen kommuniziert, woraus sich problematische Konstellationen ableiten. So heißt es:

„Allen Beteiligten von den Gemeinden über die Bürger bis zu den Besuchern soll der Naturschutz auf vertraglicher Grundlage nähergebracht werden.“ (Zitat Landrat Kröpelin, Lübecker Nachrichten, 19.06.1991²⁸⁶)

Der Schlüsselakteur des Vorhabens prägt die regionale Wahrnehmung der NGP-Initiative in der Anfangszeit. Die Betonung des kommunikativ-partizipativen Ansatzes und des Zielgruppenspektrums legt nahe, dass es sich bei dem NGP nicht um ein Experten-Projekt handelt,

²⁸⁵ 8 % der Akteure machten keine Angabe.

²⁸⁶ Harmann 1991a

sondern um ein Projekt mit starker Verankerung in den Gemeinden und hoher Präsenz auf örtlicher Ebene.

Einen anderen Fokus vermittelt folgende Berichterstattung:

„Die Fachausschüsse sind vornehmlich mit Experten und Kennern des Naturschutzes besetzt. Der Zweckverband verfügt somit über Mitglieder mit hohem Sachverstand. Gleichzeitig ist die Mitwirkung etwa der berührten Naturparkträger, der Gemeinden und der Bevölkerung ermöglicht.“ (Markt Mölln, 23.01.1991²⁸⁷)

Hier wird das NGP als ein Projekt, welches durch einen Expertenkreis des Naturschutzes bearbeitet wird, kommuniziert. Damit wird zwischen den Experten mit dem notwendigen Sachverstand und den „Beteiligten von den Gemeinden über die Bürger bis zu den Besuchern“ als Laien deutlich differenziert. Die Mitwirkungsmöglichkeiten Letzterer bleiben unklar. Während die Fachausschüsse als Struktur klar benannt werden, werden interessierten Bürger/innen keine konkreten Wege der Partizipation aufgezeigt.

Die Interviewpartner skizzieren aus unterschiedlichen Perspektiven die realisierten Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten, die ihre Wahrnehmung und Akzeptanz des Projekts unmittelbar prägen. Vor dem Hintergrund folgenden Zitates aus einem Presseartikel wird deutlich, wie sehr sich auch die politische Erwartungshaltung bezüglich der Umsetzungsstrategie des Projekts von den tatsächlichen Rahmenbedingungen der Projektarbeit unterscheidet:

„Ziel des ZV „SL“ sei es, so erklärte G. Kröpelin, Flächen für den Naturschutz zu sichern, die Pflege- und Entwicklungsplanung sowie deren Umsetzung für das Gebiet zu gewährleisten und nicht zuletzt, die Bürger über die Arbeit zu informieren und für eine mögliche Mitarbeit im Naturschutz zu gewinnen.“ (Markt für Ratzeburg, 14.04.1991²⁸⁸)

Nachstehende Tab. 20 belegt anhand ausgewählter Interviewzitate die Wahrnehmung der Beteiligungsstrategie und -möglichkeiten der interviewten Akteure:

²⁸⁷ o.V. 1991b

²⁸⁸ o.V. 1991b

Tab. 20: Wahrnehmung der Beteiligungsstrategie und -möglichkeiten im NGP SL, eigene Darstellung

Beteiligungsaspekt	Zitat	Einordnung
Mitwirkungsmöglichkeiten	<p>„Ja, da war ich mit dran beteiligt als Amtsvorsteher und Bürgermeister, zum Teil auch sehr genau durchgelesen. Bloß da konnte man auch wenig beeinflussen.“ (Kommunalpolitik SH)</p> <p>„Sicher, so was ist wertvoll, das halte ich durchaus für wertvoll. Bloß da muss man auch die Kritiker mit reinnehmen. Denn wenn ich die nicht dabei hab, dann mach ich mir das sicher einfacher, nur Ja-Sager, das ist immer das Schönste. Und wenn ich nur Fachidioten dabei hab, dann noch schöner.“ (Kommunalpolitik SH)</p>	➔ Breite Partizipations- und echte Mitgestaltungsmöglichkeiten, die die Politik ankündigt, werden im Prozess nicht eröffnet.
Beteiligungsfokus: Projektgegner	„[...] weil ja der größte Diskussionsbedarf mit denen bestand, die das Projekt ablehnten. Also das war ja zunächst quasi von Berufswegen einmal die Landwirtschaft, die Jäger waren nochmal eine besondere Gruppe und die Förster!“ (Projektträger)	➔ Beteiligung erfolgt zum Zweck der Konfliktregulierung.
Beteiligung regional-lokaler Fachexpertise	„[...] das Ziel stellen wir überhaupt nicht in Frage. [...] Das haben wir schon immer gesagt, wir stellen das nicht in Frage, aber der Weg dahin, der Weg dahin, den müsst ihr uns Fachleuten überlassen.“ / „Einfach definitiveres Vertrauen in die Leistung.“ (Forstwirtschaft/ Naturpark)	➔ Kritik an geringer Einbindung der regionalen Expertise in Maßnahmen: forstwirtschaftliche Planungen/Erfordernisse nicht ausreichend berücksichtigt
Transparenz der Ziele	„Das ist ja relativ einfach zu handeln, weil einerseits diese ganzen Dienststellen beim PEPI mitgewirkt haben, also die Zielsetzung ist bekannt. Wir haben dort auch entsprechend sehr detailscharf alles festgelegt, was ist.“ (Projektträger)	➔ Fokus liegt auf Transparenz in behördlichem Kontext.
Rahmenbedingung Förderprogramm	„Ich sage es sind letztendlich Steuermittel und die Menschen, die jetzt, sag mal von, für Natur sich engagieren und Vorschläge haben, sollen auch berücksichtigt werden und dann muss natürlich so ein Verfahren ganz anders laufen als in der projektbegleitenden Arbeitsgruppe, wo man in schneller Folge einen Pflege- und Entwicklungsplan aber mit, im Rahmen des Zuwendungsbescheides ja durchziehen muss [...].“ (Naturschutzverband/Projektträger)	➔ Investition der öffentlichen Mittel regt Forderungen nach Partizipation: Schwäche des Förderprogramms.
Strategie der Umsetzung	„[...] wenn ich jetzt diese Phase hinter mich gebracht habe, dann kann ich sagen, „Passt mal auf Leute, wir haben jetzt Spielraum. Wo wollen wir die Angler zulassen?“ Und dann sagt der Angelverein jetzt aus einer ganz anderen Position, weil er merkt er muss sich auch mit uns arrangieren, nicht etwa „Überall“, wie sie's sonst sagen würden und „Wir wollen euch nicht“, sondern sie sagen „Passt mal auf, könnt ihr euch vorstellen...?“, ich sag „Ja klar, in den Ortslagen ist doch klar, Papa und Sohn wollen doch angeln, das kann es nicht sein, das müssen wir zulassen“. So kommen dann diese Spielräume, aber so ein Projekt braucht einen langen Atem und das kann man eigentlich erst regeln, wenn der Naturschutz auch eine Position [Flächen-	➔ Eigentumsbildung (= Schaffung echter Verhandlungsposition) steht vor Integration anderer Interessen.

Fortsetzung der Tab 20		
Beteiligungsaspekt	Zitat	Einordnung
Naturexperten ermöglichen Naturerlebnis	„Nur wir müssen die fachliche Oberkontrolle halten, das klingt arrogant, aber ich muss es einfach mal so sagen, wenn ich Führungen mache zum Seeadlerhorst im Mechower Holz, dann weiß ich genau, wie dieser Adler reagiert, und ich kann den Leuten ein Naturerlebnis vermitteln.“	➔ Naturerlebnis wird ausschließlich in Hand des Naturschutzes gefordert.

Mit der Art der Beteiligung wird unmittelbar die Identifikation der regionalen Akteure mit dem NGP geprägt. So zeigt sich, dass die beiden Prozesse LSE und Agenda von den regionalen Akteuren mit deutlicher Wertschätzung erinnert werden. Der konstruktive Dialog, die breite Beteiligung und Konfliktregelung, die wiederum Perspektiven für Entwicklungen eröffnet haben, werden besonders betont. Dem NGP hingegen gelang es nicht, sich in solcher Weise zu integrieren, wie in Tab. 20 aufzeigt. Seitens des Kommunalpolitik (SH) wird es deutlich formuliert:

„...als von oben gesteuerte Sache, die nicht mit unten kombiniert wird.“

Hier zeigt sich eine paradoxe Situation insofern, als dass das NGP im Ursprung eine Bottom-up-Initiative in der Region ist, in der Wahrnehmung regionaler Akteure jedoch ein Top-down-Vorhaben darstellt. Die Wahrnehmung der örtlichen Verankerung des NGP als Bottom-up-Initiative konzentriert sich auf die Naturschutzakteure. Die exemplarischen Belege weisen auf die problematischen Defizite hinsichtlich der Kommunikation und Beteiligung im NGP hin. Während die Politik das Vorhaben als integrierend und beteiligungsorientiert kommuniziert, ist es auf die fachliche/sectorale Umsetzung fokussiert und hält Beteiligungsstrukturen für die Naturschutzexpertise sowie formal zu Beteiligende (Behörden und Verbände) vor. Die Werbung für öffentliche Akzeptanz des Projekts begründet sich folglich auf einer Erwartungshaltung, die nicht der Projektkonzeption entspricht. Die Problematik, die sich daraus ergibt, ist die unvermeidbare Enttäuschung im Zuge der tatsächlichen Umsetzungsstrategie.

4.6.3 Verhandlung und Vertrauen im Projekt

Aus den Interviews lassen sich beispielhafte Belege herausziehen, die die Wechselwirkung von der Verhandlungsführung und dem Vertrauensaufbau zwischen den verhandelnden Akteuren dokumentieren. Kontroverse Wahrnehmungen werden ebenfalls sichtbar, s. Tab. 21.

Tab. 21: Wechselwirkungen von Verhandlung und Vertrauen im Projektverlauf des NGP SL,
eigene Darstellung

Aspekt	Zitat	Einordnung
Veränderung der Gesprächsführung im Projektverkauf: Zitate der Projektträger	„Aber die Gesprächsführung ist deutlich einfacher geworden, deutlich angenehmer geworden. Es geht jetzt nicht darum, dass man erst mal die harten Positionen sich an den Kopf wirft, sondern man weiß, welche Position der andere hat. Inzwischen sieht das so aus, dass man zumindest Verständnis, gegenseitig aufbringt, für die jeweilige Situation, man kennt gegenseitig die Möglichkeiten.“	➔ Konfrontation zu Beginn schafft Transparenz über Interessen und Handlungsspielräume: Entspannung der Verhandlungsführung.
	„[...] und jetzt mit dem Anschlussprojekt, wo die Kenntnis ja weitaus umfangreicher auch bei den evtl. Betroffenen vorhanden ist. Und sie wissen eben, dass unser Projekt als solches eben nicht das scharfe Schwert darstellt, was zunächst befürchtet wurde.“	➔ Kenntnis über Projekt mindert Befürchtungen.
	„Früher kam ich als Bittsteller und hab fast so gedacht: „Na, wenn du jetzt zur Gemeindeversammlung gehst und du möchtest das und das ...“. Heute gehe ich mit normal erhobenem Haupte, und der Naturschutz wird ernst genommen. Also, es hat sich vieles getan, ich will durchaus sagen, das hat auch mit der Akzeptanz des GR-Projekts dergestalt zu tun, dass sie feststellen, wir haben keinen über den Tisch gezogen.“	➔ Sachliche Verhandlung als Resultat „ehrlicher“ Verhandlungsführung
Eigentumsveränderung durch Projektgebiet: Zitate der kommunalpolitischen Akteure (SH sowie MV)	„Wir müssen bloß aufpassen, dass sie nicht noch vergrößert werden. Den Eindruck habe ich jetzt zurzeit immer wieder, dass sie doch immer wieder daran arbeiten, sie noch zu vergrößern.“	➔ Unsicherheit hinsichtlich Entwicklungsabsichten des NGP-Projektgebiets
	„Bemängelt wurde auch das oftmals fehlende Gespräch über bestimmte Vorhaben, insbesondere seitens des Zweckverbands Schaalsee-Landschaft.“ (Feedback WS-Protokoll)	
	„Wobei ich auch immer wieder sagen muss, man wird ja auch von den eigenen Landwirten toupiert, wenn sie dann hinterm Rücken dann...vorher sagen sie, wir verkaufen nichts, und zwei Wochen später haben sie dann schon so ein Stück verkauft an den ZV. Also das ist auch kein Einzelfall. Aber das kennt man ja schon, deswegen überrascht mich so was schon gar nicht. Ich will da bloß mit sagen, wenn es um deren Vorteil geht, sind die genau wie andere.“	➔ Nicht-öffentliche Flächenverhandlungen schaffen Unsicherheiten: - Verfügbarkeit von Flächen - Entwicklung der Eigentumsverhältnisse und damit verbundene regionale Entwicklungsperspektiven.
	„Nee, also das ist schon akut... sage ich mal in der aktuellen oder gerade wieder aktuell, weil man beklagt sich dann bei mit halt öfter, dass der Informationsfluss, gerade wenn es um den Ankauf von Flächen geht, doch nicht so durchgängig ist. Dass plötzlich, wenn man dann, wenn man nach bestimmten Flächen nachfragt, dann gerade hier in dieser Region auch mit einem Gebietsaustausch zu tun hatte, wo dann doch eine der Nachfrage auch nach landwirtschaftlichen Flächen ist oder waren muss ich jetzt sagen, und dann plötzlich die Antwort kam, „Nee, das ist schon vom Zweckverband aufgekauft worden.“	

Die positiven Effekte der Transparenz und verbesserten Gesprächskultur reichen nicht aus, um die grundsätzliche Distanz und Skepsis gegenüber dem Vorhaben zu überwinden. Als grundlegende Ursache wird die fehlende Vision für die Entwicklung der Region erkannt.

Im Zuge der Kontextanalyse wurde das Protokoll der dritten öffentlichen Informationsveranstaltung (Abschlussveranstaltung) zum FFH-Managementplan „Wald- und Moorlandschaft um den Rögginer See“ am 27.10.2010²⁸⁹ herangezogen. Es liefert einen beispielhaften Beleg für das Phänomen, dass an das Vertrauen gegenüber dem NGP ein kontinuierliches Informationsbedürfnis und auch Verhandlungsbedürfnis gekoppelt ist. Die Frage, warum der Probestau im Kuhlradter Moor ohne eine Beteiligung der Gemeinde und der Nutzer/Eigentümer umliegender Flächen möglich war, wird erörtert. Folgende Antworten wurden protokolliert:

- „nach Voruntersuchungen waren keine signifikanten Auswirkungen über den Bereich des Moores und des unmittelbaren Umlandes hinaus zu erwarten.
- Eigentümer des Kuhlradter Moores und der angrenzenden Flächen ist der Zweckverband „Schaalsee-Landschaft“, von diesem wurde der Probestau auf seinen Eigentumsflächen errichtet. Landwirte, die Pachtverträge mit dem Zweckverband "Schaalsee-Landschaft" haben, haben laut Vertrag biotopersteinrichtende Maßnahmen zu dulden.“

Hier zeigt sich, dass der Informations- und Beteiligungsbedarf auch in der Zeit nach der Eigentumsregelung groß ist. Die Akzeptanz von biotopersteinrichtenden Maßnahmen ist durch die Verträge zwischen Zweckverband Schaalsee-Landschaft und Pächtern formal geregelt. Eine Veränderung der möglichen Bewirtschaftung und des Landschaftsbildes durch die Naturschutzmaßnahmen stellt jedoch einen kontinuierlichen Kommunikationsanlass im Sinne der Akzeptanzpflege und -schaffung dar. Es zeigt sich, dass ein Bewusstsein seitens des Naturschutzes für diese fortlaufende Kommunikation und Information im Vorfeld von landschaftsverändernden Naturschutzmaßnahmen von relevanter Bedeutung für gelingende Kooperation mit anderen Landnutzungsinteressen ist.

4.6.4 Rollen des Zweckverbands Schaalsee-Landschaft

Die Aufgaben des Zweckverbands sind durch die in den Förderrichtlinien formal festgelegten Ziele und förderfähigen Maßnahmen klar beschrieben. Im Zuge des Projektverlaufs nimmt der Verband jedoch unterschiedliche Rollen ein. Eine Klarheit darüber ist bedeutend, um die Risiken, aber auch Möglichkeiten, die sich für die Umsetzung und regionale Einbettung des Projekts ergeben, strategisch zu antizipieren.

²⁸⁹ Vgl. Götze 2010: 2

Folgende Rollen können dem Zweckverband Schaalsee-Landschaft zugeschrieben werden:

Konkurrent auf dem Grundstücksmarkt (landwirtschaftliche Flächen)

Durch den Fokus auf die Flächensicherung für den Naturschutz und Biotopverbund rückte der ZV auf dem Grundstücksmarkt in die Position des Konkurrenten für andere Flächeninteressenten.

„Der ZV oder dieses Vorhaben tritt in Flächenkonkurrenz beim Kauf, auch preislich gesehen, das war immer so ein bisschen das Damoklesschwert über dem Vorhaben, sage ich jetzt mal, und ist vielleicht letztendlich nie wirklich ausgeräumt worden, also auch dieses Vorurteil, manchmal sicher auch begründet. Der ZV hat deshalb Erfolg, weil er konnte nämlich auch Geld anbieten an Flächen, was ein Privater, gerade in schwierigen Zeiten, die gab es ja auch, dass dann eben die Landwirte so nicht mitkonnten.“ (Forstwirtschaft/GSG)

Im Rahmen des NGP nimmt der Naturschutz in der Region eine Verhandlungsposition ein, die die regionalen Verhandlungen über verfügbare Flächen maßgeblich verändert.

Unterstützer regionaler Entwicklung

Die Impulse des NGP für regionale Entwicklung entfalten sich in den beiden Landesteilen recht unterschiedlich. Im BR Schaalsee wird die Integration von Naturschutz und regionaler Entwicklung durch den partizipativen Agenda-Prozess ohne bedeutende Präsenz des NGP bearbeitet. Auf Lauenburgischer Seite bot sich dem Zweckverband Schaalsee-Landschaft die Möglichkeit, einen Beitrag zur partizipativen und interessenübergreifenden Entwicklung zu leisten. Maßgeblich unterstützt durch den Landrat wurde die 1995 erlassene Förderrichtlinie „Dorf- und ländliche Regionalentwicklung“ genutzt, um einen Dialog zwischen den regionalen Interessengruppen im Rahmen sogenannter „Ländlicher Struktur- und Entwicklungsanalysen“ (LSE) zu moderieren, Konfliktfelder auszuräumen und Gestaltungsspielräume für die integrative Einbettung des NGP im Kreis Herzogtum-Lauenburg zu eröffnen und zu nutzen.

„Wir haben klar in dieser Zeit neue Förderungen im Bereich Schleswig-Holstein gehabt mit den sogenannten LSE, d. h., dort wurde eben im Wesentlichen vom Land ein Programm durchgeführt, wo der Zweckverband sich sehr intensiv für eingesetzt hat, dass wir dafür gesorgt haben, dass hier in den Schaalsee-Gemeinden diese LSE durchgeführt wurde.“ (Projektträger)

Die gemeinsame Initiierung der LSE durch den Landrat und den Zweckverband Schaalsee-Landschaft ist vor dem Hintergrund der durch die hoheitliche Landesnaturschutzpolitik in SH initiierten Konflikte im Kreis Herzogtum Lauenburg einzuordnen. Die Bemühungen von Landrat und Zweckverband um einen lokal-regionalen Interessenausgleich spiegeln sich in der aktiven Anbahnung der LSE wider. In der Zeit von 1996 bis 2009 werden in 25 Gemeinden Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen realisiert. Die LSE umfasst einen zweistu-

figen Arbeitsprozess in den Gemeinden. (1) Die Erarbeitung einer gemeinde- und fachübergreifenden LSE unter Beteiligung der örtlichen Bevölkerung sowie regionaler Initiativen. Im Rahmen einer LSE sollen, aufbauend auf den spezifischen Stärken und Schwächen, regionale Leitbilder, programmatische Schwerpunkte und Handlungsfelder sowie regionale Leitprojekte entwickelt werden. Danach folgt (2) die Erarbeitung von Dorfentwicklungsplänen in den beteiligten Gemeinden, basierend auf den Ergebnissen und Empfehlungen der LSE, sowie Weiterentwicklung der Projektideen aus der LSE zur Umsetzungsreife²⁹⁰.

„Und der [damalige Landrat] hat sich dann wirklich auch überlegt und da auch [-] mit einbezogen. Das muss man dann sagen, auch zu Ehren des ZV, dass wir dann diese Möglichkeit bekamen über einen Dorfentwicklungsplan, die LSE, erst ... als erster Bereich einzusteigen in solche Sache.“ (Kommunalpolitik SH)

Die LSE schuf aus Perspektive der befragten Akteure einen Rahmen a) zur Bewusstseinsbildung

„[...] durch LSE und so weiter [AEP²⁹¹], ist ja überhaupt das Bewusstsein überhaupt mal geschaffen worden und die Problematik erkannt worden, was hier mit den einzelnen Akteuren vor Ort überhaupt gemacht worden ist. [...] Ja und erst dann fing es an für die Betroffenen und für uns Akteure hier vor Ort, auch mal in eine wirkliche Diskussion zu gehen, und dass man auch sagt: Wie kann man miteinander leben?“ (Landnutzung SH)

und b) zur Auseinandersetzung mit den regionalen Interessenkonflikten

„Das hat in dem ersten Jahr, in dem wir damit [LSE] begannen, haben wir uns nur damit beschäftigt, die Auseinandersetzung mit den Landwirten und den Behörden und dem Naturschutz usw. zu bearbeiten in Gesprächen und im Miteinander und haben das denn erreicht, dass sich das beruhigte. Das möchte ich mal sagen, ist unsere Leistung gewesen. [...] Ich würde sagen, dank der Verhandlungsführung von dem Vorsitzenden [-] des Zweckverbands mit den Bürgermeistern hier in diesem Bereich und auch mit Fachleuten, den Landwirten und Förstern.“ (Kommunalpolitik SH)

Im vorstehenden Zitat tritt die Doppelfunktion des Landrates, der zugleich Vorstandsmitglied des Zweckverbands war, hervor. Dessen integrierende Funktion als gewählter Interessenvertreter des Kreises einerseits und bekennender Naturschützer andererseits bekommt durch seine persönliche Fähigkeit der Verhandlungsführung einen besonderen Stellenwert hinsichtlich der Integration des NGP in diesen Teil des Projektgebietes.

Die gemeinsame Anbahnung der LSE durch den Landrat und den Zweckverband Schaalsee-Landschaft spiegeln sich jedoch nicht in einer veränderten Wahrnehmung des NGP wider,

²⁹⁰ Vgl. Koch und Raue 2008: 88

²⁹¹ In Ergänzung führte die Landwirtschaftskammer im Jahr 1997 eine Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP) durch (Entwurf des Landschaftsprogramms SH).

denn seitens der Interviewpartner wird noch zum Befragungszeitpunkt deutlich die Dichotomie des Naturschutzes und anderer regionaler Interessen beschrieben,

„[...] das war die LSE, die Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse, also im Prinzip, ja, eher so der Kontrapunkt [zum NGP].“ (Landnutzung SH)

und auch seitens des Projektträgers geschildert:

„Also einige haben das so verstehen wollen, [...] dass man Gegenpol zum Naturschutz schaffen konnte. Aber dass das Ziel hier ein anderes war, das Miteinander zu fördern.“ (Projektträger)

Die aktive (Mit-)Initiierung der LSE durch Akteure des NGP führt offenkundig nicht zu einer veränderten Wahrnehmung des NGP.

Verhandlungspartner bei Ausgleichen für hoheitliche Schutzgebietserlasse

Die Differenzierung der unterschiedlichen Naturschutzinstrumente wird durch deren Überlagerung und Verquickung (nicht nur in personeller Hinsicht, s. o.) erschwert. Nachstehendes Zitat beschreibt ein exemplarisches Beispiel:

„Zum Beispiel gleich ganz zum Anfang hier hinterm Kuhstall, die Auslaufflächen für das Vieh standen auch unter Naturschutz. So. Da habe ich dann erst mal drauf gedrungen, dass diese Flächen raus kommen. Das wurde dann auch irgendwann auch tatsächlich vom LNAU umgesetzt. Also das war dann mal eine positive Sache, obwohl ich erst großartig argumentieren musste. [...] Und dann waren da aber noch andere Flächen betroffen, und dann wurden mir Ausgleichsflächen über den Schaalsee-Zweckverband angeboten. Diese Ausgleichsflächen waren allerdings auf der anderen Seite vom Schaalsee. [...] Aber das mussten wir ernsthaft diskutieren und dann uns hinterher auch noch anhören müssen: „Ja, aber wir haben Ihnen doch Ausgleichsflächen angeboten“. Und, das geht nicht. [...].“ (Landnutzung SH)

Die Negativverfahren mit der hoheitlichen Schutzgebietsverordnung des Landes SH (1994) und der daraus resultierenden Verhandlung über Ausgleichsflächen mit dem Zweckverband Schaalsee-Landschaft überträgt sich in Folge auf die Wahrnehmung des Projekts und „des Naturschutz“ als Konfliktpartner. Das Freiwilligkeitsprinzip kann sich vor diesem Hintergrund kaum positiv etablieren:

„[...] Wenn es eine gesamtstaatliche repräsentative Bedeutung ist, dann eben jeder Bürger, mit seinen Steuergeldern, nein, die sollten wir persönlich, als Familie bringen und wenn einem dann von Sozialpflichtigkeit des Eigentums da nur was erzählt wird, dann hört der Spaß einfach auf.“ (Landnutzung SH)

4.7 Chancen und Hürden der Akzeptanz

Als relevante Hürde der Etablierung und Akzeptanz des NGP kristallisiert sich der Wandel von Meinungen und Positionen in Bezug auf die Naturschutzmaßnahmen im Zeitverlauf heraus. Dies gilt für die unmittelbar betroffenen Landnutzer, d. h. die Landwirtschaft und Forstwirtschaft, und begründet sich einerseits in den starken Interessenkonfrontationen mit

dem Naturschutz sowie in ihrem Kollektivcharakter (verbandliche Organisation), der sich in starken Positionen und Haltungen²⁹² niederschlägt.

Tab. 22: Soziale Hürden der regionalen Integration der Naturschutzziele des NGP SL, eigene Erhebung

Akteur	Zitat	Zentraler Aspekt
Projektträger	„Die Schwierigkeit ist, bei den Leuten ins Innere zu gucken und zu sagen, also, kehrt eurer Inneres mal nach außen und gebt doch mal zu, dass das gar nicht sooo schlecht ist.“	➔ Öffentliche Veränderung individueller Einstellungen zum NGP im Zeitverlauf wird durch bestehende lokal-regionale Meinungsbilder erschwert.
Kommunalpolitik SH	„Einige wagen sich jetzt aus dem Schneckenhaus raus, weil sie annehmen, dass sie nicht mehr so viel Prügel kriegen dafür, und ich denke, dass wir in diesem Jahr oder im Winter in den Gesprächen, die wir anfangs erst mal mit den Landwirten, den Grundeigentümern führen müssen, damit bei denen die Vorbehalte [Anm.: Perspektive Biosphärenreservat] zumindest nicht wieder wachsen oder falsch aufgesetzt werden, politisch“.	➔ Konfrontative Verhandlungsführung hat Auseinandersetzung um Schutz- und Nutzinteressen stark belastet und „auf Eis“ gelegt.
Naturschutz (GSG) MV	„Das länderübergreifende Biosphärenreservat wird kommen, es müssen bloß, und das sage ich jetzt auch ganz offen, Leute, die Angst vor Gesichtverlust haben, aus der Verantwortung sein. Es müssen neue, frische Leute, die das, also ich sag mal, nicht mit diesem Brett vorm Kopf betrachten und nicht so polemisch. Sondern sachlich sich mit den Inhalten auseinandersetzen, das wird kommen, das ist nicht aufzuhalten.“	➔ Starke und verfestigte/verteidigte Positionen behindern sachliche Auseinandersetzung mit Perspektiven der regionalen Entwicklung, hier die Überlegung zur Ausweisung eines Biosphärenreservats.

Neben diesen sozialen Hürden, zeigt sich jedoch auch ein kulturelles Potenzial für die Aufwertung des Naturschutzes. Der (hier: medial mobilisierbare) Stolz, den Menschen in naturräumlich reizvollen Landschaften auf eben diese empfinden (bzw. entwickeln können), tritt in den Interviews als Anknüpfungspunkt für Akzeptanzentwicklung für naturschutzfachliche Maßnahmen in Erscheinung. Ein Kommunalpolitiker schildert folgende Situation:

„Als das Geo-Magazin sich das Grüne Band ausgesucht hatte, um die Artenvielfalt an einem Tag zu untersuchen, das war schon spannend. Auch für die Leute hier vor Ort zu sehen, „Aha, wir sind Teil eines ganzen Tages, was von der Lübecker Bucht bis an den Bayerischen Wald ging“. Also das muss man schon sagen, und die waren auch aktiv daran beteiligt und dieser Stolz, der dann irgendwo dann doch mitkommt, „Ach guck mal, wir sind da mit drauf!“ oder „Wir sind ganz einfach im Geo-Magazin!“ und dann wird über die Region berichtet, und da sind auch Bilder von uns mit drin. Das trägt es dann natürlich auch.“ (Kommunalpolitik MV)

²⁹² „[...] Landwirtschaft, die Jäger waren nochmal eine besondere Gruppe und die Förster. So, und ich sag mal, das sind drei sehr gefestigte Positionen.“ (Projektträger)

Der Projektträger beobachtet:

„Auf der anderen Seite, wenn jetzt dort der Seeadler noch erfolgreicher ist, als in den Vorjahren, da sind auch einige Gemeinden drauf stolz.“

Das Akzeptanzpotenzial, welches im Stolz der Bewohner einer NGP-Region auf die Natur und Landschaft der Heimat zu vermuten ist, stellt sich als ein kaum genutztes Potenzial im Projekt dar. Eher lässt sich aus einem Interview die Gefahr ablesen, dass der Naturschutz mit seinen Instrumenten den Stolz von Bewohnern bzw. Akteuren beeinträchtigt. Folgende beispielhafte Zitate weisen darauf hin:

„Manchmal kann man ja hier schon beim Kaffeetrinken den Seeadler fliegen sehen, oder der Fischreiher sitzt hier gleich links in den Bäumen. Wir haben sogar - jetzt darf ich nicht zu viel sagen, was wir hier alles haben, dann kommt der Nächste und zieht die rote Linie.“ (Landnutzung SH)

„Wir hatten vorher gute Erfahrungen mit dem Programm von Uwe Barschel gemacht [...]. Wir waren mit eine der Gemeinden, die so eine Art Landschaftspflegeplan aufstellten und dann auch in die Flurbereinigung kamen, wo wir Knicks anlegten und Teiche renaturierten. Also, wir haben viel getan, bloß, wenn man so etwas getan hat, wurde man gleich unter Naturschutz gestellt. Und das war ja nun nicht gerade die feine Art. Und da haben wir gegen angekämpft.“ (Kommunalpolitik SH)

Die geschilderten Befürchtungen stehen unmittelbar in Bezug zum NGP, da auch sie hoheitliche Naturschutzgebietsausweisungen anstreben. Da „der Naturschutz“ als ein Handlungsfeld bzw. Akteur wahrgenommen wird, wirken sich entsprechende Erfahrungen auf die Meinungsbildung hinsichtlich des Naturschutzes in undifferenzierter Weise aus. Die Sensibilität von Bewohnern und Akteuren hinsichtlich hoheitlicher Schutzgebietsausweisungen wirkt sich zum einen auf die Bereitschaft zur aktiven Naturschutzarbeit aus, zum anderen auf den offenen, regionalen Stolz auf naturschutzrelevante Besonderheiten in der Region. In Folge droht eine verstärkte Distanz zwischen den Naturschutzakteuren und den Bewohnern. Ebenfalls kann dies als eine zentrale Hürde für die offene Wertschätzung und Etablierung der Natur als regionales Potenzial und in Konsequenz für Schutzmaßnahmen gewertet werden.

Durch den politischen Wandel in den beteiligten Landkreisen werden die Stärken der Zweckverbandsstruktur geschwächt. Die integrierenden Kräfte und die Legitimation des Naturschutzes werden durch die machtbezogenen Akteure im Zeitverlauf mit deutlich abnehmender Tendenz ausgefüllt bzw. gesichert.

Die Anfangsphase zeichnete sich durch eine starke Präsenz des schleswig-holsteinischen Landrates aus:

„[...] als gebürtiger Mecklenburger hatte [-] hier als Landrat vom Kreis Herzogtum Lauenburg, das so, ich wage fast zu sagen, zu einer Herzensangelegenheit gemacht. Und war auch in Gesamt-Schleswig-Holstein sehr anerkannt, war also da eine gewisse Gallionsfigur und hatte sich hier, al-

so, hier mit seiner vollen Persönlichkeit dafür eingesetzt und das hat das Projekt also sehr, sehr positiv begleitet.“ (Projektträger)

Wie schon in gezeigt, deckt die strukturelle Netzwerkanalyse zum Befragungszeitpunkt ein kritisches Spannungsverhältnis zwischen wichtigen Rollen und tatsächlicher Präsenz der politischen Akteure im Netzwerk auf. Hier ist zwar die „Mehrebenenproblematik“ zu berücksichtigen, da die Landräte durch Mitarbeitende der (Fach-)Verwaltung in der operativen Projektarbeit vertreten werden. Die Einbettung des Naturschutzvorhabens in die länderübergreifende Region ist jedoch unmittelbar abhängig von dem Einwirken einflussreicher und durchsetzungsfähiger Akteure. Kreis- und Gemeindepolitikern wird entsprechendes Potenzial zugesprochen²⁹³, das sie auch selbst erkennen:

„Und da sind wir eigentlich die Einzigen, die Kommunalpolitiker, die da so ein bisschen ausgleichend wirken und beides sehen.“ (Kommunalpolitik SH)

Vor dem Hintergrund, dass jedoch auch gerade auf dieser Ebene die Wahrnehmung der Dichotomie von Schutz (Ausschluss des Menschen aus der Natur; Natur als behindernde Infrastruktur) und Nutzung (Naherholung, Bewirtschaftung) belegt wurde (s. o.), ist das beschriebene Potenzial kritisch einzuschätzen.

Zum Befragungszeitpunkt ist zu resümieren, dass die politischen Promotoren ihr Potenzial, im Netzwerk eine gestalterische und vor allem integrierende, ausgleichende Rolle einzunehmen, nicht ausfüllen. Nachstehendes Zitat beschreibt die Problematik der Zweckverbandstruktur:

„Denn wenn ein Landrat das als Herzensangelegenheit und seine ganzen alten Verbindungen nutzt, dann hat das natürlich eine ganz andere Durchschlagskraft, als wenn da einer reinstolpert und von nichts weiß und nicht zwingend innerlich damit verbunden ist.“ (Projektträger)

So positiv, wie das individuelle Engagement der amtierenden Landräte wirken kann, so sind die Projektentwicklung und Verankerung in der Öffentlichkeit unmittelbar den personellen und inhaltlichen Brüchen ausgesetzt, die mit politischen Ämtern verbunden sind. Neben der personellen Seite der politischen Struktur kommen weitere Aspekte erschwerend hinzu. Noch in der Phase der Erarbeitung des PEPl sorgte die kommunale Neugliederung in Mecklenburg-Vorpommern 1994²⁹⁴ sowie 2010²⁹⁵ für eine deutliche Vergrößerung der Landkreise und eine veränderte politische Schwerpunktsetzung, die sich auch auf das NGP auswirkt. Seitens SH kann bis 2002 die personelle Kontinuität des Landrates, zugleich Gründungsmitglied des Zweckverbands Schaalsee-Landschaft, als stabile Rahmenbedingung dokumentiert werden,

²⁹³ Vgl. Böcher und Krott 2004: 22

²⁹⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt 1995: 107 ff.

²⁹⁵ Vgl. Land Mecklenburg-Vorpommern 12.07.2010

die jedoch dann durch den politischen Wechsel verloren geht. Die entscheidende Konsequenz der Zurückhaltung der politischen Akteure ist die größere Präsenz und Promotorenfunktion der involvierten Naturschutzakteure, wodurch die integrierende Wirkung des Zweckverbandes räumlich sowie interessenbezogen marginalisiert wird.

„Ich habe immer den Eindruck, politisch oder Landräte, die sind da gar nicht mehr so doll. Einfach weil sie das Misstrauen und auch die stille Abwehr der Orte vor Ort spüren. Die Antreiber sind jetzt eben mehr [-], ein überzeugter Mann.“ (Kommunalpolitik SH)

Diese Tatsache spiegelt sich in dem erfassten Projektnetzwerk wider, welches einen rein sektoralen Kern von Naturschutzakteuren aufweist.

4.8 Kommunikation und Verständigung

4.8.1 Förderziele und ihr Nutzen im regionalen Diskurs

Die Motivation seitens der Politik, die Bundesnaturschutzförderung zu erhalten, drückt sich wie in nachstehendem Zitat aus:

„Der Kreistag will zusammen mit den Kreisen Gadebusch und Hagenow sowie dem WWF einen ZV gründen, der den Naturschutz in diesem Gebiet fördert. Bei Investitionen für den Ankauf von Flächen oder die Gestaltung touristisch attraktiver Wege sind wir auf die finanzielle Hilfe des Bundes angewiesen.“ (FDP-Kreisvorsitzende Christel Happach-Kasan, Lauenburgische Landeszeitung, 30.11.1991²⁹⁶)

Hier wird die Erwartung der Verknüpfung von Naturschutzmaßnahmen mit Maßnahmen zur Steigerung der Erlebnisqualität in der Region Schaalsee deutlich. Die Interviews zeigen auf, wie die Ziele des NGP sowie seine Strategie wahrgenommen wurden, s. Tab. 23.

Tab. 23: Wahrnehmung der Förderziele und Strategien des NGP SL durch Akteure, eigene Darstellung

Inhaltlicher Bezug (Ziele/Strategien)	Zitat	Einordnung
Beschreibung der Ziele	„Der Zweckverband will sich gegen Wildwuchs in der Natur- und Freizeitplanung in dem Bereich einsetzen. Menschen und Natur sollen in dem Gebiet zu einem harmonischen Miteinander kommen, wie Neumann erklärte. Der Mensch soll aus dem Bereich nicht ausgesperrt werden. Neue Wanderwege und Badestellen wird es geben, aber auch absolute Refugien für die Natur.“ (Lübecker Nachrichten, 30.08.1990 ²⁹⁷)	➔ Naturschutz nimmt Gegenposition zu vorhandenen Nutzungsinteressen ein. ➔ Ankündigung von Infrastrukturen zu Naturnutzung

²⁹⁶ o.V. 1991d

²⁹⁷ Harmann 1990

Fortsetzung der Tab. 23		
Inhaltlicher Bezug (Ziele/Strategien)	Zitat	Einordnung
Erwartungshaltung Gemeinden vs. För- deransatz	„Gut, die Gemeinden haben sicherlich auch gehofft, dass wir Geld hätten, damit sie ihre Infrastruktur verbessern oder dass sie Umweltbildung machen. Das Geld ist nicht da, der Zuwendungsbescheid,[...], ist eben knallhart, und das ist im Prinzip auch gut so.“	➔ Konfrontation der Erwartungshaltung der Gemeinden (Umweltbildung, Infrastruktur) mit sektoraler Förderung
Erlebbarkeit der Natur	„Wir haben alte Wegeführung durch den Wald, und dann haben wir uns mal beschwert, dass die Wege kaputt gehen, wenn die Leute mit dem Rad durchfahren wollen oder zu Fuß, das ist ja auch deren Absicht, alles verschwinden zu lassen.“	➔ Grundwahrnehmung des NGP als „gegen den Menschen“ gerichtet
Naturschutz als Ideo- logie	„Man hat das Jahrhundertwerk von Förstern schlagartig kaputt gemacht, mit dieser Ideologie, so haben wir das immer eigentlich für uns gespürt. Die Ideologie will man hier bei uns umsetzen.“	➔ Naturschutz als ideologische Initiative missachtet Leistungen anderer landschaftsbezogener Sektoren.
Strategie des Natur- schutzes zur Zieler- reichung	„Aber Sie merken eben schon daran, dass so langsam die Menschen rausgedrängt werden. Wenn sie da ein halbes Jahr mit dem Rad nicht fahren dürfen, dann kommen sie nachher gar nicht auf die Idee, „Ach so, jetzt können wir ja wieder fahren“. Das wird nicht öffentlich bekannt gemacht.“	➔ Unterstellung einer „Hintertür-Strategie“ des Naturschutzes

Das negative Betroffenheitsgefühl verstellt die Wahrnehmung des Nutzens des Projekts für die Region. Angesichts der akzeptanzschwächenden Erfahrungen und Wahrnehmungen läuft der Projektnutzen Gefahr, in den Hintergrund zu geraten. Nachstehende Tab. 24 dient dem beispielhaften Beleg wahrgenommener und wertgeschätzter Gewinne, die das NGP für die Region erzielt hat.

Tab. 24: Nutzen des NGP SL für die Region, eigene Darstellung

Akteur	Zitat	Nutzen
Forstwirtschaft/GSG	„Der große Gewinn ist einfach dieses, der Zugriff auf Flächen, dieses Flächenmanagement des Flächeneigentums. Verstehen Sie, Sie können alles Mögliche heutzutage machen, Sie können Verträge machen oder Vertragsnaturschutz oder solche Sachen. Es kommt erst dann richtig, wenn Sie Zugriff auf die Flächen haben und wenn Ihnen dann niemand mehr nach ein paar Jahren in die andere Richtung biegt oder so. Das ist eigentlich so der größte Effekt, sag ich mal, beim Zweckverband.“	➔ Beitrag zu regionalem Flächenmanagement
Kommunalpolitik SH	„Denn ich sage ja, das müssen Sie auch betonen, dass insofern, gegen unseren Willen sicher diese Kerngebietsregelung vom Zweckverband war wahrscheinlich richtig. Um zumindest den Raum zu ordnen. Manchmal wider Willen kriegt man ja auch mal was Gutes vorgesetzt.“	
Kommunalpolitik SH	„Was sie erreicht haben, hat auf eine Art auch inzwischen bei den Landwirten zumindest bisschen sinnvolle Ergänzung gefunden, indem man das schlechte Land mit den Landwirten austauschen konnte und für diesen Zweck bereitstellen konnte, das hat ja auch etwas für sich, und dass man eben schlechtes Land aus dem Verkehr zieht und nicht gutes Land.“	

Fortsetzung der Tab. 24		
Akteur	Zitat	Zentraler Aspekt
Naturschutz/PT	„Das sind eben auf Landesebene in gewisser Hinsicht, indirekt auf den Tourismus, aha, da gibt es sowas, also wenn man viel Geld, da muss ja auch was Tolles da sein. Also das sind dann so in Anführungszeichen die Randgruppen, die dann die positive Ausstrahlung unterstreichen.“	➔ Förderung als Indikator für landschaftliche Attraktivität
	„z. B. hier, bekannt sind ja die Aussichtstürme, dass wir uns da positiv für eingesetzt haben und Standorte geschaffen haben. Also das sind so Dinge, die dann also wirklich auch in die Breite gehen.“	➔ Koordination Schutz- und Erlebnisfunktion der Landschaft
Naturschutz (GSG) MV	„Wenn die dann sagen: „Hör mir auf mit Zweckverband, die kaufen uns alles weg“, dann sag ich „Weil ihr einen Zweckverband hattet und weil die von dem und dem gekauft haben, guck dir mal sein Dach und seine Fenster an“, ich sag „Rate mal, wo das her kommt, von dem Geld, was er von dem Zweckverband gekriegt hat. Deshalb hast du so ein schönes Dorfbild jetzt“.“	➔ Naturschutzförderung fließt in Privathaushalte: Individualisierter Nutzen findet keine breite Wahrnehmung/ Wertschätzung.

Nachstehendes Zitat wiederum unterstreicht die Notwendigkeit, den Nutzen des NGP für die Region verständlich zu kommunizieren.

„Da habe ich in Dechow mal an einer Sitzung teilgenommen und hab darauf hingewiesen, dass man das [Miteinander mit Menschen vor Ort] doch bedenken möge und dann wurde ich dort abgekanzelt von dem Leiter, den ich gar nicht kannte, was mir überhaupt einfiel, ich solle doch froh sein, dass so viel Geld in die Region hineinfließt. Aber wofür ist das Geld denn in die Region geflossen?“ (Kommunalpolitik SH)

Für den Fördermittelgeber leitet sich daraus die Herausforderung ab, an der Perspektive der Region anzuknüpfen und den vielseitigen Nutzen entsprechend zielgruppengerecht zu erläutern. Gerade die Höhe der Fördermittel verschärft die Herausforderung, da in der Öffentlichkeit kein Verständnis für die Kosten des Vorhabens vorhanden ist und somit unvermeidbar Erwartungen erwachsen, die zwangsläufig enttäuscht werden.

In der Diskussion während des Reflexionsworkshops taucht ein weiterer Aspekt des Nutzens bzw. der Perspektive des NGP auf, nämlich die extensive Landbewirtschaftung mit entsprechenden Wertschöpfungspotenzialen. Die durch den Zweckverband Schaalsee-Landschaft bereitgestellten Flächen zur extensiven Bewirtschaftung können die gewachsene Nachfrage nicht befriedigen. Zweierlei Aspekte sind festzuhalten: Die alternativen, naturschutzkonformen Bewirtschaftungsformen werden in der Region als Alternative angenommen, der Flächenbedarf wird jedoch nicht befriedigt, da mehr Fläche für tragfähige Wirtschaftsweise benötigt wird. Die Perspektive ist folglich ein begrenztes Potenzial, sodass der Umgang mit diesem Argument entsprechend anzupassen ist.

Die Diskussion während des Reflexionsworkshops lässt insgesamt die Interpretation zu, dass in der Region Schaalsee dem Schutz der Natur durch Nutzungsverzicht und -änderung kaum eine reale Vorrangstellung zugesprochen wird. Als Diskussionsergebnis wird die Forderung der Mitnahme der Menschen mit ihren Nutzinteressen (Naturerlebnis und Bewirtschaftung) als entscheidend für die Akzeptanz der Schutzmaßnahmen festgehalten²⁹⁸.

4.8.2 Freiwilligkeit im Naturschutz

Anfang 1996 bildet sich eine Interessengemeinschaft „Land- und Forstwirtschaft in der Region Schaalsee“ als „Gegenpol zum Zweckverband“²⁹⁹. In „Alarmstimmung“ versetzte Landwirte und der damalige CDU-Landtagskandidat fordern von dem NGP bzw. dessen PEPI

„Vertragsnaturschutz auf freiwilliger Grundlage und nicht die sofortige Anwendung der obrigkeitstaatlichen Naturschutzverordnungen auf der Grundlage des Landesnaturschutzgesetzes.“
(21.02.1996³⁰⁰)

Diese Konfrontation erklärt sich wie folgt: Im Kreis Herzogtum Lauenburg wird die Akzeptanz des NGP maßgeblich von äußeren Rahmenbedingungen, die durch die Naturschutzpolitik des Landes (sowie die Landwirtschaftspolitik der EU) geschaffen wurden, geprägt bzw. belastet. In deren Schatten agiert der Zweckverband Schaalsee-Landschaft spätestens seit 1993. Die hoheitlichen Naturschutzmaßnahmen des Landes, konkret die Landesverordnung für den schleswig-holsteinischen Teil des Schaalseegebietes sowie die Landesverordnung über das NSG „Ostufer des großen Ratzeburger Sees“³⁰¹ aus dem Jahr 1993/1994, erzeugen harte Konfliktlinien zwischen dem Naturschutz und den Landnutzern, d. h. Forst- und Landwirtschaft, aber auch den Gemeinden und ihren Bewohnern. Die ersten Projektjahre des NGP fallen in eine Zeit, in der „der Naturschutz“ starker Kritik und Ablehnung ausgesetzt war.

„[...] gerade auch 1994 traten dann verschiedene Naturschutzgebietsverordnungen in Kraft. Damals unter einer rot-grünen Landesregierung in Schleswig-Holstein. Dass sich hier im Kreis Herzogtum Lauenburg erheblicher Widerstand formierte. [...] Und das ging natürlich da sehr, sehr heftig zur Sache [...] es sind nach wie vor die Instrumente der Landesnaturschutzgesetze, die hier den größeren Kummer und die EU-Vorgaben auslösen [...].“ (Projekträger)
„Und die sind da völlig falsch behandelt worden vom Land. [...]. Das hätte man denen besser verklickern müssen.“ (Kommunalpolitik SH)
„Die Geschichte ist nämlich so, dass zuvor Schleswig-Holstein ein Naturschutzgesetz gekriegt hat und einen Umweltminister hatte, der, ich sag mal die Landwirtschaft richtig geknebelt und geprü-

²⁹⁸ Protokoll des Reflexionsworkshops in der Region Schaalsee

²⁹⁹ „Also, [...] es gab ja so einen Gegenpol zum Zweckverband Schaalsee-Landschaft, da hatte sich ja dann damals aus den betroffenen Landwirten auch ein Verein gegründet, wie heißt denn der jetzt gerade nochmal?“ (Unternehmen, SH)

³⁰⁰ o.V. 21.02.96

³⁰¹ o.V. 1994a

gelt hat. Da war, ich sag mal, eine richtige Hasskappe in Sachen Naturschutz bei den Schleswig-Holsteiner Landwirten obendrauf.“ (Großschutzgebiet MV)

Das Freiwilligkeitsprinzip, welches das Hauptcharakteristikum des Förderprogramms NGP darstellt, wird in der öffentlichen Wahrnehmung durch hoheitliche Landesverordnungen untergraben. Die Strukturschwäche im ländlichen Raum sowie die jahrzehntelange Prägung als Grenzregion haben eine besondere Sensibilität gegenüber dem Naturschutz bzw. dessen Wahrnehmung als entwicklungshemmende Initiative zur Folge.

„Naja, ich habe ja schon 1996, oder 1995, bei Landrat [-] damals interveniert ständig und mich beschwert. [...] Immer interveniert, dass wir hier, wo wir schon der strukturschwächste Raum sind, in Schleswig-Holstein sind, noch weiter damit düpiert werden und runtergedrückt werden.“ (Kommunalpolitik SH)

Daraus ergab sich die Notwendigkeit, aber auch besondere Schwierigkeit, eine Differenzierung des Handlungsansatzes des NGP und der hoheitlichen Naturschutzverordnungen in der öffentlichen Wahrnehmung durchzusetzen. Seitens des Projektträgers wird zum Befragungszeitpunkt bestätigt, dass erst mit Beginn der zweiten Fördertranche eine differenzierte Wahrnehmung erfolgte:

„Und jetzt mit dem Anschlussprojekt, wo die Kenntnis ja weitaus umfangreicher auch bei den evtl. Betroffenen vorhanden ist. Und sie wissen eben, dass unser Projekt als solches eben nicht das scharfe Schwert darstellt, was zunächst befürchtet wurde, [...] und insofern ist das jetzt auch so dreimal bis fünfmal sanfter abgelaufen als vorher. Also es ist nicht vergleichbar.“

Nachstehender Kommentar bezieht sich auf den Vergleich des NGP mit dem Agenda-Prozess im BR Schaalsee, welcher Identifikation mit einem regionalen Gemeinschaftswerk hervorbrachte:

„Richtig, weil das [NGP] ja wirklich runtergedrückt wird nur auf den Ankauf von Flächen für den Naturschutz, was ja der Auftrag ja nur war. Mehr nicht.“ (Kommunalpolitik SH)

Die am Beispiel dieses Akteurs erkennbare Distanz zum NGP aufgrund der streng sektoralen Ausrichtung und der als gering angesehenen Mitwirkungsmöglichkeiten verhindert insgesamt eine regionale Verankerung des NGP als legitimierten Teil der regionalen Entwicklung, obwohl die Förderrichtlinie auf dem Freiwilligkeitsprinzip beruht. Verbunden mit diesem Prinzip ergeben sich jedoch konkrete Anforderungen an das Projektdesign, das der Profilierung des Freiwilligkeitsprinzips dienen müsste. Nachstehende Zitate belegen die Anforderungen:

„[...] das Projekt beruht ja auf freiwilliger Basis. Das heißt aber, wenn ich irgendwie, staatliche gesprochen, ein Zwangsmittel in der Hand habe, dann kann ich mich auf einen Sektor beschränken. Sobald es darum geht, dass ich andere Leute animieren muss, dieses Projekt zu unterstützen, dann muss ich eine absolute Bandbreite in der Hand haben. Und wirklich, je mehr Fäden ich in der Hand habe, desto besser ist das.“ (Projektträger)

Die Vielfalt der erforderlichen Kontakte in sektoraler Hinsicht erklärt sich wie folgt:

„Sie müssen zu den Naturschutzbehörden, Sie müssen zum Bundesamt, Sie müssen zur Bevölkerung, Sie müssen zur Regionalpolitik, Sie müssen bei den Kreisen und, und, und. Interessensverbände, zur Raumplanung, zur Wasserwirtschaft und, und, und. Alles, was den ländlichen Raum in irgendeiner Hinsicht berührt, da müssen Sie auch die Möglichkeit haben, ausreichend Kontakte pflegen zu können.“ (Projektträger)

Jedes NGP steht folglich vor der Herausforderung, in dem Projektgebiet intensive Kommunikationsarbeit zu leisten, wobei zwei Dimensionen zu berücksichtigen sind. Zum einen sind der Aufbau und die Pflege von Institutionen-Kontakten zu leisten. Die nötigen Kontakte sind angesichts des eher transparenten Systems von Zuständigkeiten im Verwaltungsaufbau der Länder relativ gut zu fassen. Hinsichtlich der Vielzahl und länderspezifischen Strukturen im Falle länderübergreifender Projekte ist diese Vernetzungsaufgabe jedoch nicht zu unterschätzen. Die zweite Ebene ist die örtliche Ebene, auf der konkrete Maßnahmen des Naturschutzes realisiert werden und Flächenverhandlungen stattfinden. Hier treffen die Projektträger auf soziale Strukturen von organisierten und nicht-organisierten Interessen, die für die Projektziele zu gewinnen sind.

„Ich habe jetzt in einem Dorf Landtausche begonnen, ich muss am Kopf anfangen. Das heißt, dort die Leitfigur herausfinden, wer ist das, mit dem klar kommen, überzeugen und wenn der „Ja“ gesagt hat, dann kann ich zum anderen gehen, [...] dann ist es fast der Dominoeffekt. Aber ich muss eben erst den Kontakt haben, so und da reicht nicht ein Kontakt, sondern ich muss in jedem Dorf mehrere Kontakte haben.“ (Projektträger)

Der kommunikative und personelle Aufwand ist angesichts der Größe der Projektgebiete bedeutend und wird durch die zeitliche Dimension noch verstärkt, da der Aufbau persönlicher Netzwerke, die Überzeugungsarbeit ermöglichen, einen nicht zu unterschätzenden Zeitfaktor darstellt.

Die folgenden Schilderungen geben Hinweise darauf, wie die Profilierung des Freiwilligkeitsprinzips flankiert werden kann: In den Interviews wird die Naturschutzpraxis im Kreis Herzogtum Lauenburg erinnert, die maßgeblich durch die Präsenz der Umweltstiftung WWF Deutschland seit den 1970er-Jahren geprägt wird. In dieser Zeit gelang es dem WWF im Rahmen des Artenhilfsprogramms Kranich des Landes Schleswig-Holstein, erste Maßnahmen zum Feuchtgebietsschutz zu realisieren. In den Interviews wird die Naturschutzpraxis in der Retrospektive als unkomplizierter und auf persönlichem Dialog aufbauender Ansatz beschrieben, der unbürokratische Maßnahmen ermöglichte. Im Interview beschreibt der Naturschutzverband/Projektträger das damalige Verhältnis zu den landnutzenden Verhandlungspartnern wie folgt:

„Und wir haben mit den Grundeigentümern damals gute Verhältnisse gehabt und auch per Handschlag die einen oder anderen Bäume retten können.“

Dies wird auch seitens der Eigentümer-Perspektive bestätigt:

„Und vor allen Dingen ist in den 70er-Jahren sehr viel mit [-] in Richtung Kranichschutz und Seeadlerschutz bei uns passiert. Auf freiwilliger Basis hat mein Vater sehr viele Zugeständnisse gemacht, und es hat ja auch damals, ja auch Spaß gebracht, was zu machen.“ (Landnutzung SH)

Im Kontext der hoheitlichen Naturschutzaufgaben hat sich die Beziehung dieses Interviewpartners zum Naturschutz stark verändert. Die Kommunikation wird als zunehmend administrativ und eher konfrontativ wahrgenommen³⁰², wodurch die Bereitschaft zu freiwilligen Zugeständnissen für den Naturschutz gemindert wird³⁰³.

Die Beziehung zwischen den Naturschutzvertretern, die die Durchsetzung der hoheitlichen Naturschutzaufgaben anstreben, und den Flächeneigentümern, die das Landschaftspotenzial in Wert zu setzen versuchen, zeigt sich belastet. Nachstehendes Beispiel schildert aus letztgenannter Perspektive die Realisierbarkeit des Entwicklungspotenzials, welches sich aus dem NGP entfalten soll:

„So, und dass ich jetzt erst wieder eine Aufforderung bekommen habe, der Unteren Naturschutzbehörde, diesen Kanuverleih zu untersagen. Ich meine, komplett lächerlich. Hier liegen jetzt zwei Boote, und Kanuverleih ist das in dem Sinne, dass meine Hausgäste damit fahren oder die Leute, wenn sie hier zum Kaffeetrinken kommen und dann hier mal in der Bucht mal eine halbe Stunde, nach einer halben Stunde sind die sowieso schon wieder da.“ (Landnutzung SH)

Kleinräumliche Nutzungsmöglichkeiten im Kontext hoheitlicher Schutzaufgaben auszuhandeln, erscheint als mögliche Strategie, um das Verständnis von Landeigentümern, die touristische Angebote bzw. Angebote zur Naherholung bieten und somit eine regionale Entwicklungsfunktion erfüllen, sinnvoll und notwendig. Diesen regionalen Leistungsträgern kommt eine Schlüsselfunktion in der Region Schaalsee zu, denn in der strukturschwachen Region sind sie diejenigen, die das abgeleitete Entwicklungspotenzial des NGP umsetzen und erlebbar machen können. Sie als Partner zu gewinnen, erscheint aus naturschützerischer Perspektive nicht nur attraktiv, sondern notwendig, um Akzeptanz für eine grundsätzlich strenge Schutzstrategie durch Multiplikation zu fördern.

³⁰² „Und solche, mit solchen Problemen muss ich mich hier ständig rumärgern, ja, und organisieren. Wenn man erst mal wieder so ein Schreiben von der Behörde hat, ja wenn man nicht reagiert oder dies und das macht, dann drohen sie immer gleich mit Ordnungswidrigkeit und was weiß ich. Und ja, solche, ja, so sieht das hier bei mir aus.“ (Landnutzung SH)

³⁰³ „Es gibt sicherlich Kompromisse, die wir gerne eingehen und immer eingegangen haben, auch in der Vergangenheit, als es eben noch nicht hier auf diese administrative Weise passierte, die wir freiwillig gemacht haben, aber nicht, wo es einfach auch keinen Sinn macht. Und dagegen immer angehen zu müssen ...“ (Landnutzung SH)

4.8.3 Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit im Kontext des NGP erfolgt auf mehreren Wegen, insgesamt allerdings wenig intensiv. Die positive Etablierung des Naturschutzes als öffentliches Thema erfährt hierdurch kaum relevante Unterstützung. Die Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sind Maßnahmen in der Landschaft des Projektgebiets, die Internetpräsenz sowie Printmedien. Die beiden Letzteren eignen sich allerdings nicht für eine nähere Betrachtung, da die Internetpräsenz lediglich grundlegende Informationen zum Projekt bereitstellt, aber nicht als Plattform zur Darstellung des Projektverlaufes oder gar als Diskussionsplattform dient. Auch die Herausgabe von Printmedien erfolgt restriktiv. Ein Projektflyer dient der grundlegenden Information über das Projekt. Anhand beider Medien zeigt sich, dass der Bereich Öffentlichkeitsarbeit ein marginaler Projektbereich ist.

Dies zeigt sich auch anhand der Öffentlichkeitsarbeit in der Projektlandschaft. Aufgrund der begrenzten Eigenmittel für die Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in der Phase der Vorleistung zur Fördermittelakquise, wurden externe Mittel eingeworben. So dokumentieren die Lübecker Nachrichten am 20.08.1991³⁰⁴:

„Für die Erstellung der ersten Informationstafeln Vogelwelt im Zweckverbandsgebiet, die an drei Stellen im August 1991 errichtet wurden, wurden externe Sponsorenmittel (Holsten-Brauerei) eingeworben.“

Als Strategie der Aufwertung der Öffentlichkeitsarbeit eignet sich dieses Vorgehen in besonderer Weise, da sich eine Win-win-Situation einstellt. Die Sponsoren pflegen ihr Image oder ihre Unternehmensreputation hinsichtlich ihrer ökologischen Verantwortung (Kritik des Green-washing), während die Naturschutzinitiative, neben dem Gewinn von Mitteln für einen unterfinanzierten Bereich des Projektmanagements, mit bekannten Unternehmen/Marken an ihrer Seite ebenfalls ihr Image pflegen kann. Eine weitere systematische Verfolgung dieser Strategie kann nicht festgestellt werden.

Das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Informationsangeboten in der Projektregion kann von Beginn an dokumentiert werden.

„[...] Der Besucher sollte auch wissen, mit welchen Informationen er hier rechnen kann. Es ist für den Bürger nicht transparent genug, wo er von wem was erwarten kann.“ (Zitat Lutz Wilde vom Zweckverband, Markt für Ratzeburg und Umgebung, Nr. 39, 23.09.1992³⁰⁵)

³⁰⁴ Harmann 1991b

³⁰⁵ o.V. 1992c

„[...] Ziel des ZV „SL“ sei es, so erklärte G. Kröpelin, Flächen für den Naturschutz zu sichern, die Pflege- und Entwicklungsplanung sowie deren Umsetzung für das Gebiet zu gewährleisten und nicht zuletzt, die Bürger über die Arbeit zu informieren und für eine mögliche Mitarbeit im Naturschutz zu gewinnen.“ (Markt für Ratzeburg, 14.04.1993³⁰⁶)

Diese Projektstrategie kann angesichts geringer Ressourcen für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung nicht realisiert werden. Im Verlauf des Projekts unternimmt der Zweckverband eher zurückhaltende Öffentlichkeitsarbeit. Dieser liegt jedoch auch die Annahme zugrunde, dass sich erfolgreiche Maßnahmen von selbst langfristig positiv auf das Image des Naturschutzvorhabens auswirken:

„Wo dann nicht unbedingt immer ganz dick ZV oder NGP dran steht, aber das sind eben die Dinge, die so unschwerflich implantiert worden sind und ihre Wirkung auch langfristig entfalten.“ (Projekträger)

Angesichts der aufgezeigten Akzeptanzmängel gegenüber dem NGP erscheinen jedoch Positivbeispiele als ungenutztes Potenzial, v. a. wenn tatsächlich veränderte Haltungen in die öffentliche Wahrnehmung durchdringen könnten:

„Da [Anm.: Großer Mustiner See] hatten wir großen Auftrieb, die Eigentümer, verschiedene Gemeinden, weil das genau an der Gemeindegrenze war, und die Fachbehörden, also es waren fast 20 Leute und ausnahmslos alle haben das [Anm.: Seeadler-Schutz] unterstützt! Was will man mehr? Und insofern ist das nichts, was man hier mit Schlagzeilen versehen kann, aber auf der anderen Seite, die Bewusstseinsbildung, die Schönheit der Natur, die Vielfalt, die hier erlebbar ist, und, und, und. Das ist in den Köpfen. Die Frage ist immer nur, wie weit outed sich der Einzelne.“

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der lokal-regionalen Presse weist ein Zitat zu einer beispielhaften Verhandlungssituation im Kontext einer Projektmaßnahme auf die Schwierigkeit in der Zusammenarbeit hin.

„[...] und man hat einen sehr hartnäckigen Vertreter der örtlichen Presse, der hat also sehr intensiv gefragt, aber wenig verstanden. Ich muss es einfach so sagen.“ (Projekträger)

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Wege zum Ziel bietet der Naturschutz eine weite Angriffsfläche für Außenstehende – nicht nur für die Presse:

„Die Möglichkeiten der Zielumsetzung auf Naturschutzflächen sind so vielfältig, dass der Naturschutz aus dem Grunde also sachlich nicht in der Lage ist, mit einer Meinung nach außen zu treten, was mit den Flächen zu passieren hat. So das heißt also, dass das was in der Vergangenheit war, wo noch weniger Erfahrung vorlag, ein Außenstehender, der ein bisschen rhetorisch begabt war, also sofort den Naturschutz auseinander nehmen konnte.“ (Projekträger)

Die Notwendigkeit, die Argumentationen und Ziele des Naturschutzes insbesondere auch der lokal-regionalen Presse zu vermitteln, erweist sich als bedeutsam, um die notwendige Profilierung des Projekts zu befördern.

³⁰⁶ Fischer 1993

4.9 Zusammenfassung der zentralen Erkenntnisse

Die Fallstudie zeigt bzw. bestätigt, dass die politische Wende in der DDR ein „policy window“ für den Naturschutz war. Diese Chance wurde von dem ebenen- und zügig auch länderübergreifenden Netz von Naturschutzakteuren auf landespolitischer Ebene erfolgreich für die eigene Zielsetzung genutzt. Die Verordnung des Nationalpark-Programms belegt dies. Auch auf lokal-regionaler Ebene konnten Handlungsvorteile (Flächenverfügbarkeit und Kaufkraft) genutzt werden. Allerdings gelang es nicht, im Zuge des NGP die gesellschaftliche (Neu-)Orientierung und Phase des Aufbruchs für die Ingangsetzung von Verständigungs- und Überzeugungsprozessen zur Aufwertung des Schutzes der Natur zu nutzen. Die Fallstudie zeigt die vielfältigen Resultate auf. Es hat sich ein konkurrierendes Verhältnis zwischen dem Naturschutz und anderen Nutzergruppen und Flächeninteressenten etabliert, da die Verhandlungsstrukturen um das NGP keine Überzeugungsprozesse für „mehr“ Naturschutz in der Region initiierten. In den drei bzw. vier Etappen des Projektverlaufes, d. h. der Antragsphase, der Erarbeitungsphase des PEPI sowie der Projektumsetzung (Tranche 1 und Tranche 2), erweisen sich regionsspezifische und projektspezifische Aspekte als zentral für die Verhinderung dieser Überzeugungsprozesse für die Naturschutzziele. Abb. 15 gibt zunächst einen Überblick über diese, woran sich deren Erläuterung anschließt.

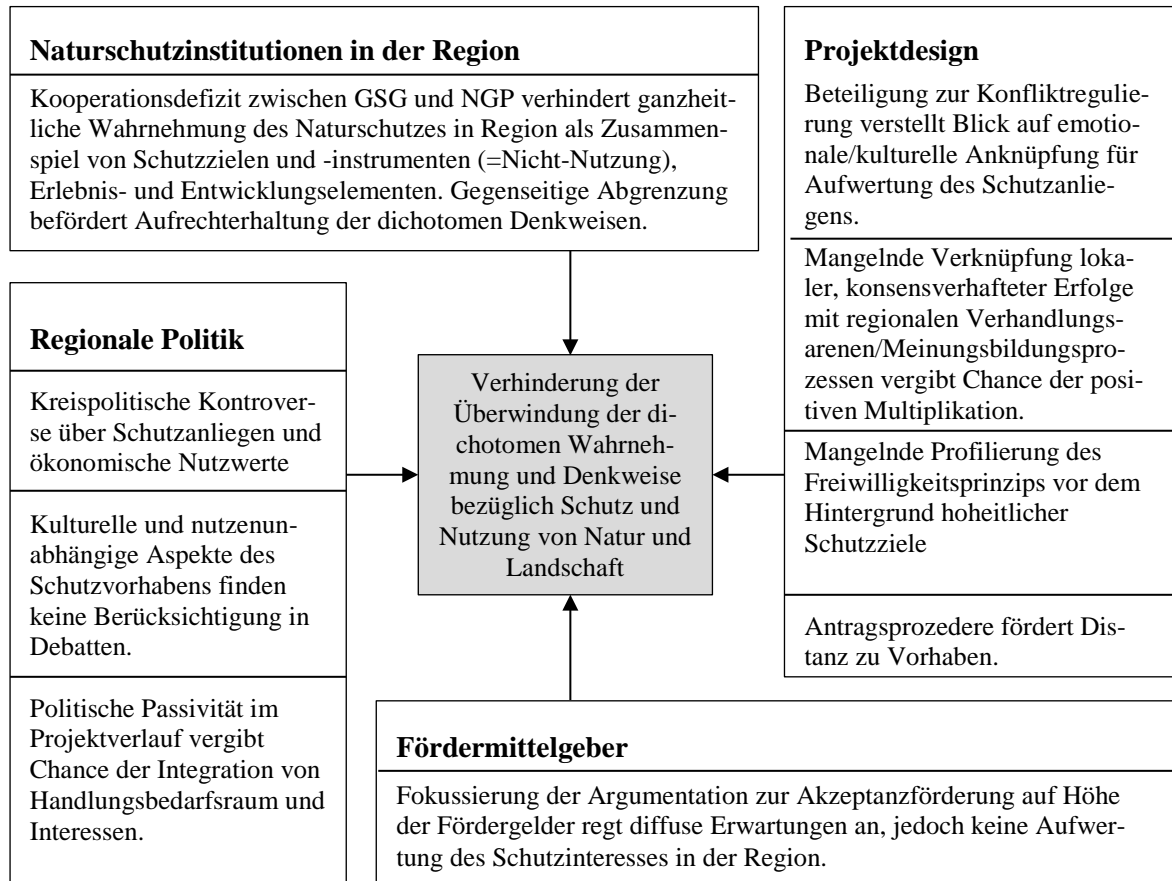


Abb. 15: Übersicht der zentralen Hemmnisse für die Überwindung der dichotomen Wahrnehmung von Schutz und Nutzung von Natur und Landschaft (NGP SL), eigene Darstellung

Die politische Kontroverse, die die Antragsphase begleitet, legt das Fundament für das Vorhaben. Die politischen Akteure fokussieren in ihren Debatten auf die Dichotomie von Naturschutz und ökonomischen Nutzwerten. An die Zusammengehörigkeit von Schutzbemühungen und ökonomischen Erträgen wird nicht angeknüpft, ebenso bleibt eine Auseinandersetzung mit den kulturellen und nutzenunabhängigen Werten des Schutzes der Natur aus. Das Vorhaben etabliert sich, gleich zu Beginn als Konfliktthema in der Region. Die Aufmerksamkeit der politischen Projektträger nimmt auch deswegen im Projektverlauf ab und mündet in deren Passivität. Die fehlende inhaltliche Integrations- und Ausgleichsfunktion der politischen Projektträger ist ein Grund für den Fortbestand der Distanz zwischen den verhandelnden Interessen und deren Fokus auf ihre Interessendivergenzen. In Folge entfaltet sich auch das Entwicklungspotenzial des zusammengehörigen Naturraums nur in Ansätzen, da die integrierende Funktion der politischen Akteure für die Überwindung der administrativen und förderpolitischen Hürden fehlt.

Die Interaktionsorientierung der Akteure im NGP ist durch die GSG in der Region geprägt. Die strukturelle Netzwerkanalyse deckte deren quantitative Dominanz im aktiven Netzwerk auf. Diese wirkte sich jedoch nicht integrierend auf die dahinterstehenden Institutionen aus. Die beiden aneinandergrenzenden GSG und das NGP, das diese überlappt, kooperieren nur schwach und pflegen eher ihre Differenzierung entlang den Prioritäten von Schutz (NGP) und Entwicklung (BR) bzw. Naturerleben (BR und Naturpark). Sie bilden folglich kein Kollektiv und schöpfen das Potenzial, durch eine gemeinsame, abgestimmte Argumentation und gegenseitige Unterstützung die Anliegen des Naturschutzes zu kommunizieren, nicht aus. Damit behindern sie auch die Entfaltung regionaler Zusammengehörigkeit entlang dem Naturraum. Die Interaktionsorientierung kann anhand der vorliegenden Daten nicht eindeutig als kompetitiv oder egoistisch-rational beschrieben werden, jedoch ebenso wenig als kooperativ. Die Interaktion erscheint in der Fallstudie als distanzierte Koexistenz.

Den Zusammenhang von Beteiligung und Überzeugungsprozessen für Naturschutzmaßnahmen belegt die Fallstudie mehrfach: Weder während der Erarbeitung des PEPl noch während der späteren Vorhabenumsetzung ist ein kollektives Interesse an dem Erfolg des Naturschutzvorhabens erwachsen. Die Reduzierung der Akteursbeteiligung auf den Zweck der Konfliktregulierung versperrt die Perspektive auf gemeinsame Interessen, Synergien und damit auch die Chance, Wertedifferenzen zu überwinden. Unzureichende Einbindung der primären und der sekundären Zielgruppen hemmt die fachliche Unterstützung und stärkt bei einer parallelen Erfahrung von partizipativen Prozessen der Regionalentwicklung (hier: LSE und Agenda-Prozess des BR Schaalsee) die Distanz zwischen den regionalen Akteuren und dem betrachteten Vorhaben. Auch die spätere Anknüpfung oder Vernetzung mit den regionalen Partizipationsprozessen kann diese Wahrnehmung nicht mehr verändern. Darin sowie in der medialen Präsenz der Auflagen und Anweisungen seitens des Fördermittelgebers während der langwierigen Antragsphase begründet sich, dass das Projekt, trotz der Anbahnung durch die lokale Politik, nicht als Vorhaben der Region, sondern als aufoktroyiert angesehen wird.

Lernprozesse können in der Fallstudie Schaalsee zwar bestätigt werden. So sind Kenntnisse über die Positionen der Konfliktgegner gewonnen, die Annäherungen ermöglichen. Positive Belege dafür, dass Verständigungs- und Überzeugungsprozesse, in denen sich der Schutz der Natur als kollektives Anliegen platziert und Zugeständnisse ermöglicht wurden, konnten auf kleinräumiger sowie bilateraler Ebene ebenfalls erfasst werden und werden letztlich durch die flächenbezogenen Erfolge des Vorhabens bestätigt. Ohne die Verknüpfung dieser jeweils

kleinteiligen lokalen Fortschritte mit regionalen Verhandlungsarenen scheint es jedoch kaum möglich, das Schutzanliegen aus seiner marginalisierten Stellung herauszuholen. Die fortbestehende Distanz regionaler Akteure zum NGP und zu dessen Schutzziele legt dies nahe, was jedoch auch auf praktische Aspekte des Projekts zurückgeführt wird. So entfalten erfolgreiche beteiligungsorientierte Naturschutzmaßnahmen wegen mangelnder öffentlicher Berichterstattung oftmals nur geringe Ausstrahlungseffekte. Konsensverhaftete Erfolge des Naturschutzvorhabens bleiben für den grundsätzlichen Wandel der Wahrnehmung der Naturschutzmaßnahmen folglich wenig genutzt. Hier rückt, neben den geringen Ressourcen für flankierende Öffentlichkeitsarbeit im Projekt, die auf den beruflichen Naturschutz fokussierte Akteursvernetzung um das NGP in den Fokus. Sie entfaltet geringe unterstützende Multiplikatoreffekte. Die Erfahrung der Konfrontation dominiert weiterhin und blockiert langfristig die Annäherung der Perspektiven und den Wandel von Meinungen und Haltungen im lokal-regional stabilisierten Interessengefüge.

Der Erwartung (und Förderrichtlinie) folgend, dass die Naturschutzziele so besser erreicht würden, wurden zunächst die Naturschutzziele verfolgt, um im Anschluss mit anderen Interessen zu verhandeln. Dieses Vorgehen fördert jedoch emotional und kulturell begründbare Akzeptanzprobleme, da die Akteure die Maßnahmen des Naturschutzes stets aus ihrer nutzenabhängigen und Gewohnheits-Perspektive beurteilten. Sie werden in dem Eindruck bestärkt, dass Gestaltungsspielräume für bspw. touristische Infrastruktur und Naherholung nicht angemessen eingeräumt werden. Das Empfinden des Herausdrängens des Menschen aus der Natur verfestigte die Wahrnehmung der konkurrierenden Beziehung zum Naturschutz. Die mobilisierende Kraft von landschaftsbezogenen Vorhaben zeigt sich in zweierlei Ausprägungen: Landschaftsveränderung hat bei unmittel- (Nutzer) sowie mittelbarer Betroffenheit (Gemeinden) einen hohen Aufmerksamkeitsfokus. Bleibt diese hohe emotionale und kulturelle Sensibilität durch den Naturschutz unberücksichtigt, sind Reaktanzen unvermeidbar. Die andere Ausprägung zeigt sich als Stolz auf das natürliche Lebensumfeld, als Quelle und Antrieb von Akzeptanz für Naturschutzmaßnahmen. Dieser bleibt aufgrund fehlender niedrigschwelliger Partizipationsmöglichkeiten im als Expertenprojekt wahrgenommenen NGP ungenutzt.

Das Angebot des NGP für die Region regt in dreierlei Hinsicht kritische Resonanzen in der Region: Zum einen mindert die Verquickung des NGP mit (Entschädigungs-)Verhandlungen im Zuge hoheitlicher Naturschutzentscheidungen aufgrund mangelnder Differenzierung die Wertschätzung des NGP-Ansatzes. Die abnehmende Bereitschaft zu freiwilligen Eingeständ-

nissen für Naturschutzziele aufgrund der Zunahmen von Auseinandersetzungen auf behördlicher Ebene bedingt den Verlust von zivilgesellschaftlichen Kooperationspartnern und ihrem lokal-regionalen Wissen über Natur und Landschaft. Dieses wird aus Furcht vor hoheitlichen Schutzbestimmungen nicht mehr öffentlich geteilt. Der Naturschutz verliert so nicht nur den Zugang zu Wissen und Gestaltungsspielräumen, sondern wirkt zugleich dem lokal-regionalen Stolz entgegen, der durch dieses (geteilte) Wissen gespeist wird. Zum anderen ist mit dem Ziel der großflächigen Grundbeschaffung für den Naturschutz die Notwendigkeit verknüpft, die Projektumsetzung an Überzeugungsprozesse zu koppeln. Der Freiwilligkeitsansatz wird durch die nicht-öffentlichen Verkaufsverhandlungen um Flächen aus Sicht der Akteure ausgehebelt. Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse ist nicht vorauszusehen, da sie schlussendlich auf individuellen Verkaufsentscheidungen basiert. Die fehlende lokal-regionale Vision hinsichtlich der Flächenentwicklung und des Stellenwerts des Naturschutzes sorgt für Unsicherheiten zwischen den Akteuren, mit entsprechender Rückwirkung auf das NGP. Als dritter Aspekt ist die Attraktivität der NGP-Angebote hinsichtlich der alternativen Einkommenschancen durch extensive Landbewirtschaftung und entsprechende Qualitätsprodukte zu beachten. Die Attraktivität wurde zwar auch in der Region Schaalsee anhand der nicht gedeckten Nachfrage nach Flächen bestätigt. Jedoch sind die Chancen der extensiven Landbewirtschaftung angesichts des Flächenbedarfes begrenzt.

Zum Untersuchungszeitpunkt dominiert die Minderung der Lebensqualität (insb. angesichts der bestehenden Herausforderungen der strukturschwachen Region) und der Selbstbestimmung land- und waldbewirtschaftender Akteure durch das Naturschutzvorhaben in der Wahrnehmung der befragten Akteure. Die Forderung nach einem „Naturschutz mit dem Menschen“ wird formuliert. Die Vorstellung über dessen Ausgestaltung ist jedoch auch nach fast zwanzig Jahren intensiver Verhandlungen in der Region noch diffus bzw. durch die dichotome Wahrnehmung von Schutz und Nutzung verstellt.

5 Naturschutzgroßprojekt Grünes Band Eichsfeld-Werratal

5.1 Profil des NGP Grünes Band Eichsfeld-Werratal (NGP EW)

Die Antragsphase (2003 bis 2009) des NGP EW wurde am 20. August 2009 erfolgreich durch die Übergabe des Mittelverteilungsschreibens abgeschlossen. Antragsteller und Projektträger der dreijährigen Förderphase I ist die Heinz Sielmann Stiftung (HSS). Das Projekt wird als Meilenstein der 30-jährigen Geschichte des Fördertitels des Bundes beschrieben, da sich erstmals drei Bundesländer gemeinsam daran beteiligen: Niedersachsen, Thüringen und Hessen. Für die Förderphase I stellt der Bund 758 473 Euro zur Verfügung, weitere 162 195 Euro die Bundesländer Thüringen, Niedersachsen und Hessen. Die HSS beteiligt sich mit 90 630 Euro an den Kosten der ersten drei Jahre³⁰⁷.

Das Projektgebiet erstreckt sich von Nord nach Süd über sechs Landkreise: Osterode am Harz (Niedersachsen), Nordhausen (Thüringen), Göttingen (Niedersachsen), Eichsfeld (Thüringen), Werra-Meißner-Kreis (Hessen), Unstrut-Hainich-Kreis (Thüringen). Naturräumlich ist es den Einheiten Weser-Leine-Bergland im Westen, Thüringer Becken

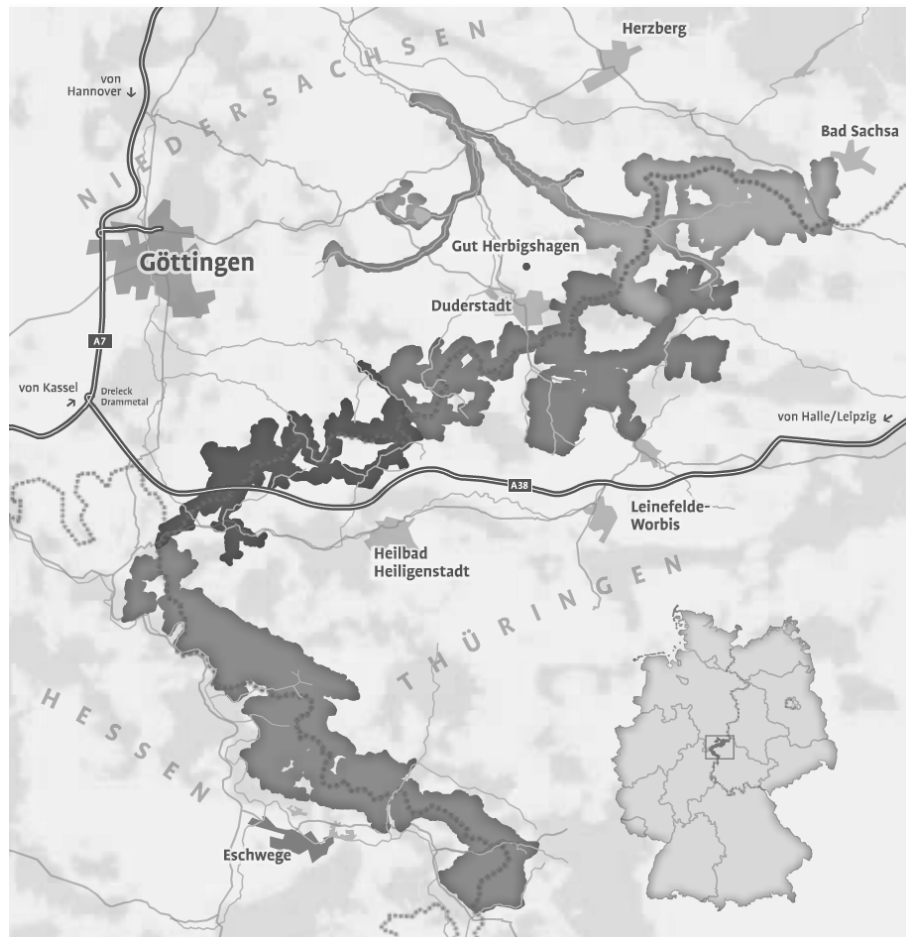


Abb. 16: Projektgebiet des NGP EW,
Quelle: Heinz Sielmann Stiftung o. J.

³⁰⁷ Bundesamt für Naturschutz 20.08.2009

und Randplatten im Osten und Ostthessisches Bergland im Südosten zuzuordnen. Das ursprüngliche Projektgebiet hat eine Flächengröße von rund 31 300 ha und verteilt sich mit etwa 59 % (ca. 18 500 ha) auf Thüringen, 24 % (ca. 7 560 ha) auf Niedersachsen und 17 % (ca. 5 270 ha) auf Hessen³⁰⁸. Das Gebiet zeichnet sich durch die vorhandenen Naturparke auf hessischer sowie thüringischer Seite aus, den Naturpark Meißner-Kaufunger Wald und den Naturpark Eichsfeld-Hainich-Werratal. „Naturparke dienen sowohl dem Schutz und Erhalt der Kulturlandschaften mit ihrer Biotop- und Artenvielfalt - dies wird vor allem über Landschaftsschutzgebiete und Naturschutzgebiete gewährleistet - als auch der Erholung, dem natur- und umweltverträglichen Tourismus und einer dauerhaft natur- und umweltverträglichen Landnutzung“³⁰⁹. Das fachliche Anliegen des NGP ist folglich schon über diese Großschutzgebietskulisse in der Region verankert.

Laut Projektantrag werden im Rahmen des NGP überregional bedeutsame Naturschutzziele verfolgt, nämlich der „Erhalt und die Entwicklung der naturnahen, großräumigen und weitgehend unzerschnittenen Waldkomplexe, die Entwicklung einer überregional bedeutsamen Biotopverbundstruktur sowie die Pflege der historisch gewachsenen Kulturlandschaft“. Der Schutz der Natur wird auch als Chance für eine nachhaltige Regionalentwicklung benannt und das Projekt als „ökonomisch Erfolg versprechende Perspektive für den (Er-)Lebensraum Eichsfeld-Werratal“ beschrieben³¹⁰. Der zugrunde liegende Projektansatz wird anhand der Bedeutung ersichtlich, die der Netzwerkarbeit zugewiesen wurde:

„Für den Erfolg des Naturschutzgroßprojekts Grünes Band Eichsfeld-Werratal ist es von zentraler Bedeutung, die regionalen Akteure auf thüringischer, niedersächsischer und hessischer Seite schon sehr früh über die Ziele und Maßnahmen zu informieren und sie in den Entwicklungsprozess einzubeziehen. Verständigung und Vertrauensbildung benötigen Zeit. Diesen Kommunikationsprozess, der beispielsweise in der Region Eichsfeld bereits seit Jahren erfolgreich praktiziert wird, gilt es auf einer verbesserten Wissensbasis in den nächsten Jahren überregional fortzuführen.“³¹¹

Der bisherige Projektverlauf (Förderphase I) sei hier schlaglichtartig skizziert, Abb. 17 unterstützt den Überblick. Nicht die Rekonstruktion des kompletten Projektverlaufs steht im Fokus, sondern die zeitliche Taktung der einschlägigen Projektschritte sowie die regionalen Resonanzen und deren Rückwirkung auf das Projekt, mit denen sich die Fallstudie beschäftigt.

³⁰⁸ Heinz Sielmann Stiftung 25.06.2007: 6

³⁰⁹ Bundesamt für Naturschutz. 2015a

³¹⁰ Heinz Sielmann Stiftung 25.06.2007: 2

³¹¹ Ebd.

Der Aufbau der internen Projektstrukturen erfolgt bis zum Frühjahr 2010. Im Mai findet eine erste Informationsveranstaltung für potenzielle PAG-Mitglieder statt. Die Biotop-Kartierungen beginnen im Sommer 2010 und schließen im Herbst 2011 ab. Die PAG konstituiert sich mit einer ersten Sitzung (Oktober 2011). Die externe Moderation führt Ende 2010 die Situationsanalyse, eine stichprobenartige und nicht repräsentative Befragung von Akteuren, zu unterschiedlichen Aspekten des NGP durch. Mit einer großen Informationsveranstaltung im Februar 2011 startet die aktive Bearbeitungsphase: Vier Arbeitskreise werden gebildet, die Erarbeitung des Gemeinsamen Entwicklungskonzepts (GEK) beginnt. Nach jeweils zwei Sitzungen der AK muss zum Ende des Jahres der Ablauf angepasst werden, da es nicht gelingt, deren Ergebnisse in ein förderfähiges Leitbild zu überführen. Das Projekt ist zu dieser Zeit starker öffentlicher Kritik seitens der Landwirtschaft und Waldbesitzer ausgesetzt. Im Mai 2012 findet eine Sitzung zur Konfliktklärung zwischen den Fördermittelgebern, dem Projektträger und dem Landvolk Göttingen statt. Die Verlängerung der Förderphase I wird Anfang 2012 beantragt und bis März 2013 bewilligt. Im Sommer 2012 wird die Projektkulisse im Sinne eines Kompromisses verkleinert, die zweite Sitzung der PAG sowie die dritten und letzten Sitzungen der AK finden statt. Aufgrund nicht abnehmender Gegenwehr erfolgt eine weitere Verkleinerung des Projektgebiets. Das Projektteam ändert die Strategie und entscheidet sich für eine klassische Planungsmethodik, um die Erarbeitung des GEK noch zu ermöglichen. Statt in den Arbeitskreisen sucht sie Einigungen und Konfliktlösungen in Einzelgesprächen. Begleitet von einer Protest-Demonstration unter Federführung des Landvolks Göttingen findet die letzte Sitzung der PAG statt, und der Abstimmungsprozess des NGP in der Region endet.



Abb. 17: Übersicht bedeutender Etappen und Ereignisse des Projektverlaufs des NGP EW,
eigene Darstellung

Um die Dynamik während der Förderphase I adäquat einordnen zu können, widmet sich Abschnitt 5.2 den bereits vorhandenen regionalen Erfahrungen an der Schnittstelle von Schutz und Nutzung der Natur und Landschaft. Daran anschließend widmet sich Abschnitt 5.3 dem Projektprozess, gegliedert in die Phase der Antragstellung und die Förderphase I.

5.2 Regionaler Erfahrungsschatz zum Zusammenspiel von Schutz- und Nutzinteressen

Basierend auf den bereits gesammelten Erfahrungen der Akteure mit dem Zusammenspiel von Naturschutz und Landschaftsnutzung, wird das NGP beurteilt und auf dieses eingewirkt. Jede Region ist geprägt von einer eigenen Geschichte der Aushandlung der diversen Landnutzungsinteressen. Die regionalspezifischen Akteurskonstellationen tragen diese stets mit sich, und sie prägt jede weitere Verhandlung. Dementsprechend werden wichtige Schlussfolgerungen zu den Anforderungen an die Umsetzung und der Erklärung der entstehenden Projektdynamiken erwartet.

In der Region Eichsfeld-Werratal wird die Beziehung zwischen Naturschutz und Land- sowie Forstwirtschaft zum Befragungszeitpunkt kritisch eingeschätzt. Im Landkreis Göttingen hält die verbandliche Verknüpfung von Naturschutz und Landwirtschaft im Landschaftspflegeverband Göttingen e.V. die Dialogbereitschaft beispielhaft aufrecht. Sie wird als regionale Stärke der Schnittstellenarbeit gewertet. Im Landkreis Nordhausen existiert ein weiterer Landschaftspflegeverband, jedoch nicht in den flächenmäßig am stärksten involvierten Kreisen Eichsfeld und Unstrut-Hainich, was seitens der Akteure als institutionelles Defizit erkannt wird³¹². Die Interviews belegen ein grundsätzliches Misstrauen der Landwirtschaft, auch begründet in fachlicher Kritik³¹³, gegenüber den Angeboten des Naturschutzes, v. a. hinsichtlich ihrer Konsequenzen. Das mitunter komplizierte Verwaltungsprozedere³¹⁴ der Maßnahmen schreckt nicht nur ab, sondern unterstützt die Skepsis, da die Überschaubarkeit der Maßnahmen darunter leidet und insbesondere deren Folgewirkungen gefürchtet werden.

Nachstehendes Zitat beschreibt die allgemeine Stimmungslage und die schwierige Ausgangslage für den Projektträger des NGP (in der Selbstwahrnehmung):

„[...] zudem war zu der Zeit gerade die Ausweisung „Prozesse Natura 2000“, die sehr viele Leute sehr unglücklich gemacht hat. Weil, das war staathoheitlich übergestülpt. [...] Das war erst mal eine Erfahrung, „Aha, der Naturschutz kommt und macht hier und jetzt kommt plötzlich noch so ein Naturschützer und will hier noch mehr.“ (Projektträger)

Die hoheitlichen Naturschutzmaßnahmen prägen die Bereitschaft, Offenheit und Sachlichkeit der Akteure in den nachfolgenden Verhandlungssituationen unmittelbar. Sie sind eine Hypothek für das NGP, das den Projektansatz des Freiwilligkeitsprinzips vor dem Hintergrund eines belasteten Vertrauensverhältnisses zu vermitteln sucht.

Das Verhältnis zwischen der Forstwirtschaft und dem Naturschutz leidet unter dem Eindruck der Forstwirtschaft, dass ihre naturschutzfachlichen Leistungen nicht zu einer Unterstützung ihrer Arbeit führen, sondern, dass hoheitliche Entscheidungen ihren Gestaltungsspielraum und

³¹² „Als Hindernis für die Projektumsetzung wird auf thüringischer Seite das Fehlen eines Landschaftspflegeverbands genannt. Dies war bereits während der Interviews mit zentralen Einzelakteuren ein Thema. Die Initiative für die Gründung eines Verbandes muss - laut mehreren Redebeiträgen - aus verschiedenen Richtungen kommen sowie fördermittelunabhängig sein: Landkreis, Kommunen, Landwirtschaft, Private, Naturschutz.“ (Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 11.11.2009: 3)

³¹³ „Sodass man diesen Gesamtrückhalt des Landvolks: „Ja, macht das ruhig.“, und so weiter, „aber im Grunde lehnen wir Kompensation ab und wir haben Angst davor, bei Agrarumweltmaßnahmen, wenn wir da mitmachen, mit den Folgewirkungen, was da vielleicht dann ist.“ [...] Ist ja auch in der Vergangenheit immer – ich sag mal – nicht so toll gelaufen. Da wurde auf den besten Ackerböden dann Streuobst gepflanzt und solche Dinge, wo die Akzeptanz erst mal, und das Verständnis auch nicht da ist.“

³¹⁴ „[...] das ist unheimlich. Für so einen Antrag sind es so viel Papiere, wo die auch dann sagen: „Also warum, wie jetzt? Nee, das nervt mich jetzt so, ich mach das jetzt nicht mehr mit.“ (Landschaftspflege)

ihre fachliche Eigenständigkeit beschneiden³¹⁵. Gerade diese polarisierte Beziehung zwischen den beiden Sektoren prägt den weiteren Projektverlauf.

Der Tourismus in der Region ist stark auf die Natur und deren Nutzung als Erlebnisraum ausgerichtet³¹⁶, weshalb Kooperationen und Verhandlungen mit anderen Landnutzungsinteressen, insbesondere auch Flächeneigentümern, zentrale Aufgaben sind. Eine zentrale Problematik, mit der die touristischen Akteure konfrontiert werden, ist die Vielfalt der Landnutzer, die in ihrer Komplexität oftmals nicht überschaut wird. Entsprechende Wissenslücken verursachen trotz partizipativen Vorgehens starke Konfrontationen, die sich aufgrund gruppendynamischer Prozesse in ebenso stark ablehnenden Haltungen manifestieren:

„In unserem Fall war es eben der Rotwildring, den wir vergessen hatten, also die Jäger. Weil wir gesagt haben, wir brauchen den Wald. Also, wer, wem gehört der Wald? Und dann sind uns die eigentlichen Pächter, dann, quasi durch die Lappen gegangen, die dann wirklich ganz massiv Front gemacht haben, sich schon mal alle zusammengerottet hatten, bevor sie dann erst mal auf uns zukamen. Aber dann mit geballter Kraft, und das ganze Projekt in Frage gestellt haben.“ (Tourismus)

Aber auch im Bereich der Landschaftspflege kam es zu ähnlichen Situationen, die belegen, welche Bedeutung das Wissen über den Betroffenenkreis sowie eine unmittelbare und rechtzeitige Information über Veränderungen der Landnutzung haben³¹⁷. Das Wissen um die Vielfalt der Landnutzungsinteressen und -ansprüche erweist sich als zentraler Schlüssel für die Gestaltung konfliktvermeidender Projektprozesse.

Das Wissen über diese Interessenansprüche ist jedoch nur ein Aspekt, ein weiterer ist die Eröffnung von Angeboten, die die Nutzungseinschränkungen auf der Fläche nicht primär als Verlust wahrnehmen lassen.

„Also, das haben wir ja schon im Vorfeld, diese Lagerbildung. Das ist ja eigentlich typisch im Naturschutz. Weil, man kann den Naturschutz auch als eine Nutzung definieren, wenn man so will. Ja, der beschneidet nämlich andere Nutzungen, indem er sozusagen eine gewisse Dominanz auf Flächen entwickelt. Das ist legitim. Man kann diesen Anspruch haben. Aber daraus resultiert dann eben die Abwehrhaltung ganz bestimmter Gruppen. Und mit denen muss man, denen muss man

³¹⁵ „Allein ein Drittel des Privatwaldes wurde als FFH-Gebiet ausgewiesen, weil Generationen von Waldbesitzern und Förstern artenreiche Wälder geschaffen haben.“ (Zitat Göring, Präsident Waldbesitzerverband Thüringen, in Hüniger 2011c)

³¹⁶ „Und wir sind natürlich vom touristischen Angebot hier sehr stark auf naturkundliche Themen aufgebaut. Also, der Radweg, die Kanuwege, also, Kanufahren auf der Werra und das Thema Wandern sind einfach die Hauptthemen.“ (Tourismus)

³¹⁷ „Das war, ist vielleicht so eine Erfahrung bei diesem Hüteschäfer-Projekt. Wir hatten dann Flächen angepachtet, langfristig, für die Schäferie, damit die einen ausreichenden Flächenpool haben. Und dann war irgendwie früh morgens ... Der Schäfer kam da zu seinen Schafen. Und da war er schon ganz aufgeregt, der Jäger, er wüsste davon nichts, und er wollte die Schafe nicht, und er sei hier immer allein gewesen, und denn seine, jetzt würden die Büsche da zernagt, und ... Ja. Da hatten wir halt versäumt – muss ich sagen – frühzeitig die gesamte Jägerschaft auf dieses Projekt hinzuweisen [...]“. (Landschaftspflege)

was bieten können. Das ist ganz, das ist sozusagen der Schlüssel zum erfolgreichen Netzwerk.“
(Wissenschaft)

Die Erfolgchancen des Naturschutzes erweisen sich als gestärkt, wenn er in Verhandlungen mit Flächenbewirtschaftern auf ein konkretes, transparentes und flexibles³¹⁸ Angebotsportfolio zurückgreifen kann, sodass die Wahrnehmung der Einschränkung/Benachteiligung/Verschlechterung der Nutzungsmöglichkeiten verhindert oder unmittelbar abgebaut werden kann. Die polarisierte Beziehung zwischen „der“ Landwirtschaft und „dem“ Naturschutz wird hier beispielhaft beschrieben:

„Oder die haben auch auf ihren Äckern so Ecken, wo sie sagen, "Das können wir eigentlich nicht wirklich gut bewirtschaften". Aber nee, das geht dann um die Sache. Und, "nein, man kann es nicht und können dies nicht", und dann denk ich dann manchmal auch, harte Front hier. Aber eine harte Front auch auf der anderen Seite. Und da muss ich natürlich auch sagen, bei den Naturschützern werden natürlich auch Sachen gefordert, wo ich sage, "Liebe Leute, also das muss sich auch alles ein bisschen finanzieren und irgendwie miteinander geht es, aber so wie ihr euch das vorstellt, geht es sicher nicht". Und oft ist es eben auch so – und das ist ein Ding – dass der Naturschutz an sich ja meistens ein Zuschussgeschäft ist, sich also nicht selber trägt.“ (Regionalentwicklung)

Es wird deutlich, dass die Herstellung eines sachlichen und offenen Dialogs zwischen den beiden Interessen die erste Herausforderung ist³¹⁹ und das Angebotsportfolio insbesondere wirtschaftlichen Kriterien genügen muss. Die Gefahr der Reaktanz anderer Flächennutzungsinteressen gegenüber dem NGP, welches fachlich und flächenbezogen als rein sektorales Vorhaben auftritt, ist angesichts der skizzierten Beziehungsaspekte groß. Die Annahme, dass es auch im Kontext des NGP echter Verhandlungsräume basierend auf flexiblen Angeboten bedarf, um die unterschiedlichen Ansprüche und Interessen in Einklang bringen zu können, ist damit bekräftigt. Nachstehendes Zitat untermauert diese Erkenntnis am Beispiel der Kooperation mit dem Tourismus:

„Wenn man natürlich Naturschutzgebiete auch so versteht, dass Wege gesperrt werden und Zugang nicht mehr möglich ist, dann verliert man ganz schnell diesen Partner [Tourismus]. Also, da, was Netzwerkarbeit angeht, also in jedem Fall auch mit offenen Karten spielen und auch wirkliche Perspektiven aufzeigen, die auch eine touristische Nutzung ermöglichen [...]“ (Wissenschaft)

³¹⁸ „Man darf sich nicht so fest verbeißen: „Ich will jetzt auf der Fläche das und das machen.“ Ich meine, die Fläche gehört nicht uns, die gehört dann unter Umständen nicht der öffentlichen Hand. Da muss man wirklich ganz sensibel gehen. Da muss man auch flexibel bleiben und sagen: „Okay. Da ist aber vielleicht eine andere Alternative. Und da gibt es jemand, der würde was machen.“ Und dann muss man auch mal andere Wege gehen.“ (Landschaftspflege)

³¹⁹ „Und momentan ist in der Landwirtschaft so eine Stimmung, dass ... Es geht ihnen halt nicht so gut [...] und [wenn] sie sich nicht weiterentwickeln können, dann ist der Naturschutz schuld, also, so eine Generalschuld.“ (Landschaftspflege)

Der Hinweis auf die „offenen Karten“ sei unterstrichen, da die argumentative Strategie zur Gewinnung der Unterstützung für Naturschutz mit dem Zusatznutzen „Regionalentwicklung“ seitens eines Interviewpartners explizit kritisch kommentiert wird:

„[...] ich verstehe den Ansatz, das ist ja auch bei anderen Projektansätzen des Bundes so, ich verstehe den Ansatz, die Idee, irgendwo zu sagen, wir haben ein Akzeptanzproblem für Naturschutzprojekte, da setzen wir die Regionalentwicklung da drauf und sagen: „Wenn ihr das macht mit dem Naturschutz, dann habt ihr gigantische Möglichkeiten.“ Aber es ist natürlich, und das jetzt so umzumünzen in diesem Moderationsprozess ... Ich sag ganz ehrlich, die Leute, die solche Projekte sich ersinnen und die Abläufe, die sind zu weit weg von der Praxis. Theoretisch hört sich das alles erst einmal so wunderbar an, aber in der Praxis kann das so nicht laufen.“ (Regionalentwicklung)

Es sei auf den Auftaktworkshop vorgegriffen, da dort diese kritische Einschätzung wieder als zentrales Ergebnis, im Sinne einer Forderung, dokumentiert wurde:

„Die grundlegende Forderung der regionalen Akteure an das NGP ist die Konzentration des Naturschutzgroßprojekts auf die Kernkompetenzen. Es sollen keine „Luftschlösser“ gebaut werden, d. h. im Rahmen des Naturschutzgroßprojekts soll nichts versprochen werden, was dieses nicht halten kann.“³²⁰

Die Wertschätzung von Förderinitiativen zeigt sich somit unmittelbar gekoppelt an die Kommunikation realistischer Gewinne und Chancen, die sich daraus für die Region ergeben. Die kritische Haltung gerade gegenüber den Chancen, die der Naturschutz aufzeigt, weist auf ein diesbezüglich belastetes Image hin. Trotzdem bleiben die Erwartungen in diese Richtung hoch, so benennt die Politik den Bedarf von Angeboten seitens des NGP:

„Dass es sicherlich in erster Linie um Naturschutz geht, steht außer Frage. Aber man darf wohl nicht vergessen, dass in diesen Bereichen auch Menschen wohnen. Und da ist es natürlich wichtig, dass man bei den Projekten auch immer im Auge hat, „wie könnte man eventuell dort auch eine Wertschöpfungskette aufbauen“, dass also die, auch die Menschen, die dort wohnen, wissen oder die Gewissheit haben, also, das Naturschutzprojekt bringt uns auch ein bisschen was wieder zurück. Dass wir auch hier in der, in diesem ländlichen Raum davon ein bisschen profitieren und dass so eine Entwicklung nicht über die Köpfe von den Menschen hinweggeht.“ (Politik)

Die Akzeptanz des NGP steht folglich in unmittelbarem Zusammenhang mit dessen Potenzial, Perspektiven für andere Sektoren zu schaffen. Die dichotome Wahrnehmung von Schutz und Entwicklung ist herauszulesen und lässt für die Akzeptanz eine fragile Basis vermuten. Dass diese Wahrnehmung jedoch schon überwunden werden konnte, zeigt sich an folgendem Beispiel:

„Wir arbeiten ziemlich stark mit dem Naturpark zusammen, der ja durchaus auch Naturschutzziele auf seiner Agenda hat und gerade in unserem Bereich das Thema Premium-Wanderweg ganz stark forciert hat; durchaus auch in Bereichen des „Grünen Bandes“ (...) Und, also, von daher sind das schon touristische Projekte, die ja darauf abzielen, dass Wanderwegenetz an sich ein bisschen einzustampfen, weil man es ja eben nicht mehr so erhalten kann, dafür aber wirklich Highlights zu setzen, die dann wirklich absolut gut in Schuss sind, und diese Highlights eben auch so gut zu ge-

³²⁰ Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 12.06.2009: 4

stalten, dass man sie bundesweit gut vermarkten kann, dass sie also dort auch in dem Wettbewerb wirklich bestehen können.“ (Tourismus)

Der Tourismus nutzt in der ländlich geprägten Projektregion die Kulisse der Natur für die Ableitung touristischer Produkte und hat insofern ein Eigeninteresse an einer intakten Landschaft. Die Eröffnung von Gestaltungsspielräumen zur touristischen Nutzung der Landschaft erweist sich jedoch als notwendige Voraussetzung, damit aus dieser Abhängigkeit eine Synergie im Sinne der gegenseitigen Wertschätzung, Akzeptanz und verbesserten Gestaltungsmöglichkeiten auf beiden Seiten resultiert. Wirtschaftliche Restriktionen und Qualitätsanforderungen des Tourismus münden in das gemeinsame Interesse eines reduzierten Wegenetzes. Der Naturpark erweist sich als starker Partner und Wegbereiter für naturverträglichen Tourismus. Transparenz über diese Erfolge in den regionalen Akteursnetzungen zu schaffen, kristallisiert sich hier für den Naturschutz als notwendige Strategie heraus, um einen Wandel in der Wahrnehmung zu erzeugen.

Die Bedeutung der persönlichen Netzwerke auf örtlicher Ebene im Kontext von landschaftsbezogenen Projekten³²¹ wird von mehreren Seiten betont sowie die Wertschätzung³²² des qualitativen Nutzens von vernetzter Projektbearbeitung geäußert.

Als abschließender Aspekt ist das auf dem Auftaktworkshop formulierte Interesse an einem Erfahrungsaustausch der Diskussionsbeteiligten mit anderen Regionen zu nennen, die ebenfalls Erfahrung mit NGP gemacht haben bzw. machen und sich um die Ableitung von Synergien bemühen. Dies begründet sich in der Erfahrung, dass unterschiedlichste Akteure getrennt voneinander immer wieder die gleichen Probleme haben und die gleichen Erfahrungen sammeln. Der Wunsch nach regionsübergreifendem Austausch bestätigt wiederum ein Interesse an einer für die Region gewinnbringenden Projektumsetzung, sodass der zu Beginn als kritisch beschriebenen Interessenlage auch eine mobilisierbare positive regionale Stimmung ge-

³²¹ „Also, wo man so als Unbedarfter kommt, so: Die [Wandervereine] müssen doch dran interessiert sein, dass wir was an ihrer Infrastruktur, dass wir die besser machen und dass wir die besser vermarkten, und was weiß ich. Aber da ist ... Also, diese persönlichen Befindlichkeiten, das ist schon nicht schlecht, wenn man da auch irgendwie jemanden hat, der da eben wirklich ein Urgestein ist und da was zu sagen kann.“ (Tourismus); „Also, [...] ich gehe immer wieder raus in die Dörfer. Auch wenn es um EU-Programme geht oder sonst was, dann fahre ich nach Scheeden und mache in einer Gaststätte, da trifft man ... Und das ist wirklich schön zu sehen: Die Landwirte kommen dann auch, wenn man da hingeht. Also, dann fühlen sie sich auch angesprochen.“ (Landschaftspflege); „Und so ein Netzwerk baut sich nicht eben von heute auf morgen auf. Und ich glaube, wichtig ist, dass die Akteure, die so was machen, wie wir, dass man fest verankert ist.“ (Landschaftspflege)

³²² „Aber, also, im Prinzip ist es schon, sind es eben wirklich diese Kosten- und Arbeitersparnis. Ja auch, aber durchaus auch quasi die inhaltliche Sache. Also, man brütet ja selber über eigenen Projekten. Aber wenn man eben das mit einem Kollegen zusammen macht, bringt ja jeder auch irgendwie was ein, um das Ganze, ja, positiv weiterzuentwickeln.“ (Tourismus)

genübersteht. Wenige Aussagen liegen zum Erfahrungsaustausch und kontinuierlichen Lernprozess innerhalb der Region vor, jedoch Hinweise auf ressourcenbedingte Defizite³²³ angesichts der Raumüberwindungskosten³²⁴.

Tab. 25 fasst die in der Diskussion während des Auftaktworkshops und der Interviews erfassten Erfahrungen zum Zusammenspiel von Naturschutz und Landschaftsnutzung zusammen. Wie sich diese Erfahrungen und Haltungen im Projektprozess auswirken, wird in den nachfolgenden Absätzen deutlich, wenn der Projektprozess betrachtet wird.

Tab. 25: Zusammenspiel von Schutz und Nutzung - Erfahrungen und Schlussfolgerungen,
eigene Darstellung

Erfahrungsbereiche	Schlussfolgerungen (Erkenntnis, Haltung, Forderung, Erwartung)
Institutionelle Verknüpfung von Landwirtschaft und Naturschutz durch Landschaftspflegeverband	Schnittstelle hält Dialog auch in Krisenzeiten aufrecht. Initiative für verbandliche Verknüpfung muss auf beteiligten Sektoren beruhen (Politik/Kommunen, Landwirtschaft, Naturschutz).
Misstrauen der Flächenbewirtschafter gegenüber Naturschutzmaßnahmen	Nicht überschaute Konsequenzen der eingewilligten Naturschutzmaßnahmen, verstärkt durch kompliziertes Verwaltungswesen, münden in prinzipielle Ablehnung/Skepsis gegenüber Angeboten des Naturschutzes.
Hoheitliche Naturschutzmaßnahmen (Schutzgebietsausweisungen) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Forstwirtschaft 	Minderung der Bereitschaft, Offenheit und Sachlichkeit im Dialog über Naturschutzmaßnahmen aufgrund der Erfahrung der Machtlosigkeit gegenüber Entscheidungen des hoheitlichen Naturschutzes <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wahrnehmung der Schutzgebietsausweisung als „Bestrafung“ für naturschutzfachliche Leistung
Angebotsportfolio des Naturschutzes <ul style="list-style-type: none"> ▪ Partnerschaft mit Tourismus 	Angebotsportfolio muss Kriterien der Zielgruppe gerecht werden (Flexibilität, Wirtschaftlichkeit), um prinzipielle (nicht begründete) Ablehnung im konkreten Einzelfall überwinden zu können. <ul style="list-style-type: none"> ▪ Spielräume sind vorhanden: Qualität statt Quantität (Beispiel Wanderwegenetz)
Vielfalt der Anspruchsgruppen auf der Fläche	Wissen um Vielfalt ist wertvolle Ressource im Kontext flächenbezogener Nutzungsplanung, insbesondere Nutzungsänderungen, um konfliktvermeidende Projektstrategien realisieren zu können.

³²³ „[...] dieses Networking, das beansprucht natürlich auch Zeit und ist abhängig einfach von der personellen Ausstattung. Also – sagen wir mal so –, ich hab nicht die Zeit dafür, die ich eigentlich gerne hätte, um das wirklich konsequent zu betreiben. Dass man also regelmäßig miteinander spricht, sich trifft. So findet das irgendwie zwar ... Es gibt ja institutionalisierte Treffen schon, aber dazwischen läuft halt doch relativ wenig, weil eben jeder wirklich zusehen muss, dass er den Kopf über Wasser behält.“ (Bildung)

³²⁴ Raumüberwindungskosten resultieren aus der Bewegung von Gütern, Personen und Informationen im geografischen Raum. Bei der Bewegung von Menschen im Raum entstehen verschiedene Kosten(äquivalente), so für den Transport, den Zeitaufwand, die Unannehmlichkeit des Reisens sowie die Akkulturation in der aufgesuchten und i. d. R. fremden Umgebung (vgl. Bröcker und Fritsch 2011: 85).

Fortsetzung von Tab. 25	
Erfahrungsbereiche	Schlussfolgerungen (Erkenntnis, Haltung, Forderung, Erwartung)
Labeling von Naturschutzprojekten mit „Regionalentwicklung“	Phänomen wird eher als Werbestrategie, weniger als konkrete Perspektive/attraktives Angebot wahrgenommen: Naturschutz muss Spielräume aufzeigen – mühsame Verhandlungen zugunsten der Glaubwürdigkeit/Überzeugung vermeiden – mit offenen Karten spielen.
Dichotomie von Schutz und Nutzung	Naturschutz im Lebensumfeld ist unmittelbar an Lebensqualität und -perspektive geknüpft: Anknüpfungspunkte für Entwicklung und Nutzung sind Fundament für Akzeptanz.
Teilen und Nutzbarmachen von Erfahrungen	Akteure sehen versäumte Chance, Entwicklungen positiv zu stärken, in einem fehlenden Erfahrungsaustausch zwischen Regionen mit gleichen/ähnlichen Herausforderungen: hier Umsetzung von NGP.
Länder-/kreisübergreifende Projekte	Administrative Herausforderung: Beratung der Länder notwendig

5.3 Projektprozess

Dieser Abschnitt widmet sich der Phase der Antragstellung und dem Verlauf der Förderphase I. Die Darstellung erfolgt überwiegend chronologisch. Im Einzelfall ist ein Vor- oder Rückgriff jedoch notwendig, um die Argumentationen logisch zu verknüpfen oder durch entsprechende Belege zu stärken.

5.3.1 Phase der Antragstellung – Weichenstellung für die NGP-Akzeptanz

Der Phase der Antragstellung ist bereits relevanter Einfluss auf die Aufnahme und Akzeptanz des Vorhabens in der Region zuzusprechen. Die Einschätzungen und Erwartungen, die an deren Ende bzw. zu Beginn der Förderphase I gegenüber dem NGP bestehen, geben Aufschluss darüber, wie es gelungen ist, das Projekt, dessen Ziele und Vorgehen, der Region zu vermitteln. Die Netzwerkanalyse, Experteninterviews und Ergebnisse der Situationsanalyse der externen Moderation³²⁵ werden herangezogen, da sie ein differenziertes Bild der interessierenden Aspekte nachzeichnen.

Exemplarische Zitate belegen zunächst, wie die mehrjährige Antragsphase auf die Akteure einwirkt und die Haltung gegenüber dem NGP prägt. Die große Einigkeit der Akteure hinsichtlich der Problematik wird deutlich, ebenso das Spannungsfeld, in dem sich das Projekt in dieser Phase bewegt.

³²⁵ Vgl. Schönfelder 2011

Tab. 26: Resonanzen auf mehrjährige Antragsphase in Region EW, eigene Erhebung

Zitierter Sektor	Zitat	Einordnung
Projektträger	„Die lange Antragsbearbeitungszeit [...] ist aber nicht förderlich, wenn man so frühzeitig Informations- und Öffentlichkeitsarbeit macht. Weil, man erweckt damit Erwartungen, die Leute denken irgendwann, sie werden nicht mehr für voll genommen, oder denken, es passiert irgendetwas im Hintergrund, wenn man sich längere Zeit nicht mehr meldet.“	<p>➔ Antragsphase erweist sich als erste Belastungsprobe für Akzeptanz des Projekts:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Informations- und Öffentlichkeitsarbeit im Spannungsfeld von (politischer) Akzeptanzförderung/-gewinnung und (regionaler) Geduldsprobe - Vertrauensaufbau leidet unter geringem Informationsfluss.
Landschaftspflege	„Man kann das auch nicht kommunizieren, dieses Naturschutzgroßprojekt. Wenn man dann hört, dann noch mal drei Jahre Moderationsphase und noch zehn Jahre. Und das ist für die Leute alles so weit weg. Da frag ich mich, wann ist es wirklich sinnvoll, sie heranzuholen.“	
Wissenschaft	„Vielleicht war das sogar ein Fehler, so früh darüber zu reden, weil wir natürlich, weil die Erwartungen geweckt worden sind. Und dann, das hat auch zu einer Belastung des Projektträgers geführt. Andererseits – das darf man nicht verkennen, eine frühe Öffentlichkeitsarbeit, man gewinnt ja schon Partner, die auch dann in gewisser Weise jeden, also die Institution, den Projektträger unterstützen bei der Antragstellung bezogen auf den Geldgeber.“	
Protokoll Auftaktworkshop, S.6	„Unkenntnis zum aktuellen Projektstand und daraus resultierende Unsicherheit wird von vielen Seiten bestätigt und kritisiert.“	
Projektträger	„Diese gezielte Aufklärungsarbeit ist jetzt mehrfach geleistet worden. Und es hält, es hat immer eine Haltbarkeit von etwa einem Jahr.“	<p>➔ Öffentlichkeitsarbeit zieht Einforderung von Aufklärung durch (potenziell betroffene, interessierte) Akteure nach sich: ressourcenintensiv.</p>
	„[...] das ist halt auch eine Erfahrung, dass also Kommunikation unheimlich viel Zeit in Anspruch genommen hat, weil die Leute natürlich immer einzeln informiert werden wollten am Telefon, oder hier vorbeigekommen sind, sich informiert haben, und jedes Mal also doch in einem gemütlichen Sinne eine Stunde dabei draufgeht, um die Komplexität auch vernünftig erklären zu können, auch die Ängste zu nehmen.“	
Protokoll Auftaktworkshop, S. 6	„Ein weiterer negativer Effekt ist, dass sich bereits gebildete oder sich bildende Netzwerkstrukturen um das NGP während der langen Zeit der fehlenden Information/Kommunikation wieder aufgelöst haben.“	<p>➔ Angestoßene Vernetzung/Motivation zum NGP bleibt ungenutzt: Minderung der Motivation.</p>

³²⁶ Bestätigung des Ergebnisses der Situationsanalyse der begleitenden Moderation: Frühzeitige Einbindung, kontinuierliche Information, persönlicher Umgang sind Erfolgsfaktoren; Informationen im letzten halben Jahr zu gering (vgl. Schönfelder 2011: 5)

Fortsetzung von Tab. 26		
Zitierter Sektor	Zitat	Einordnung
Protokoll Auftaktworkshop, S. 5	„Laut einiger Akteure wirkt sich dieser Schwebezustand auch negativ auf die Regionalentwicklung aus, da die Region auf den großen Impuls des NGPs wartet, was zum Stillstand vieler anderer Aktivitäten in der Region führt.“	➔ Aussicht auf NGP als regionalbedeutsames Förderprogramm wirkt als „regionale Handbremse“
Protokoll Auftaktworkshop, S. 5	„Die grundsätzliche Wahrnehmung des NGP als zähes Thema lässt einen schwierigen Projektstart vermuten, wenn es nicht gelingt, nochmals für das Projekt als Gemeinschaftsprojekt in der Region zu begeistern und mobilisieren.“	➔ Erneute Mobilisierung für Gemeinschaftsprojekt NGP bei Start nötig.

Auch der Austausch während des Auftaktworkshops des Forschungsprojekts (Juni 2009) weist auf den ausgeprägten Wunsch nach Informationen zum Projektstand hin und kann als eine Hauptmotivation für die Teilnahme der Teilnehmermehrheit eingeordnet werden³²⁷, wobei zwei Akteurstypen zu differenzieren sind: die potenziell Betroffenen (Landeigentümer und -bewirtschafter) sowie die sekundär Involvierten (Tourismus, Regionalentwicklung etc.).

Die Dimension des NGP wird seitens potenziell betroffener Akteure erfasst und sorgt für eine gesteigerte Aufmerksamkeit, die in Besorgnis übergeht, je stärker der Eindruck entsteht, nicht über den aktuellen Projektstand informiert zu sein. Das stetig wachsende Informationsbedürfnis wird durch das mangelnde Verständnis für solch langwierige Antragsphasen belastet. Das Interesse an dem Fortschritt – nicht unmittelbar dem Erfolg - des Projekts scheint, wie oben festgestellt, die Akteure zu mobilisieren:

„Der Landwirt hat massive Ängste, dass nun ihre Möglichkeiten eingeschränkt werden, wenn da Naturschutzinteressen kommen. Also, die kommen gar nicht mit der Erwartung in ein Netzwerk, dass das jetzt für sie irgendeinen Vorteil bringt. [...] Sondern sie kommen mit der Erwartung ins Netzwerk: „Also ich muss hier aufpassen, dass die mich nicht übers Ohr hauen“.“ (Regionalentwicklung)

Der Vernetzung um das NGP kann zum Untersuchungszeitpunkt kein gemeinschaftliches Interesse unterstellt werden. Die potenziell unmittelbar Betroffenen vernetzen sich, um Klarheit über die konkrete Betroffenheit zu gewinnen. Hier motivieren die Befürchtung der

³²⁷ „Zum Einstieg in den Workshop wird eine kurze Vorstellung der TeilnehmerInnen mit Aussagen zu deren Erwartungen an den Workshop durchgeführt. Hier zeigt sich der hohe Informationsbedarf zum derzeitigen Projektstand – insbesondere flächenmäßig Betroffene, nämlich die Forstwirtschaft, erhoffen sich nähere Detailinformationen [...].“ (Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 12.06.2009: 3)

eigenen Betroffenheit³²⁸ sowie die frühestmögliche Einwirkung auf die Abgrenzung der NGP-Kulisse.

Die abwartende Haltung, gekoppelt mit großem Interesse³²⁹, bestätigen auch die Interviews mit den sekundär involvierten Akteuren. Die Unklarheit über die Anknüpfungspunkte für den eigenen Arbeitskontext steht jedoch einer deutlich positiven und unterstützenden Haltung entgegen. Das Bemühen um Klarheit hinsicht der Anknüpfungspunkte an das NGP, insbesondere im Bereich touristischer Entwicklung und wertschöpfender Regionalentwicklung, erscheint wenig proaktiv, obwohl während des Auftaktworkshops die regionale Selbstverantwortung für Entwicklungsimpulse als Diskussionsergebnis festgehalten wird. Andererseits werden die Synergiechancen oftmals in unmittelbarem Zusammenhang mit den Förderrichtlinien und dem Spektrum förderfähiger Maßnahmen gesehen³³⁰. Die fokussierte Förderung flächenbezogener Naturschutzmaßnahmen und die damit sehr klare Projekt- und Förderstruktur des NGP sind durch die in der Öffentlichkeitsarbeit betonten ökonomischen Chancen für die Region verwischt. Hier lässt sich schlussfolgern, dass eher die Akteure der anderen Sektoren, d. h. derjenigen, die keine unmittelbaren Einwirkungen auf ihr Handlungsfeld erwarten, große Offenheit und positives Interesse an dem Projektfortgang einbringen, dieses jedoch auch sehr in Bezug zu oder gar Abhängigkeit von den finanziellen Chancen, die das NGP bietet, zu stehen scheint.

Die Informationsarbeit zur Gewinnung von Akzeptanz erweist sich im Kontext der mehrjährigen Antragsphase als strategischer Stolperstein und als Belastung angesichts knapper Ressourcen.

5.3.1.1 Naturschutz in der Region

Die langfristige Perspektive des NGP für die Region wird von Beginn an infrage gestellt. Die Interviews zeigen beispielhaft auf, welche kritischen Einschätzungen aus den unterschiedlichen sektoralen Perspektiven gegenüber dem NGP vertreten werden.

³²⁸ „Und das schürt dann natürlich auch immer so die Befürchtungen, dass man vielleicht, ja, schon Betroffener ist, obwohl man nichts von weiß.“ (Landschaftspflege)

³²⁹ S. Ergebnis der Situationsanalyse der externen Moderation: Abwartende Haltung, aber großes Interesse an Erfolg/Forst (Thüringen) kritisch (vgl. Schönfelder 2011: 5)

³³⁰ Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 11.11.2009: 4

Tab. 27: Einschätzung regionaler Perspektiven im Kontext des NGP EW, eigene Darstellung

Zitierter Sektor	Zitat	Einordnung
Kommunalpolitik	„Es muss von vornherein darauf geachtet werden, dass es für die unterschiedlichen Interessen die entsprechenden Wege, Wegeverbindungen, Leitsysteme gibt, und auch Besucherleitsysteme [...] und dass trotzdem der Landwirt keine Angst haben muss, dass er vielleicht wegen einem Naturschutzprojekt, sagen wir mal, 30 Kilometer Umweg fahren muss, weil er vielleicht seine Felder in der Nachbarschaft nicht mehr erreicht.“	<p>➔ Haltung: Naturschutz als behindernde „Infrastruktur“ der Landbewirtschaftung</p> <p>➔ Forderung: Berücksichtigung der indirekten Wirkung der Naturschutzmaßnahmen auf Nutzungsmöglichkeiten der Flächen durch andere Interessen</p>
Projektträger	„Und die haben ja auch diese Naturschutzthemen im Wald, die nicht unbedingt über FFH abgedeckt werden. Auch dort haben wir halt uns auch Sachen rausgegriffen, die im Rahmen des Projekts so mitfinanziert werden können. Das kommt also eher darauf an, dass die Forstwirtschaft wirklich die Chancen nutzt.“	<p>➔ Haltung: Naturschutz und Forstwirtschaft sind Partner.</p> <p>➔ Synergie: NGP kann Entlastung für Forstwirtschaft bei der Erfüllung von Naturschutzmaßnahmen bieten.</p>
Forstwirtschaft	Protokoll Auftaktworkshop, Juni 2009: Vertreter der Forstwirtschaft haben das Gefühl, Flächen in das Naturschutzgroßprojekt geben zu müssen, in die sie bereits viel Arbeit und Gedanken investiert haben („Juwelen“).	➔ Haltung: Forstwirtschaft ist Verlierer im NGP, da geleistete Naturschutzarbeit im Wald zu Flächenverlust/Verlust der Eigenständigkeit führt.
Landschaftspflege	„Es geht immer nur um die Flächensicherung. Und alle meinen: „Juchu. Jetzt gehören uns die Flächen. Und jetzt ist alles gut für den Naturschutz.“ Das ist ja Quatsch. [...] Dann ist den Flächen ja auch noch nicht geholfen. Die Folgekosten sind ja eigentlich die entscheidenden. Und da hab ich so ein bisschen Angst vor, dass da zu viel Geld eigentlich jetzt in Flächensicherung geht. Und danach, ja, soll der Schäfer das eigentlich umsonst abbeißen?“	➔ Haltung: Angebot des NGP fehlt langfristige, wirtschaftliche Perspektive ³³¹ .
	„Und wenn wir uns dann womöglich Schranken davor machen, weil es einfach mit Mitteln, öffentlichen Mitteln angekauft wurde, dass dann keine Förderung mehr über die Agrarumweltprogramme zum Beispiel laufen können – was bisher der Fall ist –, dann haben wir uns ein Eigentor geschossen. Dann geht es nicht weiter. Der Schäfer kann nicht, der hat nichts davon, dass er das pachtfrei kriegt.“	➔ Haltung: Förderrechtliche Konsequenzen des NGP sind unklar und mindern Attraktivität der NGP-Angebote ³³² .

Die kritischen Einschätzungen resultieren aus der negativen Beurteilung der erwarteten Einschränkung der Landnutzung sowie der Fortsetzung negativer Erfahrungen in der Kooperation mit „dem Naturschutz“. Überdies wird die divergierende Wahrnehmung der Beziehung des

³³¹ S. Ergebnis der Situationsanalyse der externen Moderation: „Langfristige Flächensicherung: Berücksichtigung in Maßnahmen- und Kostenplanung (negative Erfahrung)“ (Schönfelder 2011)

³³² S. Ergebnis der Situationsanalyse der externen Moderation: „Negative Erfahrung der Land- und Forstwirtschaft mit „dem Naturschutz“: mangelndes Vertrauen (Natura 2000, Positivliste)“ (Schönfelder 2011)

Naturschutzes und der Forstwirtschaft deutlich. Während aus Perspektive des NGP ein partnerschaftliches Verhältnis mit gegenseitigem Gewinn betont wird, dominiert seitens der Forstwirtschaft die Wahrnehmung einseitigen Verlusts³³³. Die Notwendigkeit, seitens des NGP klare und überzeugende Angebote zu formulieren, wird deutlich, da die auf negativen Erfahrungen basierenden Haltungen gegenüber „dem Naturschutz“ sonst kaum zugunsten der Chancen und des Ansatzes des NGP überwunden werden können.

Die Schwierigkeit wird durch nachstehende Beobachtung, die zwar lediglich von Seiten des Naturschutzes beschrieben wird, unterstrichen, und es wird angenommen, dass sie für Verhandlungen zwischen Naturschutz und Landschaftsnutzung übergreifend zutrifft.

„[...] diese gezielte Aufklärungsarbeit ist jetzt mehrfach geleistet worden. Und es hält, es hat immer eine Haltbarkeit von etwa einem Jahr. [...] Und dann [...] ist das plötzlich vom Tisch und die Argumentationen fangen genau in der Linie wieder von vorne an, und unsere Gegenargumentation ist auch immer dieselbe. [...] Und man stellt am Ende von solchen anfänglich mit viel Skepsis angefüllten Terminen fest, wenn man miteinander redet, stellt man fest, dass man gemeinsam was Gutes auf die Reihe kriegt. Und, ja, [...] bisher war es immer nach einem Jahr vergessen und, ja, es rumorte dann im Hintergrund [...].“ (Projektträger)

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Aushandlung von Nutz- und Schutzinteressen eine dauerhafte Herausforderung ist, da sie sich angesichts sich verändernder Akteurskonstellationen, gesellschaftlicher Bedürfnisse und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ebenfalls ändern und neue Vereinbarungen und Lösungen auszuhandeln sind. Oben angeführtes Zitat jedoch schildert die Tatsache, dass es nicht gelingt, ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, auf dem die Verhandlungen um das NGP kontinuierlich aufbauen können. Ein Rückfall in sektorale und emotionale Abgrenzung verhindert die Entstehung einer gemeinsamen, lösungsorientierten Verhandlungsbasis.

5.3.1.2 Vernetzung und Beteiligung

Mit dem vorliegenden Rücklauf ist ein Netzwerk von 125 Akteuren erfasst, welches mittels *visone* visualisiert wurde, s. Abb. 18. Es handelt sich um ein Netzwerk, welches deutlich von Akteuren des Naturschutzes (31) dominiert wird, gefolgt von der Landwirtschaft (22). Vertreter der kommunalen Politik (17) und Verwaltung (8) sind neben der Forstwirtschaft (13) ebenfalls vertreten. Weitere Sektoren sind erfasst, jedoch eher schwach. Die Naturschutzakteure liegen gemäß der Visualisierung verstreut im Netzwerk, weswegen eine

³³³ S. Ergebnis der Situationsanalyse der externen Moderation: „Ignoranz gegenüber Naturschutzaktivitäten anderer Akteure (Forst)“ (Schönfelder 2011)

eher gute übersektorale Vernetzung der Akteure mit anderen Sektoren unterstellt werden kann.

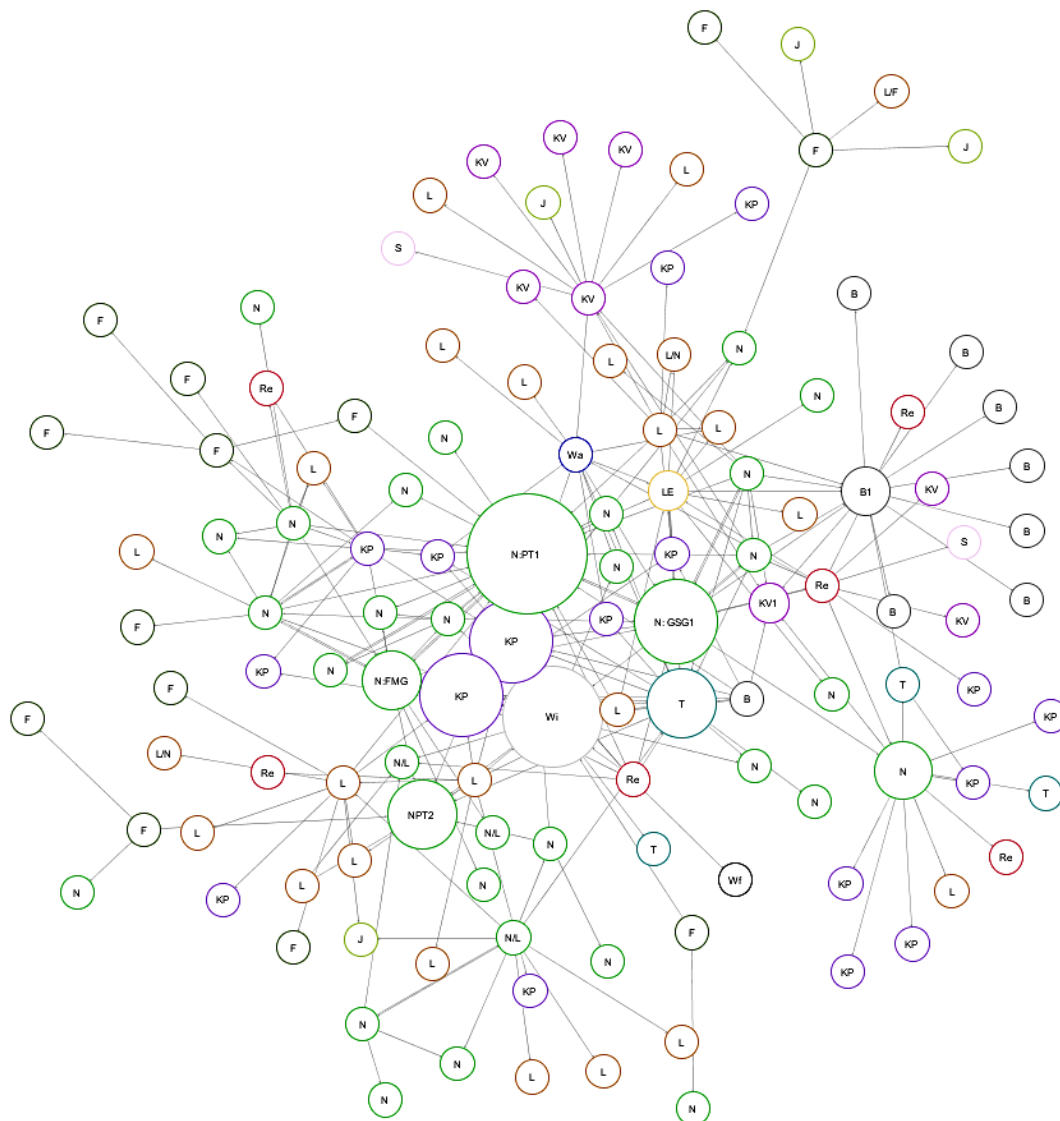


Abb. 18: Vernetzung von Akteuren zum NGP EW

Legende zur Knotenbezeichnung in Abb. 18					
Kürzel	Interesse	Kürzel	Interesse	Sonstige Kürzel	
N	Naturschutz	Wa	Wasserwirtschaft	PT	Projektträger
F	Forstwirtschaft	KP	Kommunalpolitik	FMG	Fördermittelgeber
L	Landwirtschaft	KV	Kommunalverwaltung	GSG	Großschutzgebiet
Re	Regionalentwicklung	N/L	Landschaftspflege		
T	Tourismus	WF	Wirtschaftsförderung		
B	Bildung	Wi	Wissenschaft		
J	Jagd	LE	Landentwicklung		

Tab. 28: Indegrees der wichtigen Akteure im NGP EW, eigene Darstellung

Frage 1: Wichtige Akteure	
Akteur	indegree
N:PT1	0.16
Wi	0.088
N: GSG1	0.072
KP1	
KP2	
T	0.064
N:PT2	
N:FMG2	0.048
B1	
KV1	0.04

Die Vielfalt der Akteure, die die ersten Ränge bei Betrachtung des indegrees (s. Abschnitt 3.2.2) belegen, unterstützt die Annahme, dass die übersektorale Bedeutung des Vorhabens für die Region erkannt ist.

Der Vernetzungsimpuls des NGP zeigt sich mit 105 neuen Kontakten gegenüber 122 bereits bestehenden Kontakten. Auch weist der projektbearbeitende Akteur die höchste Zahl von Wahlen als neuer Kontakt auf (18). Ein Impuls zur regionalen und sektorenübergreifenden Vernetzung ist ebenfalls erkennbar. Etwa die Hälfte der neuen Kontakte wurde zwischen zwei unterschiedlichen Sektoren geknüpft.

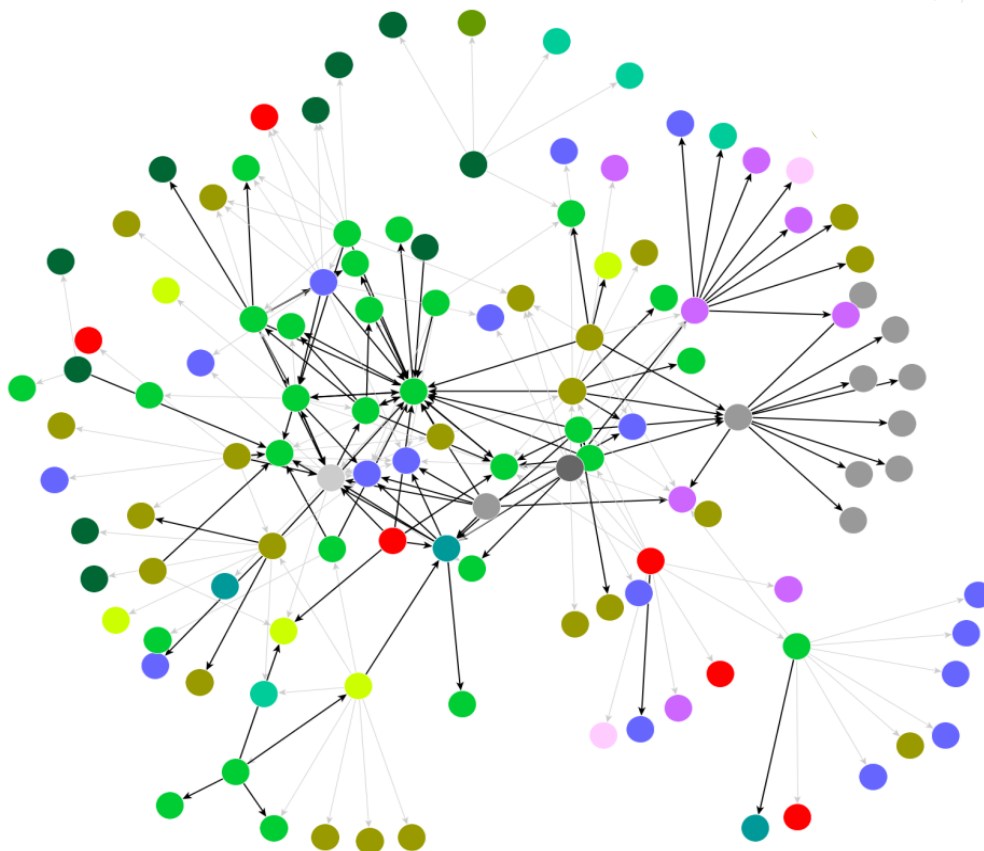


Abb. 19: Vernetzungsimpulse des NGP EW (Interessen)

Legende zu Abb. 19	
Knoten	Naturschutz - Forstwirtschaft - Landschaftspflege - Landwirtschaft - Jagd - Regionalentwicklung - Kommunalpolitik - Kommunalverwaltung - Tourismus - Bildung - Landentwicklung - Soziales - Wissenschaft - Wirtschaftsförderung
Kanten	Neuer Kontakt – Alter Kontakt

Die Betrachtung der Vernetzungsimpulse über administrative Grenzen hinweg zeigt Abb. 20. Die begrenzte Quantität der vorliegenden Daten erschwert die Interpretation, jedoch zeigt sich auch hier die hervorgehobene Position des Projektträgers, als derjenige, der die höchste Zahl neuer Kontakte auf sich zieht. Seine Bemühungen um den Aufbau übersektoraler Vernetzung im gesamten Projektgebiet kann bestätigt werden.

Legende zur Knoten in Abb. 20	
	Niedersachsen (nicht ausgefüllt)
	Kreis Göttingen
	Kreis Goslar
	Hessen (nicht ausgefüllt)
	Werra-Meißner-Kreis
	Thüringen (nicht ausgefüllt)
	Kreis Eichsfeld
	Kreis Nordhausen
	Unstrut-Hainich-Kreis
	Bund/Fördermittelgeber
	Projektträger

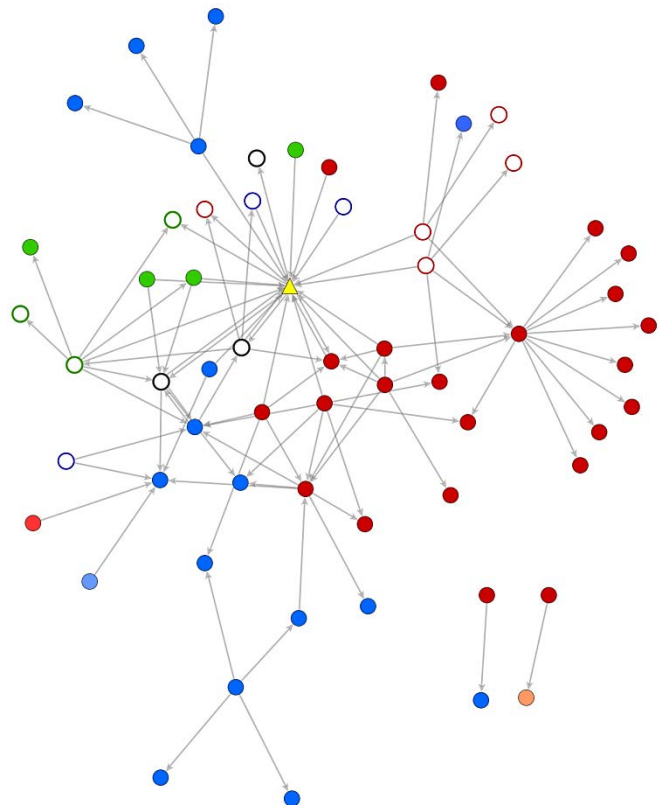


Abb. 20: Vernetzungsimpulse des NGP EW (administrative Grenzen), eigene Darstellung

Die erfassten häufigen Kontakte bestätigen, dass sich Akteure aus unterschiedlichen Sektoren Kommunikationsvorteile im Netzwerk geschaffen haben, da Naturschutzakteure in keiner graphentheoretischen Betrachtung dominieren, s. Tab. 29.

Tab. 29: Kontaktintensität der Vernetzung um das NGP EW, eigene Darstellung

NGP Grünes Band Eichsfeld-Werratal						
Frage 3: Häufige Kontakte						
	Akteur	degree	Akteur	closeness	Akteur	betweenness
1	N:PT1	0.25	N:PT1	0.405	N:PT1	0.574
2	N:FMG1	0.188	LE	0.386	LE	0.363
3	B1		N/L	0.34	B2	0.353
4	LE	0.156	N:FMG1	0.333	N:FMG1	0.347
5	N/L		B2	0.317	N:FMG2	0.315
6	N:GSG1	0.125	KV1		N/L	0.302
7	Wifö	0.094	N1	0.291	B	0.292
8	B2	0.062	L		N:GSG1	0.145
9	N:FMG2		B3		Wifö	0.123
10	N2		N2	0.291	N1	0.062

Die Schlüsselrolle der kommunalpolitischen Akteure erklärt sich in deren Funktion als Meinungsführer und -vertreter. Ihnen kommt auf Kreis- und Ortsebene entscheidende Bedeutung im Kontext regionalbedeutsamer Projekte zu, die an bestehenden und ggf. traditionsreichen Interessenkonstellationen und Gewohnheiten der Landnutzung „rütteln“³³⁴. Die kommunalpolitischen Akteure haben Einblick in und Zugriff auf die örtlichen Debatten und meinungsbildenden Prozesse³³⁵ und können damit auch NGP flankieren. Schon die Situationsanalyse hat erfasst, dass, der Einschätzung der Befragten nach, die kommunale Ebene zu wenig eingebunden sei und dadurch der Nutzen nicht ausreichend kommuniziert würde. Mit Blick auf das erfasste Netzwerk (November 2009: Beginn der Förderphase I) zeigt sich, dass die kommunalpolitischen Akteure quantitativ eher gut vertreten sowie in der Wertschätzung hoch angesiedelt sind, jedoch keine aktive Rolle im Netzwerk einnehmen. Daraus erwachsene strategische Defizite werden in den folgenden Abschnitten immer wieder erfasst.

³³⁴ „Man muss also eine Polarisierung der Netzwerke versuchen, sehr frühzeitig zu vermeiden, indem man aus dem anderen Lager wirklich Partner gewinnt, die dann auch im Sinne des Projekts kommunizieren. Wichtig ist natürlich auch, dass man Multiplikatoren in der Region – also, dazu zählen natürlich die gewählten Vertreter, also für mich sind da schon Bürgermeister sehr wichtig –, dass man die auf seiner Seite hat, die natürlich dann in den Gremien und im Kontakt mit den Bürgern auch immer wieder erklären, was dieses Projekt für Ziele hat. Also, das trägt sicherlich zur Integration bei.“ (Wissenschaft)

³³⁵ „[...] weil natürlich auch die Landwirte ihre Heimat haben und Mitbürger sind in den Dörfern. Da wird natürlich auch viel, ja, Interessenarbeit geleistet. Und da gibt es schon hier und da auch Szenarien, wo man die Leute auch verängstigt und, ja, auch so ein bisschen in die Richtung treibt: „Ja, wenn du das, wenn Du Dein Land da los wirst oder wenn Du Dein Land dem Naturschutz preisgibst, dann verzichtest Du aber auch auf Einnahmen. Guck mal, was ich für Dich, für Dich eine tolle Pacht bezahle jedes Jahr? Und willst Du denn nicht mehr haben? Und Naturschutz ist dann alles. Dann musst Du einfach auf die Flächen verzichten.“ Die Diskussion gibt es. Die wird es auch bei dem Projekt wieder geben.“ (Kommunalpolitik)

Als Stärke des Netzwerks zeigt sich jedoch eine aktive sektorenübergreifende Gruppe von Akteuren (Tourismus, Wissenschaft, Landentwicklung, Bildung, Landschaftspflege) in zentraler Position. Diese Tatsache wurde seitens der Akteure nicht erwartet und findet während des Reflexionsworkshops Wertschätzung³³⁶. Das Bedürfnis der Workshopteilnehmer, die Akteursvernetzung um das NGP transparent zu machen, erklärt sich aus praktischer Perspektive anhand der ausgedehnten Projektkulisse. Bedeutender ist jedoch, dass diesem Bedürfnis ein Interesse an der Übersicht, eigenen Einordnung und Suche nach Kooperationspartnern im NGP-Kontext unterstellt werden kann. Dies ist wiederum eine wichtige Ressource für das Projekt bzw. dessen regionale Verankerung. In den Maßzahlen zu den zentralen Akteuren bestätigt sich erneut die Bedeutung, die die Befragten den politischen Akteuren in ihrer Region zusprechen, s. Tab. 30.

Tab. 30: Maßzahlen der zentralen Akteure im NGP EW, eigene Darstellung

	Frage 6 Rat		Frage 7 Sehr wichtiger Kontakt		Frage 8 Schlüsselakteur in P. + R.	
	Akteur	indegree	Akteur	indegree	Akteur	indegree
1	N:PT1	0,167	N:PT1	0,145	N:GSG1	0,107
2	Wi	0,097	Wi	0,081	KP1	
3	T	0,069	N:GSG1	0,073	N:PT1	
4	N:GSG1	0,056	KP1	0,065	T	
5	KP2		KP2		KP2	
6	N:FMG2		N2		KV1	0,071
7	KP1	0,042	T	0,056	KV2	
8	N2		KP3	0,048		
9	N:GSG2		KP4	0,04		
10	L2		KV2	0,032		

Trotz der betonten Chancen für die touristische Entwicklung im Zuge der NGP-Umsetzung können die erhobenen Daten nur eine vereinzelte Einbindung touristischer Akteure aufdecken. Diese Beobachtung erweist sich angesichts der zurückhaltenden Wartestellung vor dem Hintergrund der bereits erläuterten Schwierigkeit dieser Sektoren, konkrete Anknüpfungspunkte für sich abzuleiten, als plausibel.

Hinsichtlich der organisatorischen Ebene bestätigt die Situationsanalyse die Ergebnisse der strukturellen Netzwerkanalyse. Diese hat ergeben, dass sich 38 % der befragten Akteure sehr gut/gut eingebunden fühlen, ebenso viele beurteilen ihre Einbindung mit befriedigend/ausreichend, ein Fünftel jedoch auch mit mangelhaft/ungenügend³³⁷.

³³⁶ Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 11.11.2009: 5

³³⁷ 5 % haben keine Angabe gemacht.

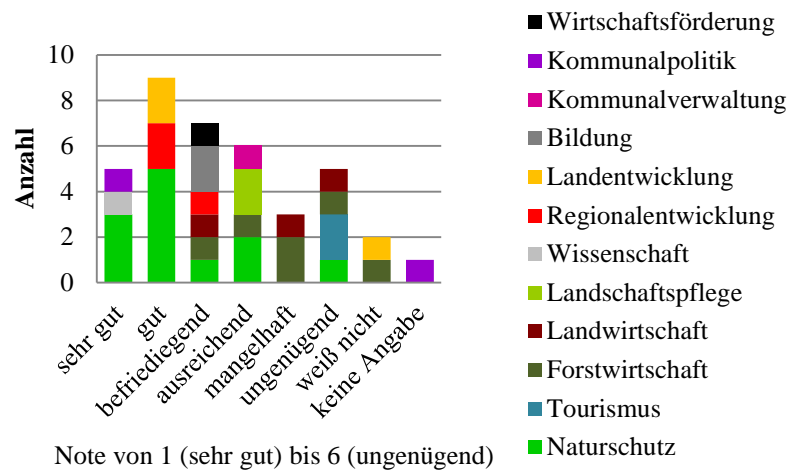


Abb. 21: Zufriedenheit der Befragten mit Einbindung in das NGP EW, eigene Erhebung

Die Verteilung dieser Einschätzungen auf die Sektoren gibt den wichtigen Hinweis, dass diese weder sektorenspezifisch noch spezifisch hinsichtlich der Interessenvertretung ausfällt. Vor dem Hintergrund der in Abschnitt 5.3.1 dargestellten Problematik der Informationsarbeit mag diese Zufriedenheit überraschen. Hier ist zu berücksichtigen, dass 71 % der Befragten ausschließlich beruflich im NGP-Kontext involviert sind und diese hauptamtlichen Strukturen Vernetzungsvorteile genießen. Ausschließlich ehrenamtlich involvierte Akteure sind mit vier Akteuren vertreten, acht Akteure haben Mehrfachantworten gegeben.

Als weitere Ressource für das Projekt kann die Aussage der Teilnehmer des Auftaktworkshops hinsichtlich ihres gewonnenen Bewusstseins für die zu stärkende Vernetzung in der (Projekt-)Region gewertet werden. Der Workshop selbst habe dazu gedient, Partner zu treffen; der Austausch untereinander wurde als informativ und wertvoll wahrgenommen, als Chance, andere Akteure, deren Sichtweisen und Erwartungen an das NGP kennenzulernen.

Der in den Verhandlungen um den Antrag involvierte Beteiligtenkreis wurde auf die Institutionen der Landesebene (und Kommunalpolitik) beschränkt³³⁸. Dies lässt sich im Hinblick auf die Funktion der Förderphase I, die die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen umfasst, zwar erklären. Die regionalen Resonanzen beleuchten jedoch die Tatsache, dass den Beteilig-

³³⁸ „Das ist auch ein bisschen, das ist vielleicht ein bisschen ein diplomatisches Ungeschick gewesen, aber es ist lanciert worden halt über Bund- und Ländervertreter, die einfach gesagt haben, „Okay, der engere Kreis der Beteiligten setzt sich tatsächlich aus dieser höheren Ebene zusammen“, das heißt Bund, Länderministerien, Landkreise, und was Verbände angeht, nach Möglichkeit zunächst erst mal Landesverbände. Dann ist es, ist der Weg plötzlich wieder lang von Hannover nach Duderstadt und von Erfurt nach Duderstadt.“ (Projekträger)

ten bereits in dieser Phase akzeptanzbildende Verantwortung in Richtung „Region“ zukommt. Der Projektträger, örtlich ansässig und im Austausch mit regionalen Akteuren, wird mit Kritik konfrontiert, die die Projektwahrnehmung bereits in dieser Phase prägt.

„Zum einen, ja, hat es. Vor allen Dingen auch die Feststellung, dass zwei wichtige Akteursgruppen sehr wenig eingebunden waren. Das lag einfach an Kapazitätsmangel, an der Art und Weise, wie diese Projektgebietskulisse zustande gekommen ist – da spreche ich also von der Wasserwirtschaft, also regionale Wasser- und Haltungsverbände und Ähnlichem – sehr wenig passiert. [...]. Und die andere Seite, wo wir dann auch heftig Kritik eigentlich dafür bekommen haben, ist der ehrenamtliche – ich sag mal – örtliche Naturschutz.“ (Projektträger)

Hier knüpft die Erkenntnis der Situationsanalyse an: Die Einbindung der in der Region vorhandenen Expertise wird gefordert. Bereits das Abstecken der Projektkulisse wird als Eingriff in das Hoheitsgebiet „Fläche“ wahrgenommen. Dies begründet sich in öffentlicher Zuständigkeit bzw. ehrenamtlichem Engagement, woraus ein entsprechender Gestaltungsanspruch erwächst. Die damit verbundenen Sensibilitäten wurden unter 5.2 behandelt. Die Einbindung oder gezielte Information von potenziellen regionalen Stakeholdern bereits in dieser Phase erweist sich als eine wichtige Aufgabe des Projektträgers (und auch der Fördermittelgeber). Aufgrund der sensiblen regionalen Interessenkonstellationen erscheint es projektgefährdend, wenn erst im Prozess die betroffenen Interessen durch deren Kritik am Vorgehen aufgedeckt werden. Ein Interviewpartner begründet die Notwendigkeit der frühen regionalen Vernetzung des Projektträgers:

„Man muss also eine Polarisierung der Netzwerke versuchen, sehr frühzeitig zu vermeiden, indem man aus dem anderen Lager wirklich Partner gewinnt, die dann auch im Sinne des Projekts kommunizieren.“ (Wissenschaft)

Das Zitat knüpft an die Gefahr der „klassischen“ Reaktanzen an, d. h. die Ablehnung von Naturschutzmaßnahmen aus grundsätzlichen Überzeugungen, negativen Erfahrungen oder aufgrund örtlich dominierender Meinungen. Diese verhindern einen sachlichen und zielorientierten Dialog zwischen den Interessen. Die Chance, diesen Reaktanzen vorzubeugen, sieht der Interviewpartner in einer gezielten Netzwerkarbeit während der Antragsphase, da sie die Überwindung der sektoralen „Gräben“ ermöglichen kann. Der eingeforderte persönliche Dialog knüpft an diese Erkenntnis an. Angesichts der hier diskutierten Projektkulisse übersteigt dies jedoch die Leistungsmöglichkeiten des Projektträgers während der Antragsphase (Vorleistung des potenziellen Projektträgers). Hier bestätigt sich wiederum die große Bedeutung der kommunalpolitischen Akteure als Informationsschnittstelle in beide Richtungen.

5.3.1.3 Projektregion „Grünes Band“

Die Gestalt der Projektregion bedingt (neben der Betroffenheit) die regionale bzw. örtliche Identifikation mit dem Vorhaben sowie in Folge das Interesse, an dem Vorhaben mitzuwirken. Die räumliche Ausdehnung der Projektregion über das „Grüne Band“ hinaus resultiert aus dem Dialog zwischen den Fördermittelgebern und dem Antragsteller, der auf die Herstellung der Förderfähigkeit durch den Fördertitel „NGP“ ausgerichtet war³³⁹. Ergebnis ist ein ca. 130 Kilometer langes und verzweigtes Gebiet, welches zahlreiche Gebietskulissen der Verwaltung und Förderpolitik, des Tourismus sowie des Naturschutzes (GSG) überlagert. Der Raumzuschnitt des NGP ist aus naturschutzfachlicher Sicht nachvollziehbar. Aus Perspektive anderer Sektoren bietet der Raumzuschnitt jedoch geringe plausible Anknüpfungsmöglichkeiten, da sich weder eine kompakte, zusammengehörige und als unmittelbar gestaltbar wahrgenommene Region präsentiert, noch ein auf das „Grüne Band“ fokussierter Gestaltungsraum. Ob die schmale, verzweigte Projektkulisse aus Perspektive der Anrainerkommunen und regionalen Akteure als Handlungsraum angeeignet wird, ist fraglich³⁴⁰ und sie erweist sich während der Förderphase I tatsächlich als eine Hürde in der Vermittlung des Projekts:

„Missverständnisse entstünden nach seiner Einschätzung immer wieder beim Projektzuschnitt und Projekttitel. Mit dem Begriff des „Grünen Bandes“ hätten viele den früheren Grenzstreifen im Kopf; die aus naturschutzfachlichen Gründen gewählten Erweiterungen und Quervernetzungen der Förderkulisse seien teilweise schwer vermittelbar. Diese Konzeption müsse wohl weiterhin erläutert werden.“ (Protokoll der Sitzung der Projektbegleitenden Arbeitsgruppe (PAG) am 29.08.2012)³⁴¹

Die Anpassung der Projekt- und Förderkulisse in zwei Etappen auf schlussendlich 9 600 ha mindert die regionale Dimension des Vorhabens, wobei die Konsistenz von Projekttitel und räumlicher Fokussierung auf das „Grüne Band“ die Kommunikation des Projekts erleichtern mag. Das Potenzial für wertschöpfende Produktentwicklung, wie seitens der Fördermittelgeber und des Projektträgers argumentiert wird, bestätigen auch interviewte Akteure³⁴², aller-

³³⁹ „Wir haben da eine Projektskizze eingereicht, die dann nicht hinreichend war, die wir bearbeiten mussten. Und wir sind ja dann letztlich von 700 Hektar Projektgebietskulisse auf 30.000 gewachsen.“ (Projektträger

³⁴⁰ Bestätigung des Ergebnisses der Situationsanalyse der begleitenden Moderation: „NGP ist große administrative Herausforderung“ (vgl.: Schönfelder 2011: 5).

³⁴¹ Heinz Sielmann Stiftung 2012g

³⁴² „[...] vom Ding her ist es ja auch also wirklich was Bemerkenswertes, dass sozusagen entlang einer ehemaligen Grenze oder eines ehemaligen Todesstreifens sozusagen da neues Leben entstehen kann. Das ist medienwirksam, auf jeden Fall. Also insofern ist es für uns dann auch nutzbar.“ (Tourismus); „Den wenigsten Leuten ist das Eichsfeld wirklich ein Begriff; nach wie vor. Aber wenn man jetzt liest, also da ist ein Naturschutzgroßprojekt und da sind die und die Leute dran beteiligt und man kann sich das so und so angucken, man kann das so und so erleben, man kann da sozusagen Urlaub drin verbringen – jetzt mal ein bisschen grob gesprochen, dann

dings wurden in den vorliegenden Daten zwei weitere Aspekte herausgearbeitet, die die Chance für die Schaffung eines regionalen Handlungsraums und damit die Realisierung der ökonomischen Chancen des NGP – auch bei verkleinerter Projektkulisse - bedingen: länderübergreifende Zusammenarbeit mit Fokus auf a) gesetzliche Rahmenbedingungen und b) Förderkulissen. Zweiter Aspekt sind die regionalen Netzwerke und deren Abbildung in den NGP-Strukturen.

Die regionalen Erfahrungen erklären die erhobenen Netzwerkdaten. So geben die Erfahrungen des Tourismus zunächst Hinweise darauf, dass der vorhandene Spielraum für grenzüberschreitend harmonische Auslegung der gesetzlichen Rahmenbedingungen Voraussetzung für das Gelingen entsprechender Projekte ist, aber oftmals nicht ausgeschöpft wird:

„[...] die größte Schwierigkeit bei „ländergrenzenüberschreitend“, aber teilweise auch schon "landkreisüberschreitend", sind halt unterschiedliche gesetzliche Rahmungen. Also, gerade im Bereich des Werra-Burgen-Steigs stellen wir das fest, dass eben, was die Förderung von Wegen betrifft, es da doch eklatante Unterschiede zwischen Thüringen und Hessen gibt, was eben auch schwierig irgendwie dann auf einen Nenner zu bringen ist, wenn es darum geht, Sachen möglichst zeitgleich auch zu takten oder, ja, auch die Beschilderung von, an Bundesstraßen oder so. Da werden in Thüringen die Gesetze wesentlich freier ausgelegt - obwohl sie eigentlich Bundesgesetze sind, als bei uns. Das ist sehr schwierig, dann hier vor Ort zu erklären, warum es dafür eben kein Schild gibt.“ (Tourismus)

Eine Verantwortung der projektbeteiligten Länder liegt folglich in der Eröffnung und Einarbeitung der Nutzung entsprechender Gestaltungsspielräume für (hier: touristische) Infrastrukturen, mit denen wertschöpfende Projekte an das NGP anknüpfen können. Ihre Rolle wird anhand eines Projektbeispiels seitens der Politik unterstrichen:

„Aber da gibt es ja das gute Beispiel, jetzt aktuell, die Neukonzeption unseres Grenzlandmuseums, wo sich ja auch die Länder Niedersachsen, Thüringen zusammen mit dem Bund beteiligen [...] als Verantwortliche vor Ort [...] – und schätzen das auch – beispielsweise den fachlichen Rat und diese fachliche Kompetenz, die bei den Ländern vorhanden ist. Das heißt, ich mache es jetzt gar nicht mal an Geld fest, sondern dass man einfach auch die fachliche Kompetenz der Länder natürlich mit, unbedingt mit braucht und auch, ja, Wege aufgezeigt bekommt, wie man vielleicht dann auch die Ziele erreichen kann.“(Kommunalpolitik)

Die Wertschätzung und Abhängigkeit der regionalen Ebene von der Länderkompetenz werden deutlich. Die Übertragung dieser Erfahrung auf das NGP ist unmittelbar, denn die Ableitung wertschöpfender Projekte wird insbesondere in Abhängigkeit davon gesehen, wie es gelingt gesetzliche Vorgaben zugunsten der naturräumlichen Zusammengehörigkeit in ländergrenzenüberschreitenden Einklang zu bringen.

könnte es diesen Effekt haben, dass dann wirklich Leute auch hierher kommen, in die Region kommen, dass die Region bekannter wird, und dass dieses Standbein "sanfter Tourismus" hier besser entwickelt wird.“ (Bildung)

Die Diskussion während des Auftaktworkshops weist auf einen weiteren Aspekt hinsichtlich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hin. „Als weitere Voraussetzung wird die Entbürokratisierung der Förderlandschaft gesehen, die dem Problem der Ressort- und Ländergrenzen Rechnung trägt. Ideen hierzu sind regionale Teilbudgets, ein spezifischer Fördertatbestand „Grünes Band“ oder eine Förderkulisse INTRAREG³⁴³ über innerdeutsche Landesgrenzen hinweg“³⁴⁴. Die Bedeutung der Zugänglichkeit von Fördermitteln für grenzüberschreitende Vorhaben gewinnt für Regionen am hier betrachteten „Grünen Band“ besondere Relevanz. Die Chance, dessen Potenzial für regionale Entwicklung auszuschöpfen, kann vor allem durch förderpolitische Flankierung erhöht werden.

Der dritte Aspekt ist der NGP-spezifischste und stellt eine weitere zu überwindende Hürde zur Schaffung von Synergien zwischen dem NGP und regionaler Wertschöpfung dar. Er wird im folgenden Kommentar skizziert und im danach aufgeführten die Konsequenz daraus abgeleitet:

„Ja, ich glaube, wir Leute sind zunehmend so mit dem Kerngeschäft beschäftigt und haben eigentlich keine Ressourcen mehr frei, rechts und links zu gucken. Also, so würde ich es begründen, wenn ich jetzt einen Hauptgrund rausfummeln müsste. Das scheint mir schon so zu sein, dass, also viele im Stress sind und deswegen gar nicht dazu kommen, jetzt mal die Sachen zu erledigen, die nicht unbedingt zum Kern ihrer Arbeit gehören. Also, insofern kann man für alles dankbar sein, was dann trotzdem noch nebenbei passiert.“ (Tourismus)

„Der Projektträger steht in der Verantwortung, die Naturschutzziele umzusetzen. Und er steht zusätzlich noch in der Verantwortung, ein Netzwerk zu etablieren, was überhaupt erst ermöglichen kann, dass über das eigentliche Projektgebiet hinaus gedacht wird, thematisch, aber auch räumlich.“ (Wissenschaft)

Die Synergiepotenziale zwischen dem NGP und regionaler Wertschöpfung sind lediglich theoretisch offensichtlich und eher mittel- bis mitunter langfristig realisierbar. Angesichts der beschriebenen Ressourcenproblematik und Arbeitsweise der regionalen Institutionen erscheinen eine proaktive Synergiesuche und Vernetzung durch die mittelbar involvierten Akteure bspw. den Tourismus und die Regionalentwicklung keine zu erwartende Reaktion. Der Interviewpartner „Wissenschaft“ leitet daraus eine Verantwortung des Projektträgers ab, über eine entsprechend unterstützte Netzwerkarbeit diese Hürden abzubauen. Wie oben gesehen, erscheinen die bestehenden Vernetzungen empfänglich für entsprechende Angebote, da sie

³⁴³ In Anlehnung an INTERREG (offiziell: Europäische territoriale Zusammenarbeit), die Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union (vgl. www.interreg.de, Zugriff: 07.02.2014)

³⁴⁴ Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 12.06.2009: 9

selbst auch den persönlichen Kontakten und Netzwerken³⁴⁵ und gemeinsamen Prioritäten³⁴⁶ eine deutlich größere Bedeutung für erfolgreiche Projekte zusprechen, als Finanzmitteln.

Seitens der Politik wird die Situation wie folgt eingeschätzt:

„Es ist unklar, welche konkreten Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen dem NGP und anderen regionalen Initiativen bestehen. Dies können auch nicht die Akteure vor Ort leisten. [-] zum Beispiel kann sich nicht in die Förderrichtlinien einarbeiten, hier besteht Beratungsbedarf.“ (Politik)

Die Komplexität des Projekts, die sich in der räumlichen Ausdehnung, zeitlichen Konzeption und finanziellen Dimension niederschlägt, erschwert es den regionalen Akteuren, für den eigenen Handlungsbereich Anknüpfungspunkte und auch die Konsequenzen abzuleiten³⁴⁷. Der Beratungsbedarf wird konkret benannt und erscheint als ein entscheidendes Hemmnis für die Realisierung der „ökonomisch Erfolg versprechende[n] Perspektive für den (Er-)Lebensraum Eichsfeld-Werratal“³⁴⁸.

Die Einbindung der starken und etablierten Teilregionen und Netzwerke wird als entscheidend für den Projekterfolg eingeschätzt. Unter 5.2 ist dies im Kontext der konkreten Verhandlungssituationen über Nutzungsänderungen auf der örtlichen Ebene bereits dargestellt. Die Akteure erkennen den Aufwand des NGP an, wie die Situationsanalyse sowie Interviews belegen. So sehen sich die regionalen Institutionen als fest etablierte Anker in den Regionen und Akteursnetzwerken und erkennen die Möglichkeit, das NGP zu unterstützen³⁴⁹.

Die skizzierten Schwierigkeiten zeigen exemplarisch am „Grünen Band“, wie die Ausschöpfung von Potenzialen der (ländlichen) Regionalentwicklung von der Gestalt der Gebietskulisse bedingt, erschwert oder gar verhindert wird.

³⁴⁵ Interview: Naturschutz GSG

³⁴⁶ „Wirklich sehr wichtig ist, auch so, was die Arbeitsstruktur betrifft. Wenn die irgendwo ähnlich gepolt ist, so die Einstellung zum Thema, die Priorität des Themas – denn, es gibt ja durchaus Themen, die sind für mich ganz wichtig, ne. Andere sehen sie nicht so. Also hängt es dann vielleicht auch irgendwo. Aber, wenn die Priorität ähnlich eingeschätzt wird und die Vorgehensweise, wie man an ein Thema herangeht, auch ähnlich ist, dann ist es eigentlich immer sehr positiv.“ (Tourismus)

³⁴⁷ „Also, ich erkenne den persönlichen Nutzen für das Tourismus-Marketing unserer Region noch nicht so ganz. Also, ich weiß, dass das Grüne Band – wie gesagt - inzwischen eine etablierte Marke ist, dass auch der Otto Normalverbraucher zum großen Teil eben auch weiß, was Grünes Band ist oder eine Vorstellung hat. Aber irgendwie ist das noch nicht greifbar.“ (Tourismus)

³⁴⁸ Heinz Sielmann Stiftung 25.06.2007: 2

³⁴⁹ „Also, ich könnte mir vorstellen, wenn da Bedarf ist, dass wir uns punktuell, also, so – ich sag mal, so eine Perle von der Kette –, dass man sagt, "okay, von hier versuchen wir das umzusetzen", weil wir hier die Akteure kennen und so weiter. Das könnt ich mir vorstellen, dass man das mit begleitet. Und auch dann eben die entsprechenden Leute auch da hinschickt, die da wichtig sind. Weil wir einfach vor Ort die Kenntnisse haben. Oder auch ein Stück Vermittler dann spielt. Also, oder die Kommunikation an die Leute weitergibt.“ (Landschaftspflege)

5.3.2 Förderphase I

Die Datenanalyse zum Verlauf der Förderphase I hat zwei übergreifende Themen, darunter eine Frage hervorgebracht, unter denen die Betrachtung verschiedener Aspekte einsortiert werden kann. Einerseits wird die Kommunikation über das NGP in der Region betrachtet, andererseits die Frage, inwiefern die in der öffentlichen Diskussion erfassten negativen Resonanzen aus dem Projekttinneren zu begründen sind.

5.3.2.1 Kommunikation über das Projekt

Mit der Bewilligung gewinnt das Vorhaben in der regionalen Presse an Präsenz, wobei festzustellen ist, dass die inhaltliche Vermittlung der Ziele in die Region hinein zwischen zwei Polen hin und her pendelt.

Im Zuge der öffentlichen Bekanntgabe der Bewilligung heißt es in der Presse, dass „Naturschutz in einer intensiven Form praktiziert“ wird und das Hauptanliegen die dauerhafte Bewahrung, Pflege und Entwicklung des Grünen Bandes“ sei (Thüringer Allgemeine, 20.08.2009³⁵⁰). An anderer Stelle heißt es: „Es handele sich nicht nur um ein Naturschutzprojekt, sondern den Versuch Wertschöpfung daraus zu generieren [...]“ (Thüringer Umweltministerium zitiert im Eichsfelder Tageblatt, 21.08.2009³⁵¹).

Schon während der Antragsphase zeigt sich, dass die unmittelbare Gewinnung kommunalpolitischer Unterstützung für das Projekt schwierig ist. Die Einordnung des Naturschutzanliegens als kommunalpolitisches Randthema dominiert die Wahrnehmung seitens der Projektinitiatoren, weswegen sie die Projektvorstellung an die damit verbundenen regionalen Entwicklungspotenziale koppeln³⁵². Die während des Auftaktworkshops erfassten Erwartungen an das NGP beziehen sich v. a. auf die Übernahme von Aufgaben des Regionalmanagements und Regionalmarketings, um touristische Entwicklungen aus den Naturpotenzialen abzuleiten. Die große Lücke zwischen regionalen Erwartungen und dem Leistungsspektrum des NGP wird bereits hier deutlich³⁵³.

³⁵⁰ o.V. 2009

³⁵¹ Mahnkopf 2009

³⁵² „Und da ist ja [-] als Repräsentant des Projekts vor Landräte angetreten, [...] um zu verdeutlichen, wo sind eigentlich die Potenziale, weil Naturschutz in so einem Zusammenhang interessiert keinen. Und ich hätte da also nur den naturschutzfachlichen Part erklären können. Und Lokalpolitiker hätten die Hände über dem Kopf, oder wären eingeschlafen. Das ist einfach so.“ (Projektträger)

³⁵³ Vgl. Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 12.06.2009

Auch während der ersten öffentlichen Informationsveranstaltung sowie der Informationsveranstaltungen für die Ortsbürgermeister betont der Projektträger die Vorstellung der mit dem Vorhaben verbundenen Chancen für die Region, s. Abb. 22. Seitens des Fördermittelgebers heißt es: „Die Projekte können Motor für die Entwicklung der Region sein“, jedoch wird deutlich auf die Zwänge hingewiesen: „keine Förderung primär wirtschaftlicher Ziele, kein Tourismus, keine Regionalentwicklung, nur Maßnahmen mit direkter Beziehung zu den Projektzielen“³⁵⁴.



Abb. 22: Auszug aus Präsentation der Heinz Sielmann Stiftung,
Quelle: Heinz Sielmann Stiftung 2012c: 8

Als die Kartierungen für den PEPI beginnen, heißt es in der Presse:

„Das Projekt Grünes Band Eichsfeld-Werratal – das sind rund 10 Millionen Euro, die erstens zum Schutz der Natur auf der ehemaligen Grenze, zweitens zur touristischen Erschließung dieses Raumes und drittens im Sinne der Mahn- und Gedenkarbeit an die Zeit der deutschen Teilung eingesetzt werden sollen.“ (Eichsfelder Tageblatt, 14.07.2010³⁵⁵)

Auch von Fördermittelgeberseite werden mehrere Ziele mit dem NGP verbunden und kommuniziert:

„Aus Sicht des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) verfolgt das NGP Grünes Band Eichsfeld-Werratal insbesondere drei Ziele: 1. Naturschutz, 2. Das Grüne Band als lebendiges Mahnmal erhalten bzw. wieder herstellen, 3. Naturerleben und Wertschöpfung in der Region ermöglichen. Diese Ziele können nur mit den Menschen in der Region erreicht werden. Das insbesondere Na-

³⁵⁴ Heinz Sielmann Stiftung 2010: 15

³⁵⁵ Lottmann 2010: 7

turerleben und Wertschöpfung funktionieren, wurde bereits in zahlreichen anderen NGP unter Beweis gestellt.“³⁵⁶

Die aus Perspektive der regionalen Akteure noch ungeklärten Anknüpfungspunkte, werden anhand nachstehenden Zitats in ein neues Licht gerückt:

„Also, wenn ich einen Effekt über den Naturschutzeffekt hinaus haben will, muss ich den bekannt machen und, na, ja, jetzt unser ganz konkretes Problem: Wir wollen zwar diese Ausstellung jetzt darauf ausrichten, aber im Prinzip ist die Finanzierung eigentlich nicht gesichert. Ja, also, wir haben eine ziemliche Finanzierungslücke, von der wir erst mal sehen, wo wir sie schießen müssen.“ (Bildung)

Eine Bildungseinrichtung, die im Projektgebiet liegt, erkennt bereits in der Antragsphase konkrete inhaltliche Anknüpfungspunkte, sieht sich jedoch finanziellen Restriktionen beim Aufgreifen des NGP bzw. des Themas Naturschutz und dessen Chancen für die Region als Bildungsthema ausgesetzt. Die Chance positiver Multiplikatoreffekte durch flankierende Öffentlichkeits- und Informationsarbeit für das NGP bleibt somit ungenutzt bzw. dem Zufall überlassen.

Zwischen Synergien und Kernkompetenzen, Luftschlössern und Käseglocken

Die Diskussionsergebnisse der Workshops decken die regionalen Einig- und Uneinigkeiten hinsichtlich der Positionierungen zum Projekt und zum Naturschutz im Allgemeinen auf. Vor „Luftschlössern“, d. h. überzogene Darstellung von Entwicklungschancen, wird gewarnt, sowie „Käseglockenschutz“ abgelehnt. Die Konzentration des NGP auf seine Kernkompetenzen wird ebenso gefordert, wie die Zusammengehörigkeit von Mensch und Natur, die sich auch in den Maßnahmen des NGP niederschlagen soll, unterstrichen³⁵⁷.

Die Verwendung des Begriffs des „Käseglockenschutzes“³⁵⁸ weist darauf hin, dass Erwartungen und Vermutungen bzgl. des Naturschutzvorhabens entlang tradierten Vorstellungen entstehen und die Auseinandersetzung prägen. Noch entscheidender ist jedoch die Tatsache, dass eine klare und gemeinsame Vorstellung des Naturschutzansatzes zu existieren scheint, der abgelehnt wird. Eine Vorstellung von dem Ansatz, der unterstützt wird,

³⁵⁶ Heinz Sielmann Stiftung 2011d

³⁵⁷ Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 12.06.2009: 4

³⁵⁸ Die Verwendung des Begriffs kann bis in die 1970er-Jahre zurückverfolgt werden. Im *Spiegel*-Artikel vom 19.09.1977 „Naturschutz – eine Konkursverwaltung / *Spiegel*-Artikel über die westdeutschen Tier- und Pflanzenschutzgebiete“ wird er jedoch von einem Biologen aufgrund der Kritik an der geringen Größe und Isoliertheit der deutschen Naturschutzgebiete (*Spiegel* online 1977) verwendet. Der Begriff entwickelt sich in den Konflikten zwischen Naturschutz und anderen Interessen zum Inbegriff für die „Verbannung“ der Menschen aus der Landschaft durch den Naturschutz bzw. (größere) Naturschutzgebiete.

existiert jedoch nicht. Es stellt sich die Frage, „welcher“ Naturschutz von den beteiligten Akteuren unterstützt wird. Wird Naturschutz als „Käseglocke“ empfunden, sobald eine Nutzung eingeschränkt, ein Infrastrukturausbau verhindert wird? Bis wohin werden Zugeständnisse für den Naturschutz zugelassen? Ab wann nicht mehr?

Weitere Begriffsverwendungen führen im hier betrachteten Kontext zu Projektdynamiken, die die Aussicht auf ein NGP als regionales Gemeinschaftsprojekt mindern. Jeweils ein projektexternes und ein projektinternes Beispiel verdeutlichen, welche sensible bzw. eindeutige Begriffverwendung nötig ist bzw. wie schnell über Begrifflichkeiten Dynamiken eingeleitet werden können.

Die Ende 2010 beginnende Polarisierung der Debatte spiegelt sich in den Schlagzeilen der regionalen Tageszeitungen wider.

„Waldbesitzer sehen rot ... weil Ohmgebirge als Teil des „Grünen Bandes“ und Totalreservat werden soll.“ (Thüringer Allgemeine, 19.02.2011³⁵⁹)

An den soeben dargelegten tradierten Vorstellungen von Naturschutz knüpfen Begriffe wie „Totalreservat“ unmittelbar an, sodass das Szenario der Verdrängung des Menschen aus der Natur in der öffentlichen Debatte gefüttert wird. Die durch Meinungsführer mit diesen Begriffen zügig polarisierte Debatte zwischen dem NGP und den Landnutzern (Bewirtschafter, Bewohner, Besucher) der Natur wird damit vergangenheitsorientiert kanalisiert und verhindert eine offene Wahrnehmung des eigentlich relevanten Projektansatzes des NGP. Da entsprechende Meinungsführer auf der Gegen-, d. h. Naturschutzseite fehlen, gelingt es nicht, die Ausrichtung der Debatte über das NGP vorwärtsgewandt und auf die eigentlichen Angebote des Projekts zu konzentrieren. Wie sich im Verlauf zeigt, liegt das Problem jedoch insbesondere auch an der (Un-)Klarheit seiner Angebote.

Auch projektintern erweist sich die fachsprachlich differenzierte Projektsprache als Problem, da sie der Begrifflichkeit anderer Naturschutzmaßnahmen sehr ähnelt. In der zweiten Sitzung des AK Forstwirtschaft und Jagd, wird dies klargestellt: „Kerngebiete = Förderkulisse: Kerngebiete von Naturschutzgroßprojekten sind nicht gleichzusetzen mit Kernzonen von GSG. Dies wurde aber aktuell immer wieder in der Öffentlichkeit gleichgesetzt. Die Kerngebiete werden daher künftig nur noch als Förderkulisse bezeichnet, d. h. als die Gebietskulisse, in

³⁵⁹ Hüniger 2011a

der Maßnahmen mit Mitteln des Förderprogramms umgesetzt werden dürfen“³⁶⁰. Des Weiteren löst der Begriff „Maßnahme“ bezogen auf die Planung für die Förderkulisse und Phase II Irritationen hinsichtlich der Verbindlichkeit aus. Der Projektträger ist bis Ende 2012 in den Regionalgruppen noch mit Aufklärungsbedarf konfrontiert und bemüht sich um Klärung. Maßnahme sei mit „Idee“ oder „Vorschlag“ gleichzusetzen (Protokoll Regionalgruppen 2012³⁶¹). Zu dieser fortgeschrittenen Laufzeit der Förderphase I ist noch keine gemeinsame Projektsprache, d. h. ein einheitliches Verständnis der verwendeten Begriffe, gefunden worden.

Auch für die Wälder im Projektgebiet gestaltet sich die Eröffnung von Lösungen und Perspektiven für einen gemeinsamen Weg im Kontext des NGP schwierig, obgleich seitens des NGP die Beziehung als klare Synergie erkannt wird.

„Ökosystemdienstleistungen zum Gemeinwohl für alle Menschen werden in der Landwirtschaft vom Staat erheblich finanziell unterstützt. Im Wald werden Ökosystemdienstleistungen in der Regel im „Kielwasser“ der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung ohne zusätzliche Honorierung erbracht. Das Naturschutzgroßprojekt könnte diese Lücke ein wenig füllen. Zudem besteht vor allem in Thüringen die Möglichkeit, die Bewirtschaftungsstrukturen im Privatwald z. B. durch Flurberreinigungsverfahren zu verbessern.“ (3. Sitzung AK Naturschutz³⁶²)

Die Platzierung dieser synergetischen Betrachtung in den Arbeitskreisen oder der öffentlichen Debatte gelingt nicht und scheint im Besonderen durch des Beharrens auf den negativen Erfahrungen behindert zu werden, wie im folgenden Abschnitt dargelegt wird.

Das Freiwilligkeitsprinzip – kommt [im Wald] nicht an.

In der regionalen Presse wird vermutet:

„Möglicherweise fällt der Sielmann-Stiftung jetzt auf die Füße, dass andere Naturschutzprojekte, wie Natura 2000, rigoros durchgesetzt wurden.“ (Thüringer Allgemeine, 03.03.2011³⁶³)

Dass das Freiwilligkeitsprinzip, welches NGP auszeichnet, so schwierig zu vermitteln und noch in der Verlängerung der Phase I erklärungsbedürftig³⁶⁴ ist, ist auf die belastete Beziehung zwischen Landeigentümern/-bewirtschaftern und hoheitlichem Naturschutz zurückzuführen. Der regionale Verhandlungsprozess (Förderphase I) soll eine Einigung mit den Flächenbesitzern und -nutzern über die anvisierte Änderung der regionalen Flächennutzung

³⁶⁰ Heinz Sielmann Stiftung 2012f: 2

³⁶¹ Heinz Sielmann Stiftung 2012a: 5

³⁶² Heinz Sielmann Stiftung 2012e: 4

³⁶³ Hüniger 2011b

³⁶⁴ „Das Prinzip der Freiwilligkeit sollte auch weiterhin erläutert und vermittelt werden, das sei für die Akzeptanz des Projekts von großer Bedeutung“ (Heinz Sielmann Stiftung 2012g)

zugunsten des Naturschutzes hervorbringen. Trotz des Hinweises auf die Entscheidungshoheit jedes einzelnen Flächenbesitzers über die Nutzung seiner Fläche, ist der Projektprozess von Beginn an von Skepsis begleitet. Polarisierende Stellungnahmen begleiten die Förderphase I. Auch wenn diese Frage erst bei der dritten und letzten Sitzung des AK Forstwirtschaft und Jagd gestellt wird, sei sie an dieser Stelle bereits zitiert, da sie auf die Stimmung der privaten wie öffentlichen Waldbesitzer und Waldbewirtschafter hinweist und die zähen Verhandlungen erklärt.

„Man hat als Waldbesitzer jetzt hintereinander die Ausweisung als FFH-Gebiet, als EG-Vogelschutzgebiet, als Landschaftsschutzgebiet und als Naturpark miterlebt. Wird dies jetzt immer so weiter gehen?“ (Protokoll 3. Sitzung AK Forstwirtschaft und Jagd, 14.06.2012: 5³⁶⁵)

Die Reaktionen auf das NGP begründen sich folglich zu einem relevanten Anteil in dem Eindruck, der Naturschutz würde im Sinne einer Kettenreaktion das betroffene Gebiet mehr und mehr in Anspruch nehmen, ohne dass er auf plausiblen fachlichen Handlungsbedarfen aufbaue.

Jedoch scheint dies nicht die abschließende Erklärung zu sein. Das Angebot des freiwilligen Naturschutzes ist strategisch ein kluger Schritt, denn der Naturschutz positioniert sich als *abhängiger* Verhandlungspartner im regionalen und örtlichen Landnutzungsgefüge. Das konkrete Angebotsportfolio und die Argumentationen weisen jedoch Schwächen auf: Schon auf der ersten großen Informationsveranstaltung (Februar 2011) weisen Fragen der Teilnehmer zur Freiwilligkeit im Kontext Wald auf die hohe Sensibilität hin³⁶⁶. Die Notwendigkeit der klaren und transparenten Abgrenzung des NGP von übergeordneten politischen Plänen zur Flächen(um)widmung wird sehr deutlich. Die förmliche Distanzierung hinsichtlich der Kompetenz der HSS als Projektträger ist nachvollziehbar, kann das Vertrauen in die Freiwilligkeit des NGP aber nicht stärken. Die Ausweisung von Schutzgebieten bleibt kontinuierlich zentra-

³⁶⁵ Heinz Sielmann Stiftung 2012f

³⁶⁶ Protokoll der Informationsveranstaltung, 18.02.2011: „Hinterfragt wird, ob das Freiwilligkeitsprinzip in dem Projekt durchzuhalten sei, schließlich sei beispielsweise im Koalitionsvertrag festgelegt, thüringenweit 25.000 ha Fläche Wald aus der Nutzung zu nehmen. Damit gebe es bereits konkrete Vorgaben, die auch auf das Naturschutzgroßprojekt Einfluss hätten. Dazu stellt Herr Keil fest, dass der Projektträger zwar an übergeordnete Planungen und Flächenwidmungen (zum Beispiel Naturschutzgebiete, Natura-2000-Gebiete, EU-Wasserrahmenrichtlinie) der Behörden gebunden sei, aber sich als private Stiftung nicht als Wegbereiter für weitergehende staatliche Maßnahmen verstehe.“ (Heinz Sielmann Stiftung 2011b: 5)

ler Diskussionspunkt, von der ersten PAG-Sitzung³⁶⁷ bis hin zur letzten im April 2013³⁶⁸. Dies lässt sich auch anhand der offenen Perspektive begründen:

„Mit der Auflage, in der Förderphase II in bestimmten Bereichen die Ausweisung von Naturschutzgebieten einzuleiten, ist zu rechnen. Dieser hohe Anspruch begründet sich nicht zuletzt in der bundesweiten Bedeutung des Vorhabens für den Naturschutz. Für die Ausweisung sind aber die jeweiligen Landesregierungen zuständig.“ (2. Sitzung AK Forst und Jagd, 29.11.2011³⁶⁹)

Die Argumentation der Projektverantwortlichen zur Überzeugung der betroffenen Flächenbesitzer und -bewirtschafter ist genauer zu betrachten. Beispielhafte einschlägige Zitate belegen die Argumentation, Tab. 31:

Tab. 31: Dokumentierte Argumentationen der Projektverantwortlichen des NGP EW, : eigene Erhebung

Quelle	Zitat	Einordnung
Regionale Zeitschrift	„Das Ohmgebirge ist es wert, dass man es schützt, es wäre für das Eichsfeld ein großer Verlust, wenn das Projekt hier nicht zum Tragen kommt“, sagt der Naturschützer (HSS) und fügt hinzu, es könne der Regionalentwicklung und dem Tourismus sehr förderlich sein. Schließlich stehe das Eichsfeld wirtschaftlich so gut nicht da [...]. Thüringer Allgemeine, 03.03.2011 ³⁷⁰	➔ Argument der Synergieeffekte und Impulse für regionale, insbesondere touristische, Entwicklung verfehlt die eigentlich im Fokus stehende Zielgruppe: Die persönliche Einstellung und Bereitschaft der Landnutzer, die sich eher in der Ausnahme als touristische Leistungsträger wahrnehmen oder ad hoc entsprechende Perspektiven für sich ableiten können, können durch dieses Argument kaum verändert werden.

³⁶⁷ Protokoll der 1. PAG-Sitzung 20.05.2010: „Alle Maßnahmen des NGP basieren auf Freiwilligkeit. Die Maßnahmenumsetzung ist an den Abschluss entsprechender Verträge gebunden. Als Grundlage für eine Prioritäten- setzung bei den Maßnahmen sowie auch zum Nachweis gegenüber den Fördermittelgebern benötigt man ent- sprechend belastbare Daten. Diese müssen während der Pflege- und Entwicklungsplanung in der Förderphase I erhoben werden. [...] Für private Waldeigentümer besteht insofern Planungssicherheit, als dass niemand zu vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen des NGP gezwungen werden kann. Sollen Maßnahmen des NGP im Wald umgesetzt werden, ist der Projektträger gefordert, entsprechende Verhandlungen mit den Eigentümern einzuleiten.“ (Heinz Sielmann Stiftung 2010: 2)

³⁶⁸ Protokoll PAG-Sitzung 11.04.2013: „Zum Thema Sicherungskonzept erläutert Herr Galas (BMU), dass sich die Vorgabe, den überwiegenden Teil als NSG zu sichern, auf die Flächen bezieht, auf denen in der Umset- zungsphase Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Somit bezieht sie sich nicht auf die gesamte 9.600 Hektar große Förderkulisse, sondern auf die im Rahmen der Pflege- und Entwicklungsplanung ermittelte Maßnahmen- fläche mit hoher und mittlerer Handlungspriorität im Umfang von bis zu 4 850 Hektar. Die Frage, wo und in welchem Umfang gegebenenfalls NSGs zur langfristigen Sicherung der Maßnahmen eingerichtet werden sollen, kann laut Herrn Pfützenreuter (TMLFUN) derzeit nicht beantwortet werden, da dies vom Schwerpunkt des Mit- teleinsatzes für Maßnahmen in der Förderphase II abhängt. Die Vertreter der Länder Niedersachsen (Hr. Sippel) und Hessen (Hr. Euler) weisen darauf hin, dass in ihren Bundesländern aufgrund des Naturschutzgroßprojektes keine weitere Ausweisung von NSG auf privaten Eigentumsflächen erforderlich erscheint.“ (Heinz Sielmann Stiftung 2013: 4)

³⁶⁹ Heinz Sielmann Stiftung

³⁷⁰ Hüniger 2011b

Fortsetzung der Tab. 31		
Quelle	Zitat	Einordnung
Protokoll Fördermittelge- berrunde und Landvolk Göttingen, Mai 2012	Ein Ende des Projekts wäre mit der Vergabe von Chancen für die Region verbunden, sei es als Baustein für den ländlichen Tourismus, die regionale Wertschöpfung aus den ggf. verfügbaren Fördermitteln oder auch die Beteiligung von landwirtschaftlichen Betrieben als unverzichtbare Partner in der naturschutzorientierten Landschaftspflege.	➔ Hauptargumente der Förderung des ländlichen Tourismus / der regionalen Wertschöpfung durch das NGP werden durch deren sekundären Charakter geschwächt.
Protokoll PAG 29.08.2012, Endfassung 28. November 2011	Im Focus stehen beim NGP auch nicht Hochleistungsstandorte, sondern meist ökonomisch unrentable Standorte (z. B. Steillagen), die für den Naturschutz besonders interessant sind.	➔ Projektgebiet spiegelt diesen eher selektiven Ansatz nicht wider.
	Die Flächen, bei denen aus Sicht der naturschutzfachlichen Planung Maßnahmen zwingend umgesetzt werden sollten, um bspw. Funktionen des Biotopverbunds wieder herzustellen, werden entsprechend flächenscharf beplant. Andere Flächen, bei denen es nicht genau auf den Standort zur Umsetzung von Maßnahmen ankommt, werden als Maßnahmensuchraum (Schwerpunktgebiet) gekennzeichnet.	➔ Das Projekt verfolgt einen flächigen Ansatz im Sinne des Biotopverbunds. Naturschutzfachlich nachvollziehbar, widerspricht die Formulierung der „zwingend“ umzusetzenden Maßnahmen dem Freiwilligkeitsgrundsatz. Ohne konkreten Flächenbezug wird damit Skepsis „genährt“.

5.3.2.2 Konfliktmotor im Inneren?

Im Zuge der Datenauswertung kristallisieren sich Aspekte heraus, die die Frage nahelegen, ob nicht direkt aus dem Projekt heraus die dargelegten Konflikte befördert werden. Der erste Aspekt knüpft an die Situationsanalyse der externen Moderation an, die die Kritik an der Ignoranz des Naturschutzes gegenüber den Naturschutzaktivitäten anderer Akteure erfasste und sich auch schon in dem in Abschnitt 5.2 dokumentierten Erfahrungsspektrum der Akteure, speziell der Forstwirtschaft, ausdrückt. Darin schwingt die Frage mit, „wer“ der bessere Naturschützer ist. Das naturschützerische Interesse an den Wäldern in der Region begründet sich in ihrer hohen Bedeutung für den Biotopverbund und ebenso hohen naturräumlichen Qualität (in Teilräumen). Letztgenannte wird aus regionaler Perspektive v. a. auf die Leistung der waldbewirtschaftenden und -pflegenden Akteure zurückgeführt. Der Naturschutzinitiative gelingt es nicht, dem Bedarf oder Mehrwert der potenziellen Leistungen des NGP angemessenen Raum in der Debatte zu verschaffen. Der Dialog wird somit nicht auf Schnittmengen und gemeinsam getragene Ziele ausgerichtet, sondern bleibt an der Frage hängen, ob der Naturschutz überhaupt ein berechtigtes Interesse vertritt. Als Beispiel für die Schaffung eines

regionalen Handlungsbedarfs zu einem bestimmten Thema lässt sich folgende Erfahrung anführen:

„Als sehr wertvoll haben sich im Kreis Regionalforen erwiesen. Da werden alle Interessierten öffentlich zu verschiedenen Themen eingeladen, die dann gemeinsam diskutiert und bearbeitet werden. So hat sich aus unterschiedlichen Regionalforen das Thema „Demografie“ als besonders bedeutend herauskristallisiert. Die Region hat sich als eine von drei Förderregionen des neuen Programms „Region schafft Zukunft“ behaupten können. Es müssen nicht immer alle mitgenommen werden, aber denen, die interessiert sind, sollte man die Chance geben, und man braucht sie auch. Ihre Ideen. Das Regionalforum und die Arbeit an konkreten Projekten und Erfolg führen außerdem zu einer Motivation für weiteres Engagement.“ (Kommunalpolitik)

Es kann geschlussfolgert werden, dass die Entdeckung eines Handlungsbedarfs sowie die Schaffung eines Handlungswillens zu einem Thema in einer Region durch partizipative und dialogorientierte Vorgehensweisen gelingen können. Für Vorhaben des Naturschutzes leitet sich die Konsequenz ab, sich zu diesem Zwecke in regionale Verhandlungsarenen einzubringen. Zustimmung zu intern vorbereiteten, regionalbedeutsamen Initiativen zu gewinnen, erscheint angesichts der schon dargelegten Erkenntnisse schwierig.

Zweiter Aspekt ist die Erwartungshaltung der NGP-Promotoren. Im AK Kommune und Region steht die Konfliktvermeidung von Naturschutz und -erleben im Fokus. Im Protokoll heißt es dazu:

„Die Interessen von Naturschutz und Tourismus oder Freizeitnutzung müssen nicht zwangsläufig kollidieren. Grundsätzlich muss man davon ausgehen, dass für den ländlichen Tourismus intakte Naturräume in der Region notwendig sind. Besucher sollen, getreu dem Motto „Was man kennt, möchte man auch schützen/bewahren!“, durchaus an attraktive Orte herangeführt werden, die besondere Naturerlebnisse versprechen. Durch eine gute Besucherlenkung sollen allerdings gleichzeitig auch ökologisch sensible Bereiche geschont werden bzw. beruhigt bleiben. Ein Besucherlenkungskonzept wird Bestandteil des Pflege- und Entwicklungsplanes werden.“ (Protokoll 1. Sitzung AK Kommunen und Region³⁷¹)

Der oft bemühte Spruch „Was man kennt, möchte man auch schützen/bewahren!“ erscheint angesichts der in vielen Studien zu GSG erfassten Akzeptanzdefizite bezüglich der durchgesetzten Nutzungs- und Erlebniseinschränkungen als fragile Basis für die Verhandlung von Maßnahmen des Naturschutzes. Angesichts der obigen Erkenntnis, dass keine Vorstellung von einem akzeptierten Naturschutzansatz in der Region entwickelt ist, droht jede befürchtete Betroffenheit von benannten Einschränkungen zugunsten des Naturschutzes entsprechende Ablehnung zu provozieren. Die Auseinandersetzung mit dem Wert von Natur, ihrer Entwicklung und der Bewahrung bestehender Naturqualitäten sowie der daraus abgeleiteten Akzeptanz für Einschränkungen der individuellen Freiheit, diese zu nutzen, erweist sich im Kontext

³⁷¹ Heinz Sielmann Stiftung 2011c: 3

des NGP als notwendig. Die Ausrichtung der Arbeitskreise, insbesondere des AK Kommunen und Region, auf die Konflikterfassung und -regulierung, eröffnet hierfür jedoch keinen Raum.

Ein dritter Aspekt liegt in den Angeboten des NGP. Die Debatten während der Projektsitzungen legen die Frage nahe, ob das Angebotsportfolio des NGP selbst dazu beiträgt, dass das Ziel, eine Vorrangstellung für den Naturschutz in der Region auszuhandeln, nicht in der Breite überzeugt. Die Attraktivität der Angebote des NGP scheint vor allem dadurch geschwächt, dass deren langfristiger Perspektive nicht vertraut wird. So steht es im Ergebnisprotokoll der PAG-Sitzung vom 29. August 2012³⁷²:

„Insofern sei der Verweis auf die Förderprogramme der Länder als finanzielle Sicherung über die Förderphase II des Projekts hinweg (also nach ca. 10 Jahren) aus ihrer Sicht nicht ausreichend.“

Eine Klärung der Perspektive folgt durch das Thüringer Umweltministeriums:

„Nach Ablauf der Förderung übernehmen die Länder und der Projektträger die weitere Verantwortung für die dauerhafte Erhaltung erreichter Projektziele. Das Projektgebiet wird dadurch auch zur vorrangigen Förderkulisse für Umweltprogramme der Länder. In Zeiten zunehmend leerer öffentlicher Kassen ist dies eine nicht zu unterschätzende Perspektive, ein besonderer Anreiz.“ (Protokoll Gesprächstermin der Fördermittelgeberrunde mit Landvolk Göttingen 2012³⁷³)

Dass es dieser Klärung im Zuge des Verhandlungsprozesses bedarf, ist ein hinderlicher Aspekt für die Akzeptanzförderung. „Nacharbeitungen“ aufgrund schon aufgekommener (oder bestätigter) Skepsis und kritischer Fragen der regionalen Akteure können einmal erwachsene Befürchtungen kaum überwinden. Transparente und verlässliche Angebote von Beginn an können Konflikte vermeiden und Vertrauen in die Angebote des NGP aufbauen. Der Handlungsbedarf hinsichtlich des Angebotsportfolios sowie dessen Kommunikation und Erläuterung ist zu erkennen.

Als vierter Aspekt ist das strategische Geschick des Projektträgers zu benennen. Defizite hinsichtlich des strategischen Geschicks zeigen sich in zwei Punkten. Erstens: Die letzte Sitzung der PAG zum Ende der Förderphase I findet begleitet von Protesten der Thüringer Waldbesitzer und niedersächsischen Landwirte statt. Diese Sitzung beginnt mit einem Grußwort des Vorsitzenden des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Angesichts der seit Anfang 2012 von Umweltverbänden geäußerten Kritik an der deutschen Forstwirtschaft, erscheint dieser Schulterschluss mit dem Projektträger zwar im Kontext der Gesamtinitiative „Grünes Band“ schlüssig. Angesichts der örtlichen Konfliktlage ist diese Präsenz jedoch we-

³⁷² Heinz Sielmann Stiftung 2012g: 5

³⁷³ Heinz Sielmann Stiftung 2012b: 4

nig hilfreich, um die Barrieren zwischen den Verhandlungspartnern zu überwinden. Ein zweites strategisches Defizit wird hierin gesehen:

„Gleichzeitig besteht auch die Wahrnehmung, dass es zahlreiche Befürworter des Projekts gibt, die sich aber bislang und insbesondere aktuell zu wenig zu Wort melden. Es sollte versucht werden, diese zu aktivieren.“ (Protokoll 3. Sitzung AK Kommunen und Region³⁷⁴)

Während es projektgegnerischen Meinungsführern gelingt, die Ablehnung des NGP in der regionalen Presse als dominierende Stimmung zu platzieren, gelingt es auf der anderen Seite nicht, unterstützende regionaler Partner zu mobilisieren, die eine ebenso prägnante Dynamik in der öffentlichen Debatte entfalten. Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Projektträgers (Ausstellungen, Projektbrief) und zahllose Gespräche und Veranstaltungen dienen zwar diesem Zweck, konnten jedoch keine entsprechende Dynamik in der Region entfachen.

5.4 Projektstrukturen: Anforderung und Leistungsfähigkeit

Die Projektstrukturen des NGP haben entscheidenden Einfluss auf den Projektverlauf, da sie die Arbeitsweise und Kommunikation bestimmen. Zunächst wird der Projektträger betrachtet, im Anschluss werden Arbeitsstrukturen beleuchtet.

5.4.1 Projektträger Heinz Sielmann Stiftung

Der überregional tätigen Naturschutzstiftung mit nationalem Bekanntheitsgrad, professionellen Organisationsstrukturen und fachlichen Experten ist zunächst großes Potenzial für die Trägerschaft eines NGP der hier diskutierten Dimension zuzusprechen. Genau in diesem Potenzial wiederum liegt jedoch zugleich die Schwäche hinsichtlich der integrativen Fähigkeit, die für die Umsetzung eines solchen Vorhabens benötigt wird. Nachstehendes Zitat beschreibt die Wahrnehmung der Stiftung seitens der Landwirtschaft, welche unmittelbar durch die Maßnahmen des NGP betroffen bzw. für deren Realisierung zu gewinnen ist:

„Und das ist eben auch ein Problem der Heinz Sielmann Stiftung – das kann ich ja vielleicht so sagen –, [...], ist es ein Stückchen Rotes Tuch bei den Landwirten. Die haben ja damals das Stadtgut Herbigshagen [...] dann übernommen und auf ökologischen Landbau umgestellt, [...]. Die Flächen, die haben ja andere Landwirte bewirtschaftet, die sind die losgeworden. [...]. Es trifft dann erst mal im Herzen und dann hieß es [...] „Wir zeigen euch jetzt, wie man ökologischen Landbau macht.“ Und das kommt einfach nicht so gut an, also, dieses Belehrende, „Wir können es besser.“ [...] Und dann kriegen die von John Deere da einen Trecker gesponsert, weil sie nun Sielmann Stiftung sind und welcher Landwirt kriegt schon einen Trecker gesponsert und kann dann da seinen Biodiesel fahren und sich damit in die Zeitung stellen. Und da sind so 'n paar Sachen gelaufen,

³⁷⁴ Heinz Sielmann Stiftung 2012d: 1

wo man einfach gesagt hat: „Nee. Also, mit denen wollen wir nichts zu tun haben.“ (Landschaftspflege)

Diese Einschätzung erscheint angesichts der überwiegend konventionellen Bewirtschaftungsweise in den beteiligten Landkreisen von relevanter Bedeutung. Gemäß des Regionalatlas werden im Jahr 2010 folgende Anteile der Flächen durch ökologischen Landbau bewirtschaftet: Landkreis Göttingen 2,9 %, Landkreis Osterode a. H. 6,9 %, Werra-Meißner-Kreis 8,5 %, Unstrut-Hainich-Kreis 3,1 %³⁷⁵. Im Kreis Eichsfeld beträgt der Flächenanteil des ökologischen Landbaus 1 - < 5 %, im Kreis Nordhausen unter 1 %³⁷⁶.

Die mit der Trägerschaft durch die HSS verbundene Stärke ist eher darin zu sehen, dass die von der Stiftung bewirtschafteten Flächen und abgeleiteten Angebote als Standort für Regionalentwicklung zu begreifen sind (Infrastruktur, Erlebnisangebote, Umweltbildung, POI). Die Stiftung hat ein Eigeninteresse an der positiven (touristischen) Entwicklung, d. h. an einer steigenden Besucherzahl in der Region. Sie agiert somit selbst an der Schnittstelle von Naturschutz und Entwicklung (durch Umweltbildung, naturschutzgerechte Produktvermarktung, Naturreisen u. m.) und vernetzt Naturschutzthemen mit regionalen Angeboten und Produkten³⁷⁷. Über entsprechenden Wissens- und Erfahrungstransfer den Einklang von Schutz und Nutzung in den Fokus der regionalen Debatte zu rücken, ist im Kontext des NGP nicht vorgesehen. So bleibt die Chance ungenutzt, die abstrakten Entwicklungspotenziale auf die praktische Ebene zu übersetzen.

Ein weiteres Potenzial der Stiftung ist die Präsenz in der Presseöffentlichkeit und die eigene Fähigkeit, regionale Initiativen und Angebote in der Öffentlichkeit zu platzieren³⁷⁸: In der untersuchten Projektphase kann sich dieses Potenzial jedoch nicht entfalten, da die Auseinandersetzung über bspw. abgeleitete Angebote des Naturerlebnisses für Besucher nicht erfolgt.

Der Wertschätzung der Vorfinanzierung des NGP steht die Erwartung gegenüber, eine Struktur zu schaffen, die das Projektgebiet widerspiegelt – insbesondere weil der Großteil der Flä-

³⁷⁵ Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a

³⁷⁶ Thüringer Landesamt für Statistik 2012: 8

³⁷⁷ „Wir schleusen die Leute nicht drei Tage lang nur durch den Naturschutz, sondern kehren natürlich auch das raus, was rundherum ist. Also, dann ist man halt einen Tag auf Gut Herbigshagen, den anderen Tag ist man am Seeburger See, wiederum kann man in den Klausenhof gehen, da ist man wieder am „Grünen Band“, aber in ganz anderen, in ganz anderer Landschaft, und natürlich Stadt Duderstadt, Altes Rathaus besichtigen, und Heilort Heiligenstadt bietet auch einige Möglichkeiten.“ (Projektträger)

³⁷⁸ „Presseöffentlichkeitsarbeit ist natürlich auch so ein Thema, was wir natürlich nicht nur zum Wohl der Sielmann Stiftung, sondern natürlich auch zum Wohl der Regionen veranstalten wollen beziehungsweise, dass wir ein bisschen tatsächlich auch Werbung machen können für die Region.“ (Projektträger)

che in ostdeutschen Landkreisen liegt. Hierin wird ein wesentlicher Faktor für die Akzeptanz und Unterstützung des Projekts gesehen. Die Integration der bereits bestehenden und funktionierenden Netzwerke wird hier als Schlüssel für gebietsübergreifende Zusammenarbeit erachtet (s. Abschnitt 5.3.1.3). Dass die HSS als alleiniger Projektträger startet, steht in Zusammenhang mit regionalpolitischen Entscheidungen. Auf dieser Ebene prägt sich der Rückhalt (der Hauptlandkreise) während der Antragsphase heterogen aus, wobei er sich einheitlich in der Absage der Landkreise hinsichtlich der Übernahme trägerschaftlicher und damit finanzieller Verantwortung niederschlägt. Lediglich ein Kreis war bereit, finanzielle Verantwortung zu übernehmen, ein weiterer ebenso, konnte jedoch keine finanziellen Ressourcen bereitstellen, der dritte war grundsätzlich nicht bereit, finanziell in das Projekt einzusteigen. Damit übernahm die HSS die Vorleistung der Antragstellung. Die anhaltende Zurückhaltung der regional- sowie auch der lokalpolitischen Akteure drückt sich auch zum Untersuchungszeitpunkt in deren passiver Position im erfassten Netzwerk aus. Auf der Länderebene ist der politische Rückhalt formal mit der Antragstellung gegeben, da sich die Länder an der Projektfinanzierung beteiligen. Der politische Rückhalt dieser Ebene erweist sich jedoch bereits in der Phase der Projektbewilligung als geschwächt:

„Das heißt, wenn ein Land sich bereit erklärt, bei einem Naturschutzgroßprojekt mitzumachen, und zwischenzeitlich zum Beispiel 340 Hektar privatisiert, unter anderem fast 20 Hektar des „Grünen Bandes“ privatisiert und auf der anderen Stelle, auf der anderen Seite mal ab Neuhaus Bundesflächen beantragt, die gerade durch dieses nationale Naturerbe vor der Privatisierung geschützt worden sind, ist das nicht verwunderlich. Das ist also kein Fauxpas mehr, sondern ein Affront.“ (Projektträger)

Die fehlende politische Flankierung des Projekts erweist sich als ein zentrales Defizit des Vorhabens und mindert die Chance auf regionale Verankerung erheblich.

5.4.2 Projektgremien

Für die Durchführung der Förderphase I, die eine „Planung als Gemeinschaftsaktion“ anstrebte, wurde eine Arbeitsstruktur gewählt, bestehend aus

- der Fördermittelgeberrunde,
- der Projektbegleitenden Arbeitsgruppe (PAG) und
- vier Arbeitskreisen (Forstwirtschaft und Jagd, Naturschutz, Kommunen und Region, Land- und Wasserwirtschaft), die im Projektverlauf in vier themenübergreifende, gebietsbezogene Arbeitskreise umorganisiert werden sollen.

Ihre genauere Betrachtung ist nötig, um zu klären, inwieweit die vorstehenden Erkenntnisse auch auf die Arbeitsstrukturen zurückzuführen sind.

5.4.2.1 Projektbegleitende Arbeitsgruppe

Die PAG wird als „Beteiligungs- und Beratungsgremium“ zur Beratung und Diskussion der Projektfortschritte eingesetzt. Sie ist kein Entscheidungs- oder Beschlussgremium. Sie ist an

„den Planungsschritten, der Billigung von Zwischenberichten und des Schlussberichtes zu beteiligen. Die Anregungen und Bedenken der projektbegleitenden Arbeitsgruppe sind vom Planersteller zu bewerten, abzuwägen und unter Beachtung der Projektziele bei der Planerstellung zu berücksichtigen.“ (3. Sitzung AK Forst und Jagd: Anhang 2: 26³⁷⁹).

Die PAG sorgt also gemäß der Förderrichtlinie dafür, dass die Planungen mit den Interessen der beteiligten Institutionen und Interessenverbänden in der Region abgestimmt werden. Ihre Funktion konzentriert sich gemäß Geschäftsordnung auf die Sicherstellung der internen Kommunikation, d. h. in Richtung der eigenen Organisation und Einbringung deren Einschätzung in die Planabstimmungen.

Bei Betrachtung der realen Zusammensetzung im Vergleich zur formal beschlossenen, fällt zunächst die Dominanz der Gruppe „Projektträger, Dienstleister, Fördermittelgeber“ auf. Dagegen sind die Fachinstitute (Länderebene/überregional) deutlich weniger stark vertreten, als vorgesehen. Die regionale Ebene ist in den beiden Sitzungen in 2012 mit 36 % und 42 % ebenfalls weniger stark vertreten, als formal vorgesehen (48 %).

Auf der letzten Sitzung hingegen erreicht sie 53 % in der Zusammensetzung. Unter Berücksichtigung der hohen sonstigen Teilnehmerzahl (31) zeigt sich ein insgesamt gewachsenes Interesse an dem Abschluss der Förderphase I.

Die große Gruppe der Arbeitskreisvertreter und die kleine Anzahl regionaler Institutionen decken auf, dass gerade der ersten Gruppe eine besondere Rolle bei der regionalen Interessenvertretung zukommt.

³⁷⁹ Heinz Sielmann Stiftung 2012f

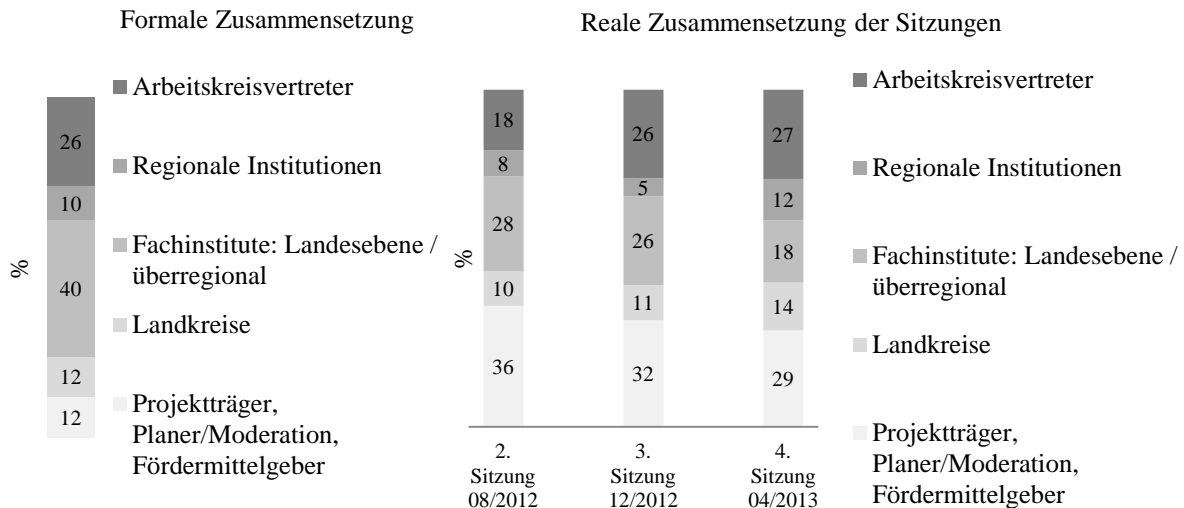


Abb. 23: Formale und reale Zusammensetzung der PAG-Sitzungen des NGP EW,
eigene Darstellung auf Basis der NGP-Protokolle

Der partizipative Projektprozess gerät nach weniger als einem Jahr ins Stocken und wird nach weiteren zehn Monaten gestoppt. Folgende Aussage des Projektträgers im PAG-Sitzungsprotokoll von 2011 rückt so wieder ins Augenmerk:

„Die HSS sieht es als äußerst wichtig an, mit den Menschen in der Region im Gespräch zu bleiben bzw. ins Gespräch zu kommen – hier können die PAG-Mitglieder vermittelnd tätig werden.“ (Protokoll PAG-Sitzung 26.10.2011³⁸⁰)

Inwieweit sich die Mitglieder über die Abstimmung der Planungen mit der eigenen Organisation hinaus in Verantwortung für die regionale Akzeptanz des Projekts sehen, ist anzuzweifeln, da dies an ein entsprechendes Rollen- und Aufgabenverständnis geknüpft ist. Zieht man die Zusammensetzung der PAG konkret in Betracht, verstärkt sich der Zweifel, denn sie wird – ausgenommen die letzte Sitzung - durch die Fördermittelgeber und Fachinstitute dominiert. Deren Möglichkeiten, auf die Wahrnehmung des Projekts in der Region vor Ort einzuwirken, erscheinen gering, da sie zu einem großen Anteil außerhalb des Projektgebietes liegen und sich die Beteiligung in formaler Zuständigkeit begründet.

5.4.2.2 Arbeitskreise

Auch die Arbeitskreise sind Beteiligungs- und Beratungsgremien, die vier Aufgaben wahrnehmen: Weitergabe wichtiger Infos an die Planer, Entwicklung von Vorschlägen zum Leit-

³⁸⁰ Heinz Sielmann Stiftung 2011e: 2

bild, Konkretisierung der Entwicklungsziele, Diskussion der Maßnahmenvorschläge (Protokoll der Informationsveranstaltung 18.02.2011³⁸¹).

Zwei Aspekte stechen bei der Datenanalyse hervor, die den Verlauf der Projektbearbeitung relevant mitbestimmt haben. Es handelt sich um die Zusammensetzung der Arbeitskreise sowie um die Planungsinhalte, wobei beide unmittelbar miteinander verknüpft sind.

Während des Auftakt- und Reflexionsworkshops wurde die Zusammensetzung der zu bildenden Arbeitskreise diskutiert. Der Wunsch nach Überwindung der sektoralen Betrachtungsweise zur gemeinsamen Umsetzung von Maßnahmen durch die relevanten Akteure wurde während des Auftaktworkshops als Diskussionsergebnis dokumentiert. Für eine nachhaltige Entwicklung wird u. a. die Einbindung der Kommunalpolitiker sowie der Touristiker in die Planung und Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des NGP als notwendig erachtet. Die Diskussion während des Reflexionsworkshops konkretisiert diese Haltung. Fachübergreifende statt sektorale Fachgruppen seien zu bilden, z. B. „Wald“, „Offenland“, oder gebietsbezogene, z. B. „Südharz“ oder „Werra“. „Die Interdisziplinarität der Fachgruppen wurde ebenso empfohlen, da es darum gehe, das „Oberziel Naturschutz“ gemeinsam zu verhandeln und umzusetzen.“³⁸². Diese Wünsche basieren auf der Erwartung, dass eine von Beginn an sektorenübergreifende Projektbearbeitung eher gewinnbringende Lösungen für die Region hervorbringt, als eine auf die unmittelbar Betroffenen reduzierte Arbeitsweise.

In einem Interview hingegen wird aus anderer Perspektive argumentiert:

„Wenn ich eine Autobahn baue, rede ich mit den Flächeneigentümern, ich rede mit dem Naturschutz, ich rede mit der Bevölkerung, die betroffen ist. Aber ich rede ja nicht schon mit den Firmen. Ich verkaufe zwar die Autobahn auch immer damit, dass die, also die gigantische wirtschaftliche Entwicklung jetzt die Voraussetzung dafür bieten wird, aber ich rede nicht schon mit Firmen und sage: „Was muss ich denn für euch berücksichtigen? Wo wollt ihr euch denn ansiedeln?“ Erst wenn die Autobahn da ist, dann gucke ich, dann machen wir hier vielleicht ein Gewerbegebiet hin oder so was.“ (Regionalentwicklung)

Den regional divergierenden Einschätzungen zur angemessenen Strategie der Projektbearbeitung stehen die Projektstrukturen gegenüber, die eine keine eindeutige Position beziehen. Mit den Arbeitskreisen „Forstwirtschaft und Jagd“, „Landwirtschaft und Wasserwirtschaft“, „Naturschutz“ und „Kommunen und Region“ findet zwar eine sektorenbezogene Bearbeitung statt, deren Ziel jedoch ein sektorenübergreifendes, gemeinsames Leitbild für das NGP ist. Dieses Ziel, das die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von der Aufwertung des

³⁸¹ Heinz Sielmann Stiftung 2011a: 54

³⁸² Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 11.11.2009

Naturschutzanliegens in der Region erfordert, wurde nicht erreicht. Die Datenanalyse legt den Schluss nahe, dass dieses Verständnis nicht entwickelt wurde und dass sich dies durch die Planungsperspektive sowie die grundsätzliche Ausrichtung der Projektbearbeitung begründet.

Aus regionaler Sicht ist folgende Haltung erfasst worden:

„[...] eine Diskussion auf der „übergeordneten“ Ebene nicht überstrapaziert werden sollte, sondern der Fokus auf die Umsetzungs-/Projektebene zu legen sei. Auf der Ebene würde es auch für die Akteure erst interessant, wenn sie eigene Anknüpfungspunkte erkennen.“ (Reflexionsworkshop 11/2009: 4³⁸³)

Das Ziel der Leitbildentwicklung sowie der Anspruch der offenen Beteiligung an die AK führen zu einer Diskussion auf abstrakt-übergeordneter Ebene (Protokoll 2. Sitzung AK Kommunen und Region³⁸⁴). Die Forderung der Teilnehmer nach einer Konkretisierung der Planung und Diskussionen wird in den Sitzungsprotokollen dokumentiert. Dies weist darauf hin, dass es nicht gelingt, den Fokus der Akteure und Öffentlichkeit zunächst von der eigenen möglichen Betroffenheit und einer entsprechenden Habachtstellung auf die übergeordnete Ebene der regionalen Werte- und Zielekonstellationen für Natur und Landschaft zu richten. Während der dritten Sitzung der AK Kommunen und Region wird die regionale Wahrnehmung des Projektfortschritts diskutiert und dokumentiert:

„Von den Teilnehmern wird deutlich gemacht, dass in der Region nicht zuletzt aufgrund der Unterschriftenaktionen Unsicherheit spürbar sei. Man sei reserviert, da niemand wisse, ob seine Fläche dabei sei und wie eine zukünftige Nutzung aussehen könne. Hinzu kämen teilweise existentielle Ängste sowie Sorgen vor negativen Auswirkungen z. B. durch Unterschutzstellung von Nachbarflächen. Zukünftig könne man sich eine Entspannung der Situation nur vorstellen, wenn der Dialog aufrechterhalten bleibe und es bei den Planungen zu einer Flächenkonkretisierung komme.“ (Protokoll 3. Sitzung AK Kommunen und Region³⁸⁵)

Ein grundsätzliches Vertrauen in die Projektplanung kann sich trotz der partizipativen und offen angelegten Projektstruktur nicht entwickeln:

„Die Planungen müssen deutlich konkreter werden, und die inzwischen eingetretenen Veränderungen/Kompromissangebote (Förderkulisse) müssen belastbar sein – es darf nicht das Risiko bestehen, dass man davon wieder in die andere Richtung abweicht.“ (PAG 2012 am 29. August 2012 – Ergebnisprotokoll (Endversion: 28. September 2012: 4³⁸⁶))

Hinsichtlich der Funktion der Arbeitskreismitglieder weist der Projektträger während der zweiten Sitzungsrunde auf eine weitere Funktion hin, die diese übernehmen können:

³⁸³ Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 11.11.2009

³⁸⁴ Heinz Sielmann Stiftung 2011f: 1

³⁸⁵ Heinz Sielmann Stiftung 2012d: 1

³⁸⁶ Heinz Sielmann Stiftung 2012g

„Es wird ebenfalls – sofern möglich – um Wahrnehmung einer Multiplikatorenfunktion durch die Teilnehmer gebeten.“ (2. Sitzung AK Kommunen und Region: 1³⁸⁷)

Inwiefern sich die Mitglieder der Arbeitskreise in dieser Funktion sehen, kann nicht beantwortet werden (s. o.). Jedoch liegt die Vermutung nahe, dass sie angesichts der dokumentierten Unsicherheiten und konfliktbehafteten Debatten nicht die aktive, positive und flankierende Multiplikatorenrolle einnehmen, wie es für einen gelingenden Projektverlauf nötig wäre. Die Tatsache, dass gerade die AK-Mitglieder diese Rolle ausfüllen können, liegt aufgrund der lokalen Vernetzung auf der Hand und bleibt somit eine spät erkannte und kaum genutzte Projektressource.

Abschließend sind die tatsächliche Anwesenheit und die Nutzung der AK als Plattform zur Mitgestaltung zu beachten. Abb. 24 stellt dar, wie viele Akteure an den Sitzungen teilgenommen haben, wie viele demgegenüber seitens des Projektträgers für die AK gelistet sind³⁸⁸ sowie wie viele interessierte, nicht gelistete Akteure teilgenommen haben.

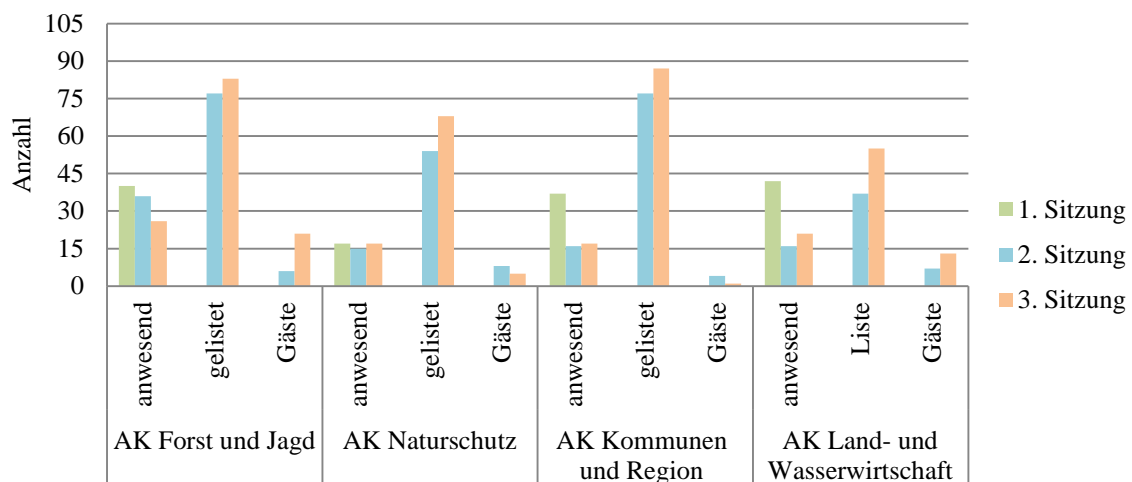


Abb. 24: Teilnehmer der Arbeitskreis-Sitzungen im NGP EW,
eigene Darstellung auf Basis der AK-Protokolle

Als Erstes fällt auf, wie groß die Diskrepanz zwischen den zur Teilnahme Eingeladenen und den tatsächlich Teilnehmenden bei allen vier AK ausfällt. In prozentualer Betrachtung kommt hinzu, dass bei allen AK an der zweiten Sitzung weniger Akteure teilnahmen, als an der ers-

³⁸⁷ Heinz Sielmann Stiftung 2011f

³⁸⁸ Angaben zu ersten Sitzung können nicht gemacht werden, da zu diesem Zeitpunkt noch keine Listen von AK-Mitgliedern vorlagen.

ten. Der AK Forstwirtschaft und Jagd sowie der AK Land- und Wasserwirtschaft mit 47 %/31 % bzw. 43 %/38 % (zweite und dritte Sitzung) stehen jedoch noch deutlich besser da als der AK Naturschutz (28 %/25 %) und der AK Kommunen und Region (21 %/20 %). Die beiden letzten Beobachtungen können nicht ausführlicher interpretiert werden. Ob sich die unter 5.3.1.2 erwähnte Kritik hinsichtlich der Einbindung des ehrenamtlichen Naturschutzes durch den Projektträger bis hier hin auswirkt, kann nur vermutet werden. Die geringe Teilnahme der kommunalen und regionalen Akteure ist jedoch als Schwäche hinsichtlich des politischen Rückhalts und der grundlegenden regionalen und übersektoralen Verankerung zu werten.

5.4.2.3 Regionale Verankerung: Strukturen und Ressourcen

Die regional-räumliche Verankerung wurde von den interviewten Akteuren als zentrale Frage diskutiert. Alle Interviewpartner stehen dem Projektgebiet ratlos hinsichtlich der Beteiligungs- und Arbeitsstruktur gegenüber, s. Abschnitt 5.3.1.3. Große Skepsis wird angesichts der ca. 130 km langen Projektkulisse geäußert³⁸⁹, da Verhandlungen um die Veränderung von Flächennutzungen belastbarer Netzwerke vor Ort und entsprechender zeitlicher Kapazitäten bedürfen. Die Einbindung etablierter Partner entlang der Gebietskulisse erscheint den Interviewpartnern als einzige Lösung, um die Umsetzung des Projekts zu ermöglichen. Prädestiniert seien die Naturparke in der Region, die bereits die Verknüpfung von Naturschutz und Nutzung umsetzen (Politik). Die Bereitschaft³⁹⁰ bzw. auch eine gewisse Erwartung³⁹¹ hinsichtlich einer verantwortlichen Einbindung kann aus den Interviews bestätigt werden. Vor dem Hintergrund des sehr großen Beteiligten- und Betroffenenkreises sind diese Bereitschaft und Erwartungshaltung als Potenzial einzuordnen, dessen Relevanz durch weitere Aspekte gestärkt wird: Zum einen erstreckt sich der Beteiligten-/Betroffenenkreis über berufliche, privatwirtschaftliche und ehrenamtliche Tätigkeitsbereiche, wodurch sich praktischen Probleme

³⁸⁹ „Und dann frag ich mich, auf dieser Länge – ich weiß nicht, 137 Kilometer oder was? – des gedachten Projektraumes, sozusagen, oder der Linie. Das kann eigentlich nicht einer machen [...] und dann noch drei Bundesländer. Ich weiß nicht. Das kann nicht gehen.“ (Landschaftspflege)

³⁹⁰ „Das könnt ich mir vorstellen, dass man das mit begleitet, ne. Und auch dann eben die entsprechenden Leute auch da hinschickt, die da wichtig sind, ne. Weil wir einfach vor Ort die Kenntnisse haben, ne. Oder auch ein Stück Vermittler dann spielt.“ (Landschaftspflege)

³⁹¹ „Unklar ist, welche Strukturen das Land bei Bewilligung schaffen wird. Welche Aufgaben kommen auf sie zu?“ (Naturpark)

für die Projektarbeit ergeben³⁹². Negative Wahrnehmungen³⁹³ entstehen aus einer unzureichenden Präsenz oder (wahrgenommenen) unzureichenden Ansprechbarkeit der Projektverantwortlichen, was wiederum auf unzureichende Kapazitäten und räumliche Distanzen zurückzuführen ist.

Seitens des Projektträgers wird angesichts der gesammelten Erfahrung vorsichtige Kritik an der Ressourcenausstattung (Personal) geübt, unter gleichzeitiger Bestätigung des Verständnisses für die Fördergrundsätze des Fördermittelgebers. Hier kommen die grundsätzlich begrenzten Mittel des (Bundes-)Naturschutzes zum Tragen, deren Einsatz für konkrete Naturschutzmaßnahmen stets Vorrang vor Verwendung für bspw. Personalressourcen hat. Die Betonung der angemessenen Relation von Personalkosten und sonstigen Projektkosten wird mit der befürchteten Kritik an einer Beschäftigungsmaßnahme für Naturschützer³⁹⁴ begründet. Die Definition der angemessenen Relation hingegen ist angesichts der bereits dargelegten Untersuchungsergebnisse zu hinterfragen. Der Förderansatz sowie der Nutzen dieser vorbeugenden Maßnahme zur Abwendung von Kritik sind angesichts der Belastungen der Projektträger, aber v. a. auch der Prägung der Region durch die konfliktbehafteten Verhandlungen und Debatten kritisch einzuschätzen.

5.5 Zusammenfassung der zentralen Erkenntnisse

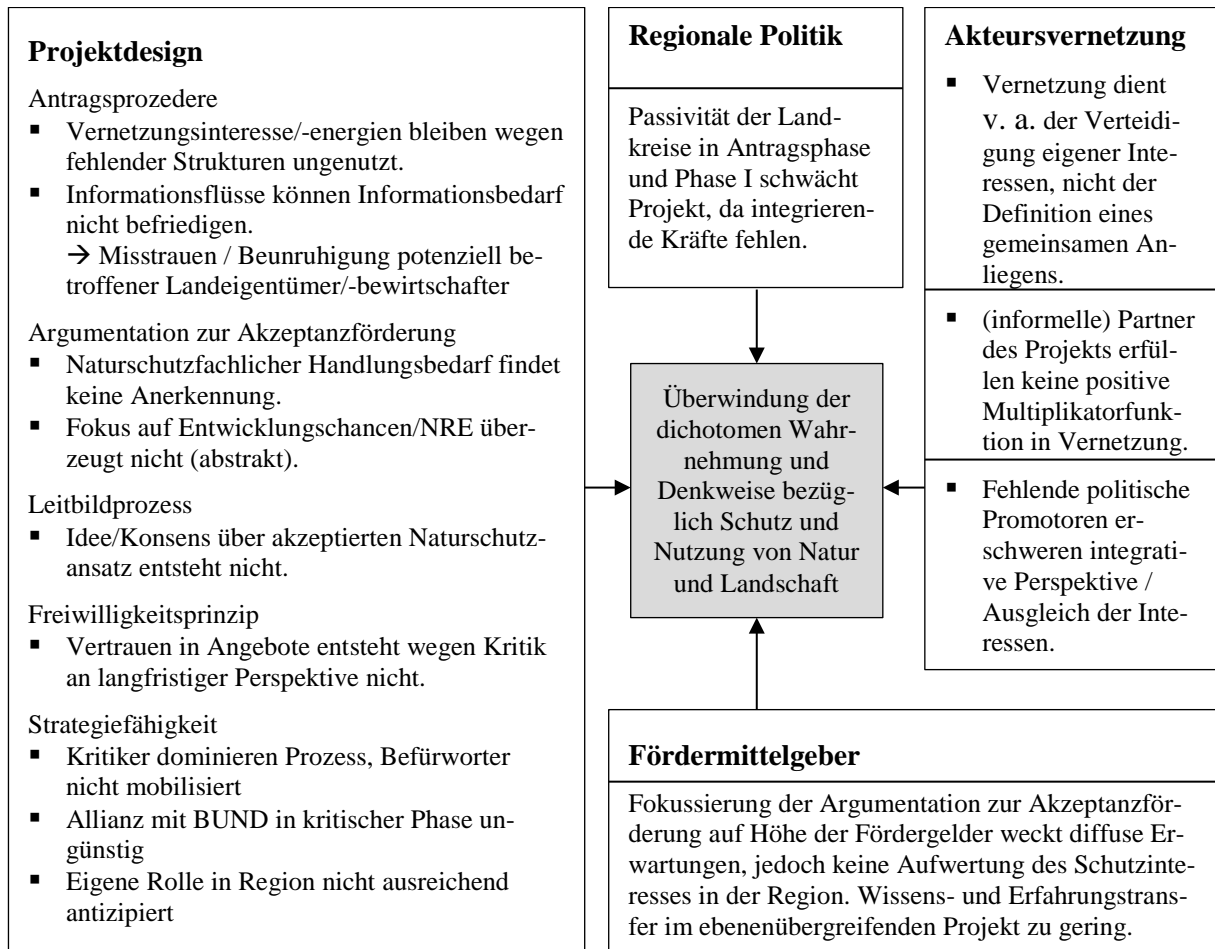
Die Fallstudie kommt zu dem Ergebnis, dass im Zuge des langwierigen Antragsprozederes und der aufwendigen Moderationsphase kein regionales Interesse an der Umsetzung des Vorhabens entstanden ist. Die zentralen Begründungszusammenhänge sind in Abb. 25 dargestellt, die nachfolgend erläutert werden.

³⁹² „[...] auch mit dem Problem, dass das überwiegend tatsächlich Ehrenamtliche sind, die zu den Zeiten, zu den Tagungszeiten und Ähnlichem, Ortsterminzeiten oder so was, die müssten sich Urlaub nehmen. [...]“ (Projektträger); „Die Schwierigkeit bei dem Netzwerk habe ich so wahrgenommen bei dem Workshop, dass es natürlich ganz unterschiedliche Möglichkeiten gibt, sich da einzubringen. Die Land- und Forstwirte und ihre Vertreter, die ja auch hauptberuflich damit zu tun haben, haben die Möglichkeit, sich da voll einzubringen, während der Naturschutz, der das Ehrenamt [...] Da müssen wir noch aufpassen, dass das nicht zu einseitig wird.“ (Regionalentwicklung)

³⁹³ „Der bisherige Eindruck ist, dass die Projektbearbeiter bei der Heinz Sielmann Stiftung dies als Nebenjob abwickeln.“ (Politik)

³⁹⁴ „Also, das ist auch schon definitiv in einigen anderen Projekten, Naturschutzgroßprojekten auch gesagt worden, wo dann die Kritik kommt, „ja, die fördern, dass ja nur noch mehr Naturschützer in Lohn und Brot stehen und ihr Auskommen haben“. Ja, das ist natürlich eine Polemik dann von der Seite. Aber man achtet schon sehr darauf, dass der Personalkostenaufwand in einer Relation zu den Gesamtkosten steht. Und das mussten wir halt auch berücksichtigen. Das macht vom Prinzip her eigentlich auch Sinn. Also, ich kann den Fördermittelgeber verstehen. Aber trotz allem finde ich das als Voraussetzung auch suboptimal.“ (Projektträger)

Abb. 25: Übersicht der zentralen Hemmnisse für die Überwindung der dichotomen Wahrnehmung von Schutz und Nutzung von Natur und Landschaft (NGP EW), eigene Darstellung



Angesichts des belasteten Vertrauens zwischen der primären Zielgruppe (Land- und Forstwirte) und dem Naturschutz münden bereits unzureichende Informationsflüsse während der Antragsphase in Misstrauen gegenüber dem Vorhaben. Die Akteure werden zur Verteidigung des Status quo motiviert. Das anvisierte Vorhaben weckt bei der sekundären Zielgruppe durch erste Öffentlichkeitsarbeit Interesse und bewirkt Vernetzungsimpulse. Deren interessierte, positive Energie bleibt jedoch aufgrund fehlender Strukturen zur Anknüpfung an das Vorhaben ungenutzt. Die Zielgruppe nimmt eine passive Haltung ein.

Zum Start der Phase I ist die primäre Zielgruppe v. a. durch ihre Verteidigungshaltung zur Teilnahme an Projektveranstaltungen motiviert. Diese wird auch während der Moderationsphase nicht überwunden. Dies kann der Argumentation des Projektträgers zugeschrieben werden, der es nicht gelingt, die Anerkennung eines naturschutzfachlichen Handlungsbedarfs

durchzusetzen und Vertrauen in die Angebote des NGP aufzubauen. Der Fokus der Phase I bleibt auf die Interessendivergenzen fokussiert. Die Ausrichtung der Phase I auf die potenziellen Konfliktpunkte im Projektgebiet verhindert zudem die Anknüpfung der sekundären Zielgruppe. An diese richtet sich die Argumentation des Projektträgers zwar oftmals (Entwicklungsimpulse durch bspw. naturverträglichen Tourismus), aber da Phase I keine Verhandlungsarena für die Auseinandersetzung mit den sekundären Potenzialen bietet, verbleiben die Entwicklungsimpulse im Hintergrund. Die Mobilisierung von präsenten regionalen Befürwortern gelingt nicht. Die Passivität der politischen Akteure auf Kreis- und Gemeindeebene erweist sich als zentrales Defizit, da ein Vorhaben dieser Ausrichtung und Dimension auf integrierende und ausgleichende Promotoren angewiesen ist. Neben den inhaltlichen und strategischen Schwächen der Argumentation und Moderation zeigen sich auch die limitierten Handlungsressourcen des Projektträgers als Hemmnis. Angesichts der Ausdehnung der Projektregion und Verhandlung mit Akteuren des beruflichen und ehrenamtlichen Naturschutzes kann der Informations- und Verhandlungsbedarf mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht befriedigt werden. Die Bemühungen, die regionalen Akteure seit der Antragsphase von der Berechtigung und dem Nutzen des Vorhabens zu überzeugen, erweisen sich aufgrund fehlender regionaler Resonanzstrukturen, in denen sich Wissen und Überzeugungen verstetigen, als nur kurzfristig erfolgreich.

Der Projektträger zeigt sich als sektorenübergreifend in der Region vernetzt. Die vertrauten Kontakte zwischen dem Projektträger und Akteuren in wichtigen Institutionen der Regionalentwicklung und des Naturschutzes erzeugten keine unterstützenden Multiplikatoreffekte in die Region. Es können keine Interdependenzen i. S. von gemeinsamen Interessen am NGP bestätigt werden. Die Relevanz von unterstützenden Multiplikatoreffekten scheint unterschätzt. Dies zeigte sich auch hinsichtlich der Funktion der Projektgremien, deren Multiplikationspotenzial erst (zu) spät in Anspruch genommen wurde. In der Interaktionsorientierung ist trotz umfassender und sektorenübergreifender Akteursvernetzung kein gemeinsames Anliegen zu erkennen.

6 Fallübergreifende Betrachtung und Erkenntnisse

Die Ergebnisse der Fallstudien weisen zusammen ein Spektrum von Erkenntnissen auf, das sich aus der jeweiligen Einzigartigkeit der beiden Regionen und Projekte ergibt (s. 4.9 bzw. Abschnitt 5.5). Das erste Ziel der Arbeit, die Erfassung und Erklärung der regionalen Resonanzen auf die Naturschutzförderung und der regionalspezifischen Ausprägung des naturschutzpolitischen Erfolgs, wurde damit erreicht. Als übergreifende Erkenntnis sei festgehalten: Die Gewinnung von Flächen und die Veränderung der Landbewirtschaftung und sekundären Nutzungen (bspw. Naherholung) zugunsten der Ziele des Naturschutzes müssen in einer Region als konsensuale Vereinbarung zwischen den Nutz- und Schutzinteressen aus einem Prozess sozialer Kommunikation hervorgehen. Sehr deutlich wurde, dass das Gelingen einer solchen Vereinbarung für Naturschutzvorhaben, die sich gerade nicht entlang der Maxime „Schutz durch Nutzung“ ausrichten, sondern den Verzicht oder die Änderung von gewohnter Nutzung durchzusetzen suchen, besonders bedeutungsvoll ist. Gelingt dieses nicht, droht der gesellschaftliche Wandel hin zur nachhaltigen Entwicklung, durch die dauerhaft konkurrierende Beziehung zwischen den Schutz- und den Nutzinteressen blockiert zu werden.

Abschnitt 6.1 widmet sich aus übergreifender Perspektive den Fallstudien, um mit einer Synthese das erste Ziel der Arbeit in seiner Vollständigkeit zu erreichen: Diejenigen Aspekte des Wechselspiels von Projekt und regionalen Resonanzen, die die Herausbildung oder Unterstützung regionaler Governance-Prozesse hemmen, sind herauszufiltern. Im Anschluss können mit Bezug auf Kapitel 2 für Vorhaben des Naturschutzes mit expliziten Schutzzielen Voraussetzungen benannt werden, die ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel hin zur nachhaltigen Entwicklung, in der der Schutz der Natur aufgewertet und anerkannt ist, fördern. Diesem zweiten Ziel der Arbeit widmet sich Abschnitt 6.2.

6.1 Regionale Governance und gesellschaftlicher Wandel im Kontext der NGP

Die Synthese der relevanten Aspekte für die Unterstützung oder Herausbildung von Governance-Prozessen zeigt drei Erkenntnisebenen auf. In Tab. 32 sind diese dargestellt und die jeweiligen Erkenntnisausprägungen und Bedeutungen zur Übersicht zusammengefasst. Nachstehend folgen die Erläuterungen.

Tab. 32: Fallübergreifende Erkenntnissynthese, eigene Darstellung

Erkenntnisebene	Inhaltlicher Bezug	Bedeutung
Ausgangssituation	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regionalspezifische Erfahrungen mit Naturschutz an den Schnittstellen von Schutz und Nutzung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bestehende Dialogkultur prägt (Chance zur Ausbildung von) Gemeinwohlorientierung in den Verhandlungsarenen sowie die Fähigkeit zur Überwindung von Wertedifferenzen. → Akzeptanzprobleme resultieren (auch) aus der Vergangenheit.
Projektdesign	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausprägung des Impulses des Naturschutzvorhabens in Region hinein 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verankerung der Schutzidee in Region bestimmt Positionierung gegenüber Vorhaben. → (isolierte) Anspruchshaltung des Naturschutzes oder regionales Anliegen
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wahl des räumlichen Projektzuschnittes 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Heterogenität (administrativ) und Ausdehnung bestimmen Verbundenheit und Anknüpfung regionaler Akteure. → naturschutzfachliches Konstrukt oder regionaler Handlungsraum
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung oder Anknüpfung an regionale Verhandlungsarenen zur Verstetigung von Lernprozessen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufwertung des Schutzes / Überwindung von Wertedifferenzen bedürfen Verhandlungsarenen, die Gelegenheit zur inhaltlichen Orientierung bieten. → Idee des „Naturschutzes mit den Menschen“ ist regionalspezifisch zu definieren.
Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kongruenz von Informationsbedürfnis und Informationsbereitstellung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unberücksichtigte emotionale (Heimat, Stolz) und kulturelle (Nutzung) Verbundenheit mit natürlichem Lebensumfeld rückt Interessendivergenzen von Schutz und Nutzung in Fokus. → Bringschuld des Naturschutzes: Wertschätzung der regionalspezifischen Werte und Einbindung der Akteure als Gestalter ihres Lebensumfeldes ▪ Ableitung von Synergieeffekten auch Verantwortung des Naturschutzes
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Berücksichtigung der Werteüberlagerung im Kontext von Naturschutzvorhaben: Ökonomie, Ökologie, Kultur 	
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklungschancen des Naturpotenzials 	

6.1.1 Ausgangssituation für Naturschutzvorhaben

Beide Fallstudien zeigen, dass die Umsetzung des Anreizprogramms NGP stark von der jeweils regionsspezifischen Erfahrung mit Naturschutz sowie von den diesbezüglich entstandenen Akteurskonstellationen mit ihren Handlungsarenen bestimmt wird. Die Einnahme einer positiven, neutralen oder negativen Haltung der primären und sekundären Zielgruppen erfolgt im Zuge erster Informationsverarbeitung zum neuen Naturschutzvorhaben, wobei unmittelbar an den Erfahrungen der Vergangenheit angeknüpft wird (s. Abb. 26).

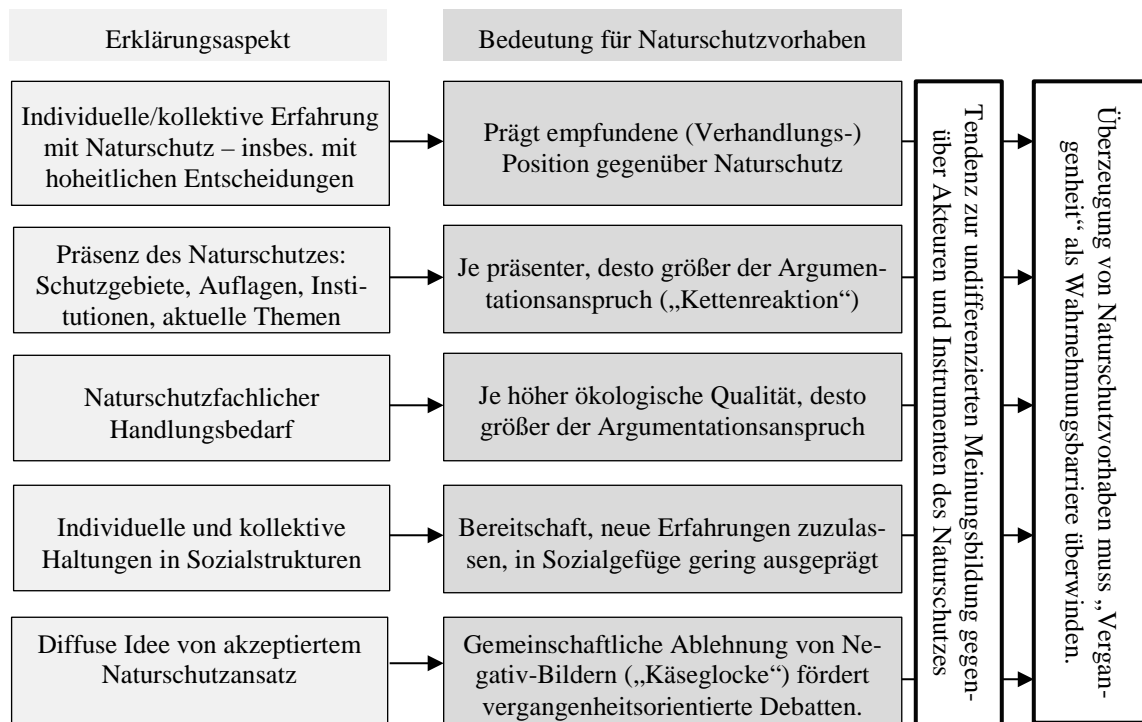


Abb. 26: Aspekte der Ausgangssituation von Naturschutzvorhaben und ihre Bedeutung,
eigene Darstellung

Bestehende Haltungen und Positionen erweisen sich als Wahrnehmungsbarrieren, die die Beurteilung der jeweils neuen Vorhaben bestimmen. Auch die Erfolgsfaktoren (s. Abschnitt 2.2.4) bestätigen die Notwendigkeit, Negativerfahrungen mit dem Naturschutz, Vorbelastungen und Vorurteile zu antizipieren. Die Erkenntnisse der Fallstudien decken erklärende Zusammenhänge auf und ermöglichen es, den Fokus der Antizipation zu konkretisieren.

Der große Einfluss von Erfahrungen mit v. a. hoheitlichen Entscheidungen des Naturschutzes zeigt sich in beiden Fallstudien. Die primären Zielgruppen der Naturschutzvorhaben, so auch der NGP, verfügen i. d. R. über umfangreiche Erfahrungen. Das dominierende Empfinden, hoheitlichen Entscheidungen gegenüber machtlos zu sein (i. S. von Beeinflussung, Mitentscheidung), mündet in eine deutliche Distanz zu diesen. Die Bereitschaft von Flächeneigentümern mit Naturschutzvorhaben, die hoheitliche Ziele verfolgen, zu kooperieren, leidet darunter. Die Dynamik, die Befürchtungen von (weiterem) Verlust von eigenen Gestaltungs- und Entscheidungsspielräumen in kollektiven Diskussions- und Meinungsbildungsprozessen entfalten, ist bereits ausführlich beschrieben. Auch die hier erarbeiteten Fallstudien belegen deren Relevanz und die Schwierigkeit, diesen Dynamiken durch Information und Aufklärung entgegenzuwirken.

Die Präsenz des Naturschutzes in einer Region prägt ebenfalls die Bereitschaft, weitere Zugeständnisse an den Naturschutz zu machen oder einen Handlungsbedarf seitens des Naturschutzes anzuerkennen. Das Empfinden einer „Kettenreaktion“ von aufeinander folgenden Maßnahmen des Naturschutzes mindert v. a. bei den primären Landnutzern diese Bereitschaft unmittelbar. Die Anforderungen an die Argumentation des Naturschutzes erhöhen sich. Als entscheidende Hürde der Anerkennung eines Handlungsbedarfs des Naturschutzes ist die Antwort auf die Frage, die in beiden Fallstudien in der Haltung der primären sowie sekundären Zielgruppen erkannt wurde: Was leistet das Naturschutzvorhaben in der Region und für die Region – was sie selbst nicht leisten kann? Die Argumentationen der Projektträger lieferten angesichts der bestehenden ökologischen Qualitäten in der Region keine aus Sicht der Zielgruppen überzeugenden Antworten, sodass der Schutz gegenüber Nutzungsinteressen keine bewusste Aufwertung in den Regionen erfahren konnte. Um diese Aufwertung zu erreichen ist an die regionalspezifischen Erfahrungen und daraus resultierenden Haltungen, Bedürfnisse und Interessen anzuknüpfen³⁹⁵, wobei die Abhängigkeit von strategischen Allianzen, die diese Überzeugung flankieren (s. Abschnitt 2.2.5.2), im nächsten Abschnitt bestätigt wird.

Die mangelnde Bereitschaft, neue Erfahrungen und Urteile zuzulassen, sticht als weiterer relevanter Aspekt in den Fallstudien heraus, auf Seiten des Naturschutzes ebenso wie auf der der Landschaftsnutzer. Insbesondere Erlebnisse kollektiver Betroffenheit und Konfrontationen manifestieren sich in berufsständischen Verbänden, Vereinen, aber auch ländlichen bzw. dörflichen Sozialstrukturen. Der Wandel von Meinungen vor dem Hintergrund einst scharf abgesteckter Interessenabgrenzungen erweist sich als deutlich gehemmt. Die Fallstudien belegen beispielhaft die daraus resultierende vergangenheitsorientierte Denkweise und Argumentation der verhandelnden Akteure. Veränderte Rahmenbedingungen und eigene Gestaltungsspielräume für die Annäherung der Perspektiven werden wenig genutzt.

Die jeweils nur diffuse Idee von einem akzeptierten Naturschutzansatz geht in beiden Regionen in eine gemeinschaftliche Ablehnung von negativ besetzten Bildern („Käseglocke“) über. Die Befürchtung von (weiteren) Entwicklungshemmnissen angesichts der Strukturdefizite und Entwicklungsprobleme im ländlichen Raum ist ersichtlich. Die Vereinfachung der Debatte mit dem Bild der „Käseglocke“ erweckt zwar den Eindruck eines kollektiven Anliegens. Die-

³⁹⁵ Vgl. Heiland 1999: 25, 43

ses wendet sich jedoch undifferenziert gegen spürbare Eingriffe des Naturschutzes in das eigene Lebensumfeld. Die Auseinandersetzung mit der Frage, welcher Naturschutzansatz auf kollektive Zustimmung trifft, fand in beiden Regionen keinen ausreichenden Raum, sodass sich die vergangenheitsorientierten Debatten und Perspektiven verstetigten. Zum anderen zeigt sich die Empfindlichkeit gegenüber Einschränkungen der Gestaltungsfreiheit auf individueller sowie auf Gemeindeebene. Die Gestaltungsmacht und -möglichkeiten im eigenen Lebensumfeld sind in einer globalisierten Welt, in der die lokale Ebene von internationalen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen abhängig, wenn nicht gar diesen ausgeliefert zu sein scheint, ein schützenswertes Gut.

Die Fallstudien legen jedoch ebenso nahe, nicht nur Negativerfahrungen zu berücksichtigen, sondern auch an positive Erfahrungen anzuknüpfen. Dieser Aspekt kommt in den Erfolgsfaktoren weniger klar heraus (Erfolge darstellen / Akzeptanz durch Erfolge). Kooperative Haltungen von regionalen Akteuren und Leistungsträgern gegenüber Naturschutzinstitutionen und -maßnahmen sind ein sensibles Gut, wie v. a. die Fallstudie Schaalsee belegt. Persönliche Beziehungen eröffnen über informelle Wege Gestaltungsspielräume, die über administrative Wege verschlossen blieben. Wie zügig dieses Handlungskapital durch administrative Auseinandersetzungen verloren geht, zeigt die Fallstudie auch. Ihre intrinsische Motivation zum Naturschutz verlieren die Akteure durch solche Auseinandersetzungen nicht, sie suchen sich jedoch andere Arenen, ihre Idee von Naturschutz zu realisieren. Daraus erwachsen wiederum eine Distanz zum hoheitlichen Naturschutz und damit auch eine Parallelität von Handlungsarenen. Letztere schwächt den regionalen Governance-Prozess³⁹⁶ und damit die Chance der bewussten Aufwertung expliziter Naturschutzziele in den Regionen. Das Bewusstsein über bestehendes Handlungskapital und der wertschätzende Umgang mit diesem sind folglich bedeutend, um Gestaltungsspielräume zu bewahren und zu vergrößern.

Abschließend ist die Erkenntnis bedeutend, dass eine differenzierte Wahrnehmung der unterschiedlichen Naturschutzakteure, Instrumente und mitunter komplexen und sich überlagernden Maßnahmen in einer Region seitens regionaler Akteure kaum erfolgt bzw. erfolgen kann. Im Falle negativer Betroffenheitsgefühle prägen sich diese also eher undifferenziert aus und unterstützen eine grundsätzliche Abgrenzung von oder Neigung zur Konfrontation mit „dem

³⁹⁶ Vgl. Fürst et al. 2006: 168

Naturschutz“, sodass die Entstehung einer ganzheitlichen Denkweise i. S. des Ansatzes der nachhaltigen Regionalentwicklung kaum eine Chance hat.

Resümee der Fallstudien ist die Bestätigung der an anderen Stellen bereits diskutierten Notwendigkeit, die kommunikativ-argumentative Einbettung des Themas Natur in die Gesellschaft voranzutreiben³⁹⁷. Die Aufwertung des Schutzes von Natur und Landschaft als kollektives Anliegen in der Region hängt von dieser Einbettung ab. Die auch in den hier betrachteten Naturschutzvorhaben vernachlässigten humanen und regionalen Bezüge des Naturschutzes³⁹⁸ erweisen sich als zentrales Erfolgshemmnis. Es ist notwendig, mit angepassten Projekt- und Prozessstrukturen den aufgeführten Hindernissen zu begegnen, aber auch die Abhängigkeit von bestehenden regionalen Handlungsarenen und Governance-Prozessen anzuerkennen und Bemühungen zu unternehmen, das eigene Anliegen dort einzubringen. Die Möglichkeiten, als interessengebundenes Vorhaben die aufgeführten Wahrnehmungsbarrieren zugunsten eines offenen, zukunftsorientierten Verständigungsprozesses zu überwinden, erscheinen begrenzt, weswegen politische Rahmenbedingungen in den Fokus rücken.

6.1.2 Projektdesign

In beiden NGP erweist sich die erste Projektphase als Schlüsselphase für die Ingangsetzung von Überzeugungsprozessen zur Aufwertung und Anerkennung des Naturschutzes als Teil nachhaltiger Regionalentwicklung. Hinsichtlich der primären Zielgruppen, d. h. der Flächeneigentümer und -bewirtschafter sowie Gemeinden und ihrer Bewohnern, lässt sich festhalten, dass das Ziel, durch Ankäufe und Pacht Flächen für Naturschutzmaßnahmen zu gewinnen, in den lokal-regionalen Eigentums- und Nutzungsgefügen aus mehreren Gründen für Beunruhigung sorgt. In beiden Fallstudien erweist sich der Umgang mit diesen Beunruhigungen als unzureichend. Die Vorhabenträger verfügen nicht über ausreichend Handlungskapazität, um die (zu erwartenden) Dynamiken (s. Abschnitt 2.2.2) angemessen und konstruktiv zu antizipieren. Es stellt sich jeweils eine Distanz zu den Vorhaben ein, die in Konsequenz nicht als regionale (Bottom-up-)Vorhaben anerkannt werden. In den drei nachstehenden Abschnitten werden die sich aus der übergreifenden Betrachtung der Fallstudien herauskristallisierenden Erklärungen dargelegt.

³⁹⁷ Vgl. Reusswig 2003: 32

³⁹⁸ Vgl. Erdmann 2000: 217

6.1.2.1 Impuls des Vorhabens

In beiden Fallstudien werden die NGP als Anspruchshaltung des Naturschutzes wahrgenommen, nicht als regionales Anliegen. Folgende Erklärungen dafür liefern die Fallstudien:

Bereits während der Antragsphase erfolgt die Bestimmung der Gebietskulisse. Darin kristallisiert sich – wie vermutet, s. Abschnitt 2.2.5.2 - ein neuralgischer Punkt hinsichtlich der Impulswirkung vor Ort heraus, denn der Dialog zwischen potenziellem Träger, Fördermittelgeber, regionaler Politik, Landespolitik und ggf. regionalen Interessenverbänden erweist sich als nicht ausreichend. Die Vorstellung der anvisierten Projektgebiets zu Beginn der Phase I wird in beiden Fallstudien als Anspruchshaltung des Naturschutzes wahrgenommen, die auf örtlicher Ebene eine Verteidigung des Status quo provoziert und statt eines Interesses an Kooperation eine Habacht- und Verteidigungshaltung initiiert. Die Ausbildung einer kooperativen Interaktionsorientierung zwischen den Zielgruppen und dem Naturschutzvorhaben hat somit kaum Chancen. Hierin wird eine wesentliche Ursache für die fallübergreifend beobachtete Distanz der primären Zielgruppen zum Vorhaben gesehen, da der Naturschutz einen Flächenanspruch äußert, dem kein sozialer Kommunikationsprozess in der Region vorangegangen ist. Resultat ist die Dominanz der Interessendivergenzen und -konflikte in den frühen öffentlichen, projektbezogenen Debatten, sodass Phase I eine Konfliktregulierungsfunktion übernehmen muss. Die Vorhaben etablieren sich als regionale Konfliktarenen, in denen sich keine kollektive und gemeinwohlorientierte Perspektive auf das Naturschutzanliegen entwickeln kann. Die Chance, die Ziele des Projekts im Verlauf der Umsetzung als Anliegen in den regionalen Netzwerken und Handlungsarenen zu platzieren, ist damit schon zu Projektstart negativ belastet.

6.1.2.2 Räumlicher Projektzuschnitt

Die Fallstudien zeigen, dass der Projektraum der betrachteten NGP lediglich ein naturschutzfachliches Konstrukt bleibt und nicht als regionaler Handlungsraum angenommen wird. Auf den institutionell fragmentierten Naturraum, ein Gefüge von Verwaltungseinheiten, GSG, Förderkulissen (u. m.), beziehen sich keine gemeinsamen Interessen. In der Region Schaalsee mobilisierte zwar auch der zusammengehörige Naturraum (neben dem gesellschaftlichen Umbruch) nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung zur Zusammenarbeit. Jedoch erwachsen die administrativen Hürden eher wieder zügig, da der Naturraum nicht von „place-Effekten“, d. h. der „collection of meanings, beliefs, symbols, values, and feelings that indivi-

duals or groups accociate with a particular locality“³⁹⁹, profitiert. In der Region Eichsfeld-Werratal ist die administrative Zergliederung des Projektraums in drei Länder und sechs Kreise besonders ausgeprägt. Der 130 km lange Abschnitt des „Grünen Bandes“ mit seinen Ausläufern in die Umgebung bietet den regionalen Akteuren weder inhaltlich noch kulturell zugängliche Anknüpfungspunkte.

Die Tatsache, dass es keine gemeinsame Orientierung entlang dem Naturraumes gibt, ist, der Erkenntnissen der Fallstudie folgend, jedoch auf die fehlende politische Flankierung und institutionelle Kooperation seitens des Naturschutzes zurückzuführen. Die Passivität in bzw. der Rückzug der regionalen und lokalen Politik aus den regionalen Konfliktarenen NGP sowie die gerade hier zu beobachtende dichotome Denkweise entlang den Schutz- und Entwicklungsinteressen erweisen sich als entscheidend. Durch sie wird verhindert, dass endogene Potenziale des Naturraums entdeckt und ausgeschöpft werden und ein naturraumbezogenes, gemeinsames Anliegen hinsichtlich des Ausgleichs von Schutz- und Nutzinteressen entstehen kann. Die unzureichende Kooperation in der Institutionenlandschaft des Naturschutzes ist gleichermaßen hinderlich. Ihr Fehlen, wie in der Region Schaalsee-Landschaft nachgewiesen, hemmt die Annahme des Naturraums als Handlungsraum und auch die positive Etablierung des Schutzinteresses im Rahmen der regionalen Entwicklungsprozesse. V. a. der Fokus auf die Differenzierung der jeweiligen Maxime, d. h. die Betonung von Schutz oder Entwicklung, behindert die Überwindung genau dieser dichotomen Wahrnehmung und die Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz von Schutzzielen und der damit verbundenen Rücksichten und Verzicht. Hierdurch verstellen die Naturschutzinstitutionen selbst den Weg hin zum Ausgleich der Schutz- und Nutzinteressen sowie deren langfristiger Sicherung gekoppelt an geminderte Reibungspunkte. In beiden Regionen können die Projektträger mit den existierenden GSG keine befruchtenden Multiplikatoreffekte für das Schutzanliegen bewirken.

6.1.2.3 Verhandlungsarenen für inhaltliche Orientierung und Lernprozesse

Die Aufwertung des Schutzes der Natur und die Überwindung von Wertedifferenzen zugunsten der Schutzziele bedürfen Verhandlungsarenen, die den Akteuren Gelegenheit zur inhaltlichen Orientierung bieten, um die Idee des „Naturschutzes mit den Menschen“ regionalspezifisch zu definieren.

³⁹⁹ Williams und Stewart 1998: 19

NGP bieten weder eine angemessene Verhandlungsarena, in der sich die regionalen Akteure die unabdingbare inhaltliche Orientierung durch eine gemeinsame Vorstellung⁴⁰⁰ über die Bedeutung des Naturschutzes in der regionalen Entwicklung erarbeiten können, noch sind sie darauf ausgelegt, eine strategische Verknüpfung mit bestehenden Arenen herzustellen, um den von ihnen ausgehenden regionalbedeutsamen Veränderungsprozess hinsichtlich der regionalen Naturverhältnisse an entsprechende Überzeugungsprozesse zu koppeln.

Die Beteiligung in der Region Schaalsee war auf die formal Zuständigen (closed-job) fokussiert, während in der Region Eichsfeld-Werratal durch die AK eine breitere und auch offenere Gelegenheit zur Beteiligung geboten wurde. In der Region Schaalsee reagierte das NGP auf die Konfliktphase in den 1990er-Jahren mit Versuchen, durch eine Kopplung an regionale Verhandlungsarenen den Ausgleich zwischen Schutz- und Nutzinteressen zu fördern. Auf schleswig-holsteinischer sowie auf mecklenburgischer Seite werden die LSE bzw. der Agenda-Prozess seitens der beteiligten Akteure als integrierende Gemeinschaftserfahrung und ebenso integrierendes Gemeinschaftswerk erinnert. Ihnen kann die Förderung regionaler Governance-Prozesse zugeschrieben werden. Die jeweils klare Abgrenzung dieser Prozesse zum NGP durch die Interviewpartner weist darauf hin, dass eine spätere Kopplung an diese regionalen Verhandlungsarenen (Mit-Initiierung der LSE bzw. personelle Beteiligung des NGP an Gremien des Agenda-Prozesses) die während der vorherigen Konfliktphasen gewachsene Distanz nicht überwinden kann. Das reine Naturschutzinteresse gerät so in eine marginalisierte Position im regionalen Interessen- und Verhandlungsgefüge und verbleibt dort.

Auch in der Region Eichsfeld-Werratal gelang es nicht, die Verhandlungen in den AK so zu gestalten, dass ein gemeinsames Verständnis und Anliegen hinsichtlich der Naturschutzziele in der Region erwuchs. Mehrere Gründe wurden erfasst (abstrakte Diskussionsebene, Fokus auf die potenziellen Konflikte, Förderfähigkeit, Akteursvielfalt).

Aus dem Projektdesign ergibt sich ein Dilemma für die Entwicklung einer kollektiven Perspektive auf die Ziele des NGP, denn die Realisierung des Vorhabens bleibt nach der Phase I abhängig von Einigungen in bilateralen Verhandlungen, s. Abb. 27.

⁴⁰⁰ Fürst et al. 2006: 189

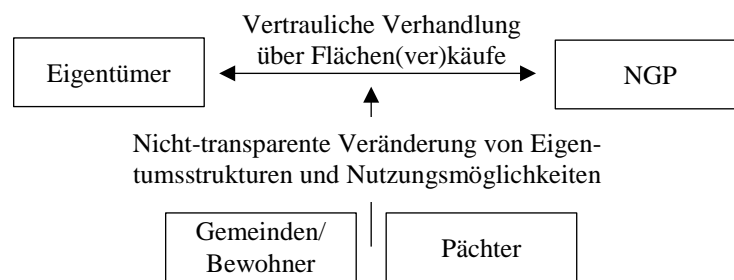


Abb. 27: Verhandlungsgefüge im Kontext von NGP

Aus Sicht der Pächter, Gemeinden und Eigentümer stellt sich die Frage, inwiefern durch erfolgte Flächenverkäufe die Beteiligung am NGP schlussendlich nicht doch die einzige Alternative bleibt. Diverse Befürchtungen, die wiederum an vergangenen Erfahrungen anknüpfen, treten in Erscheinung. Dazu gehören bspw. die Verschlechterung der Erreichbarkeit der eigenen Flächen, Auswirkung der Naturschutzmaßnahmen und -auflagen auf das eigene Gebiet und damit verbundene Bewirtschaftungerschwernisse. Das Prinzip der Freiwilligkeit, mit dem um das Vertrauen der Landnutzer geworben wird, überzeugt aus diesen Gründen sowie vor dem Ziel der Schutzgebietsausweisung nicht und verursacht darüber hinaus innerregionale Irritationen, da der Verkauf von Land vertraulich verhandelt wird. Das Vertrauen zwischen den Akteuren wird durch diese vertraulichen Verhandlungen und Verkäufe – aufgrund der flächenmäßigen Bedeutsamkeit - belastet, was wiederum negativ auf das Naturschutzvorhaben rückwirkt, da es Anlass für diese Irritationen ist.

Beide Fallstudien belegen, dass Vorhaben mit hoheitlichen Schutzzielen des hier betrachteten Umfangs ohne Verknüpfung mit regionalen Handlungsarenen zur Marginalisierung des Naturschutzes beitragen. Die Lernprozesse in beiden Regionen erzielen nur kurzfristige Erfolge, da sie voneinander isoliert sind, eine grundsätzliche inhaltliche Orientierung so ausbleibt und geschaffenes Wissen und Überzeugungen nicht durch regionale Verhandlungsarenen bewahrt, verknüpft und aufgebaut werden. Die Bedeutung der Lernprozesse liegt darin, dass sie Einstellungen und Werthaltungen ändern können und so ein Bewusstsein für wechselseitige Abhängigkeiten, ein gemeinsames Problemverständnis und Vertrauen erwachsen können⁴⁰¹. Ihre Abhängigkeit von entsprechenden Strukturen, in denen sie sich verstetigen können, ist durch die Fallstudien belegt. Die Schlussfolgerung, dass gerade die Verhandlungen im stets dynami-

⁴⁰¹ Vgl. Lubell 2004

schen Gefüge von Schutz- und Nutzinteressen in einer Region auf dauerhafte Strukturen angewiesen sind, ist plausibel. Wissen und Erfahrung sind zu bündeln und zu bewahren, um durch kontinuierliche Lernprozesse gemeinwohlorientierte Lösungen zu ermöglichen.

Zwei Rahmenbedingungen lassen sich als weitere Ursachen identifizieren: Einerseits erweist sich der Erfahrungs- und Wissenstransfer seitens der Fördermittelgeber auf Länder- und Bundesebene sowie der beteiligten Fachinstitutionen in die Regionen hinein als unzureichend. Dem ebenenübergreifenden Projektdesign wurde in Abschnitt 2.2.5.2 besonderes Leistungspotenzial zugeschrieben. Jedoch können die beteiligten Ebenen dieses Potenzial nicht in der Weise realisieren, der es zur Vermeidung der befürchteten und erfassten Dynamiken bedurft hätte. Andererseits wird auch die geringe finanzielle und personelle Ressourcenausstattung der Projekte für die Kommunikation und Prozessgestaltung in beiden Regionen als Ursache identifiziert. Die Projekte sind ressourcenbedingt weit entfernt von der Schaffung einer Routineakzeptanz, s. Abschnitt 2.2.2.

6.1.3 Umgang mit Zielgruppen

Die sensible Phase für die Wahrnehmung der NGP ist bei den verschiedenen Zielgruppen unterschiedlich gelagert. Aus den Fallstudien lässt sich ein Reaktionsgefüge zum Umgang der Zielgruppen mit Projektinformationen ableiten, s. Abb. 28. Die allgemeine Öffentlichkeit wird über die mediale und projekteigene Berichterstattung informiert, mit dem Ziel, über Aufklärung und Umweltbildung Akzeptanz für die Projektziele zu fördern⁴⁰².

Ein Teil der Öffentlichkeit ist zugleich primäre Zielgruppe, wenn die Bewohner von Gemeinden im Projektgebiet oder Flächeneigentümer bzw. -bewirtschafter und für die Ziele des Projekts zu gewinnen sind. Bei dieser primären Zielgruppe ist die sensible Phase sehr früh verortet. Dies begründet sich in der emotionalen Reaktion dieser Zielgruppe, denn bei ihnen setzen sich zügig Betroffenheitsgefühle und Reaktanzen durch, v. a. wenn die Informationsverarbeitung an negative Erfahrungen mit Naturschutzvorhaben anknüpft. Bei den sekundären Zielgruppen, d. h. den touristischen und sonstigen Leistungsträgern in der Region, ist die sensible Phase später verortet, da hier die Emotionalität eine deutlich untergeordnete bzw. keine Rolle spielt.

⁴⁰² Da die öffentliche Wahrnehmung nicht expliziter Teil der empirischen Forschung war, wird hier nicht weiter darauf eingegangen.

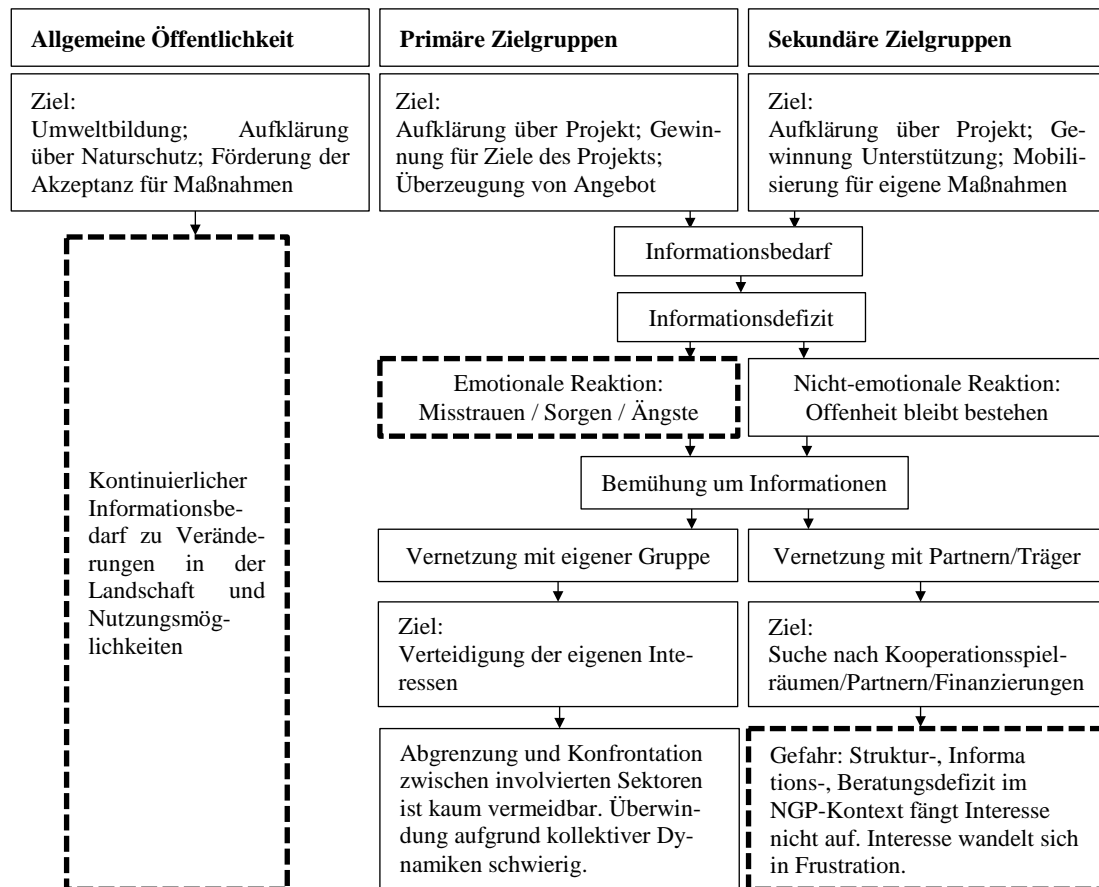


Abb. 28: Reaktionsgefüge der Informationsarbeit im Kontext von Naturschutzvorhaben, eigene Darstellung

6.1.3.1 Primäre Zielgruppe

Ein erste Beobachtung, die hier von Bedeutung ist, ist folgende: Eigentümer, Landnutzer und Gemeinden reagieren im Projektverlauf mit empörter Kritik, wenn sie sich über Maßnahmen des Naturschutzes, die in ihre Handlungs- oder Wahrnehmungsbereiche einwirken, nicht ausreichend informiert fühlen. Das starke **Informationsbedürfnis** resultiert aus einer ausgeprägten Sensibilität und Empfindlichkeit gegenüber Veränderungen der Landschaft. Seitens der Gemeinden und Bewohner kann dieses Bedürfnis mit emotionalen und kulturellen Aspekten begründet werden, denn Veränderungen des gewohnten Lebensumfelds, das zugleich Heimat ist und eine Schutz- und Identifikationsfunktion erfüllt, erzeugen Ängste⁴⁰³. Der Grenzerfahrung kann aus den Fallstudien heraus keine außergewöhnliche Rolle in den Verhandlungen

⁴⁰³ Vgl. Stoll 1999: 129

um die NGP zugesprochen werden. Wohl konnte in der Region Schaalsee anhand der Presseartikel der Vergleich der „Naturschutzpatrouillen“ mit den ehemaligen Grenzpatrouillen aufgezeigt werden, jedoch sind die Debatten über das Herausdrängen des Menschen aus der Natur sowie die (kalte) Enteignung durch den Naturschutz nicht auf Gebiete mit solcher politischen Hypothek beschränkt, und die Konflikte konzentrieren sich im Kern auf die gleichen Argumente (v. a. den Verlust wertvoller Böden zur Bewirtschaftung). Als NGP-spezifisch zeigt sich, dass auch die Pächter der NGP ein Informationsbedürfnis im Kontext landschaftsverändernder Maßnahmen haben, wenn sie sich auf die Gestalt und Nutzbarkeit der gepachteten Flächen auswirken. Die formale Einigung, dass die Pächter die naturschutzfachlichen Eingriffe im Rahmen der Pacht zu dulden haben, erweist sich als fragile Basis für eine konfliktarme Kooperation. Als Ursache für die Sensibilität, die wiederholt zu Reibungen führt, kann jedoch auch das Defizit der Partizipation angeführt werden. Dieses sorgt dafür, dass die Vorhaben bis zum Abschluss (des Projekts bzw. Phase I) nicht als regionale Vorhaben angenommen wurden und sich die große Distanz zu den regionalen Akteuren verfestigt hat.

Als Anknüpfungspunkt für die Gewinnung der Akzeptanz und Unterstützung von Gemeinden und ihrer Bewohner ist der **Stolz** auf die Schönheit der Natur, das Vorkommen seltener Arten und besondere Naturschauspiele sowie das exklusive Wissen über Naturereignisse oder Vorkommen erfasst worden. In der Fallstudie Schaalsee-Landschaft zeigt sich der Stolz als mobilisierbares und kaum genutztes Potenzial für die Anerkennung eines Handlungsbedarfs. Aber auch dieses Potenzial ist unmittelbar an die individuellen und kollektiven Definitionen von Lebensqualität gekoppelt. Entsprechende Gestaltungsspielräume sind folglich auszuloten.

6.1.3.2 Sekundäre Zielgruppen

NGP bemühen sich, wie viele andere Naturschutzvorhaben auch, um die Unterstützung und Mobilisierung **sekundärer Zielgruppen**, die das Naturpotenzial für eine nachhaltige Regionalentwicklung in Wert setzen. Vorhaben, die die Schutzziele priorisieren, können jedoch nicht an das Image von GSG anknüpfen, da bspw. das Destinationspotenzial nicht unmittelbar gegeben ist. Gerade auch NGP kommunizieren die Ableitung besagter Potenziale als Perspektive für die Region. Die Verantwortung für deren Realisierung übertragen sie jedoch auf die regionalen Akteure und Leistungsträger. Deren Bereitschaft, eigeninitiativ Strukturen aufzubauen und Informationen sowie Wissen zur Anknüpfung an das – aus Sicht der Regionen sehr

komplizierte - Vorhaben NGP einzuholen, ist begrenzt. Zudem wird die Ableitung von Entwicklungsprojekten aus dem Naturpotenzial in den Regionen mitunter kritisch, wenn nicht gar als oberflächliche Werbestrategie betrachtet. An dieser Stelle lässt sich eine Bringschuld des Naturschutzes festmachen, um im Eigeninteresse durch die Entfaltung der Entwicklungsimpulse die eigene Akzeptanz zu fördern.

6.2 Voraussetzungen der Umsetzung regionalbedeutsamer Naturschutzförderung

Im diesem Abschnitt werden die aus den soeben geschilderten übergreifenden Erkenntnissen der Fallstudien ableitbaren Voraussetzungen für die Umsetzung regionalbedeutsamer Förderinitiativen des Naturschutzes auf regionaler Ebene - vor dem Anspruch, einen Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel hin zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten - dargelegt. Diese Erkenntnisse können drei Ebenen zugeordnet werden: Zum einen handelt es sich um vorhabenbezogene Voraussetzungen, die die Anforderungen an die Strategiefähigkeit des Naturschutzes bzw. die Erfolgsfaktoren von Naturschutzprojekten konkretisieren bzw. ergänzen. Zum anderen beziehen sich die Erkenntnisse auf die flankierenden Rahmenbedingungen, da die Herausbildung eines gemeinwohlorientierten Handlungswillens und der Fähigkeit, die Schutzziele aus ihrer marginalisierten Position im regionalen Interessengefüge herauszuholen, in Regionen nicht allein durch die Strategiefähigkeit der Naturschutzakteure gelingen kann. So rücken die lokal-regionale Politik sowie die Ebene der Förder- und Landespolitik in den Fokus.

Verstanden als Überzeugungsprozess auf lokal-regionaler Ebene, müssen Vorhaben, die explizit Schutzziele, d. h. Nicht-Nutzung und Extensivierung der Landnutzung, anstreben, zwei strategische Ziele verfolgen: Erstes Ziel muss die Aufwertung des Schutzes der Natur in der Region sein. Basierend darauf kann sich die Anerkennung eines Handlungsbedarfs des Naturschutzes durchsetzen. Dieser Handlungsbedarf ist vor dem Anspruch der nachhaltigen Entwicklung ein kollektiver Sachverhalt. Genau diese Wahrnehmung auf regionaler Ebene herzustellen, muss das zweite Ziel sein, denn dann können gemeinwohlorientierte Handlungspotenziale für innovative Lösungen, die es an den Reibungspunkten von Schutz und Nutzung braucht, in einer Region verfügbar werden.

6.2.1 Vorhabenbezogene Voraussetzungen

Die vorhabenbezogenen Voraussetzungen beziehen sich auf die Projektträger der hier diskutierten Vorhaben, auf den Umgang mit den primären und sekundären Zielgruppen, auf den räumlichen Zuschnitt der Vorhaben sowie die Netzwerkarbeit und den Umgang mit „policy windows“.

6.2.1.1 Selbstreflexion

Die erste Voraussetzung, die in Abschnitt 2.2.4 aufgeführten Erfolgsfaktoren nicht explizit benannt wird, ist die Selbstreflexion der Vorhabenträger. Die Träger von Naturschutzvorhaben prägen diese durch ihr in i. d. R. bereits bestehendes Image in den Regionen. Ein in der regionalen Politik verankerter Zweckverband kann sich durch entsprechende Legitimation und Transparenz profilieren, sofern die politischen Promotoren ihre integrierenden Fähigkeiten einbringen (s. Abschnitt 6.2.2). In der Region verankerte Naturschutzinstitutionen können dies weniger. Sie sind auf eine kritische Selbstwahrnehmung angewiesen, um die eigene Position in der Region zu antizipieren und sich mit der Fremdwahrnehmung konstruktiv auseinandersetzen zu können. Ein Bewusstsein über bestehende (soziale) Distanzen zu und Konflikte mit regionalen Akteuren bzw. Akteursgruppen ist notwendig, um die Bedeutung strategischer Allianzen zu erkennen und kommunikativ entsprechende Hürden für eine Vorhabenumsetzung überwinden zu können.

6.2.1.2 Gewinnung der Landbewirtschafter als Partner

Zunächst sei auf eine primäre Zielgruppe, die Landbewirtschafter, die in unmittelbarer Verhandlung mit dem Naturschutzvorhaben stehen, eingegangen: Die Bemühungen seit den frühen 1990er-Jahren, die Diskussion um die jeweiligen Leistungen zum Erhalt von Natur, Landschaft und Biodiversität zu versachlichen, zeigen sich wenig erfolgreich. Der Naturschutz und die Forst- und Landwirtschaft stehen sich auch heute noch eher als Konfliktgegner, weniger als Konfliktpartner gegenüber. Tatsächlich erweist sich der Anspruch der Nachhaltigkeit als ein Stolperstein im sachlichen Dialog. Während die Forst-, aber auch die Landwirtschaft von jeher eine nachhaltige Wirtschaftsweise für sich in Anspruch nehmen, knüpft die Kritik seitens des Naturschutzes genau hier an. Heruntergebrochen auf die hier interessierende lokal-regionale Ebene, bedarf es einer **neuen Dialogkultur**, um einen Wandel hin zu einem partnerschaftlichen Verhältnis zu erreichen. Die in Abschnitt 2.2.4 aufgeführten

kommunikationsbedingten Erfolgsfaktoren bestätigen diesen Aspekt: Wertschätzung für faire, partnerschaftliche Kommunikation, fachlich-inhaltliche sowie strategische Zusammenarbeit zur Vermeidung von Reaktanz. Die Fallstudien haben folgende Anknüpfungspunkte dafür aufgedeckt:

Der Naturschutz kann mit einer wertschätzenden Haltung, die sich in konkreten Angeboten – jenseits der Debatten um Nachhaltigkeit und Ausgleichsmaßnahmen – niederschlägt, einen neuen Zugang zu den primären Zielgruppen erproben. Der Wertschätzung der naturschutzfachlichen Expertise und der Leistungen für den Naturschutz seitens der Land- und Forstwirtschaft kann über die fachliche Mitbestimmung, wenn nicht sogar die Gestaltungsfreiheit bei der Umsetzung von Maßnahmen (bspw. die Umwandlung forstlicher Flächen) entlang gemeinsam vereinbarten Zielen Ausdruck verliehen werden. Das Streben nach alleiniger Entscheidungsmacht und nach Ideallösungen bestärkt die Abgrenzung dieser beiden Sektoren von Vorhaben des Naturschutzes.

Die Bereitschaft zu freiwilligen (und unbürokratischen) Eingeständnissen und Vereinbarungen für Naturschutzziele wurde als wertvolle und sensible Ressource identifiziert. Wertvoll, weil sie durch die Wahrung der Selbstbestimmung der Akteure eher ein partnerschaftliches Verhältnis zu Naturschutzakteuren befördern kann und dadurch auch neue Gestaltungsspielräume eröffnet werden. Sensibel, weil sich zeigt, dass die Bereitschaft der Flächeneigentümer, mit dem Naturschutz zu kooperieren, stark unter der allgemeinen Zunahme juristischer Auseinandersetzungen im Kontext von Naturschutzauflagen leidet. Die Gestaltungsspielräume des Naturschutzes insgesamt werden dadurch langfristig und undifferenziert eingeengt. Weil auch NGP hoheitliche Schutzziele verfolgen, liegt die Rückwirkung auf dieses Vorhaben nahe. Die Erhaltung oder Wiederherstellung der Bereitschaft, mit Naturschutzakteuren freiwillig zu kooperieren, sollte Berücksichtigung durch eine entsprechende Abwägung der Verhandlungsziele und der Umsetzungsstrategie finden. Über bspw. kleinräumige Maßnahmen mit gemeinsam vereinbarten Zielen kann das Vertrauen gefördert und können auch Spielräume für ehrgeizigere Ziele eröffnet werden. Der Verzicht auf diese partnerschaftlichen Kooperationen bedingt den Verlust von gesellschaftlichen Partnern, die positive Multiplikatorfunktion in der Region übernehmen können. Wichtig sind hier die klare Abgrenzung von hoheitlichen Schutzziele und die Profilierung des Freiwilligkeitsansatzes, da die Gefahr groß ist, dass die Bereitschaft zur Kooperation oder das gewachsene Vertrauen unmittelbar gestört würden.

Um Konflikte entlang dem angestrebten Wandel der Landbewirtschaftung zu vermeiden und das Freiwilligkeitsprinzip zu stärken, sind die Verhandlungsschritte angemessen zu planen. Die Angemessenheit sollte sich entlang von zwei Prioritäten orientieren: Zum einen ist die Offenheit der Zielgruppen gegenüber dem Naturschutzvorhaben zu bewahren, zum anderen ist deren Wahrnehmung der Einbindung ihrer Perspektiven in den Prozess zu sichern. Damit kann ein als gerecht wahrgenommener Planungsprozess gelingen. Die Zielgruppen müssen als Gestalter der Prozesse eingebunden werden, weniger als „zu beteiligende Akteure“ oder „Betroffene“. Daraus resultieren wiederum Anforderungen an die Offenheit der Prozesse, die sich in den Projektarchitekturen widerspiegeln müssen (s. Abschnitt 6.2.2.2).

Die ökonomische Entwicklungsperspektive einer extensiven Landbewirtschaftung ist ein zentrales Argument regionalbedeutsamer Naturschutzvorhaben. Dieses Argument leidet unter der Begrenzung dieser Perspektive durch die verfügbaren Flächen, wie sie auch in der Region Schaalsee erfasst wurde. Es bedarf folglich eines kritischeren Umgangs mit diesem Argument, gerade weil es eine begrenzte Perspektive für Betriebe im Kontext der hier betrachteten Naturschutzvorhaben ist.

6.2.1.3 Gewinnung der Gemeinden und Bewohner als Partner

Die zweite primäre Zielgruppe sind die Gemeinden und Bewohner, deren Akzeptanz und Unterstützung von neuralgischer Bedeutung für den gesellschaftlichen Wandel hin zur nachhaltigen Entwicklung sind. Die Vereinbarung von Einschränkungen der Freizeitgestaltung und Naherholungsmöglichkeiten verlangt eine Verhandlungsführung seitens des Naturschutzes, die durch Beteiligung, begleitende Aufklärung und Angebote, die an den Haltungen und Motiven der Bewohner anknüpfen, den Verzicht tragfähig macht. Durch niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten an der Planung und Umsetzung von Maßnahmen können gerade bei Vorhaben, die in der öffentlichen Wahrnehmung eher Expertenprojekte darstellen, Überzeugungsprozesse zur positiven Wahrnehmung des Naturschutzes angestoßen werden, und Verständnis für die kann Maßnahmen gefördert werden. Eine transparente und ggf. öffentlichkeitswirksamere Realisierung von Schutzmaßnahmen, die die Gemeinden und Naherholungssuchenden betreffen, kann vertrauensbildenden Charakter erlangen. Wie in der Region Schaalsee nachgewiesen, resultiert aus einer grundsätzlichen Distanz zum Vorhaben in Kombination mit dem Eindruck, dass der Naturschutz über die Gewohnheit der (periodischen) Sperrung sensibler Gebiete (Brutzeiten) einen dauerhaften Rückzug der Menschen aus

diesen verfolge, ein grundsätzliches Misstrauen. Dieses Misstrauen blockiert die Aufwertung des Schutzinteresses und damit die Emanzipation des ökologischen Interesses in regionalen Entwicklungsprozessen. Dies zu verhindern, sollte Ziel des Naturschutzes sein und sich in einer transparenten und öffentlich nachvollziehbaren Maßnahmenrealisierung niederschlagen.

Zudem scheint es geboten, neben der kontinuierlichen Akzeptanzförderung durch Information und Aufklärung, konkrete Schutzziele und priorisierte Maßnahmen bei Bedarf zugunsten der Annäherung von Schutz- und Nutzziele anzuweisen. Insbesondere langwierige Verhandlungen und immer wieder auftretende Reibungspunkte an den Schnittstellen von Schutz und Nutzung prägen sich in den Haltungen der Akteure ein und verfestigen die Abgrenzung der Gemeinden und Bewohner zu den Naturschutzvorhaben. Zügigere Lösungen und Eingeständnisse seitens des Naturschutzes scheinen im Hinblick auf die positive Etablierung des Naturschutzes und die Förderung des gesellschaftlichen Wandels langfristig gewinnbringender als das Beharren auf Ideallösungen für den Naturschutz.

Ein weiteres nicht ausgeschöpftes Potenzial ist das Wissen der Akteure über die Natur und Landschaft. Es ist nicht mit der Expertise des professionellen Naturschutzes gleichzusetzen, jedoch kann es diese wertvoll ergänzen. Die Wertschätzung des lokalen Wissens durch den Naturschutz kann zur Entwicklung eines partnerschaftlichen Verhältnisses von regionalen Akteuren und Naturschutzvorhaben beitragen. Der Befürchtung hoheitlicher Schutzaufgaben aufgrund des Vorkommens seltener Arten muss der Naturschutz entgegenwirken, um den Stolz auf die Besonderheiten in Natur und Landschaft für Überzeugungsprozesse nutzbar zu halten. Wird dieses Wissen nicht geteilt, verliert der Stolz der Bewohner seine Quelle und geht als Potenzial verloren.

Die sich aus den Fallstudien aufdrängende Frage, ob die Überzeugungsanstrengungen auf geeigneten Argumenten aufbauen, überlagert alle Schlussfolgerungen. Die Entwicklungsimpulse, die aus den Investitionen in das Naturpotenzial zu erwarten sind, erweisen sich als abstrakt (und gewagt, s. u.) und bieten gerade dieser zentralen Zielgruppe wenig Anknüpfungsmöglichkeiten. Die Profilierung des Naturschutzvorhabens entlang gesellschaftlich anschlussfähigen Begründungszusammenhängen ist notwendig. Dazu ist an den Motiven der Bewohner und Gemeinden für den Naturschutz anzuknüpfen, d. h. an der „nachhaltigen Nutzung“ und „Heimat“, weniger an ökologischen oder moralischen Aspekten, den zentralen Motiven des

Naturschutzes⁴⁰⁴. Die mit den Begriffen Heimat und Nachhaltigkeit verbundenen Gefahren dürfen dabei die Perspektiven für die Akzeptanzsteigerung und Annäherung der Interessen nicht verstellen. Zwei Chancen werden dazu identifiziert: Erstens, das wachsende gesellschaftliche Bedürfnis, die Leitidee der nachhaltigen Entwicklung und Ressourcennutzung in die eigene Lebenswelt zu übersetzen⁴⁰⁵. Zweitens, das soziokulturelle Potenzial, das durch die Auseinandersetzung mit den Lebensstilen, Vorstellungen von Lebensqualitäten und gesellschaftlichen Naturverhältnissen, die mit dem eigenen Lebensumfeld verknüpft werden, für die Aufwertung des Schutzinteresses mobilisiert werden kann. Insbesondere letztere Chance, die zwar in Verbindung mit der Diskussion über den Heimatbegriff und in Folge mit der Hypothek der Anschlussfähigkeit an rechtsextreme Weltbilder belastet ist⁴⁰⁶, scheint jedoch gerade aufgrund der Kopplung an soziale und emotionale Aspekte des Naturschutzes bedeutend, da auch in beiden Fallstudien genau hier die Ursachen für Reaktanzen, also das Beharren auf Abgrenzung sowie Blockaden der Haltungsänderung gegenüber dem Naturschutz zu erkennen sind. Veränderungen der Instrumente und Strategien des Naturschutzes müssen die Auseinandersetzung auf der sozialen und emotionalen Ebene suchen, da der Naturschutz vor allem eine kulturelle Aufgabe ist⁴⁰⁷ und an den bestehenden menschlichen Naturverhältnissen ansetzen muss.

6.2.1.4 Gewinnung der sekundären Zielgruppen

Als sekundäre Zielgruppe werden diejenigen Akteure erachtet, die aus den Investitionen in das Naturpotenzial sekundäre Entwicklungen ableiten können. Es handelt sich um Tourismusverbände und touristische Leistungsträger sowie Bildungseinrichtungen in den Regionen. Insbesondere der Tourismus ist ein wichtiger Partner, da eine kooperative Beziehung und entsprechende Projekte die Wahrnehmung des Naturschutzes als entwicklungshemmendes Interesse aufbrechen können. Die Diskussion der Teilnehmer des Auftaktworkshops in der Region Schaalsee weist jedoch auch auf das weitere Bewusstsein über das Potenzial der geschaffenen Naturraumqualitäten für die regionale Entwicklung hin: „Positive Effekte kön-

⁴⁰⁴ Vgl. Reusswig 2003: 27 ff.

⁴⁰⁵ Vgl. Ott 2007: 47

⁴⁰⁶ Vgl. Schütz 2007: 195 ff., Ott 2007: 52 ff., Piechocki 2007: 33 f.

⁴⁰⁷ Vgl. Piechocki et al. 2010: 5

nen überdies für die regionale Wirtschaft erwartet werden, wenn sich die Region als Qualitätslebensraum und -standort positioniert, indem sie den Werbeträger ‚Natur‘ nutzt⁴⁰⁸.

Zwei Anknüpfungspunkte lassen sich aus den Fallstudien ableiten, wobei hier bereits deutlich wird, dass einzelne, wenn auch regionalbedeutsame Naturschutzvorhaben nur begrenzt in der Lage sind, diese zu nutzen.

Der erste Aspekt betrifft die Ressource Wissen bzw. die o. g. Bringschuld des Naturschutzes: Die regionalen Akteure schätzen die Entwicklungsimpulse von Naturschutzvorhaben kritisch ein. Dieser Einschätzung muss der Naturschutz, der gerade mit diesen Impulsen wirbt, entgegenwirken. Ein ehrlicherer bzw. eindeutigerer Umgang mit den Entwicklungspotenzialen kann hier die Lösung sein, denn die unmittelbare Realisierung der Potenziale ist kaum gegeben. Sie ist vielmehr von – nicht geringen - Investitionen in den Regionen abhängig. Damit diese Entwicklungspotenziale genutzt werden und die Werbestrategie nicht in negative Wahrnehmungen umschlägt (oder diese verfestigt), kann durch Wissenstransfer aus anderen Regionen, jedoch auch durch Wissenstransfer innerhalb der Region die Abstraktheit der Potenziale reduziert und eine positive Einschätzung unterstützt werden. Der Wissens- und Erfahrungstransfer wird vor dem Hintergrund der Erfahrungen und Einschätzungen regionaler Akteure in den Fallstudien als bedeutender eingeordnet als die Flankierung der Naturschutzvorhaben mit finanzieller Förderung, da die Mobilisierung endogener Kräfte durch diese mitunter gehemmt wird⁴⁰⁹. Ein einzelnes Naturschutzvorhaben kann Wissen und Erfahrungen aus anderen Regionen gezielt für das eigene Vorhaben einbringen, indem es entsprechende Informations-, Beratungs- und Austauschformate realisiert. Diese Leistung vorzuhalten, wird durch die zu erwartenden positiven Effekte gerechtfertigt. Effizienter erscheint jedoch die Investition im Sinne einer Gemeinschaftsleistung der lokal-regionalen Naturschutzinstitutionen. Die Bündelung des Wissens und der Erfahrungen verspricht, eine höhere Qualität zu erreichen, und profiliert die Naturschutzinstitutionen darüber hinaus auch als Unterstützer von regionaler Entwicklung.

Auch der zweite Aspekt knüpft an die Ressource Wissen und die Schlussfolgerung an, dass eine Vernetzung der Naturschutzinstitutionen in der jeweiligen Region Ressourcen verfügbar machen kann, die die Konfliktvermeidung und den gesellschaftlichen Wandel maßgeblich

⁴⁰⁸ Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 26.03.2009

⁴⁰⁹ Vgl. Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen 12.06.2009

unterstützen können. An den Schnittstellen von Schutz- und Nutzinteressen in der Landschaft trifft eine Vielzahl von Interessen aufeinander. Diese treten örtlich in unterschiedlichster Weise in Erscheinung, individuell oder kollektiv organisiert in Interessenvereinigungen. Das Wissen über örtliche Akteurskonstellationen und Nutzerinteressen hat sich in den Fallstudien als wichtige Ressource für die Realisierung von landschaftsbezogenen Projekten erwiesen. Wissensdefizite können Interessen verletzen und münden dann schnell in negative Urteile und Abgrenzung, wodurch Projekte verzögert oder gar verhindert werden. Naturschutzakteure und -institutionen (bspw. NGP, GSG, Naturschutzverbände, örtliche Behörden) entwickeln bzw. verfügen über ein Wissen, welches bspw. Akteuren des Tourismus nicht zur Verfügung steht. Der Naturschutz kann sich folglich mit seinem Wissen als wertvoller Partner für Akteure profilieren, die landschaftsbezogene Projekte planen. Damit erweist er sich gewissermaßen als „Wegbereiter“ für diese Projekte, wodurch dem Image des entwicklungshemmenden Interesses bzw. Akteurs unmittelbar entgegengewirkt werden kann.

6.2.1.5 Gestalt der Projektkulissen

Die Projektkulissen der betrachteten Naturschutzvorhaben werden nahezu ausschließlich entlang naturschutzfachlichen Kriterien abgesteckt. Unter der Erwartung, dass diese Kulissen mehr als nur ein Gebiet für Eigentums- und Nutzungsverhandlungen sein sollen, sondern auch ein Gebiet, in dem der gesellschaftliche Stellenwert des Naturschutzes aufgewertet wird, bestätigen die Fallstudien folgende Voraussetzungen als bedeutend:

Die erste Voraussetzung betrifft die regionalen Akteure, die Leistungsträger der regionalen Entwicklung. Deren Wahrnehmung der Projektkulisse als (gemeinsamen) Handlungsraum scheint Voraussetzung dafür zu sein, dass die Entwicklungsimpulse des zu schützenden und entwickelnden Naturpotenzials, mit denen zugleich um die Unterstützung des Vorhabens geworben wird, durch eben diese Akteure überhaupt aufgegriffen werden. Die beiden Fallstudien zeichnen sich diesbezüglich durch Gegensätzlichkeit aus. Einerseits handelt es sich um ein eher kompaktes und homogenes Projektgebiet (Schaalsee), andererseits um ein langes, schmales Band mit „Gerippen“ in die Landschaft hinein (Eichsfeld-Werratal). Im letztgenannten Gebiet bietet das Grenzthema für die anliegenden Regionen einen gemeinsamen Anknüpfungspunkt, die hohe Zahl der beteiligten administrativen und politischen Einheiten hemmt allerdings zugleich Kooperationsbemühungen. Angesichts der oftmaligen Inkongruenz von Naturraum und gesellschaftlichen Handlungsräumen entlang politisch-administrativen Gren-

zen, erweist sich die politische Unterstützung als wesentliche Bedingung, auch bei Projektkulissen, deren Gestalt eine leichte Anknüpfung ermöglicht (s. Region Schaalsee). Hier ist v. a. die regionale Ebene gefragt, d. h. die Landkreise, die die Gemeinsamkeiten und Chancen in einer gemeinsamen Entwicklung in den Vordergrund rückt (s. 6.2.2).

Die Kooperation zwischen und mit den Naturschutzinstitutionen in den Projektregionen ist eine weitere Voraussetzung. In ihr liegt die Möglichkeit, durch eine abgestimmte, sich gegenseitig bestärkende Kooperation und Außendarstellung die Zusammengehörigkeit von Schutz und Nutzung in den lokal-regionalen Debatten zu platzieren.

Auch aus Perspektive der Bewohner ist die landschaftliche „Gestalt“ der Projektkulisse bedeutend, da in der emotionalen Verbundenheit mit dem eigenen Lebensumfeld, insbesondere auch mit Natur und Landschaft, eine wichtige Ressource liegt (s. o.), wenn ihr entsprechend Raum und Ausdruck in den Naturschutzvorhaben gegeben wird. Das Lebensumfeld stellt hier den gewohnten Bewegungsradius in der Landschaft dar, aus dem heraus eine Vertrautheit und Verbundenheit resultieren.

Es lässt sich schlussfolgern, dass bei der Festlegung von Gebietskulissen für regionalbedeutende Naturschutzvorhaben neben den naturschutzfachlichen Kriterien auch **emotionale bzw. kulturelle Aspekte der Landschaftswahrnehmung und kooperationsrelevante Aspekte der administrativen Territorialstruktur** zu berücksichtigen sind. Je mehr institutionelle oder informelle Handlungsarenen in den Projektkulissen zusammenkommen, desto deutlicher muss sich dies auch in auf Kooperation ausgelegten Projektstrukturen niederschlagen, damit der Vorhabenraum als Handlungsraum erschlossen wird.

6.2.1.6 Netzwerkarbeit und neue Allianzen

Die in den Fallstudien erfasste regionale Vernetzung des jeweiligen Naturschutzvorhabens (über die Vertreter des Projektträgers) war in beiden Regionen wenig bekannt und stieß während der Auftaktworkshops auf positive Anerkennung seitens der beteiligten Akteure. Der Wert der sektorenübergreifenden Vernetzung liegt einerseits darin, dass sie aus Sicht der Akteure die Wahrnehmung eines regional verankerten Vorhabens fördert. Dies ist als Basis für eine positive Etablierung des Naturschutzes in der regionalen Wahrnehmung einzuordnen. Die Außendarstellung der Vernetzung in der Region ist folglich eine wichtige Aufgabe der Naturschutzakteure. Andererseits bedeutet eine ausgeprägte Vernetzung des Naturschutzvorhabens in die Region zugleich eine Vernetzung mit Wissen und Erfahrungen.

Die Bedeutung der Netzwerkarbeit bietet also die Chance, dass sich über sektorenübergreifende Vernetzungen und Allianzen die Wahrnehmung des Naturschutzes verändert und über einen Prozess der Vertrauensbildung positiv unterstützt wird. In den Fallstudien konnten regionale Akteure bzw. Leistungsträger im ländlichen Raum erfasst werden, deren Allianz für den Naturschutz wertvoll sein kann. Alteingesessene, regionale „Gallionsfiguren“, „Neubürger“ sowie Betreiber von natur-/landschaftsbezogenen Unternehmen sind in den Fallstudien als potenzielle Leistungsträger für die Annäherung von Schutz- und Nutzinteressen in einer Region erkannt worden. Sie weisen unterschiedliche Eigenschaften und Potenziale auf, s. Tab. 33.

Tab. 33: Leistungsträger im ländlichen Raum - potenzielle Partner für den Naturschutz,
eigene Darstellung

Leistungsträger	Eigenschaft	Potenzial
Alteingesessene	<ul style="list-style-type: none"> Emotionale Verbundenheit mit Natur und Landschaft: Heimat 	<ul style="list-style-type: none"> Wissen über Landschaftsentwicklung Wissen über soziale Strukturen Motivation, Landschaftsqualitäten zu bewahren/(wieder)herzustellen
Regionale Gallionsfigur	<ul style="list-style-type: none"> Ausgeprägte soziale Vernetzung in Region hinein Bekanntheit durch Engagement 	<ul style="list-style-type: none"> Wertschätzung in der Öffentlichkeit Einfluss auf regionale/lokale Meinungsbildungsprozesse
Neubürger	<ul style="list-style-type: none"> Visionsträger von „neuem Leben auf dem Land“ Streben nach Selbstverwirklichung Naturverbundenheit 	<ul style="list-style-type: none"> Motivation, gesellschaftlichen Wandel mitzugestalten
(Kleinere) Natur-/landschaftsbezogene Betriebe	<ul style="list-style-type: none"> Intrinsische Motivation für nachhaltige Wertschöpfung 	<ul style="list-style-type: none"> Erfahrung mit spezifischen Wirtschaftsweisen

Alteingesessene können aufgrund ihrer dauerhaften Präsenz umfassendes Wissen zur Landschaftsentwicklung und zu den Sozialstrukturen aufbauen. Gekoppelt an ihre emotionale Verbundenheit mit ihrem natürlichen Lebensumfeld, kann wiederum eine bewusste Motivation zur Bewahrung und Entwicklung von Landschaftsqualitäten entstehen. Regionale Gallionsfiguren können, müssen jedoch nicht Alteingesessene sein. Sie verfügen über ausgeprägte soziale Vernetzung und Bekanntheit aufgrund eines überdurchschnittlichen Engagements, woraus hohe soziale Wertschätzung resultiert. Aus dieser leitet sich ihre Fähigkeit ab, auf regionale Meinungsbilder und -prozesse einzuwirken. Die Gruppe der „Neubürger“ besteht aus Personen, die gezielt den ländlichen Raum als Lebensraum wählen. Trotz der Zukunftsfragen zur

Daseinsversorge erkennen sie hier ihre bevorzugte Lebensqualität. Ihre wirtschaftlichen Aktivitäten können losgelöst vom ländlichen Raum sein, sodass der ländliche Raum vorwiegend Lebensraum ist, oder unmittelbar aus den Qualitäten des ländlichen Raums schöpfen (bspw. kleine Pensionen, kleinere landwirtschaftliche Bio-Betriebe, Hersteller von Naturprodukten etc.). Betreiber natur-/landschaftsbezogener Unternehmen weisen i. d. R. eine intrinsische Motivation auf, nachhaltige Wertschöpfung zu generieren, und bauen Wissen über entsprechend spezifische Wirtschaftsweisen auf. Gemeinsam ist diesen Leistungsträgern, dass sie in die Strukturen im ländlichen Raum investieren. Aus den Fallstudien lässt sich die Annahme ableiten, dass sie eine besondere Offenheit für Anliegen des Naturschutzes haben, die jedoch auch unmittelbar an die eigene Definition von Lebensqualität im ländlichen Raum gekoppelt ist. Eine partnerschaftliche Vernetzung mit diesen Leistungsträgern kann eine positive Multiplikation des Themas Natur und ihrem Schutz in die Region bewirken und die Gestaltungsspielräume ausweiten.

Auf institutioneller Ebene sind entsprechende Allianzen ebenfalls bedeutend, trägt die beobachtete Abgrenzung zwischen den Institutionen (bspw. Tourismusverbände, Wirtschaftsförderungen) doch dazu bei, dass die unterschiedlichen Perspektiven und Motive, das Naturpotenzial zu nutzen, im Fokus bleiben und sich überschneidende Interessenbereiche unentdeckt und ungenutzt bleiben. Aus Eigeninteresse empfiehlt sich ein aktives Zugehen auf diese „fremden“ Institutionen, da die geschwächte Position des Naturschutzes im Nachhaltigkeitsdreieck auch ein Wahrnehmungsproblem ist. Die Abhängigkeiten sind beiderseits gegeben, und es bedarf seitens des Naturschutzes innovativer Ideen, diese Abhängigkeiten in eine synergetische Beziehung zu übersetzen.

6.2.1.7 Policy windows für den Naturschutz

Die Nutzung von policy windows wurde bereits als ein Erfolgsfaktoren für Naturschutzprojekte benannt, s. Abschnitt 2.2.4. Die Nutzung von Handlungsvorteilen gegenüber anderen Akteuren oder Interessen ist ein logischer Schritt für den Naturschutz, leidet er doch sonst unter seiner schwachen Position im Gefüge wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Interessen. Für den Naturschutz erweist es sich jedoch unter Beachtung langfristiger Perspektiven als geboten, Handlungsvorteile stets an Überzeugungsprozesse für seine Ziele zu koppeln. Bleiben diese Prozesse aus, setzt sich eine stets konkurrierende Beziehung zwischen ihm und den mit ihm im Nachgang verhandelnden Interessen durch. Kurzfristige Erfolge drohen dann,

eine langfristige Unterstützung der Naturschutzmaßnahmen zu blockieren, da Überzeugungen gemäß den Fallstudien nicht nachholbar sind.

6.2.2 Rahmengebende politische Verantwortung

In beiden Regionen ist der fehlende regional akzeptierte Naturschutzansatz bzw. die fehlende Leitidee von der Vereinbarkeit von Schutz und Nutzung der Natur und Landschaft die fortbestehende Quelle von Konflikten zwischen den verschiedenen Interessen. Auch die betrachteten NGP bieten keinen ausreichenden Raum zur Bewusstmachung und Verständigung über den in der Region vorhandenen Willen zur Bewahrung der Naturpotenziale. Die Auseinandersetzungen verharren auf der kleinräumigen (Konflikt-)Ebene oder auf abstrakter Ebene, worin eine Ursache für wenig Bewegung, Veränderung oder Entwicklung bei den beteiligten Interessen gesehen wird. Kompromisse und Zugeständnisse erweisen sich als kaum realisierbar bzw. leiden unter mangelnder Unterstützung, sodass immer wieder Konflikte und Diskussionen aufbrechen. Insbesondere die fortdauernden und mitunter langwierigen Verhandlungen zu örtlichen Konflikten festigen die gegenseitige Abgrenzung. Anpassungen des Projektdesigns hinsichtlich der Partizipation und Kommunikation können Verbesserungen erzielen, jedoch sind sie von der Flankierung durch die politischen Kräfte auf lokal-regionaler sowie förder- und landespolitischer Ebene abhängig, um entscheidende Fortschritte zu erzielen.

6.2.2.1 Lokal- und regionalpolitische Verantwortung

Eine **Integrationsfunktion** kann den regional- und lokalpolitischen Akteuren auf Basis der Fallstudien in inhaltlicher sowie administrativer bzw. institutioneller Hinsicht v. a. aufgrund ihrer nicht ausgeschöpften Potenziale zugeschrieben werden. Inhaltlich können diese politischen Akteure die öffentlichen Debatten entscheidend prägen und ausrichten. Die Herausbildung einer politischen Diskussionskultur jenseits parteipolitischer Abgrenzung und Profilierung ist im hier diskutierten Kontext gefragt, da Diskussionen, in denen der Naturschutz mit sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven ausgespielt wird, den gesellschaftlichen Wandel hin zur Nachhaltigkeit blockieren. Diese Diskussionen stützen die dichotome Wahrnehmung und verhindern ganzheitliche Sichtweisen. Der politisch-administrative Rahmen bestimmt die Ausrichtung der regionalen Diskussion im Kontext der unterschiedlichen Interessen an der Natur- und Landschaftsnutzung maßgeblich mit (s. Abb. 29).

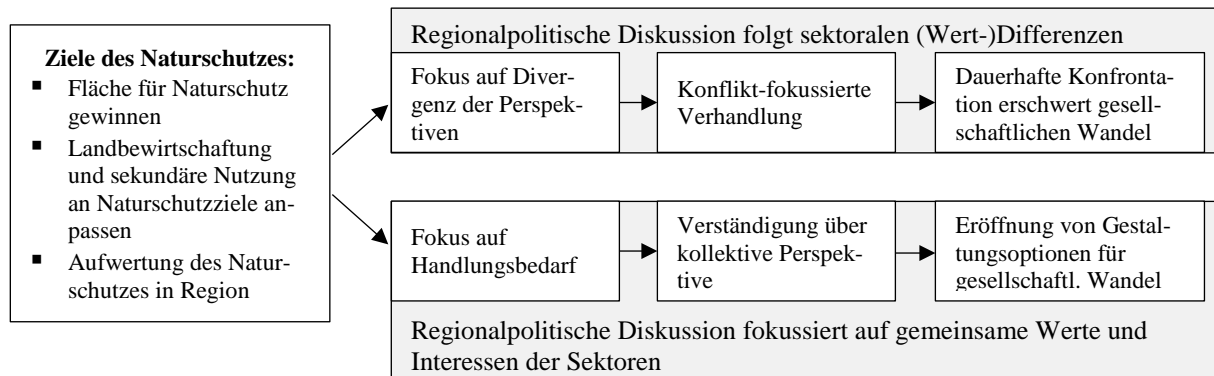


Abb. 29: Mögliche Ausrichtungen der Verhandlung von Naturschutzziele, eigene Darstellung

Als Hürde hat sich in den Fallstudien die enge soziale Verbundenheit der Gemeindepolitiker mit den auf dieser Ebene individualisierten Interessen herausgestellt, die die Wahrnehmung einer ausgleichenden Funktion erschweren. Der – üblicherweise - nutzenorientierte Fokus auf das Lebensumfeld (Bewirtschaftung, Freizeit, Naherholung) fördert die Bildung von Koalitionen gegen das nutzenunabhängige Naturschutzinteresse. Die Chancen, dass die Hürde durch die persönlichen Beziehungen und das Vertrauen als stabilisierende Diskussionsgrundlage überwunden wird, besteht. Dies hängt jedoch wiederum von der lokalen Diskussionskultur und Veränderungsbereitschaft und nicht zuletzt der „lokalen Naturschutzgeschichte“ (s. o.) ab.

Akteure auf der regionalpolitischen Ebene scheinen aufgrund ihres Identifikations- und Machtpotenzials bei zugleich größerer Distanz die Überwindung sektoraler Wertdifferenzen eher fördern zu können, wenn entsprechende Schwerpunktsetzung erfolgt. Politische Persönlichkeiten, denen es gelingt, den Debatten, die wie in den Fallstudien oftmals verfahren sind, neue Perspektiven zu geben, indem die Vorstellungen und Bilder von dem Handlungsfeld Naturschutz erfasst und hinterfragt werden, sind für den gesellschaftlichen Wandel unverzichtbar. Solange der Naturschutz als „behindernde Infrastruktur in der Landschaft“ oder „Einschränkung der Lebensqualität“ wahrgenommen wird, kann die Distanz zwischen den Sektoren nicht überwunden werden.

Die Realisierung eines naturräumlichen Handlungsraums setzt die Überwindung des „institutionalisierten Lokalismus“ (s. Abschnitt 2.1.2.1) voraus. Diese Überwindung ist so relevant, da die – wenn in der Realität auch begrenzten – Entwicklungspotenziale des Naturraums vor allem dann eine Chance auf Realisierung haben, wenn der Naturraum als Handlungsraum

angenommen wird. Dies hängt v. a. auch von der politischen Unterstützung ab, die sich bspw. in der praktischen Unterstützung grenzüberschreitender Projekte durch die Angleichung der Gesetzesauslegung ausdrücken kann.

In den Fallstudien kristallisiert sich heraus, dass die Auseinandersetzung mit den Schutz- und Nutzinteressen eine dauerhafte Aufgabe und Herausforderung auf lokaler und regionaler Ebene sind. Die in beiden Fallstudien dokumentierten Verständigungs- und Überzeugungsprozesse mündeten nicht in regionale Lernprozesse oder gar die Herausbildung regionaler Governance-Prozesse, die den Naturschutz in den regionalen Entwicklungsprozess integrierten und dadurch legitimierten, da es keine angemessenen Resonanzstrukturen zur Verstetigung gab. Die institutionelle Zergliederung der Regionen und die heterogenen regionalen Interessen bieten der Überwindung der sektoralen Wertdifferenzen keine ausreichende Basis. Insofern liegt der Schluss nahe, dass es einer formellen Struktur bedarf, um die Auseinandersetzung als kontinuierlichen Lernprozess zu gestalten, der die Reibungen und Konflikte zwischen den Interessen kontinuierlich abbaut. Insbesondere unter Berücksichtigung des kontinuierlichen Wandels der Akteurskonstellationen und deren Aneignung von Natur und Landschaft wird deutlich, dass es sich um eine dauerhafte, regionalpolitische Verantwortung handelt, Strukturen für diesen Prozess vorzuhalten. Das Beispiel des Landschaftspflegeverbandes Göttingen zeigt, wie schwierig es ist, einen solchen Prozess zu gestalten. Fortbestehende Gesprächsbereitschaft auch in Konfliktphasen ist ein erster Erfolg dieser Institution.

6.2.2.2 Förder- und landespolitische Verantwortung

Die hier vorliegende Arbeit ist keine Evaluation der Förderinitiative „Naturschutzgroßprojekt“ des BMU. NGP wurden als Beispiel für die politischen Unternehmungen untersucht, den Naturschutz in regionalen Prozessen als legitimes Interesse zu etablieren, um die gesellschaftliche Entwicklung mehr und mehr an der Leitidee der Nachhaltigkeit auszurichten. Folgende Aspekte haben die Fallstudien als Anknüpfungspunkte für die Unterstützung dieses Ziels hervorgebracht.

So bedeutend sich die Kooperation der Naturschutzinstitutionen auf lokal-regionaler Ebene erwiesen hat, so wichtig sind auch die klare Profilierung und Abgrenzung der unterschiedlichen Naturschutzvorhaben mit ihren spezifischen Angeboten und Zielen. Die Dominanz der Wahrnehmung des Naturschutzes als hoheitliche Instanz verursacht eine klare, v. a. auch emotionale Angrenzung der anderen Sektoren. Alternative Instrumente sind folglich nötig, um

diese Wahrnehmung zu verändern. Sie sind jedoch klar zu profilieren, da, wie oben geschildert, die Bereitschaft zur Veränderung der dominierenden Wahrnehmung schwach ausgeprägt ist. Das Freiwilligkeitsprinzip, das Markenzeichen von NGP, leidet unter der Verquickung mit den hoheitlichen Entscheidungen im Kontext, sodass die NGP-Träger ihre Position als gleichgestellter bzw. abhängiger Verhandlungspartner, aus der heraus eine partnerschaftliche Vernetzung erwachsen könnte, nicht (Eichsfeld-Werratal) oder nur sehr langsam (Schaalsee) entwickeln können. Damit bleibt ein großes Potenzial für die Verbesserung und Neuausrichtung der Beziehung zwischen den Sektoren ungenutzt!

Die Offenheit der Prozesse, gerade bei regionalbedeutsamen Naturschutzvorhaben, kristallisiert sich ebenfalls als Anforderung an die politischen Programme heraus. Die Chance, dass die regionalen Akteure, d. h. die primären und die sekundären Zielgruppen, das Vorhaben als ihr eigenes annehmen, erscheint umso größer, je früher, aber auch je stärker sie eingebunden sind. Die Rolle der „zu Beteiligten“ erweist sich gerade hier als nicht ausreichend, da es um die Entwicklung und Veränderung des jeweiligen Lebens- und Wirtschaftsumfeldes geht. Eher sind sie als „Gestaltende“ zu emanzipieren.

Die Fallstudien haben beispielhaft die Schwierigkeiten aufgezeigt, auf lokaler-regionaler Ebene Nachhaltigkeitslösungen hinsichtlich der Balance von Naturnutzung und Naturschutz zu realisieren. Der Bedarf an Unterstützung durch die Beratung seitens der jeweiligen Förder- und auch Landespolitik ist deutlich geworden, u. a. auch direkt von den Akteuren benannt. Die Zurverfügungstellung von sektoralen Förderinitiativen gerade im Bereich des Naturschutzes ist angesichts der schwachen Position des Naturschutzes im Nachhaltigkeitsdreieck legitimiert und notwendig. Damit diese Initiativen zugleich zur Aufwertung des Naturschutzes im regionalen Interessengefüge führen, bedarf es eines größtmöglichen Wissens- und Erfahrungstransfers durch die Förder- und die Landespolitik. Diese muss die entsprechende Expertise durch den Dialog mit den geförderten Regionen erlangen. Der horizontale Erfahrungsaustausch zwischen den Regionen scheint sich darüber hinaus als obligatorischer Baustein regionaler Förderinitiativen herauszukristallisieren. Die bereits vorliegende Literatur sowie die hier erarbeiteten Fallstudien belegen die Wiederholung sehr ähnlicher Konfliktdynamiken und -phasen, deren Vermeidung v. a. durch einen gezielten Erfahrungsaustausch ermöglicht werden kann. Diesen Austausch zu institutionalisieren, kann primär der förder- und landespolitischen Ebene zugewiesen werden.

7 Zusammenfassung und Ergebnisdiskussion

Diese Forschungsarbeit beschäftigte sich mit der Frage, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit Naturschutzvorhaben, die die Durchsetzung von Nutzungsverzicht und Veränderungen der gewohnten Bewirtschaftung der Landschaft verfolgen, als regionales Anliegen etabliert werden können. Konkreter Anstoß für diese Studie waren die Erkenntnisse des BMBF-Forschungsvorhabens „Grünes Band – Modellregion für Nachhaltigkeit“ (FKZ0330383). Dieses untersuchte Naturschutzgroßprojekte (NGP) und kam zu dem Ergebnis, dass naturschutzfachliche Erfolge nicht mit Erfolgen auf der gesellschaftlichen Ebene gleichzusetzen sind i. S. der Aufwertung des Naturschutzes als gemeinsames und gemeinwohlorientiertes Anliegen von Regionen, d. h. den primären (Landbewirtschaftung) und sekundären Zielgruppen (Gemeinden und Bewohner). Ebenso zeigte sich, dass der Umgang mit der besonderen Dynamik, die Verhandlungen von Naturschutzzielen zu eigen ist, mehr bedarf als der Ausprägung erfolgversprechender Netzwerk- und Prozessmerkmale seitens der Naturschutzvorhaben. Angestrebt wurde eine empirische Untersuchung, die, erstens, das Wechselspiel zwischen den Naturschutzvorhaben und den regionalen Resonanzen analysiert, um, zweitens, die Voraussetzungen zu konkretisieren, die erfüllt sein müssen, damit die Vorhaben eine Aufwertung des Schutzes der Natur als kollektives Anliegen in regionalen Entwicklungsprozessen erzielen können.

Die Arbeit knüpft an den normativen Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung an, der eine ganzheitliche Denkweise und damit die Berücksichtigung ökologischer, sozialer sowie wirtschaftlicher Sachverhalte in Entwicklungsprozessen fordert. Er ist Ausgangs- und Zielpunkt politischer Initiativen in ländlichen Räumen, und auch die hier betrachtete Förderinitiative sucht, dazu beizutragen. Im Fokus des Ansatzes steht das Zusammenspiel der regionalen Akteure und Leistungsträger, die sich zur Regelung geteilter Anliegen vernetzen. Ihnen wird das Potenzial zugesprochen, Nachhaltigkeitslösungen zu realisieren, da sie über persönliche Beziehungen gegenseitiges Vertrauen aufbauen und soziales Kapital verfügbar machen können. Letzteres ist im hier diskutierten Kontext entscheidend, da eine ganzheitliche Denkweise und der Schutz der Natur als gemeinwohlorientiertes Interesse darauf angewiesen sind. Das ökologische Interesse droht im Nachhaltigkeitsdreieck stets, zugunsten sozialer und wirtschaftlicher Belange in eine marginalisierte Position zu rutschen. Durch die eigene empirische Untersuchung sollten Antworten auf die Frage, ob und wie die hier betrachtete Förderinitiative in den Regionen die Bildung sozialen Kapitals förderte, gefunden werden. Angesichts der

bis heute nicht gelöst und oftmals emotional aufgeladenen Konfliktsituationen auf lokal-regionaler Ebene im Kontext flächenmäßig bedeutsamer Schutzvorhaben besteht weiterhin Forschungsbedarf, den auch diese Arbeit aufgreift.

Diese Arbeit sollte vor allem eine Transferleistung aus der Praxis in die Forschung erbringen. Als Forschungsansatz wurde deswegen die Fallstudie gewählt, da sich diese für die Erforschung komplexer sozialer Phänomene eignet und methodisch flexibel ist. Es wurden zwei exemplarische NGP ausgewählt, das NGP Grünes Band Eichsfeld-Werratal und das NGP „Schaalsee-Landschaft“. Eine Datentriangulation wurde konzipiert, um den Untersuchungsgegenstand möglichst umfassend, v. a. durch partizipativ-dialogische Methoden, zu beleuchten. Ausgehend von einer strukturellen Netzwerkbefragung (standardisierte, schriftliche Befragung), folgte ein Auftaktworkshop in der Region (moderierte und ermittelnde Gruppendiskussion). Leitfadengestützte Experteninterviews wurden im Anschluss durchgeführt. Zum Abschluss fand ein Reflexionsworkshop statt (moderierte und ermittelnde Gruppendiskussion). Zusätzlich wurden Presseartikel und Projektdokumente gesichtet und ausgewertet, um das Wechselspiel von Förderinitiative und Region zu erfassen.

Die Ausgangssituationen der beiden NGP sind unterschiedlich, obgleich sie beide an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze liegen, einem großen Naturpotenzial mit historischer Hypothek. In der DDR erfuhr der Naturschutz eine Aufwertung zum Reformthema, und in der Region Schaalsee entwickelte sich im Zuge der Wiedervereinigung eine positive Dynamik hinsichtlich der naturräumlichen Zusammengehörigkeit. Entwicklungsimpulse wurden von einer länderübergreifenden Zusammenarbeit erwartet, und die gleiche Schutzgebietskategorie (Naturpark) auf schleswig-holsteinischer und mecklenburgischer Seite erschien als ideale Rahmenbedingung. Die Initiative NGP bettet sich, auch aufgrund der Trägerschaft durch die kommunale Politik, zunächst in ein unterstützendes Umfeld ein. In der Region Eichsfeld-Werratal knüpft die Initiative NGP unmittelbar an das europäische Projekt „Grünes Band“ an, ein einzigartiges Biotopverbundvorhaben entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Die politische Aufwertung des „Grünen Bandes“ als nationales Naturerbe wird mit der Herausforderung konfrontiert, auf lokal-regionaler Ebene eine ebensolche Aufwertung zu erzielen. Die NGP-Initiative der Heinz Sielmann Stiftung bettet sich mit der gewählten Gebietskulisse in ein heterogenes administratives Umfeld ein mit umfassenden ebenso wie heterogenen Erfahrungen entlang den Schutz- und Nutzungsinteressen. Die Unterschiedlichkeit der Regionen ermöglichte einen Erkenntnisgewinn, denn die fallübergreifende Betrachtung der Ergebnisse

deckte ähnliche Dynamiken auf, die wiederum die Ableitung übergreifender und auch übertragbarer Erkenntnis erlaubten.

Förderinitiativen des Naturschutzes, deren übergeordnetes Ziel der Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel hin zur nachhaltigen Entwicklung sein muss, betten sich in die fortlaufende individuelle und gesellschaftliche Aneignung von Natur und Landschaft ein. Die Vielfalt von Haltungen, Ansprüchen und Absichten, Natur und Landschaft zu nutzen, entsteht aus der „Divergenz der Perspektiven“ von bspw. Naturschützern, Land- und Forstwirten, Touristen und Naherholenden, Gemeinden und Investoren, die sich nicht selten im Wege stehen⁴¹⁰. Naturschutzvorhaben haben, neben vielen anderen raumbedeutsamen Interessen, den Anspruch, in ihrem Sinne auf den Prozess der Aneignung von Natur und Landschaft Einfluss zu nehmen. Mit ihrem Vorstoß fordern sie das Hinterfragen und die Veränderung der bislang bestehenden, wenn auch dynamischen, gesellschaftlichen Naturverhältnisse ein (s. Abb. 30).

Die in den Fallstudien erfassten Konflikte und Defizite des naturschutzpolitischen Erfolgs entlang der Vorbereitung und Umsetzung der NGP belegen, dass der jeweilige Vorstoß die bestehenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht ausreichend berücksichtigt hat. Die

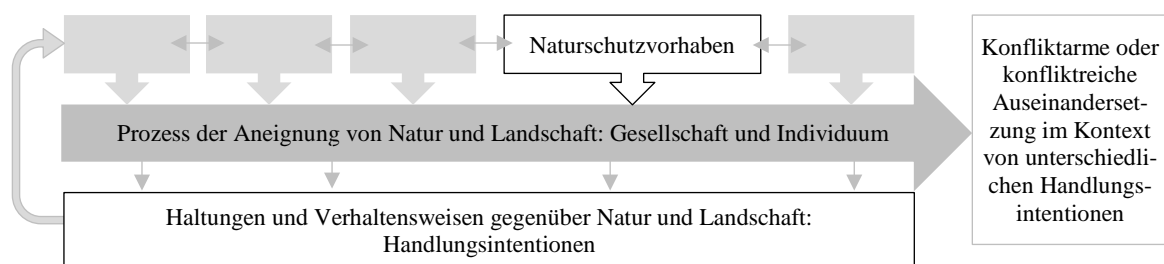


Abb. 30: Naturschutzvorhaben im Prozess der Aneignung von Natur und Landschaft,
eigene Darstellung

übergreifende Erkenntnis der Fallstudien ist, dass die Aushandlung einer Vorrangstellung des Naturschutzes verbunden mit seiner bewussten gesellschaftlichen Aufwertung in Prozessen der regionalen Entwicklung in keiner der beiden Regionen gelang. Insbesondere angesichts der operativen naturschutzfachlichen Erfolge des NGP Schaalsee-Landschaft überrascht die Klarheit dieser Erkenntnis. Die Ergebnisse der Analysen lassen jedoch für beide Regionen kaum einen anderen Schluss zu. Solange die Landbewirtschaftenden angesichts der naturschutzfachlichen Bedeutung und Qualität der Projektkulissen den Handlungsbedarf negieren,

⁴¹⁰ Vgl. Kruse-Graumann 2002: 4 ff.

die Gemeinden und Bewohner die Lebensqualität im eigenen Umfeld v. a. über individuelle, freizügige Nutzungsmöglichkeiten definieren und regionale Akteure in wichtigen Positionen der regionalen Entwicklung zwar die Natur- und Landschaftsqualität verbal wertschätzen, ohne die Schutzbemühungen bewusst anzuerkennen, verbleibt der Schutz der Natur höchstens ein geduldetes Vorhaben. Die Wertschätzung des Naturschutzes wird durch die anhaltend dichotome Wahrnehmung von Schutz und Nutzung – insbesondere bei politischen Akteuren – eingeschränkt, und es besteht lediglich eine diffuse Vorstellung eines akzeptierten Naturschutzes in den beiden Regionen. In keiner der beiden Regionen wurde das Naturschutzvorhaben bzw. dessen Ziel als geteiltes Anliegen angenommen.

Vielfältige Gründe für diesen Befund konnten durch die Analysen erfasst werden. Es zeigte sich, dass bereits die Ausgangssituation die Chancen der Aufwertung des Naturschutzes mitbestimmt. Die bereits vorliegenden, regionalspezifischen individuellen und kollektiven Erfahrungen mit Naturschutz, v. a. seinen hoheitlichen Entscheidungen, die Präsenz des Naturschutzes in der Region (Schutzgebiete, Institutionen etc.), die Offensichtlichkeit des naturschützerischen Handlungsbedarfs, die entstandenen Haltungen und Meinungen in den lokal-regionalen Sozialstrukturen sowie zuletzt die Existenz einer Idee über den akzeptierten Naturschutzansatz wurden als relevant herausgearbeitet. Für Naturschutzvorhaben leitet sich ab, dass sie sich mit Dynamiken aus der Vergangenheit auseinandersetzen müssen und ihre eigenen Spielräume für die Abwendung von einer vergangenheitsorientierten Denk- und Verhandlungsweise zwischen den Interessen nutzen müssen. Die Bereitschaft, neue Erfahrungen zuzulassen, erweist sich jedoch in beiden Regionen als gering ausgeprägt, auf Seiten des Naturschutzes sowie den mit ihm verhandelnden Interessengruppen. Hierin ist jedoch eine wesentliche Facette der notenwendigen Strategiefähigkeit des Naturschutzes zu erkennen, um im eigenen Sinne seine Ziele besser zu erreichen.

Zum Projektbeginn sowie im Verlauf konnten ebenfalls Hürden der Aufwertung des Naturschutzes (s. Tab. 34) identifiziert werden. Die Herausbildung einer Konfliktarena im Kontext von Naturschutzvorhaben zu vermeiden, scheint entscheidend, da insbesondere die Fallstudie Schaalsee den Schluss zulässt, dass ausgeprägte Konfliktphasen eine spätere Aufwertung des Naturschutzes, die Überwindung der Distanz zwischen den Interessen und die Eröffnung einer kollektiven Perspektive auf den Naturschutz (über lange Zeit) verhindern.

Tab. 34: Hürden der Aufwertung des Naturschutzes in Regionen, eigene Darstellung

Primäre Zielgruppen von Naturschutzvorhaben:	
Raum und Fläche	▪ Seitens Fördermittelgeber/Projektträger anvisierte Projektkulisse im Kontext hoheitlicher Schutzziele wird als Anspruchshaltung des Naturschutzes wahrgenommen und löst Verteidigungshaltung aus.
	▪ Administrative Zersplitterung und ggf. emotionale Unverbundenheit erschwert Aneignung des Naturraums als Handlungsraum.
	▪ Flächenerwerb der diskutierten Dimension löst Irritationen in Region aus, wenn Vision von Entwicklung der Region fehlt. Irritation fällt auf Naturschutzvorhaben zurück.
Netzwerkarbeit nach innen und außen	▪ Mangelnde Kooperation von Naturschutzinstitutionen in Region behindert Aufwertung des Naturschutzes und Aneignung des Naturraums als regionalen Handlungsraum.
	▪ Abhängigkeit des Naturschutzes von unterstützenden Multiplikatoreffekten durch Netzwerkarbeit wird unterschätzt.
Anforderungen an den Prozess	▪ Ausgeprägtes Informationsbedürfnis bei landschaftsverändernden Maßnahmen löst bei unzureichender Erfüllung emotionale Reaktanzen aus und mündet in eine Schwächung des Kooperationswillens.
	▪ Voneinander isolierte Überzeugungs- und Lernprozesse können Aufwertung des Naturschutzes nicht bewirken.
	▪ Stolz auf und Wissen über Naturpotenzial zur positiven Mobilisierung der primären Zielgruppen bleibt ungenutzt.
Sekundäre Zielgruppen von Naturschutzvorhaben	
Perspektive	▪ Abstrakte Werbung mit Entwicklungsimpulsen des Naturpotenzials bedarf Operationalisierung durch Wissenstransfer, um zu überzeugen

Aus diesen Erkenntnissen konnten Voraussetzungen abgeleitet werden, die die Aufwertung des Naturschutzes ermöglichen können. Sie sind drei Ebenen zugeordnet, dem jeweiligen Vorhaben, der lokal- und regionalpolitischen sowie der förder- und landespolitischen Ebene.

Auf der **vorhabenbezogenen Ebene** kristallisierten sich sechs Schwerpunkte heraus. Die Selbstreflexion der Vorhabenträger ist relevant, da deren eigenes Image in der Region die Wahrnehmung des jeweiligen Vorhabens prägt. Das Image kann die Bedeutung sektorenübergreifender strategischer Allianzen noch erhöhen und die Nicht-Berücksichtigung bereits der Grundstein für die Ablehnung des Vorhabens sein. Die Gewinnung der primären und sekundären Zielgruppen ist die entscheidende Leistung der Vorhabenträger. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die eigenen Spielräume seitens des Naturschutzes, eine neue Dialogkultur zwischen den verhandelnden Sektoren zu initiieren und zu etablieren, konsequent auszunutzen sind. Die Positionen der Beteiligten neu auszurichten, ist die zentrale Empfehlung, die sich aus dieser Studie ableitet. Die primären Zielgruppen sind weniger als „zu Beteiligende“, als vielmehr als „Gestalter“ in Vorhaben der hier betrachteten Art einzubinden. Auf der fachlichen Ebene empfiehlt sich eine Aufwertung der lokal-regionalen Expertise durch ihre Einbindung auf Entscheidungs- und Umsetzungsebene. Zudem bieten die humanen, d. h.

emotionalen und kulturellen, Aspekte des Naturschutzes ein Motivationspotenzial die Schutzziele zu unterstützen. In beiden Fallstudien bleibt dieses Potenzial unausgeschöpft. Die Wertschätzung dieser nicht-fachlichen Aspekte kann durch niedrigschwellige Beteiligung und transparente Maßnahmenrealisierung erfolgen. Die Festlegung der Projektkulissen als weiterer Fokus der formulierten Voraussetzungen knüpft daran an, denn diese müssen als Handlungsräume angenommen werden, um Veränderungsprozesse anzustoßen. Die Netzwerkarbeit des Naturschutzes ist wenig überraschend von entscheidender Bedeutung. Die Fallstudien haben mögliche Allianzen aufgedeckt, die durch positive Multiplikation die Aufwertung des Naturschutzes fördern können. Die Nutzung von policy windows bestätigen die Fallstudien als bedeutend für den Naturschutz. Die notwendige Kopplung an Überzeugungsprozesse hat sich jedoch ebenfalls klar herauskristallisiert, da diese nicht nachholbar sind und sich konkurrierende Beziehungen zu etablieren drohen.

Als zentrale Erkenntnis kann jedoch die Verantwortung der **lokal- und regionalpolitischen sowie der förder- und landespolitischen Ebene** unterstrichen werden. Der gesellschaftliche Wandel hin zur nachhaltigen Entwicklung, in der der Schutz der Natur bewusst anerkannt ist, kann nur mithilfe eines Wissens- und Erfahrungstransfers über die politischen Ebenen hinweg gelingen. „Sustainable development must rest on political will“, heißt es dazu im Brundtlandbericht⁴¹¹. Auch die beiden Fallstudien haben konkret aufzeigen können, dass der politische Wille und dessen aktive Unterstützung unverzichtbar sind, um administrative, aber auch soziale und sektorale Grenzen bzw. Abgrenzungen zu überwinden. Des Weiteren bestätigt sich in den Fallstudien die Erkenntnis, dass sich der „kulturelle[r] Akt des Schutzes von Natur und Landschaft“⁴¹² auch in den politischen (Förder-)Initiativen widerspiegeln muss, d. h., humane und regionale Aspekte des Naturschutzes sind von diesen Initiativen aufzugreifen.

Mit Hilfe der Datentriangulation ist es gelungen, das Wechselspiel der betrachteten NGP und den regionalen Resonanzen genauer zu erfassen und zu analysieren. Deutlich hat sich im Verlauf der Forschung die Schwierigkeit gezeigt, die Zielpersonen für die Teilnahme an partizipativ-dialogischen Forschungsvorhaben zu gewinnen; dies schlägt sich in den Rückläufen und Teilnehmerzahlen der Workshops nieder. Gerade deswegen bot sich die Datentriangulation an, um die gewonnenen Daten als Bausteine zu einem Gesamtbild zusammenzusetzen. Dieses

⁴¹¹ World Commission on Environment and Development 1987b: 25

⁴¹² Vgl. Erdmann 2000: 223

hat durch die Perspektivenvielfalt die notwendige Schärfe gewonnen. Die strukturelle Netzwerkerhebung hat wertvolle Erkenntnisse zur Vernetzung der Akteure erbracht, insbesondere mithilfe der visualisierten Graphen, die die ermittelten Strukturen veranschaulichen. Die Workshops waren ebenfalls wertvolle Informationsquellen, die jedoch durch die Experteninterviews als zentrale Erhebungsmethode unterstützt wurden. Diese haben sich als sehr geeignet erwiesen, um Zugang zu internem Wissen zu bekommen und die Haltungen und Perspektiven der Interviewpartner zu erfassen. Die Interviews mit den zentralen Akteuren einerseits, sowie den weiteren Akteuren andererseits, eröffneten Zugang zu einem umfassenden Erfahrungs- und Wissensschatz. Dieser ermöglichte eine perspektivenreiche Analyse der interessierenden Aspekte, wobei die Presseanalyse als wertvolle ergänzende Informationsquelle diente.

Die Herausforderungen, Probleme und Hürden auf lokal-regionaler Ebene Naturschutzförderprojekte als Anstoß und Unterstützung für den gesellschaftlichen Wandel hin zur nachhaltigen Entwicklung zu nutzen, konnte die vorliegende Studie für die hier betrachteten Regionen und die hier betrachtete Förderinitiative des Bundesnaturschutzes aufzeigen. Deren Ausprägung entspringt regionalspezifischen Gegebenheiten und mit dem Untersuchungsdesign dieser Arbeit, dem Fallstudienansatz, wurde keine Generalisierbarkeit angestrebt. Wie die fallübergreifende Betrachtung jedoch zeigte, lassen die beiden Fallstudien übergreifende Erkenntnisse zu. Voraussetzungen für die Umsetzung der Naturschutzförderung als Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung, die sich von dem lokal-regionalspezifischen Kontext der Untersuchungen abheben und als beachtenswert für Naturschutzvorhaben auf lokal-regionaler Ebene eingeschätzt werden, konnten so formuliert werden.

Literaturverzeichnis

- Brockhaus-Enzyklopädie (1986). 19., völlig Neubearb. Aufl. Mannheim: Brockhaus.
- Gabler Wirtschafts-Lexikon (2005). 16., vollst. überarb. und aktualisierte Aufl., ungekürzte Wiedergabe der Orig.-Ausg. 2004.
- BNatschG (20.07.2009): Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege. Online verfügbar unter http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bnatschg_2009/gesamt.pdf, zuletzt geprüft am 27.03.2015.
- visone (2011). Online verfügbar unter <http://visone.info/>, zuletzt aktualisiert am 13.07.2011, zuletzt geprüft am 04.04.2015.
- Zweckverband Schaalsee-Landschaft (2015). Online verfügbar unter <http://www.zv-schaalsee.de/seiten/projekt.htm>, zuletzt aktualisiert am 31.01.2015, zuletzt geprüft am 04.04.2015.
- Adamowicz, Joanna (2009): Naturschutz und Tourismus - eine Kooperation mit Zukunft im Rahmen nachhaltiger Regionalentwicklung. Fallstudie Drawskie Seenplatte in Polen. Hamburg: Verlag Dr. Kovač (Schriftenreihe Geowissenschaften und Geographie, Band 1).
- Adrian, Luise (2003): Regionale Netzwerke als Handlungskonzept. Erfolg versprechender Weg einer innovationsorientierten Regionalentwicklung? Berlin: Difu (Materialien / Deutsches Institut für Urbanistik, 2003,2).
- Ahlmeyer, Synke; Göbel, Nicola (2008): Regionale Bewertung des Klimawandels und Entwicklung von Klimaschutz- und Anpassungsstrategien in der Biosphärenreservatsregion Schaalsee. Unter Mitarbeit von Heubes Jonathan und Dirk Müller. Hg. v. Amt für das Biosphärenreservat Schaalsee in Kooperation mit der Stiftung Biosphäre Schaalsee und UmweltPlan GmbH Stralsund/Güstrow. Online verfügbar unter <http://www.schaalsee.de/inhalte/download/KlimalangInternet.pdf>, zuletzt geprüft am 07.01.2015.
- Anders, Hans-Peter; Reichle, Sabine (2009): Stand der Umsetzung im länderübergreifenden Naturschutzgroßprojekt „Schaalsee-Landschaft“. In: *Natur und Landschaftsplanung* 84 (12), S. 537–544.
- Bachinger, Monika; Pechlaner, Harald (2011): Netzwerke und regionale Kernkompetenzen: der Einfluss von Kooperationen auf die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen. In: Monika Bachinger, Harald Pechlaner und Werner Widuckel (Hg.): *Regionen und Netzwerke. Kooperationsmodelle zur branchenübergreifenden Kompetenzentwicklung*. Wiesbaden: Gabler Verlag / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden (SpringerLink : Bücher), S. 3–28.
- Bachinger, Monika; Pechlaner, Harald; Widuckel, Werner (Hg.) (2011): *Regionen und Netzwerke. Kooperationsmodelle zur branchenübergreifenden Kompetenzentwicklung*. Wiesbaden: Gabler Verlag / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden (SpringerLink : Bücher).
- Backhaus, Jürgen (2011): "Das ist Entmündigung". Waldbesitzer im Westeichsfeld wehren sich gegen das Naturschutz-Großprojekt am Grünen Band. Solidarität mit Genossenschaften im Ohmgebirge bekundet. In: *Thüringer Allgemeine*, 28.07.2011.
- Bähre, Heike; Fergen, Ulrike (2013): Verwaltungspolitische Grenzen als Einflussfaktor im Destinationsmanagement-Prozess ländlich geprägter Destinationen. Arbeitskreis Freizeit- und Tourismusgeographie. Konstanz, 30.05.2013. Online verfügbar unter http://www.tourismusforschung.org/mediapool/139/1391436/data/Veranstaltungen/JT_2013_Konstanz/2_SG_Baehre_Fergen_Verwaltungsgrenzen_DM.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2014.
- Baranek, Elke; Fischer, Corinna; Walk, Heike (2005): Partizipation und Nachhaltigkeit. Reflektionen über Zusammenhänge und Vereinbarkeiten. Hg. v. Zentrum für Technik und Gesellschaft. Tech-

- nische Universität Berlin. Berlin (Discussion paper, 15/05). Online verfügbar unter http://www.ztg.tu-berlin.de/pdf/Nr_15_Bara-Fisc-Walk.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2014.
- Baranek, Elke; Günther, Beate (2005): Erfolgsfaktoren von Partizipation in Naturschutzgroßprojekten. Das Beispiel: Moderationsverfahren im Gewässerrandstreifenprojekt Spreewald. In: Peter Henning Feindt und Jens Newig (Hg.): Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der politischen Ökonomie. Marburg: Metropolis-Verl (Ökologie und Wirtschaftsforschung, Bd. 62), S. 299–320.
- Bauer-Wolf, Stefan; Payer, Harald; Scheer, Günter (Hg.) (2008): Erfolgreich durch Netzwerkkompetenz. Handbuch für Regionalentwicklung. Wien, New York: Springer.
- Baur, Michael (2008): visone Software for the Analysis and Visualization of Social Networks. Dissertation. Universität Karlsruhe, Karlsruhe. Fakultät für Informatik, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Becker, Egon (2003): Soziale Ökologie: Konturen und Konzepte einer neuen Wissenschaft. In: Gunda Matschounat und Alexander Gerber (Hg.): Wissenschaftstheoretische Perspektiven für die Umweltwissenschaften. 1. Aufl. Weikersheim: Margraf Verlag, S. 165–196.
- Behrendt, Maria; Biesecker, Adelheid; Ergenzinger, Annegret; Friese, Marianne; Hofmeister, Sabine; Knothe, Bettina et al. (2007): Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsspielräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung. München: Oekom-Verl. (Ergebnisse sozial-ökologischer Forschung, 6).
- Bens, Oliver; Hüttel, Reinhard; Plieninger, Tobias (2008): Zur Zukunft ländlicher Räume. Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordostdeutschlands. 1. Aufl. Berlin: Akademie Verlag (Forschungsberichte, 20).
- Benz, Arthur (1994): Kooperative Verwaltung. Funktionen, Voraussetzungen und Folgen. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Benz, Arthur; Dose, Nicolai (Hg.) (2004): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (Governance, Bd. 1).
- Benz, Arthur; Dose, Nicolai (Hg.) (2010): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. 2., aktualisierte u. veränd. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (Governance, 1).
- Benz, Arthur; Lütz, Susanne; Schimank, Uwe; Simonis, Georg (Hg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Benz, Arthur; Meincke, Anna (2007): Regionen Aktiv - Land gestaltet Zukunft. Begleitforschung 2004 bis 2006. Endbericht der Module 3 und 4 Regionalwissenschaftliche Theorieansätze Analyse der Governance Strukturen. Fernuniversität Hagen. Online verfügbar unter http://www.regionenaktiv.de/bilder/Abschlussbericht_Modul_3_und_4.pdf, zuletzt geprüft am 31.10.2014.
- Bergmann, Eckhard (2000): Nachhaltige Entwicklung in föderalen Kontext: Die Region als politische Handlungsebene. In: Kilian Bizer, Bodo Linscheidt und Achim Truger (Hg.): Staatshandeln im Umweltschutz. Perspektiven einer institutionellen Umweltökonomik. Berlin: Duncker & Humblot (Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten, n.F., Heft 69), S. 215–240.
- Blotevogel, Hans H. (2004): Aktuelles zur Zentralitätsdiskussion in Deutschland. Fachtagung der ÖGR und der ÖROK. Wien, 09.11.2004. Online verfügbar unter http://www.oerok.gv.at/fileadmin/Bilder/2.Reiter-Raum_u._Region/3.Themen_und_Forschungsbereiche/9.Zentralitaet_u._Raumentwicklung/Zentralitaet_u._Raumentwicklung/Fachtagung/Blotevogel.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2014.

- Böcher, Michael (2008): Instrumentenwandel in der Umwelt- und Naturschutzpolitik und der Politik zur integrierten ländlichen Entwicklung : theoretische Grundlagen und Strategien der Praxisumsetzung. Dissertation. Universität Göttingen, Göttingen.
- Böcher, Michael (2009): Faktoren für den Erfolg einer nachhaltigen und integrierten ländlichen Regionalentwicklung. In: Rainer Friedel und Edmund A. Spindler (Hg.): Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden (VS Research), S. 127–138.
- Böcher, Michael; Krott, Max (2002): Strategieempfehlungen für Konsensverfahren in der Naturschutzpolitik - Ergebnisse eines FuE-Vorhabens. In: Karl-Heinz Erdmann und Christiane Schell (Hg.): Naturschutz und gesellschaftliches Handeln: aktuelle Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Münster: Landwirtschaftsverl., S. 169–182.
- Böcher, Michael; Krott, Max (2004): Politikwissenschaftliche Begleitanalyse von Prozessen nachhaltiger Regionalentwicklung in 6 LEADER++-Regionen. Online verfügbar unter <http://download.ble.de/00HS051.pdf>, zuletzt geprüft am 03.01.2015.
- Böcher, Michael; Krott, Max; Tränkner, Sebastian (2009): Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung. Ergebnisse der Begleitforschung zum Modell- und Demonstrationsvorhaben „Regionen Aktiv“. In: Rainer Friedel und Edmund A. Spindler (Hg.): Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden (VS Research), S. 11–22.
- Böhm, Hans Reiner; Hilligardt, Jan (1999): Regionale Ausrichtung lokaler Agenda 21-Prozesse. In: *Umwelt - kommunale, ökologische Briefe*, S. 37–39.
- Brand, Karl-Werner (1997): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen: Leske + Budrich (Reihe Soziologie und Ökologie, Bd. 1).
- Brand, Karl-Werner (2000): Nachhaltige Entwicklung und Transdisziplinarität. Besonderheiten, Probleme und Erfordernisse der Nachhaltigkeitsforschung. 1. Aufl. Berlin: Analytica-Verl. (Angewandte Umweltforschung, 16).
- Brendle, Uwe (1999): Musterlösungen im Naturschutz - politische Bausteine für erfolgreiches Handeln. Ergebnisse aus dem F+E-Vorhaben 808 01 141 des Bundesamtes für Naturschutz "Akzeptanzsteigerung im Naturschutz: Ermittlung von erfolgreichen und zukunftsweisenden naturschutzpolitischen Musterlösungen sowie Konfliktlösungs- und Vermittlungsstrategien". Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz.
- Bröcker, Johannes; Fritsch, Michael (2011): Ökonomische Geographie. Kiel/Jena: Vahlen (Vahlens Handbücher der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften).
- Bruker, Jörg (2004): Naturschutzgroßprojekte des Bundes. Förderprogramm zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung - Naturschutzgroßprojekte und Gewässerrandstreifenprogramm. In: *Natur und Landschaftsplanung* 79 (9./10.), S. 393–401.
- Bruns (1993): Die Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Natur und die Naturgüter im Positiven und Negativen. In: *Mitteilungen aus der NNA* 4 (4), S. 53–55.
- Bundesamt für Naturschutz. (20.08.2009): Naturschutzgroßprojekt Grünes Band Eichsfeld - Werratal startet in die erste Phase. Online verfügbar unter http://www.bfn.de/51117.html?&cHash=d536f1662b8f8af97a787bb92812b0f4&tx_ttnews%5Btt_news%5D=2540, zuletzt geprüft am 26.02.2015.

- Bundesamt für Naturschutz. (2014a): Das Grüne Band als Teil des Nationalen Naturerbes. Online verfügbar unter <http://www.bfn.de/21263.html>, zuletzt aktualisiert am Letzte Änderung: 11.03.2014, zuletzt geprüft am 30.10.2014.
- Bundesamt für Naturschutz. (2014b): Forstwirtschaft in Natura 2000-Gebieten. Online verfügbar unter http://www.bfn.de/0316_forstwirtschaft-natura2000.html, zuletzt geprüft am 09.11.2014.
- Bundesamt für Naturschutz. (2015a): Naturparke. Online verfügbar unter https://www.bfn.de/0308_np.html, zuletzt geprüft am 29.03.2015.
- Bundesamt für Naturschutz. (2015b): Naturschutzgroßprojekte. Online verfügbar unter http://www.bfn.de/0203_grossprojekte.html, zuletzt geprüft am 26.02.2015.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2011): Regionalentwicklung auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit. Aktuelle Ergebnisse des BBSR-Indikatorenkonzepts. Hg. v. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (BBSR-Berichte, 4). Online verfügbar unter http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BerichteKompakt/2011/DL_4_2011.pdf?__blob=publicationFile&v=2, zuletzt geprüft am 26.02.2015.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (12.09.1990): Verordnung über die Festsetzung von Naturschutzgebieten und einem Landschaftsschutzgebiet von zentraler Bedeutung mit der Gesamtbezeichnung "Naturpark Schaalsee". NatPSchaalseeV. Online verfügbar unter <http://www.gesetze-im-internet.de/natpschaalseev/DDNR514770990.html>, zuletzt geprüft am 07.11.2014.
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2013): Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" für den Zeitraum 2013 - 2016. Sonderrahmenplan: Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels (2009 - 2025). Hg. v. BMELV. Bonn. Online verfügbar unter http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Foerderung/Rahmenplan2013-2016.pdf?jsessionid=E053E79FF2639AF239E4882220796AA3.2_cid385?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 31.10.2014.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2008): Eckpunkte zur Optimierung des Förderinstrumentariums für Naturschutzgroßprojekte im Zeitraum vom 01.01.2008 bis 31.12.2012. Bonn.
- Bundesumweltministerium (BMU) (30.04.2009): Bundesumweltministerium: Grünes Band wird dauerhaft gesichert. Berlin. Online verfügbar unter www.bmub.bund.de/N43906/, zuletzt geprüft am 29.10.2014.
- Demuth, Bernd; Heiland, Stefan; Wiersbinski, Norbert; Finck, Peter; Schiller, Jens (2012): Landschaften in Deutschland 2030. Erlittener Wandel – gestalteter Wandel. Hg. v. Bundesamt für Naturschutz. Bonn-Bad Godesberg (BfN-Skripten, 314). Online verfügbar unter http://neobiota.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/service/Skript_314.pdf#page=36, zuletzt geprüft am 30.10.2014.
- Deutscher Bundestag (19.12.2014): Richtlinien zur Förderung der Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung „chance.natur – Bundesförderung Naturschutz“. Online verfügbar unter https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/foerderung/Dokumente/richtlinie_chance.natur_19.12.14.pdf, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Deutscher Rat für Landespflege (Hg.) (2003): Naturschutz in Deutschland – eine Erfolgsstory? Gutachtliche Stellungnahme und Ergebnisse eines Symposiums vom 20. bis 21. Mai 2003 in Königswinter. Schriftenreihe des deutschen Rats für Landespflege. Meckenheim (75). Online verfügbar unter http://www.landespflege.de/schriften/DRL_SR75.pdf, zuletzt geprüft am 31.10.2014.

- Die Bundesregierung (2008): Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie: Für ein nachhaltiges Deutschland. Hg. v. Die Bundesregierung. Online verfügbar unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2008-11-17-fortschrittsbericht-2008.pdf;jsessionid=930DA23F6BFCF0A53899A9A2D8CB677D.s3t1?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt geprüft am 23.02.2015.
- Dieterich, Victor (1953): Forstwirtschaftspolitik: eine Einführung. Hamburg: Parey.
- Diller, Christian (2005): Regional Governance by and with Government: Die Rolle staatlicher Rahmensetzungen und Akteure in drei Prozessen der Regionsbildung. Habilitationsschrift. Technische Universität Berlin, Berlin. Fakultät Wirtschaft und Management. Online verfügbar unter <https://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb07/fachgebiete/geographie/bereiche/planung/pdf-bilder/HabilitationsschriftDiller.pdf>, zuletzt geprüft am 30.10.2014.
- Eagles, Paul F.J.; McCool, Stephan. F.; Haynes, Christoph D. (2002): Sustainable Tourism in Protected Areas. Guidelines for Planning and Management. Hg. v. International Union for Conservation of Nature and Natural. Gland, Switzerland and Cambridge (Best Practice Protected Area Guidelines Series, 8). Online verfügbar unter http://cmsdata.iucn.org/downloads/pag_008.pdf, zuletzt geprüft am 26.02.2015.
- Engels, Barbara; Job-Hoben, Beate (2009a): Nachhaltiger Tourismus in Deutschland - Eine aktuelle Bestandsaufnahme. In: Barbara Engels und Beate Job-Hoben (Hg.): Nachhaltiger und naturverträglicher Tourismus - Strategien, Erfolgsfaktoren und Beispiele zur Umsetzung. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz (Naturschutz und biologische Vielfalt, 79), S. 7–26.
- Engels, Barbara; Job-Hoben, Beate (Hg.) (2009b): Nachhaltiger und naturverträglicher Tourismus - Strategien, Erfolgsfaktoren und Beispiele zur Umsetzung. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz (Naturschutz und biologische Vielfalt, 79).
- Erdmann, Karl-Heinz (2000): Naturschutz in Deutschland. Perspektiven, Ausblick und Entwicklungschancen. In: Karl-Heinz Erdmann und Thomas J. Mager (Hg.): Innovative Ansätze zum Schutz der Natur. Visionen für die Zukunft. Berlin [u.a.]: Springer, S. 217–239.
- Erdmann, Karl-Heinz; Spandau, Lutz (1997): Naturschutz in Deutschland. Strategien, Lösungen, Perspektiven : 18 Tabellen. Stuttgart (Hohenheim): Ulmer.
- Europäische Union (2013): Agenda 2000: Eine stärkere und erweiterte Union. Online verfügbar unter http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/2004_and_2007_enlargement/160001_de.htm, zuletzt aktualisiert am 22.02.2014, zuletzt geprüft am 02.11.2014.
- Feindt, Peter Henning (2008): Nachhaltige Agrarpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Paradigmenwandel. In: Peter Henning Feindt, Manuel Gottschick, Tanja Mölders, Franziska Müller, Rainer Sodtke und Sabine Weiland (Hg.): Nachhaltige Agrarpolitik als reflexive Politik. Plädoyer für einen neuen Diskurs zwischen Politik und Wissenschaft. Berlin: Ed. Sigma, S. 67–94.
- Franke, Carola; Wald, Andreas (2006): Möglichkeiten der Triangulation quantitativer und qualitativer Methoden in der Netzwerkanalyse. In: Betina Hollstein (Hg.): Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 153–176.
- Franzen, Nathalie; Hahne, Ulf; Hartz, Andrea (2008): Herausforderung Vielfalt. Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel. Hannover: Akad. für Raumforschung und Landesplanung (E-paper der ARL, Nr. 4).
- Fresner, Johannes (2005): SUMMIT, Sustainable Management Methods Integrating Tool-Kit plus Prepare Plus. Gesamtstrategie zur Implementierung von Nachhaltigkeit in Klein- und Mittelbetrieben. Hg. v. Institut für Produktdauer-Forschung. Genf (Berichte aus Energie- und Umweltforschung, 35). Online verfügbar unter http://www.fabrikderzukunft.at/fdz_pdf/endbericht_0535_summit.pdf, zuletzt geprüft am 26.02.2015.

- Frohn, Hans-Werner (Hg.) (2009): "Wenn sich alle in der Natur erholen, wo erholt sich dann die Natur?". Naturschutz, Freizeitnutzung, Erholungsvorsorge und Sport - gestern, heute, morgen. Tagungsband zum gleichnamigen Symposium veranstaltet von der Stiftung Naturschutzgeschichte am 5. und 6. November 2008. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz (Naturschutz und biologische Vielfalt, 75).
- Fürst, Dietrich (2001): Regional governance - ein neues Paradigma der Regionalwissenschaft? In: *Raumforschung und Raumordnung* 2001 (5-6), S. 370–380, zuletzt geprüft am 31.10.2014.
- Fürst, Dietrich (2006): Regional governance - Ein Überblick. In: Ralf Kleinfeld, Harald Plamper und Andreas Huber (Hg.): Regional governance. Steuerung, Koordination und Kommunikation in regionalen Netzwerken als neue Formen des Regierens. Göttingen: V&R Unipress, S. 37–59.
- Fürst, Dietrich (2010): Regional Governance. In: Arthur Benz und Nicolai Dose (Hg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, 2., aktualisierte u. veränd. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (Governance, 1), S. 49–68.
- Fürst, Dietrich; Knieling, Jörg (2004): Innovation und Konsens - ein Widerspruch? Lösungsstrategien für die Regionalentwicklung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 62 (4/5), S. 280–289.
- Fürst, Dietrich; Lahner, Marion; Pollermann, Kim (2006): Entstehung und Funktionsweise von regional governance bei dem Gemeinschaftsgut Natur und Landschaft. Analysen zu Place-making- und Governance-Prozessen in Biosphärenreservaten in Deutschland und Großbritannien. Hannover: Inst. für Umweltplanung (Beiträge zur räumlichen Planung, H. 82).
- Garrelts, Heiko; Wittmer, Heidi; & Birner, Regina (2005): Policy-Windows for the Declaration of Protected Areas – A Comparative Case Study of East Germany and Guatemala. In: Michael Markussen (Hg.): Valuation and conservation of biodiversity. Interdisciplinary perspectives on the Convention on Biological Diversity. Berlin, New York: Springer, S. 65–85.
- Gawron, Thomas (2010): Steuerungstheorie, Policy-Forschung und Governance-Ansatz. Zum verfehlten Governance-Konzept der Regionalforschung. Hg. v. Forschungsverbund KoReMi. Leipzig/Berlin (09). Online verfügbar unter http://www.uni-leipzig.de/koremi/modules/veroeffentlichungen/Literatur/Band_07.pdf, zuletzt geprüft am 13.03.2015.
- Gessner, W.; Kaufmann-Hayoz, R. (1995): Die Kluft zwischen Wollen und Können. In: Urs Fuhrer (Hg.): Ökologisches Handeln als sozialer Prozess. Ecological action as a social process. Basel, Boston: Birkhäuser (Themenhefte / Schwerpunktprogramm Umwelt, Schweiz. Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung), S. 11–26.
- Gettkant, Andreas; Ellerbrock, Jobst (1995): Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. Bonn: SEF (Eine Welt, 14).
- Giessen, Lukas (2010): Regional Governance für ländliche Räume – innovativer Ansatz, politischer Gegenwind und der Weg vorwärts. In: *Raumforschung und Raumordnung* 2010 (68), S. 3–14. Online verfügbar unter http://goedoc.uni-goettingen.de/goescholar/bitstream/handle/1/6831/13147_2009_Article_9.pdf?sequence=1, zuletzt geprüft am 30.10.2014.
- Goßler, Philipp (2009): Integration von Landwirtschaft und Naturschutz. Das Modellvorhaben Partnerbetrieb Naturschutz Rheinland-Pfalz. Trier (Trierer Arbeitsberichte zur Stadt- und Wirtschaftsgeographie, 3). Online verfügbar unter https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb6/prof/KUR/TASW_3_Landwirtschaft_und_Naturschutz.pdf, zuletzt geprüft am 26.02.2015.
- Götze, Anja (2010): Protokoll der dritten öffentlichen Informationsveranstaltung (Abschlussveranstaltung) zum FFH-Managementplan „Wald- und Moorlandschaft um den Röggeliner See“. Hg. v.

- Institut Biota. Dechow. Online verfügbar unter http://institut-biota.de/ffh-mv/download/Protokoll_III_101027.pdf, zuletzt geprüft am 07.06.2014.
- Grabher, Gernot (1993): *The Embedded firm. On the socioeconomics of industrial networks*. London, New York: Routledge.
- Greif, Michael (2000): Von der lokalen zur regionalen Nachhaltigkeit. Die Ausweitung lokaler Agenda-21-Prozesse auf die regionale Ebene am Beispiel der Region Oldenburg und Umland. Oldenburg: bis (Studien zur Soziologie- und Politikwissenschaft).
- Grunwald, Armin; Kopfmüller, Jürgen (2006): *Nachhaltigkeit*. Frankfurt/Main, New York: Campus-Verl (Campus Einführungen).
- Gsänger, Matthias (2000): Politisches Handeln und politischer Prozess. In: Hubert Heinelt und Eberhard Mühlich (Hg.): *Lokale „Agenda 21“-Prozesse. Erklärungsansätze, Konzepte und Ergebnisse*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (Städte und Regionen in Europa, 7), S. 101–118.
- Haan, Gerhard de; Kamp, Georg; Lerch, Achim; Martignon, Laura; Müller-Christ, Georg; Nutzinger, Hans G.; Wütscher, Friederike (2008): *Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Grundlagen und schulpraktische Konsequenzen*. 1. Aufl. Berlin: Springer Berlin (Ethics of Science and Technology Assessment, 33).
- Häger, Astrid; Kirsche, Dieter (2007): Politik für den ländlichen Raum 2007+. In: *Raumforschung und Raumordnung* (4), S. 567–577.
- Hammer, Thomas (2003): *Großschutzgebiete. Instrumente nachhaltiger Entwicklung*. München: Ökom.
- Hammer, Thomas (2011): Vereinbarkeit von Tourismus und Naturschutz zur Nutzung von Synergien. Akademien der Wissenschaften Schweiz und Netzwerk Schweizer Pärke. Wölflinswil. Online verfügbar unter http://www.parkforschung.ch/downloads/Hammer_d.pdf, zuletzt geprüft am 29.03.2015.
- Hardtke, Arnd (2001): *Perspektiven der Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Erfolgsstrategie*. 1. Aufl. Wiesbaden: Gabler.
- Harteisen, Ulrich (2006): Das Grüne Band — ein Impulsgeber für Regionalentwicklung und landschaftsbezogenen Tourismus in der Mitte Deutschland. In: Tobias Reeh (Hg.): *Zu Besuch in Deutschlands Mitte. Natur - Kultur - Tourismus*. Göttingen: Univ.-Verl. Göttingen (Universitätsdrucke Göttingen, Bd. 3), S. 113–128.
- Häusler, Andreas; Scherer-Lorenzen, Michael (2002): Nachhaltige Forstwirtschaft in Deutschland im Spiegel des ganzheitlichen Ansatzes der Biodiversitätskonvention. Hg. v. Bundesamt für Naturschutz. Bonn-Bad Godesberg (62). Online verfügbar unter <http://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/skript62.pdf>, zuletzt geprüft am 09.11.2014.
- Hebenstreit, Michael; Barkmann, Jan (2014): Biodiversitätsschutz als Risiko? Ein Beitrag zu Umweltgerechtigkeit und Verständigung im Spannungsfeld Landwirtschaft-Naturschutz. In: Bundesamt für Naturschutz. (Hg.): *Treffpunkt Biologische Vielfalt XIII. Interdisziplinärer Forschungsaustausch im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt*. Bonn-Bad Godesberg, S. 23–28.
- Heiland, Stefan (1999): *Voraussetzungen erfolgreichen Naturschutzes. Individuelle und gesellschaftliche Bedingungen umweltgerechten Verhaltens, ihre Bedeutung für den Naturschutz und die Durchsetzbarkeit seiner Ziele*. Dissertation. Technische Universität München, München. Online verfügbar unter http://www.ilaup.tu-berlin.de/fileadmin/FG/Lapla/Publikationen/Heiland_1999_Dissertation_VoraussetzungenNat.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2014.

- Heiland, Stefan (2002): Erfolgsfaktoren in kooperativen Naturschutzprojekten. In: Karl-Heinz Erdmann und Christiane Schell (Hg.): Naturschutz und gesellschaftliches Handeln: aktuelle Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Münster: Landwirtschaftsverl., S. 133–151.
- Heintze, Traugott von (1909): Lauenburgisches Sonderrecht: die Sonderstellung des Kreises Herzogtum Lauenburg auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts unter spezieller Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung. Hg. v. Kreis- und Landeskommunalverbandes Herzogtum Lauenburg. Ratzeburg.
- Holm-Müller, Karin (2003): Bewertung nicht-marktfähiger Leistungen der Landwirtschaft – eine Herausforderung für die Forschung. In: *Agrarwirtschaft* 52 (8), S. 353–355.
- Hubo, Christiane; Krott, Max (2012): Erfolgsfaktoren im Naturschutz und ihre Förderung durch Programme am Beispiel chance.natur. In: *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society, Volume 21, Number 2, June 2012, pp. 135-142*(8) 21 (2), S. 135–142.
- Huszák, Loretta (2010): Der Wettbewerb der Regionen. Regionale Unterschiede in der Absorption der EU-Fördermittel: eine empirische Analyse. Frankfurt am Main, New York: Lang (Europ. Hochschulschriften, 439).
- Ibisch, P. L. (2006): Klimawandel und Klimaschutz: Chancen, Gefahren und Handlungsoptionen für den Naturschutz im Wald. In: Bundesamt für Naturschutz. (Hg.): Wald, Naturschutz und Klimawandel. Ein Workshop zur Zukunft des Naturschutzes im Wald vor dem Hintergrund des globalen Klimawandels, Bd. 185. Bonn: Bundesamt für Naturschutz (185), S. 71–81, zuletzt geprüft am 26.02.2015.
- Jansen, Dorothea (2006): Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. 3., überarb. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss. (Lehrbuch).
- Jarmatz, Klaus; Mönke, Reinhard (2012): Der Naturpark Schaalsee - heute Biosphärenreservat. In: Michael Succow, Lebrecht Jeschke und Hans Dieter Knapp (Hg.): Naturschutz in Deutschland. Rückblicke - Einblicke - Ausblicke. Berlin: Ch. Links, S. 175–183.
- Jedicke, Eckhard (2007): Partizipation und Kooperation zur Realisierung von Naturschutzprojekten im Biosphärenreservat Rhön. In: *Beiträge Region und Nachhaltigkeit* (4), S. 85–98. Online verfügbar unter http://www.jedicke.de/media/files/Partizipation_Region_und_Nachhaltigkeit_4_2007_s084_098-01.pdf, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Jessel, Beate (2008): Vorwort. In: Karl-Heinz Erdmann, Jörg Löffler und Sabine Roscher (Hg.): Naturschutz im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung. Ansätze, Konzepte, Strategien. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz (Naturschutz und biologische Vielfalt, Heft 67). Online verfügbar unter 5-6.
- Job, Hubert; Harrer, Bernhard; Woltering, Manuel (2009): Regionalökonomische Effekte des Tourismus in deutschen Nationalparks. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz (Naturschutz und biologische Vielfalt, 76).
- Job-Hoben, Beate; Pütsch, Michael; Erdmann, Karl-Heinz (2009): Naturschutz und Freizeitnutzung - Trends und Perspektiven. In: Hans-Werner Frohn (Hg.): "Wenn sich alle in der Natur erholen, wo erholt sich dann die Natur?". Naturschutz, Freizeitnutzung, Erholungsvorsorge und Sport - gestern, heute, morgen. Tagungsband zum gleichnamigen Symposium veranstaltet von der Stiftung Naturschutzgeschichte am 5. und 6. November 2008. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz (Naturschutz und biologische Vielfalt, 75), S. 305–316.
- Jütte, Wolfgang (2006): Netzwerkvisualisierung als Triangulationsverfahren bei der Analyse lokaler Weiterbildungslandschaften. In: Betina Hollstein (Hg.): Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 199–220.

- Karger, Cornelia R. (2000): Kommunikation - Perspektiven für den Naturschutz. In: Karl-Heinz Erdmann und Thomas J. Mager (Hg.): *Innovative Ansätze zum Schutz der Natur. Visionen für die Zukunft*. Berlin [u.a.]: Springer, S. 165–176.
- Kern, Arnold (1999): *Regionale Kommunikation. Theorien, Konzepte und Beispiele aus der Regionalentwicklung*. Wien: Manz Verlag Schulbuch (Fortis).
- Kiefl, Walter; Lamnek, Siegfried (1984): Qualitative Methoden in der Marktforschung. In: *Planung und Analyse* 11/12, S. 474–480.
- Kleinfeld, Ralf; Plamper, Harald; Huber, Andreas (Hg.) (2006): *Regional governance. Steuerung, Koordination und Kommunikation in regionalen Netzwerken als neue Formen des Regierens*. Göttingen: V&R Unipress.
- Kleinhüchelkotten, Silke (2010): *Naturbewusstsein 2009 – Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt*. Hg. v. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Bonn. Online verfügbar unter <http://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/gesellschaft/Naturbewusstsein%202009.pdf>, zuletzt geprüft am 26.02.2015.
- Knapp, Hans Dieter (2012): Das Nationalparkprogramm der DDR. In: Michael Succow, Lebrecht Jeschke und Hans Dieter Knapp (Hg.): *Naturschutz in Deutschland. Rückblicke - Einblicke - Ausblicke*. Berlin: Ch. Links, S. 53–62.
- Knieling, Jörg (2003): Kooperative Regionalplanung und Regional Governance: Praxisbeispiele, Theoriebezüge und Perspektiven. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (8/9.), S. 463–478, zuletzt geprüft am 31.10.2014.
- Knieling, Jörg (2004): Ländliche Regionalentwicklung, Perspektiven zwischen Theorie und Praxis. In: Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Niedersächsische Akademie Ländlicher Raum e.V. (Hg.): *Integrierte ländliche Entwicklung – der niedersächsische Weg*. Unter Mitarbeit von Ralf Gebken, Christiane Goldstein-Birkner und Dieter Frauenholz, Hohenhausen, 21.10.2004. 1. Aufl. Hannover (Schriftenreihe der Niedersächsischen Akademie Ländlicher Raum e.V., 33), S. 17–29. Online verfügbar unter <http://edok.ahb.niedersachsen.de/07/479680736.pdf>, zuletzt geprüft am 27.02.2015.
- Knoblauch, Hubert (2006): Transkription. In: Ralf Bohnsack, Winfried Marotzki und Michael Meuser (Hg.): *Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung*. 2. Aufl. Opladen [u.a.]: Budrich (UTB, 8226), S. 159–160.
- Koch, Birgit; Raue, Petra (2008): Ex-post-Bewertung des Programms „Zukunft auf dem Land“ (ZAL). Materialband zu Kapitel 9. Institut für Ländliche Räume, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei. Braunschweig. Online verfügbar unter http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/LandFischRaum/11_ZPLR/PDF/Mb_Kapitel9_3__blob=publicationFile.pdf, zuletzt geprüft am 04.11.2014.
- Kohler-Koch, Beate (1998a): Effizienz und Demokratie: Probleme des Regierens in entgrenzten Räumen. In: Beate Kohler-Koch (Hg.): *Regieren in entgrenzten Räumen*. Opladen [u.a.]: Westdt. Verlag (Politische Vierteljahresschrift : Sonderheft, 29), S. 11–28.
- Kohler-Koch, Beate (1998b): *Interaktive Politik in Europa. Regionen im Netzwerk der Integration*. Opladen: Leske + Budrich (Gesellschaftspolitik und Staatstätigkeit, Bd. 12).
- Kohler-Koch, Beate; Eising, Rainer (1999): *The transformation of governance in the European Union*. London, New York: Routledge (Routledge/ECPR studies in European political science, 12).
- Kopfmüller, Jürgen; Luks, Fred; Siebenhüner, Bernd (2007): 20 Jahre Brundtland-Bericht. In: *Ökologisches Wirtschaften* 22 (1), S. 14–15.

- Kreibich, Rolf; Atmatzidis, Ekaterina (1996): Nachhaltige Entwicklung. Leitbild für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft. Weinheim, Basel: Beltz (ZukunftsStudien, Bd. 17).
- Kreis Herzogtum Lauenburg (2010): Einwohnerzahlen am 31.03.2010 nach Ämtern im Verhältnis zur Fläche. Hg. v. Kreis Herzogtum Lauenburg. Online verfügbar unter http://www.herzogtum-lauenburg.de/media/custom/327_5256_1.PDF?1295507588, zuletzt geprüft am 29.03.2015.
- Kruse-Graumann, Lenelis (2002): Natur und Kultur - Vermächtnis und Zukunftsaufgabe. In: Karl-Heinz Erdmann und Christiane Schell (Hg.): Naturschutz und gesellschaftliches Handeln: aktuelle Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Münster: Landwirtschaftsverl., S. 3–11.
- Kuckartz, Udo (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. 3., aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss. (Lehrbuch).
- Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4., vollst. überarb. Aufl. Weinheim, Basel: Beltz, PVU (Lehrbuch).
- Land Mecklenburg-Vorpommern (12.07.2010): Gesetz zur Neuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landkreisneuordnungsgesetz). LNOG M-V). Online verfügbar unter <http://www.landesrecht-mv.de/jportal/portal/page/bsmvprod.psml?doc.id=jlr-LNOGMV2010rahmen&st=lr&showdoccase=1¶mfromHL=true#focuspoint>, zuletzt geprüft am 02.04.2015.
- Lang, Achim; Leifeld, Philip (2008): Die Netzwerkanalyse in der Policy-Forschung: Eine theoretische und methodische Bestandsaufnahme. In: Frank Janning und Katrin Toens (Hg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen. 1. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 223–241.
- Laws, David; Scholz, Roland W.; Shiroyama, Hideaki; Susskind, Lawrence, Suzuki, Tatsujiro; Weber, Olaf (2004): Expert Views on Sustainability and Technology Implementation. In: *International Journal of Sustainable Development & World Ecology* 11 (3), S. 247–261.
- Leng, Marion (2009): Bildung für nachhaltige Entwicklung in europäischen Großschutzgebieten. Möglichkeiten und Grenzen von Bildungskonzepten. Hamburg: Kovač (Schriftenreihe Bildung für nachhaltige Entwicklung, 3).
- Lichtenberg, Thomas (2003): Management von Nutzungskonflikten im Naturschutz. In: *Forum Geoökologie* 14 (2), S. 35–39. Online verfügbar unter http://www.geoökologie.de/download_forum/forum_2003_2_spfo032e.pdf, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Lo, Vivien (2001): Zwischen regionalen und globalen Beziehungen: Wissensbasierte Netzwerke im Finanzsektor. In: Josef Esser und Eike W. Schamp (Hg.): Metropolitane Region in der Vernetzung. Der Fall Frankfurt/Rhein-Main. Frankfurt, New York: Campus (Campus Forschung, Bd. 836), S. 131–153.
- Lubell, Mark (2004): Collaborative watershed management: A view from the grassroots. In: *Policy Studies Journal*, 32(02004), 341-61 32, S. 341–361.
- Lucke, Doris (1995): Akzeptanz. Legitimität in der Abstimmungsgesellschaft. Opladen: Leske und Budrich.
- Marquardt, Andrea; Nowak, Kerstin; Spangenberg, Anette (1990): Kurze Einführung in die Geschichte der DDR und die Entwicklung des Naturschutzes. In: Markus Rösler, Elisabeth Schwab und Markus Lambrecht (Hg.): Naturschutz in der DDR. Bonn: Economica, S. 11–33.
- Mayer, Horst O. (2012): Interview und schriftliche Befragung. Grundlagen und Methoden empirischer Sozialforschung. 6., überarbeitete Auflage. München: Oldenbourg.

- Mayntz, Renate (2004): Governance im modernen Staat. In: Arthur Benz und Nicolai Dose (Hg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (Governance, Bd. 1), S. 37–48.
- Mayntz, Renate (2009): Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung. Frankfurt, New York: Campus Verlag (Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln, Band 62).
- Mayntz, Renate; Derlien, Hans-Ulrich; Böhne, Eberhard (1978): Vollzugsprobleme der Umweltpolitik. Empirische Untersuchung der Implementation von Gesetzen im Bereich der Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes. [S.l.]: Kohlhammer (Materialien zur Umweltforschung, 4).
- Mayring, Philipp (1997): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 6. Aufl. Weinheim: Beltz (UTB).
- Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. 5., neu ausgestattete Aufl. Weinheim: Beltz (Beltz Studium).
- Meister, Hans-Peter (2002): Politik, Wirtschaft, Gesellschaft: Partner oder Konkurrenten in der nachhaltigen Regionalentwicklung. In: Reimar Molitor und Guido Nischwitz (Hg.): Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung in der Region. Tagungs- und Forschungsprojekt KOMREG. Berlin: IÖW (Schriftenreihe des IÖW, 160/02), S. 51–64.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (1991): Expertinneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Detlef Garz und Klaus Kraimer (Hg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 441–471.
- Michalowski, Damian (2011): Nachhaltige Entwicklung in der gegenwärtigen theoretischen und politischen Diskussion - Die Grundprobleme im Umriss. In: Gerhard Banse, Ryszard Janikowski und Andrzej Kiepas (Hg.): Nachhaltige Entwicklung-transnational. Sichten und Erfahrungen aus Mitteleuropa. Berlin: Edition Sigma (Global zukunftsfähige Entwicklung-Nachhaltigkeitsforschung in der Helmholtz-Gemeinschaft, 16.1), S. 51–61.
- Mose, Ingo (1993): Eigenständige Regionalentwicklung - neue Chancen für die ländliche Peripherie? 1. Aufl. Vechta: Vechtaer Dr. und Verl. (Vechtaer Studien zur angewandten Geographie und Regionalwissenschaft, Bd. 8).
- Mose, Ingo (Hg.) (2007): Protected areas and regional development in Europe. Towards a new model for the 21st century. Aldershot, England, Burlington, VT: Ashgate (Ashgate studies in environmental policy and practice).
- Mose, Ingo (2009a): Akzeptanz, Einstellung und Image als Einflussgrößen von Großschutzgebieten. Einige theoretische und methodische Vorüberlegungen. In: Ingo Mose (Hg.): Wahrnehmung und Akzeptanz von Großschutzgebieten. Oldenburg: BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität (Wahrnehmungsgeographische Studien, Bd. 25), S. 9–36.
- Mose, Ingo (Hg.) (2009b): Wahrnehmung und Akzeptanz von Großschutzgebieten. Oldenburg: BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität (Wahrnehmungsgeographische Studien, Bd. 25).
- Mose, Ingo; Nischwitz, Guido (2009): Anforderungen an eine regionale Entwicklungspolitik für strukturschwache ländliche Räume. Hannover: Akad. für Raumforschung und Landesplanung (E-papier der ARL, Nr. 7).
- Mummendey, Amélie (1985): Verhalten zwischen sozialen Gruppen: Die Theorie der sozialen Identität von Henri Tajfel. In: Helmut W. Crott, Dieter Frey und Martin Irle (Hg.): Gruppen- und Lerntheorien, Bd. 2. 1. Aufl. Bern, Stuttgart, Toronto: Huber (Theorien der Sozialpsychologie, Bd. 2), S. 185–218.

- Nölting, Benjamin (2009): Regionaler Wohlstand als Ziel der Ländlichen Entwicklung in Ostdeutschland. In: Rainer Friedel und Edmund A. Spindler (Hg.): Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden (VS Research), S. 113–126.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2001): Multifunctionality. towards an analytical framework. Hg. v. Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD). France. Online verfügbar unter <http://www.oecd.org/agriculture/agricultural-policies/1894469.pdf>, zuletzt geprüft am 30.10.2014.
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2007): OECD-Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume in Deutschland. Online verfügbar unter http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaeume/OECD-Pruefbericht.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 29.03.2015.
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (2006): Das neue Paradigma für den ländlichen Raum. Politik und Governance (OECD-Berichte über die Politik für den ländlichen Raum). Online verfügbar unter <http://edok.ahb.niedersachsen.de/07/525946535.pdf>, zuletzt geprüft am 30.10.2014.
- Osthorst, Winfried (2008): Potentiale für Nachhaltigkeit? Raumentwicklung zwischen Verwertungsdruck und ökologischen Steuerungszielen. In: Hellmuth Lange (Hg.): Nachhaltigkeit als radikaler Wandel. Die Quadratur des Kreises? 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss, S. 287–314.
- Ott, Konrad (2007): "Heimat"-Argumente als Naturschutzbegründungen in Vergangenheit und Gegenwart. In: Reinhard Piechocki und Norbert Wiersbinski (Hg.): Heimat und Naturschutz. Die Vilmer Thesen und ihre Kritiker. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz (Naturschutz und biologische Vielfalt, 47), S. 43–66.
- Pappi, Franz Urban (1987): Methoden der Netzwerkanalyse. München: R. Oldenbourg (Techniken der empirischen sozialforschung, 1. Bd).
- Payer, Harald (2008): Netzwerk, Kooperation, Organisation - Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: Stefan Bauer-Wolf, Harald Payer und Günter Scheer (Hg.): Erfolgreich durch Netzwerkkompetenz. Handbuch für Regionalentwicklung. Wien, New York: Springer, S. 5–22.
- Pechlaner, Harald (2006): Naturschutz und Tourismus: wirkliche und ehrliche Partner? AlpNaTour. Bozen, 20.10.2006. Online verfügbar unter http://www.alpnatour.info/_pdf/final_25102006/16_Pechlaner_d.pdf, zuletzt geprüft am 26.02.2015.
- Peters, Wiebke; Wiebecke, Claus (1983): Die Nachhaltigkeit als Grundsatz der Forstwirtschaft. In: *Forstarchiv* 54, S. 172–178.
- Piechocki, Reinhard (2005): Landschaft und Heimat. Zur Verdrängung der kulturellen Dimension aus dem Naturschutz. In: Institut für Landschaftspflege und Naturschutz, Universität Hannover (Hg.): Der Heimatbegriff in der nachhaltigen Entwicklung. Inhalte, Chancen und Risiken; Symposium am 5. und 6. November 2004 in Hannover. Unter Mitarbeit von Roswitha Kirsch-Stracke und Julia Wiehe. Weikersheim: Margraf, S. 57–78.
- Piechocki, Reinhard (2007): Heimat - Begriffsentstehung und Begriffswandel. In: Reinhard Piechocki und Norbert Wiersbinski (Hg.): Heimat und Naturschutz. Die Vilmer Thesen und ihre Kritiker. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz (Naturschutz und biologische Vielfalt, 47), S. 19–41.
- Piechocki, Reinhard (2010): Landschaft - Heimat - Wildnis. Schutz der Natur - aber welche und warum? Orig.-Ausg. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1711).
- Piechocki, Reinhard; Ott, Konrad; Potthast, Thomas; Wiersbinski, Norbert (2010): Vilmer Thesen zu Grundsatzfragen des Naturschutzes Vilmer Sommerakademien 2001-2010. Hg. v. Bundesamt für

- Naturschutz. (BfN-Skripten, 281). Online verfügbar unter https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/service/Skript_281.pdf, zuletzt geprüft am 06.04.2015.
- Plachter, Harald (2002): Entwicklung und Festlegung von Methodenstandards im Naturschutz. Ergebnisse einer Pilotstudie. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz (Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, 70).
- Plachter, Harald; Kill, Jutta; Volz, Reinhard; Hofmann, Frank; Meder, Roland (2000): Waldnutzung in Deutschland. Bestandsaufnahme, Handlungsbedarf und Maßnahmen zur Umsetzung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung. Stuttgart: Metzler-Poeschel (Materialien zur Umweltforschung, 35).
- Pollermann, Kim (2004): Planungsstrategien zur Umsetzung von integrierten Umweltschutzkonzepten für die Landnutzung durch Tourismus, Landwirtschaft und Naturschutz. Eine Evaluation der Umsetzungserfolge in Beispielgebieten und die Ableitung von Handlungsempfehlungen zur Gestaltung von kooperativen Planungsprozessen. Hannover: Inst. für Landschaftspflege und Naturschutz (Beiträge zur räumlichen Planung, H. 77).
- Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen (13.06.2008): Protokoll des Auftaktworkshops in der Region Schaalsee. Göttingen.
- Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen (26.03.2009): Protokoll des Reflexionsworkshops in der Region Schaalsee. Göttingen.
- Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen (12.06.2009): Protokoll des Auftaktworkshops in der Region Eichsfeld-Werratal. Göttingen.
- Projektgruppe HAWK und Universität Göttingen (11.11.2009): Protokoll des Reflexionsworkshops in der Region Eichsfeld-Werratal. Göttingen.
- Putnam, Robert D. (1995): Tuning In, Tuning Out: The Strange Disappearance of Social Capital in America. In: *PS: Political Science and Politics* 28 (4), S. 664–683. Online verfügbar unter <http://www.uvm.edu/~dguber/POLS293/articles/putnam1.pdf>, zuletzt geprüft am 30.10.2014.
- Radkau, Joachim (1996): Beweist die Geschichte die Ausweglosigkeit von Umweltpolitik? In: Hans G. Kastenholz, Karl-Heinz Erdmann und Wolff, Manfred P. H. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Zukunftschancen für Mensch und Umwelt. Berlin, New York: Springer (Veröffentlichungen der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg), S. 23–44.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1996): Konzepte einer dauerhaft umweltgerechten Nutzung ländlicher Räume. Sondergutachten (Kurzfassung). Online verfügbar unter http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/1996_SG_Nutzung_l_aendliche_Raeume_KF.pdf;jsessionid=AFCF10BDF36F2F09165AE7057A09E65F.1_cid335?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 31.10.2014.
- Rentsch, Gudrun (1988): Die Akzeptanz eines Schutzgebietes. Untersucht am Beispiel der Einstellung der lokalen Bevölkerung zum Nationalpark Bayerischer Wald. Kallmünz: M. Lassleben (Münchener geographische Hefte, Nr. 57).
- Reuswig, Fritz (2003): Naturorientierung und Lebensstile. Gesellschaftliche Naturbilder und Einstellungen zum Naturschutz. In: Landesanstalt für Ökologie, Bodenneuordnung und Forsten Nordrhein-Westfalen (Hg.): LÖBF-Mitteilungen, Bd. 1, S. 27–34.
- Revermann, Christoph; Petermann, Thomas (2003): Tourismus in Grossschutzgebieten. Impulse für eine nachhaltige Regionalentwicklung. 1. Aufl. Berlin: Ed. Sigma (Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, 13).
- Röhrig, Ernst; Bartsch, Norbert; Lüpke, Burghard von (2006): Waldbau auf ökologischer Grundlage. 7., vollst. aktualisierte Aufl. Stuttgart: Ulmer (UTB, 8310 : Forst- und Agrarwissenschaften, Ökologie, Biologie).

- Schaal, Peter (2009): Synthese der Fallbeispiele: Zukunftsperspektiven der Schutzgebietsplanung. In: Ingo Mose (Hg.): Wahrnehmung und Akzeptanz von Großschutzgebieten. Oldenburg: BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität (Wahrnehmungsgeographische Studien, Bd. 25).
- Scheer, Dirk (2006): Governance und Nachhaltigkeit. Sondierung und Analyse beispielhafter sozial-ökologischer Steuerungsmuster. Berlin: IÖW (Schriftenreihe des IÖW, Bd. 183).
- Schleswig-Holsteinischer Landtag 14. Wahlperiode (1996): Plenarprotokoll 14/3, 3. Sitzung. Hg. v. Stenographischer Dienst und Ausschuss. Kiel. Online verfügbar unter http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infothek/wahl14/plenum/plenprot/1996/14-003_05-96.pdf, zuletzt geprüft am 04.11.2014.
- Schliebe, Klaus (1985): Raumordnung und Raumplanung in Stichworten. Himberg: Verlag Ferdinand Hirt (Hirts Stichwortbücher).
- Schmack, Sebastian; Aichholz, Reinhard; Hartebrodt, Christoph (2013): Naturschutzfachliche Einschränkung der Forstwirtschaft. Ökonomische Katastrophe oder Bagatelle? Freiburg: Eigenverlag der FVA, Freiburg (97). Online verfügbar unter http://www.fva-bw.de/publikationen/fff_bericht/fff_h_97.pdf, zuletzt geprüft am 09.11.2014.
- Schmidt, Leo Hendrik (2006): Technologie als Prozess. Eine empirische Untersuchung organisatorischer Technologiegestaltung am Beispiel von Unternehmenssoftware. Doktorarbeit. FU Berlin, Berlin.
- Schmidt, Uwe Eduard (2002): Der Wald in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert. Das Problem der Ressourcenknappheit dargestellt am Beispiel der Waldressourcenknappheit in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert ; eine historisch-politische Analyse. Saarbrücken: Conte-Verl.
- Schmitz-Veltin, Ansgar (2005): Der Wirtschaftsfaktor Tourismus in Nationalparks und Biosphärenreservaten als Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung. Wechselspiel zum Naturschutz am Beispiel von Berchtesgaden und Rhön. In: *Naturschutz und Landschaftsplanung* 37 (4), S. 115–121.
- Schneider, Volker; Janning, Frank (2006): Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Schnug, Ewald; Haneklaus, Silvia; Walker, Kerr C.; Rahmann, Gerold (2008): Mögliche Synergieeffekte zwischen Landwirtschaft und Naturschutz unter den Bedingungen des Klimawandels. In: *Agriculture and Forestry Research* (58), S. 267–270. Online verfügbar unter http://literatur.ti.bund.de/digbib_extern/bitv/dk041194.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2014.
- Schönfelder, Carla (2011): Situationsanalyse - Ergebnisse und Empfehlungen - Naturschutzgroßprojekt „Grünes Band Eichsfeld-Werratal“ (Phase I). Hg. v. team ewen Konflikt- und Prozessmanagement. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Berichte_Protokolle/final_Ergebnisse_und_Empfehlungen.pdf, zuletzt geprüft am 04.01.2015.
- Schröer, Norbert (1997): Wissenssoziologische Hermeneutik. In: Ronald Hitzler und Anne Honer (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109–129.
- Schütz, Bernd (2007): "Albtraum Heimat" - ein weiterer Versuch, das Abwehrdickicht unter Naturschutz gestellter Wehrlandschaften zu durchdringen. In: Reinhard Piechocki und Norbert Wiersbinski (Hg.): Heimat und Naturschutz. Die Vilmer Thesen und ihre Kritiker. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz (Naturschutz und biologische Vielfalt, 47), S. 195–201.
- Serdült, Peter (2002): Soziale Netzwerkanalyse: eine Methode zur Untersuchung von Beziehungen zwischen sozialen Akteuren. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (31 (2)), S.

- 127–142. Online verfügbar unter http://uweserdult.files.wordpress.com/2011/09/serdult_2002.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2014.
- Sondershaus, Frank (2008): Eigenständige Regionalentwicklung und nachhaltige Entwicklungsräume. Überlegungen zum Raumbezug eigenständiger Entwicklungskonzepte vor dem Beispiel des administrativ geteilten Raumes Fränkische Schweiz. In: *Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft* (55), S. 15–48, zuletzt geprüft am 31.10.2014.
- Spangenberg, Joachim H. (2005): Nachhaltigkeit – Konzept, Grundlagen, Herausforderungen, Anwendungen. In: *Utopie kreativ* (174), S. 327–341.
- Spiegel online (1977): Naturschutz - eine Art Konkursverwaltung (39/1977). Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40831806.html>, zuletzt geprüft am 04.04.2015.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015a): Regionaldatenbank. Online verfügbar unter <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=DDBF77E7BF956A19CFF0B2C3B70B54D8?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1428312694694&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=AI-N-02&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHRKRLB-03152%2C16061%2C16062%2C06636%2C03156%2C16064&werteabruf=Werteabruf>, zuletzt aktualisiert am 06.04.2015, zuletzt geprüft am 06.04.2015.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015b): Regionaldatenbank. Online verfügbar unter <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=651C8B66BDAB0D9BDD124AB69DFB894C?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1428309265563&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=449-01-4&auswahltext=%23Z-31.12.2010%2C31.12.1996%23SHRKRLB-13054%2C01053%2C13057&werteabruf=Werteabruf>, zuletzt aktualisiert am 06.04.2015, zuletzt geprüft am 06.04.2015.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015c): Regionaldatenbank. Online verfügbar unter <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online;jsessionid=883AB8BB1227A5DDDE83B841C30F0DC0?operation=previous&levelindex=3&levelid=1428310787578&step=3>, zuletzt aktualisiert am 06.04.2015, zuletzt geprüft am 06.04.2015.
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: SIS Online – Bevölkerung am 31.12. nach Gemeinden und Kreisen - 2011 (Datenansicht). Online verfügbar unter http://sisonline.statistik.mv.de/sachgebiete/A117302G_Bevoelkerung_am_3112_nach_Gemeinden_und_Kreisen, zuletzt geprüft am 04.04.2015.
- Statistisches Bundesamt (1995): Gemeinden 1994 und ihre Veränderungen seit 01.01.1948 in den neuen Ländern. Hg. v. Statistisches Bundesamt. Stuttgart.
- Stoll, Susanne (1999): Akzeptanzprobleme bei der Ausweisung von Großschutzgebieten. Ursachenanalyse und Ansätze zu Handlungsstrategien. Frankfurt am Main, New York: P. Lang (Europäische Hochschulschriften. Reihe XLII, Ökologie, Umwelt und Landespflge. Publications universitaires européennes. Série XLII, Ecologie, études de l'environnement European university studies. Series XLII, Ecology, environmental studies, vol. 24).
- Stoll-Kleemann, Susanne (2002): Chancen und Grenzen kooperativer und partizipativer Ansätze im Naturschutz. In: Karl-Heinz Erdmann und Christiane Schell (Hg.): Naturschutz und gesellschaftliches Handeln: aktuelle Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Münster: Landwirtschaftsverl., S. 153–167.
- Strahl, Wibke; Dax, Thomas (2010): Das Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums der EU 2007 bis 2013 ein integrativer Politikansatz? Analyse und Bewertung am Beispiel von Österreich. In: *Standort* 34 (2), S. 55–61.

- Sydow, Jörg; Windeler, Arnold (1999): Projektnetzwerke: Management von (mehr als) temporären Systemen. In: Johann Engelhard und Elmar Sinz (Hg.): Kooperation im Wettbewerb. Neue Formen und Gestaltungskonzepte im Zeichen von Globalisierung und Informationstechnologie 61. Wissenschaftliche Jahrestagung des Verbandes der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft e.V. 1999 in Bamberg. Wiesbaden: Gabler Verlag, S. 211–235.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2012): Ökologischer Landbau. Online verfügbar unter <http://www.statistik.thueringen.de/analysen/Aufsatz-08b-2012.pdf>, zuletzt geprüft am 06.04.2015.
- Trappmann, Mark; Hummell, Hans J.; Sodeur, Wolfgang (2011): Strukturanalyse sozialer Netzwerke. Konzepte, Modelle, Methoden. 2., überarb. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (Studienskripten zur Soziologie).
- Trommer, Gerhard; Stelzig, Ingmar (2000): Naturbildung und Naturakzeptanz. Aachen: Shaker (Frankfurter Beiträge zur biologischen Bildung, 2).
- Unesco (1995): Internationale Leitlinien für das Weltnetz der Biosphärenreservate. Online verfügbar unter http://www.unesco.de/br_leitlinien.html, zuletzt geprüft am 04.11.2014.
- Volkery, Axel (2001): Die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes. Chancen und Restriktionen einer Neuorientierung der Naturschutzpolitik in Deutschland. Frankfurt: Lang (Beiträge zur kommunalen und regionalen Planung, 18).
- Wald, Andreas; Jansen, Dorothea (2007): Netzwerke. In: Arthur Benz, Susanne Lütz, Uwe Schimank und Georg Simonis (Hg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss., S. 93–105.
- Weihls, Ulrich (1999): Waldpflege: ein geeignetes Instrument zur nachhaltigen Sicherung der vielfältigen Waldfunktionen. 2. Aufl. Göttingen: FHS Hildesheim/Holzminde, Fb. Forstwirtschaft u. Umweltmanagement.
- Williams, Daniel R.; Stewart, Susan I. (1998): Sense of Place: An Elusive Concept That Is Finding a Home in Ecosystem Management. In: *Journal of Forestry* 96, S. 18–24.
- Windhoff-Héritier, Adrienne (1993): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. Opladen: Westdeutscher Verlag (Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft, 24).
- World Commission on Environment and Development (1987a): Our common future. Oxford: Oxford University Press.
- World Commission on Environment and Development (1987b): Our common future. Oxford (Oxford paperbacks). Online verfügbar unter http://www.bne-portal.de/fileadmin/unesco/de/Downloads/Hintergrundmaterial_international/Brundtlandbericht.File.pdf?linklisted=2812, zuletzt geprüft am 02.03.2015.
- World Wide Fund For Nature (2011): WWF Projekt Schaalsee-Landschaft. Online verfügbar unter http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Projektblatt_Schaalsee.pdf, zuletzt geprüft am 06.04.2015.
- Yin, Robert K. (1984): Case study research. Design and methods. 4. Aufl. Beverly Hills, Calif.: Sage Publications (Applied social research methods series).
- Zahl, Bente (2004): Soziale und regionale Netzwerkanalyse. Theoretische Grundlagen und ausgewählte Fallstudien. Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa GmbH in Kooperation mit der Christian-Albrechts-Universität Kiel. Kiel. Online verfügbar unter http://iczm.ecology.uni-kiel.de/servlet/is/6371/1_Arbeitsbericht_Zahl_2004_Netzwerkanalyse.pdf?command=downloadContent&filename=1_Arbeitsbericht_Zahl_2004_Netzwerkanalyse.pdf, zuletzt geprüft am 28.03.2015.

Zweckverband Schaalsee-Landschaft (2003): Pflege- und Entwicklungsplan "Schaalsee-Landschaft" II. Band I. Ratzeburg.

Zitierte Zeitungsartikel

- Fischer, Heike (1993): Neues Konzept für die "Informationsstelle Wietingsbek". Mahnmahl und Zweckverband "Schaalsee-Landschaft" unter einem Dach. In: *Anzeigenblatt Markt Ratzeburg*, 14.04.1993.
- Gerkens-Harmann, Brigitte (1994): Erst Pläne, dann Zuschüsse. In: *Lauenburgische Landeszeitung*, 07.02.1994.
- Harmann, Peter (1990): Zweckverband schützt künftig den Schaalsee. In: *Lübecker Nachrichten*, 30.08.1990.
- Harmann, Peter (1991a): Lübecker leitet jetzt den Schaalseeverband. In: *Lübecker Nachrichten*, 19.06.1991.
- Harmann, Peter (1991b): Info-Tafeln rund um Schaalsee. Zweckverband will östliche Seite des Sees für den Naturschutz sichern. In: *Lübecker Nachrichten*, 20.08.1991.
- Harmann, Peter (1992a): Angst vor einem Ausverkauf. Schaalsee-Verband will Flächen vor zahlungskräftigen Kunden sichern. In: *Lübecker Nachrichten*, 03.03.1992.
- Harmann, Peter (1992b): Neue "Volkspolizei" an der Grenze. Schlagabtausch über Naturschutz und Bauernland beim Schaalsee-Verband. In: *Lübecker Nachrichten*, 03.03.1992.
- Harmann, Peter (1992c): Schaalsee-Zweckverband tritt noch auf der Stelle. Warten auf Anerkennung als Modellvorhaben durch den Bund. In: *Lübecker Nachrichten*, 08.05.1992.
- Harmann, Peter (1993): Projekt in Gefahr? In: *Lübecker Nachrichten*, 16.12.1993.
- Harmann, Peter (1994a): Verlust bis zu 20 Millionen? Naturschutz im Schaalseegebiet könnte Kreisforsten teuer zu stehen kommen. In: *Lübecker Nachrichten*, 14.04.1994.
- Harmann, Peter (1994b): "Waldkauf ist unnötig". CDU-Kreistagsfraktion kritisierte rechtswidrige Beschlüsse. In: *Lübecker Nachrichten*, 15.05.1994.
- Harmann, Peter (1994c): Land stoppt Forstkauf des Kreises. In: *Lübecker Nachrichten*, 05.08.1994.
- Harmann, Peter (1995): Ein Plan sagt, was zu tun ist. Konzept für die Erhaltung der Schaalsee-Landschaft präsentiert. In: *Lübecker Nachrichten*, 07.03.1995.
- Hünger, Natalie (2011a): Waldbesitzer sehen Rot. ...weil Ohmgebirge als Teil des "Grünen Bandes" und Totalreservat werden soll. In: *Thüringer Allgemeine*, 19.02.2011.
- Hünger, Natalie (2011b): Sielmann-Stiftung: Wollen Ohmgebirge nicht komplett unter Schutz stellen. In: *Thüringer Allgemeine*, 03.03.2011.
- Hünger, Natalie (2011c): Waldbesitzer wehren sich. In: *Thüringer Allgemeine*, 26.07.2011.
- Lottmann, Ulrich (2010): Lebensräume auf dem Todesstreifen. In: *Eichsfelder Tageblatt*, 14.07.2010, S. 7.
- Mahnkopf, Kuno (2009): Startschuss für Grünes Band Eichsfeld-Werratal. In: *Eichsfelder Tageblatt*, 21.08.2009, S. 9.
- Mahnkopf, Kuno (2012): Naturschutzprojekt – Grünes Band weckt Hoffnungen und Ängste / Duderstadt / Nachrichten - Goettinger-Tageblatt.de. In: *Tageblatt, Göttinger; Tageblatt, Eichsfelder; Niedersachsen; Germany*, 22.03.2012. Online verfügbar unter <http://www.goettinger-tageblatt.de/Nachrichten/Duderstadt/Uebersicht/Gruenes-Band-weckt-Hoffnungen-und-Aengste>, zuletzt geprüft am 30.10.2014.
- Mett, Werner (1992): Chancen für die noch stehenden Grenzdörfer. Bewegung nach einem Gespräch in der Staatskanzlei. In: *Schweriner Volkszeitung*, 15.10.1992.
- o.V. (21.02.96): Naturschutz muss Eigentumsgebot achten. In: *Anzeigenblatt Markt Ratzeburg*, 21.02.96.

- o.V. (1985): Barschels Bilanz der Anhörung: Koalition für die Natur gebildet. Landwirte und Naturan einem Strang. In: *Kieler Nachrichten*, 04.05.1985 (103).
- o.V. (1990): Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Gründung des Zweckverbandes „Schaalsee-Landschaft“. Online verfügbar unter <http://zv-schaalsee.de/dokumente/02-1-zweckverband/21OERVertrag1990.pdf>, zuletzt geprüft am 29.03.2015.
- o.V. (1991a): Naturpark Schaalsee - ein Gemeinschaftswerk der drei Landkreise. In: *Markt zum Sonntag*, 19.01.1991.
- o.V. (1991b): Zweckverband "Schaalsee-Landschaft" ist jetzt Realität. In: *Anzeigenblatt Markt Mölln*, 23.01.1991.
- o.V. (1991c): Statt Geld gab's Hausaufgaben. Zweckverband "Schaalsee" muss viele Unterlagen in Bonn nachreichen. In: *Lübecker Nachrichten*, 20.11.1991.
- o.V. (1991d): Zywiets (FDP) fordert Bundesumweltminister Töpfer auf: Naturschutz für Schaalsee durchsetzen. In: *Lauenburgische Landeszeitung*, 01.12.1991.
- o.V. (1992a): Geldesege aus Bonn für das Schaalsee-Projekt. Staatssekretär verkündete bei Besuch im Kreis die frohe Botschaft. In: *Lübecker Nachrichten*, 24.07.1992.
- o.V. (1992b): FLA-Seminar über "Schaalsee-Landschaft". In: *Markt für Ratzeburg und Umgebung*, 19.08.1992.
- o.V. (1992c): Kommunalpolitiker aus vier Landkreisen trafen sich in Wietingsbek und Ratzeburg. In: *Markt für Ratzeburg und Umgebung*, 23.09.1992.
- o.V. (1992d): Eine frohe Botschaft aus Bonn. "Schaalsee-Landschaft" ist jetzt "Projekt von gesamtstaatlicher Bedeutung". In: *Lübecker Nachrichten*, 24.12.1992.
- o.V. (1994a): In Bäk redete man miteinander. In: *Anzeigenblatt Markt Ratzeburg*, 02.03.1994.
- o.V. (1994b): Kiel kauft Mischwald für 5,4 Millionen. In: *Lauenburgische Landeszeitung*, 20.12.1994.
- o.V. (2009): Millionen für Schutz von Milan und Eibe. In: *Thüringer Allgemeine*, 20.08.2009.

Zitierte Projektdokumente

- Heinz Sielmann Stiftung: Protokoll der 2. Sitzung des Arbeitskreises Forstwirtschaft & Jagd am 29.11.2011. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Arbeitskreise/Prot2011_11_29AK-FJ_Endfassung.pdf, zuletzt geprüft am 06.04.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (o. J.): Die Heinz Sielmann Stiftung im Porträt. Partner für Natur- und Artenschutz. Online verfügbar unter https://www.sielmann-stiftung.de/fileadmin/_downloads/projekte-national/projekte-national/stiftungsbroschre.pdf, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (25.06.2007): Projektantrag schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung. Naturschutzgroßprojekt Grünes Band Eichsfeld-Werratal. Duderstadt.
- Heinz Sielmann Stiftung (2010): Protokoll der Informationsveranstaltung am 20.05.2010 (PAG). Duderstadt. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Berichte_Protokolle/Prot_200510_PAG1.pdf, zuletzt aktualisiert am 20.05.2010, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2011a): Protokoll der Informationsveranstaltung am 18.02.2011 (Vorträge). Duderstadt. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Berichte_Protokolle/2011_02_18_Vortrge-Teil-A.pdf, zuletzt geprüft am 29.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2011b): Naturschutzgroßprojekt Grünes Band Eichsfeld-Werratal Dokumentation der Informationsveranstaltung am 18.02.2011. Duderstadt. Online verfügbar unter <http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werra->

- tal.de/_medien/service/Berichte_Protokolle/2011_02_18_Dokumentation_Internetversion.pdf, zuletzt aktualisiert am 18.02.2011, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2011c): Protokoll der 1. Sitzung des Arbeitskreises Kommunen & Region am 25. März 2011. Duderstadt. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Arbeitskreise/2011_03_25-Protokoll_1AK_KommunenRegion.pdf, zuletzt aktualisiert am 25.03.2011, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2011d): Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung der Projektbegleitenden Arbeitsgruppe (PAG) am 26.10.2011. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Berichte_Protokolle/2011_11_28_DokuPAG_26Okt2011.pdf, zuletzt aktualisiert am 26.10.2011, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2011e): Naturschutzgroßprojekt Grünes Band Eichsfeld-Werratal - Sitzung der Projektbegleitenden Arbeitsgruppe (PAG) am 26.10.2011 - Ergebnisprotokoll. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Berichte_Protokolle/2011_11_28_DokuPAG_26Okt2011.pdf, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2011f): Protokoll der 2. Sitzung des Arbeitskreises Kommunen & Region am 07.12.2011. Duderstadt. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Arbeitskreise/Prot2011_12_07-AK-KR_Endfassung.pdf, zuletzt aktualisiert am 07.12.2011, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2012a): Protokoll der Sitzungen der Regionalen Fachgruppen (Vortrag A) Oktober/November 2012. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Berichte_Protokolle/2012_10u11-Regionalgruppen.pdf, zuletzt geprüft am 29.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2012b): Protokoll Gesprächstermin der Fördermittelgeberunde mit dem Landvolk Göttingen am 23.05.2012. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Berichte_Protokolle/2012_05_23-Prot_Landvolk_FMG_Endfassung.pdf, zuletzt aktualisiert am 23.05.2012, zuletzt geprüft am 29.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2012c): Vortrag zur Ortsbürgermeister-Informationsveranstaltung: Mitte Süd in Groß Schleen (Gemeinde Friedland) am 01.03.2012. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Arbeitskreise/2012_03_01-Ortsbrgermeister_Infoveranstaltung.pdf, zuletzt geprüft am 06.04.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2012d): Protokoll der 3. Sitzung des Arbeitskreises Kommunen & Region am 11.06.2012. Duderstadt. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Arbeitskreise/Prot2012_06_11-AK-KR_Endfassung.pdf, zuletzt aktualisiert am 11.06.2012, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2012e): Protokoll der 3. Sitzung des Arbeitskreises Naturschutz am 11.06.2012. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Arbeitskreise/Prot2012_06_11-AK-N.pdf, zuletzt aktualisiert am 11.06.2012, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2012f): Protokoll der 3. Sitzung des Arbeitskreises Forstwirtschaft & Jagd am 14. 06.2012. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Arbeitskreise/Prot2012_06_14-AK-FJ_Endfassung.pdf, zuletzt aktualisiert am 14.06.2012, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2012g): Ergebnisprotokoll 3. Sitzung der Projektbegleitenden Arbeitsgruppe (PAG) am 29.08.2012. Online verfügbar unter <http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld->

-
- werratal.de/_medien/service/Berichte_Protokolle/2012_08_29_PAG2012_Doku_End.pdf, zuletzt aktualisiert am 29.08.2012, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Heinz Sielmann Stiftung (2013): Ergebnisprotokoll der 5. Sitzung der Projektbegleitenden Arbeitsgruppe (PAG) am 11.4.2013 (Endfassung vom 15. Mai 2013). Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Berichte_Protokolle/2013_04_11_PAG_Doku_VI.pdf, zuletzt aktualisiert am 11.04.2013, zuletzt geprüft am 28.03.2015.
- Schönfelder, Carla (2011): Situationsanalyse - Ergebnisse und Empfehlungen - Naturschutzgroßprojekt „Grünes Band Eichsfeld-Werratal“ (Phase I). Hg. v. team ewen Konflikt- und Prozessmanagement. Online verfügbar unter http://www.naturschutzgrossprojekt-eichsfeld-werratal.de/_medien/service/Berichte_Protokolle/final_Ergebnisse_und_Empfehlungen.pdf, zuletzt geprüft am 04.01.2015.
- Zweckverband Schaalsee-Landschaft (2015). Online verfügbar unter <http://www.zv-schaalsee.de/seiten/projekt.htm>, zuletzt aktualisiert am 31.01.2015, zuletzt geprüft am 04.04.2015.

Anhang

Fragebogen zur Erhebung der Akteurskonstellationen in den Projekten**Name:****Funktion/Vertreter von:**

--	--

Frage 1: Bitte nennen Sie aus Ihrer Sicht die 10 wichtigsten Akteure aus der Region für die Initiierung, Planung und Umsetzung des Projekts.

Name	Vorname	Institution/Vertreter von ...
------	---------	-------------------------------

Frage 2: Haben Sie den Akteur durch das Projekt kennen gelernt?

Name	Ja	Nein
------	----	------

Frage 3: Wie häufig hatten Sie im Jahr 2007 im Rahmen des Projekts mit dem Akteur zu tun?

Name	Selten (max. 3 x)	Gelegentlich (max. 6 x)	Häufig (mind. 7x)	Nie	Weiß nicht
------	----------------------	----------------------------	----------------------	-----	------------

Frage 4: Welcher Art waren diese Kontakte?

Name	Telefon / E-Mail	Projektveranstaltung o.Ä.	Arbeits-besprechung o.Ä.
------	------------------	---------------------------	--------------------------

Frage 5: Der primäre Zweck des Kontakts zu Akteur Nr. war ...

Name	Austausch von In-formationen	Ressourcen-austausch	Kooperation zur Realisierung bestimmter Ziele	Weiß nicht
------	------------------------------	----------------------	---	------------

Frage 6: Wessen Rat oder Unterstützung ist für Sie im Rahmen des Projekts wichtig?

Name	
------	--

Frage 7: Wie **wichtig** ist der Kontakt zum Akteur für Sie? Ist er...

Name	Unwichtig	Weniger wichtig	Wichtig	Sehr wichtig	Weiß nicht
------	-----------	-----------------	---------	--------------	------------

Frage 8: Welche der 10 von Ihnen genannten Personen nehmen aus Ihrer Sicht eine **Schlüsselposition** im Projekt oder in der Region ein? (*Mehrfachnennungen möglich*)

Name	Im Projekt	In der Region
------	------------	---------------

Frage 9: Sehen Sie Defizite oder Lücken in Ihrer Kommunikation mit anderen Akteuren in dem Projekt?

Inhaltliche Konflikte zwischen Interessengruppen	
Persönliche Konflikte zwischen Akteuren	
Organisatorische Probleme, die die Kommunikation stören	
Es gibt keine	
Weiß nicht	

Andere Defizite oder Lücken:

--

Nun einige Fragen zu Ihrem persönlichen Engagement

Frage 10: Aus welchen Gründen engagieren Sie sich für das Projekt? (Bitte nur einen Grund angeben)

Berufliches Interesse	
Ehrenamt	
Privates Interesse	

Frage 11: Wie hat sich Ihr Engagement für das Projekt ergeben?

Eigeninitiative	
Angesprochen aufgrund der Funktion/ Position	
Angesprochen aufgrund Ressourcen (Geld, Informationen)	
Angesprochen aufgrund persönlicher Kontakte	

Frage 12: Wie gut fühlen Sie sich in das Akteursnetzwerk des Projekts eingebunden?

Sehr gut	
Gut	
Befriedigend	
Ausreichend	
Mangelhaft	
Ungenügend	
Weiß nicht	

Zum Schluss benötigen wir noch einige Angaben zu Ihrer Person**Daten 1:** In welchem Jahr sind Sie geboren?**Daten 2:** Wo wohnen Sie?**Daten 3a:** Welchen Beruf üben Sie aus und welchen Ausbildungsabschluss haben Sie?

Beruf: / Ausbildungsabschluss:

Daten 3b: Seit wann sind Sie in Ihrer jetzigen Position?

Seit ein paar Monaten	
Mindestens seit einem Jahr	
Seit mehreren Jahren	
Seit mehr als zehn Jahren	
Weiß nicht	

Daten 4a: In welchen Vereinen, Organisationen, Parteien sind Sie Mitglied?**Daten 4b:** Sind Sie in diesem Verein bzw. dieser Organisation/Partei ehrenamtlich aktiv?
☐ Ja

 ☐ Nein
Daten 4c: Haben Sie dort ein bestimmtes Amt inne?**Daten 4d:** Seit wann üben Sie diese ehrenamtliche Tätigkeit aus?

Seit ein paar Monaten	
Mindestens seit einem Jahr	
Seit mehreren Jahren	
Seit mehr als zehn Jahren	
Weiß nicht	

Interviewleitfaden des BMBF-Vorhabens „Grünes Band – Modellregion für Nachhaltigkeit?“

A Interviewleitfaden für NGP Schaalsee-Landschaft

Einführung (Sondierungsfragen)

- Begrüßung und Erläuterung des Projektkontexts
 - Erläuterung des Interviewablaufes
 - Hinweis auf Anonymität
 - Vorstellung des Interviewpartners (Funktion)
1. Mit welchen Maßnahmen sind Sie in das Projekt eingebunden? Wer außer Ihnen noch? Können Sie mir die Maßnahme kurz erläutern? Warum beteiligen Sie sich im Projekt?
 2. Wie funktioniert die Organisationsstruktur? Welche „Gremien“ gibt es? Ist die Organisationsstruktur des Projekts geeignet? Wo besteht Änderungsbedarf?
 3. Wie werden die Akteure in den laufenden Prozess eingebunden? Haben Sie neue Akteure der Region kennengelernt?
 4. Sind Ihrer Meinung nach alle relevanten Akteure in das Projekt integriert? Wie gestaltet sich die Arbeit innerhalb des Projekts/ der Maßnahme? Wo gibt es in der Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Akteuren Schwierigkeiten? Wie sieht dies aus und was ist der Grund dafür?
 - a. Wie funktioniert der Austausch mit anderen Beteiligten im Projekt/ in der Maßnahme?
 - b. Wie funktioniert der Informationsfluss innerhalb des Projekts/ in der Maßnahme? Wie werden Sie über den Stand der Dinge und die erzielten Erfolge im Projekt informiert?
 - c. Wie werden zentrale Entscheidungen im Projekt / in der Maßnahme gefällt? Sind sie transparent und nachvollziehbar?
 5. Welche Bedeutung hat die personelle Kontinuität für das Projekt?
 6. Wie schätzen Sie die Beteiligung und Motivation der Akteure ein im Projekt/ in der Maßnahme?
 7. Gibt es im Rahmen des Projekts ein gemeinsames Leitbild? Welche Bedeutung hat es für Sie (in der Maßnahme)?
 8. Wer gibt dem Projekt Rückhalt in der Region? Sind dies die gleichen Personen, wie für andere Projekte der Region?
 9. Wer ist für das Projekt besonders wichtig? Wen würden Sie als Multiplikator bezeichnen? Warum?
 10. Welche Rolle spielt das Projekt in der Öffentlichkeit?
 11. Welche Probleme sind durch das Projekt / die Maßnahme in der Region entstanden und wie wird damit umgegangen?
 12. Welchen „Gewinn“ können Sie aus dem Netzwerk bereits ziehen? Haben sich bereits weitere Projekte aufgrund des Netzwerks entwickelt?
 13. Wie soll es nach Abschluss des Projekts weitergehen? Wie werden die entwickelten Maßnahmen weitergeführt?
 14. Gibt es für die Kommunikation bestimmte Instrumente, für deren Realisierung/ Anwendung Sie die Unterstützung durch den Fördermittelgeber benötigen?
 15. Wie gestaltet sich die länderübergreifende Kooperation? Hat das Projekt dazu beigetragen?
 16. Worin besteht bzgl. der länderübergreifenden Kooperation Handlungsbedarf? Wo funktioniert es bereits gut? Welche Faktoren wirken fördernd bzw. hemmend?
 17. Was ist Ihnen bei der Arbeit im Projekt/ in der Maßnahme wichtig? Worauf kommt es Ihnen an?

B Interviewleitfaden für NGP Grünes Band Eichsfeld-Werratal**Einführung (Sondierungsfragen)**

- Begrüßung und Erläuterung des Projektkontexts
- Erläuterung des Interviewablaufes
- Hinweis auf Anonymität
- Vorstellung des Interviewpartners (Funktion)

Das Projektnetzwerk

1. Können Sie mir ein Projekt oder eine Initiative nennen, das/die Sie gemeinsam mit anderen Interessengruppen im zukünftigen Projektgebiet des NGP bereits durchgeführt haben?
2. Wie sieht das Projektnetzwerk aus?
3. Haben Sie alle relevanten Akteure für das Projekt gewinnen können? Warum ja oder nein?
4. Was hat den Anstoß zum gemeinsamen Projekt gegeben?
5. Was war Ihre Motivation sich für das Projekt zu engagieren? Was war Ihnen wichtig?
6. Wie haben Sie sich bei der Projektumsetzung organisiert? Was hat gut funktioniert, was weniger? Warum?
7. Gab es zentrale Netzwerkmanager? Was hat sie erfolgreich gemacht? Welche Rolle spielen diese für das NGP?
8. Welchen Herausforderungen/Schwierigkeiten sind Ihnen während der Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Akteuren begegnet?
9. Wie wurden Entscheidungen herbeigeführt?
10. Gab es Personen, die der Kooperation einen besonderen Rückhalt gegeben haben? Spielen diese „integrierenden Kräfte“ auch eine Rolle für das NGP?
11. Spielte für die Kooperation/ das Projekt eine gemeinsame Zielsetzung oder ein gemeinsames Leitbild eine Rolle? Wenn ja, welches? (Wie wurde sie/ es formuliert?)
12. Welchen „Gewinn“ konnten Sie aus der Zusammenarbeit in dem Netzwerk ziehen?

Konsequenzen der Erfahrung

1. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Erfahrungen?
2. Welche konkreten Vorschläge haben Sie zur Verbesserung der Netzwerkarbeit?

Ausblick: Naturschutzgroßprojekt

1. Wie stellen Sie sich die Organisations- und Arbeitsstruktur in der Region zur Umsetzung des NGP vor, damit es die positiven Effekte entfalten kann?
2. Gibt es für die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Interessengruppen bestimmte Instrumente, für deren Realisierung/ Anwendung Sie die Unterstützung durch den Fördermittelgeber benötigen?
3. Auf dem Workshop wurde die zentrale Bedeutung des Projektträgers als „Netzwerkmanager“ unterstrichen. Wo sehen Sie Ihre Rolle/ Verantwortung im NGP-Netzwerk?
4. Welche Rolle wünschen Sie sich?

Länderübergreifende Kooperation

1. Welche Bedeutung hat die länderübergreifende Kooperation für Ihren Bereich?
2. Wie funktioniert sie?
3. Was erhoffen Sie sich durch das NGP?